



**Schwulen-Ehe:
Angriff auf
die Familie?**



STEUERREFORM:

Wer kriegt was?

**Erste
Modellrechnung**

Hausmitteilung

17. Juli 2000

Betr.: Schwulen-Ehe, Artensterben, SPIEGEL-Leser

Mit einer Polemik im letzten SPIEGEL („Importierte Lustknaben“) hatte der Fuldaer Erzbischof Johannes Dyba, 70, nicht nur die homosexuelle Szene gegen sich aufgebracht, sondern auch viele liberale Zeitgenossen. Der SPIEGEL lud ihn daraufhin zum Streitgespräch mit dem homosexuellen grünen Bundestagsabgeordneten Volker Beck, 39, ein. Zum heißen Disput über den rot-grünen Gesetzentwurf zur Schwulen-Ehe traf man sich im Frankfurter SPIEGEL-Büro. Die Kontrahenten begrüßten sich per Handschlag, im Gespräch aber, moderiert von den Redakteuren Christoph Mestmacher, 35, und Peter Wensierski, 46, nahm Dyba nichts zurück: In 20 Jahren päpstlicher Diplomatie habe man ihm nicht so oft den Mund verbieten wollen wie in einem Jahr in Deutschland. Für Dyba ist die katholische Kirche daher „die liberalste Organisation der Welt“. Da wusste auch der reddegewandte Beck nicht weiter: „Das ist mir jetzt neu“ (Seite 86).



Beck, Wensierski, Dyba, Mestmacher

Im ersten Jahrhundert des neuen Millenniums droht ein gigantisches Artensterben. Um das Schlimmste zu verhindern, haben Ökologen weltweit Hotspots der biologischen Vielfalt identifiziert, die es vorrangig zu schützen gelte. Dazu gehört auch die Insel Madagaskar, die mehr einzigartige Tier- und Pflanzenarten beherbergt als jedes andere Land, zugleich aber auch eines der zehn ärmsten Länder der Welt ist. „Angesichts des Elends mutet der Naturschutz manchmal geradezu paradox an“, sagt SPIEGEL-Redakteur Johann Grolle, 38. Er besuchte Wissenschaftler, die das Verhalten der Lemuren erforschen, einer nur in Madagaskar vorkommenden Familie von Primaten. „Normalerweise betrachten die Menschen dort diese Tiere als Leckerbissen“, erzählt Grolle, „jetzt sollen sie im Dienste der Wissenschaft deren Kot einsammeln“ (Seite 150). Redakteur Philip Bethge, 33, von Haus aus Biologe, ging dem Thema bedrohte Vielfalt psychologisch auf den Grund. Für seine Doktorarbeit über das australische Schnabeltier hatte er einschlägige Erfahrungen mit unberührter Wildnis gesammelt und nächtelang auf der Suche nach dem eierlegenden Säuger an einem See in den tasmanischen Bergen gesessen. „Eine furchtbare, aber auch zutiefst befriedigende Erfahrung“, sagt Bethge. In diesem Heft berichtet er über die Sehnsucht des Menschen nach dem Wilden und Ungezähmten in der Natur (Seite 156).



Bethge mit Schnabeltier

Dem Thema bedrohte Vielfalt psychologisch auf den Grund. Für seine Doktorarbeit über das australische Schnabeltier hatte er einschlägige Erfahrungen mit unberührter Wildnis gesammelt und nächtelang auf der Suche nach dem eierlegenden Säuger an einem See in den tasmanischen Bergen gesessen. „Eine furchtbare, aber auch zutiefst befriedigende Erfahrung“, sagt Bethge. In diesem Heft berichtet er über die Sehnsucht des Menschen nach dem Wilden und Ungezähmten in der Natur (Seite 156).

Dreimal schwärmten die Mitarbeiter des Instituts für Demoskopie Allensbach aus, um zu ermitteln, was die Deutschen ab 14 Jahre alles so lesen. Zusammengefasst wurden die Ergebnisse in der „Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse 2000“, der wichtigsten unabhängigen Marktstudie. Ergebnis der Befragung von 20 938 Personen, die seit dem 18. Februar 1999 interviewt wurden: Jede Woche lesen 9,3 Prozent der Bevölkerung den SPIEGEL – insgesamt 5,98 Millionen Personen. Das sind 60 000 neue Leser. Herzlich willkommen! „Focus“ verlor 110 000 Leser (Reichweite: 8,5 Prozent). Besonders erfolgreich war der SPIEGEL bei den Führungskräften: Von den Firmeneinhabern, Geschäftsführern, Direktoren, leitenden Angestellten und Freiberuflern lesen 20,9 Prozent den SPIEGEL, 19 Prozent den „Stern“, 17,4 Prozent „Focus“.

Werbeseite

Werbeseite

Titel

Der schwierige Weg zur Steuerreform..... 22
 Das Debakel der CDU-Führung 26
 Das 60-Milliarden-Geschenk: Wer bekommt was? 29
 Interview mit Finanzminister Hans Eichel über seinen Erfolg im Bundesrat 34

Deutschland

Panorama: Abriss maroder Plattenbauten kostet 15 Milliarden Mark / Kirchen beschäftigten systematisch Zwangsarbeiter 17
Forschung: Gesundheitsministerin Andrea Fischer auf Gen-Trip in den USA..... 40
Prozesse: Erstmals kommen DDR-Erzieher wegen Misshandlung von Zöglingen vor Gericht 41
Ökologie: Zweifel am Mehrwegsystem 46
Bundeswehr: Interview mit dem neuen Generalinspekteur Harald Kujat über die Chancen der Strukturreform 47
Militär: Der voll verkabelte Infanterist 51
Gutachter: Mit welchen Tricks die Berufsgenossenschaften Rentenansprüche kranker Arbeitnehmer abwehren 54
Bildung: Studium im Virtuellen 62

Gesellschaft

Szene: Die neue Liebe der Modemacher zur Geometrie / Eine Schweizer Ausstellung zeigt Technik-Wunschträume von einst 67
Prostitution: Kindersex hinter der deutsch-tschechischen Grenze..... 68
 Interview mit Bundesinnenminister Otto Schily über die Umtriebe deutscher Kinderschänder... 72
Gleichberechtigung: Der Glaubenskampf um die Schwulen-Ehe..... 76
 SPIEGEL-Streitgespräch zwischen Erzbischof Johannes Dyba und dem Grünen Volker Beck über das Gleichstellungsgesetz 86

Wirtschaft

Trends: US-Werber setzen auf Nostalgie / Regierung will Ladenschluss weiter lockern / Neuer Bahn-Vorstand? 93
Geld: Gefloppte Neuemissionen / Analystin Britta Graf-Tiedtke über den Aufwind im Hightech-Sektor 95
Handel: Der Milliardenpoker der Metro-Eigentümer 96
Manager: Sanierer Kajo Neukirchen meldet sich zurück 100
Karrieren: Der Aufstieg des Investmentbankers Edson Mitchell zum Vorstandsmitglied der Deutschen Bank 102
Autos: Bizarre Rituale auf Japans Gebrauchtwagenmarkt 108

Medien

Trends: Die Pläne der MTV-Prinzessin Christiane zu Salm / ZDF-Sportchef Poschmann über seinen Bundesliga-Deal 111
Fernsehen: Interview mit Hark Bohm über seine Verfilmung des Kriminalfalls Vera Brühne / Gute Quoten für die Tour de France 112
 Vorschau 113
Presse: Eine neue Skandalchronik beschreibt die Geschichte des amerikanischen Klatschjournalismus 114
TV-Talk: Streit im „Literarischen Quartett“ 119
Zeitschriften: „Focus“-Redakteur als Stasi-Spitzel? 120

Kulturkampf um die Homo-Ehe

Seiten 76, 86



Sänger Lindner, Partner, Adoptivsohn; Stoiber

„Gleiches Recht für gleich viel Liebe“, der Schlachtruf der Schwulen-Lobby könnte bald Gesetz werden. Hüter der Familie wie CSU-Chef Stoiber läuten Sturm gegen die „Homo-Ehe“. Im SPIEGEL-Streitgespräch polemisiert Erzbischof Dyba gegen den „Schritt in die Degeneration“. Die Mehrheit der Deutschen ist jedoch nicht auf einen Kulturkampf gegen die rechtliche Gleichstellung eingestellt.

Universität im Cyberspace

Seite 62

Wird der Student der Zukunft nur noch vor dem Computer lernen? Werden Vorlesungen und Seminare bald ausschließlich im Cyberspace angeboten? Die Hochschulen bauen derzeit mit großem Aufwand ihre Lehrangebote im Internet aus. Dozenten und Studenten debattieren, recherchieren und publizieren im Netz. Doch das Online-Studium wird das Büffeln im Hörsaal und das Gespräch mit dem Professor nie ersetzen.



Vorlesung via Datennetz (Uni Erlangen-Nürnberg)

Geschäfte mit dem Promi-Klatsch

Seite 114

Intimitäten aus dem Privatleben von Prominenten, vor einem halben Jahrhundert für die Presse noch tabu, machen heute Schlagzeilen. Eine amerikanische Chronik schildert die Entwicklung des „scandal business“, mit dem Milliarden umgesetzt werden.

Der Jongleur des großen Geldes

Seite 102



R. WALLIS

Der Investmentbanker Edson Mitchell ist der Star der Geldszene. Kein anderer jongliert so erfolgreich mit den Milliarden der Anleger. Nun steigt der unkonventionelle Amerikaner in den Deutsche-Bank-Vorstand auf – ein Kulturschock für das Establishment.

Mitchell



Konfliktherd Jerusalem, Gipfel-Partner Barak, Clinton, Arafat

MELDEPRESS (gr.); DPA (kl.)

Countdown in Camp David

Seiten 126, 128

Palästinenserführer Jassir Arafat ist entschlossen, einen eigenen Staat zu proklamieren. Sollte die von US-Präsident Bill Clinton einberufene Friedenskonferenz in Camp David scheitern, befürchtet Arafats Justizminister Fureih Abu Midein neue Gewalt.

Sex-Creme mit bösen Folgen

Seite 168

In den USA kam eine Testosteronsalbe auf den Markt, die altersmüden Männern neue Lebenskraft geben soll. Experten fürchten, gestresste Yuppies könnten das Hormongel als Lifestyle-Droge missbrauchen. Sie würden Bluthochdruck und Leberschäden riskieren – und dass ihrer Sex-Partnerin ein Bart wächst.

S. MCCORMICK / STONE



Paar beim Liebesspiel

Kassensturz im Berliner Kulturleben

Seite 184

Berlins Opern und Theater sind allesamt hoch verschuldet. Schon bei einer Tarifierhöhung droht ihnen Zahlungsunfähigkeit. Jetzt will Kultursenator Christoph Stölz mit harten Management-Methoden durchgreifen und Intendanten disziplinieren.

Schwimm-Star aus der WG

Seite 200



L. PERENY / SPORT PHOTO

Das neue Glamourgirl des Schwimmsports lebt in einer Hamburger Wohngemeinschaft. Therese Alshammar ist nicht nur schön, sondern dazu auch noch schnell. Die Konkurrenz zeigt sich angesichts der Rekorde und Kapriolen der extravaganten Schwedin zunehmend irritiert.

Schwimmerin Alshammar

Ausland

Panorama: Neue Pfändung in Griechenland / Gefahr für die Favoriten im US-Wahlkampf 123
Nahost: Letzte Friedenschancen beim Gipfel von Camp David 126
 Der palästinensische Justizminister Fureih Abu Midein über Menschenrechtsverletzungen und Korruption im eigenen Staat 128
Philippinen: Die Geisel in der Gewalt der „Ratte“ 130
Afrika: Die Spur der Blutdiamanten 132
Tschetschenien: Moskaus Mufti für den Kaukasus-Krieg 134
Österreich: Affront gegen jüdische Emigranten 136
Frankreich: Gespräch mit Außenminister Hubert Védrine über die Zukunft Europas und die Erneuerung der Union 138
Großbritannien: London feiert die unverwüstliche „Queen Mum“ 144

Serie: Die Welt im 21. Jahrhundert

Artensterben: Schutzprogramme gegen den Schwund der Vielfalt 146
Ökologie: Wie ein Bergbaukonzern den Regenwald auf Madagaskar reparieren will ... 150
Natur: Wie viel Wildnis braucht der Mensch? ..156
Artenschutz: SPIEGEL-Gespräch mit dem Ökologen Josef Reichholf über ideologiefreien Umgang mit der Umwelt 160

Wissenschaft · Technik

Prisma: Internet für Tiere / Mit Eigenbau-Rakete ins All 165
Medizin: Testosteronsalbe für abgeschlafte Männer 168
Archäologie: Geklauter Pharaonensarg in Münchner Museum 172
Botanik: Sind Gärtner schuld an Allergien? 174
Umwelt: Rätselhafte Reben-Bleichsucht in der Champagne 176
Luftfahrt: Trägt das Hapag-Lloyd-Management Mitschuld an der Bruchlandung von Wien? 179

Kultur

Szene: Aufbau-Verlag bleibt in Berlin / Kunst- und Kinostars verfilmen Becketts Werke 181
Kulturpolitik: Wie die Opern- und Theaterbühnen der Hauptstadt mit Steuergeldern Misswirtschaft betreiben 184
Autoren: Kabarettist Matthias Beltz über den Mafia-Krimi „Pericle der Schwarze“ 190
Bestseller 191
Architektur: Die bizarre neue britische Botschaft in Berlin 192
Theater: Jungstar Samuel Weiss spielt in Salzburg den Hamlet 194
Hollywood: SPIEGEL-Gespräch mit Nick Nolte über seine Dreharbeiten in Deutschland und die Macht des Geldes 196

Sport

Schwimmen: Der Karriereschub der schwedischen Beauty Therese Alshammar 200
Tour de France: Vorjahressieger Lance Armstrong dominiert in den Bergen 202

Briefe 8
Impressum 14, 204
Leserservice 204
Chronik 205
Register 206
Personalien 208
Hohlspiegel/Rückspiegel 210



SPiegel-Titel 27/2000

„Man kann ihn nicht mehr ertragen. Er sollte seine Einstellung zu Christo und Jeanne-Claude überdenken und sich unwiderruflich verhüllen lassen. Am Reichstag wird sich mit Sicherheit eine geeignete Mauernische finden. Die Kosten würden durch namentlich genannte Spender gedeckt werden.“

Reinhard Syllwasschy aus Hamburg zum Titel „Die Nacht der Reißwölfe“

Unerhört und schädlich

Nr. 27/2000, Titel: Die Nacht der Reißwölfe – Wie Kohl systematisch die Gesetze brach

Es ist schon erstaunlich, mit welcher Arroganz Herr Dr. Kohl die Fragen des Untersuchungsausschusses beantwortet beziehungsweise nicht beantwortet. Und mit welcher Dreistigkeit er es wieder und wieder versucht, sich als Opfer zu präsentieren. Damit liefert unser Staatsrepräsentant Dr. Kohl ein prima Vorbild für unsere Mitbürger. Wer wundert sich da noch ernsthaft über unsere Rechtsbrecher- und Abzockergesellschaft?

ELMSHORN (SCHLESW.-HOLST.) WOLF ROBRAHN

Im Ergebnis wird man aus dieser Angelegenheit den Schluss ziehen müssen, dass die verfassungsrechtliche Aufgabe, die einem Untersuchungsausschuss zugewiesen ist, beim Parlament in falschen Händen ist. In Zukunft sollte sie durch ein externes Organ wahrgenommen werden, durch Personen, die sowohl Kenntnis vom Inhalt als auch von der Bedeutung verfassungsrechtlicher Grundsätze besitzen – den Bundesverfassungsrichtern.

DUISBURG KOSTJA GREGOR VON KEITZ

Ungeniert wie keiner hat sich Kohl mit Barm die Gefolgschaft erkauft, zuerst in der CDU, dann im Osten mit dem wonnigen Wechselkurs. Aber selber will er nicht käuflich gewesen sein? Da konnte er nach Herzenslust löschen lassen, Bimbos als Mittel der Politik ist unauslöschlich mit seinem Namen verbunden.

HORNEBURG (NIEDERS.) WOLFRAM STAUFFER

Der SPIEGEL kritisiert Kohl und lästert über ihn. Und trotzdem, nach seinem Ableben wird es heißen: Helmut Kohl hat sich um das Vaterland verdient gemacht.

BOLZANO (ITALIEN) KARL A. OCKL

Wann begreift Helmut Kohl, dass seine Leistung, sein Lebenswerk ihm keine Immunität verleiht? Wann begreift Helmut Kohl, dass sein Lebenswerk schon jetzt hinter seiner egomanen Arroganz

verblasst? Wann begreift Helmut Kohl, dass ihm ein sauberer Schnitt gelingen muss, damit nicht folgende Generationen mit der Aufklärung seiner Verflechtungen und Verfehlungen anstatt der Verklärung seiner Leistungen beschäftigt sein werden? – Oder ist alles noch viel schlimmer?

HAMBURG DR. CHRISTIAN OHLENDORF

Die unglaubliche Absurdität der Situation, in der Herr Kohl schildert, wie er in wohl verfassungswidriger, zumindest jedoch in für einen Politiker höchst fragwürdiger Weise seine Entscheidungen und Handlungen mit seiner Funktion als Bundeskanzler begründet, wird wahrscheinlich erst den Generationen nach uns deutlich werden. Zu groß ist das Entsetzen, dass dieser Politiker, dem (gleich aus welcher Richtung) ein gewisses Format nicht abgesprochen werden konnte, sei es nur, dass er die Gunst

der Stunden zu nutzen vermochte, derartig in sich zusammenfallen kann.

DORTMUND SUSAN-STEFANIE BREITKOPF

Recht ist offensichtlich nur das, was Herrn Dr. Kohl als solches erscheint. Zugegeben, es vereinfacht das Weltbild erheblich: Basiert es doch vor allem auf den Grundfesten „Ehrenwort geht vor“ und „Ich war doch

der Bundeskanzler“. Hoffentlich beglückt uns dieser große Staatsmann eines Tages noch mit seinen Memoiren, ein gelungener Untertitel wäre meines Erachtens: „Wie baue ich mir meine eigene Bananenrepublik?“

BREMEN

MATTHIAS VOLLMER

Was Ihnen in 16 Jahren erfolgreicher Kanzlerschaft unter Helmut Kohl nicht gelungen ist, versuchen Sie jetzt nachzuholen: seine stückchenweise Demontage. Obwohl Sie in Ihrem Beitrag keinerlei Beweis für die These erbringen, dass es einen Auftrag von Helmut Kohl zur Aktenvernichtung im Kanzleramt gab, suggerieren Sie dies dem Leser bereits auf Ihrer Titelseite mit der Aussage vom systematischen Gesetzesbruch.

BERLIN

DR. STEFAN A. BUSCH

Zum Verhalten des Herrn Kohl fällt mir nur folgender Ausspruch Galileis in Brechts „Leben des Galilei“ ein: „Ich sage Ihnen: Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher!“

DUISBURG

ANDREAS HAIN

Ich finde das Benehmen des Herrn Kohl einfach unerhört und schädlich für das allgemeine Staatsverständnis, insbesondere für



Zeuge Kohl, Journalisten in Berlin: Ungeniert wie keiner

Jugendliche. Kohl wird sicherlich seinen Platz in den Geschichtsbüchern finden, aber – da er sich mit seiner Haltung zunehmend selbst demontiert – weniger als Kanzler der Einheit, denn als Heimlichtuer und Vertuscher. Dass er die Namen der angeblich ehrenwerten Spender nicht nennen möchte, kann für mich nur zwei Gründe haben. Entweder sind sie doch nicht so ehren-



Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL VOM 20. Juli 1950
Frauenarzt im Intrigennetz Verfolgung durch CSU-Kultusminister Hundhammer. **Finanzkrise in Berlin** Beamte ohne Lohn, Bürger ohne Wasser. **Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze durch die DDR** Versprechen des Kreml eingelöst. **Redeverbot auf dem Friedhof** Freigeist-Anhänger vor Gericht. **Erster toter US-Soldat im Koreakrieg** Rekrutenwerbung im Reisebürostil. **Aufhebung des Mietstopps steht bevor** Erleichterung bei Hausbesitzern, Angst bei Mietern. **Smogalarm in Los Angeles** Eine Stadt steht still.

Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter www.spiegel.de

Titel: Funkorganist Gerhard Gregor

Werbeseite

Werbeseite

wert, so dass er auch seine Ehre mit der Nennung nicht mehr retten kann, oder aber er leidet hoffnungslos an Altersstarrsinn und Hybris.

MEERBUSCH (NRDRH.-WESTF.) MONIKA THELEN

Jahrzehntelang wurden wir gewarnt, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre wahre Feuerprobe noch nicht bestanden habe. Nun scheint es so weit zu sein, nur geht die Gefahr nicht von der Gesellschaft aus, sondern von einer abgehobenen, realitätsfernen Führungsriege. Wenn schon der Sozialismus an den Sozialisten gescheitert ist, so dürfen wir die Demokratie niemals an uns Demokraten scheitern lassen.

LIBERAL (USA) FLORIAN GROTE

Das schlechte Gewissen im Nacken

Nr. 27/2000, Sicherheit: Kampfhunde-Skandal
stärkt Staatsverdrossenheit

Es ist schon grotesk: Die gleichen Verantwortlichen, die jahrelang nichts gegen kriminelle Auswüchse getan und weggeschaut haben, schlagen jetzt alles über einen Leisten und überbieten sich plötzlich an Radikallösungen bis hin zur Tötung aller „Kampf“-Hunde (als ob nicht jeder Hund ab einer bestimmten Größe entsprechend seiner Vorgeschichte und Sozialisierung ein Kampfhund sein kann). Auch die seriösen Züchter und Halter der betreffenden Rassen (der Pitbull ist außerhalb der USA nicht als Rasse anerkannt und entsprechend undefinierbar) werden kriminalisiert. Das Differenzieren zählte eben noch nie zu den deutschen Tugenden ...

REGENSBURG MICHAEL STEDING

Hier haben Sie entgegen der ausgebrochenen unsachlichen Hundehysterie einen Artikel veröffentlicht, der die eigentlichen Ursachen benennt: erhöhte Gewaltbereitschaft einiger Mitbürger, Vollzugsdefizite der Staatsmacht und Wegschauen von Bürgern. Die Politiker sollten wieder mehr Sachverstand zeigen, Fachleute zu Rate ziehen und nicht nur an die eigene Machterhaltung denken.

PRIEROS (BRANDENBURG) DR. B. WENDLAND

Das schlechte Gewissen im Nacken plötzlich erwachend, aber das Versäumnis leugnend und die Verantwortung von sich weisend, buhlen die gleichen Politiker nun publikumsgeil um die strengsten Verordnungen überhaupt. Richtig ist eine angemessene Überprüfung von Halter und Hund, doch für solch ein fundiertes Gesetz scheint die Zeit nicht mehr zu reichen, selbst nach Jahren des politischen Lamentierens.

VEITSHÖCHHEIM (BAYERN) RÜDIGER TUZINSKI

Die Lösungsansätze der Politiker packen die Problematik der Kampfhunde von der falschen Seite der Hundeleine an.

ORENHOFEN (RHL.-PF.) HOLGER FEY

Wieder eine Zeitschrift, die von „Kampfmaschinen“ spricht, von „beißwütigen Bestien“. Ich möchte diese unverantwortlichen Hundehalter nicht verteidigen, sehr wohl aber diese Hunde! Weil unverantwortliche Kleingeister ihr Ego mit abgerichteten Hunden aufpolieren mussten, steht diesen einzigartigen Hunden jetzt die Ausrottung bevor. Die Politik ist nicht in der Lage, endlich Prüfungen für Hundehalter und eine Pflichtversicherung einzuführen.

NÜRNBERG

ANDREAS HOFMANN

Ich traure um den kleinen Vulkan, der nicht hätte sterben müssen. Aber fühle auch mit den vielen Haltern von Staif, Pitbull und Bullterriern, die ihre Tiere lieben, (aus den gleichen Gründen, aus denen jemand seinen Pudel liebt), die loyal zu ihren gut erzogenen, friedlichen Hunden halten. Sie werden stigmatisiert, angepöbelt, verprügelt und zu Monstren gemacht, dank der Medien und unserer populistischen Politiker. Wenn das Töten der Hunde vorbei ist, werden sie merken, dass sich die Verursacher dieser Beißvorfälle andere Waffen zugelegt haben.

GIESSEN

SIGRUN HILBIG

Wie sich hier zeigt, hätten die Behörden längst einschreiten können und müssen. Mit den jetzt eilig zusammengemurksten Verordnungen soll von diesem Versagen abgelenkt und mit einem Massenmord die von der Medienhysterie aufgestachelte Bevölkerung beruhigt werden. Durch den undifferenzierten Rundumschlag der Politik werden jetzt sämtliche Besitzer größerer Hunde für das Versagen von Politik und Behörden bestraft.

HAGEN

ANDREAS DETZEN



Hundetrainer mit Kampfhunden
Undifferenzierter Rundumschlag



REX FEATURES / ACTION PRESS

Filmstars Nicole Kidman, Tom Cruise
Je festlicher, desto ausgezogener

Spießrutenlauf am Zeitschriftenregal

Nr. 27/2000, Sexualität: Liebe in den Zeiten
der Reizüberflutung

Besser hätte man den Wandel unserer Zeit nicht beschreiben können. Die Bedeutung des Sexuellen ist bei weitem nicht mehr das, was sie einst gewesen ist. Die Selbstliebe in unserer Gesellschaft ist wichtiger als jemals zuvor. Da ich selber der Generation angehöre, die diesen Verfall der Lust zelebriert hat, habe ich Ihren Artikel förmlich verschlungen.

OLDENBURG

PETER KNUTH

Das Niveau, auf dem die Reize des „Nicht“- beziehungsweise „Spärlich-Angezogen-Seins“ transportiert werden, verhält sich zunehmend umgekehrt proportional zu der silikondeterminierten Oberweitenwölbung jener Schmollmundblondinen, deren auf den Titelseiten diverser Magazine abgelichtete Konterfeis jeden am Zeitschriftenregal vorbeiführenden Gang zu einem Spießrutenlauf der Geschmacklosigkeit werden lassen – es verflacht!

HOMBURG (SAARLAND)

NORBERT HÖCHST

Mir scheint ein interessanter und gegenläufiger Trend bei den Männern zu kurz gekommen zu sein. Je festlicher eine gesellschaftliche Veranstaltung, desto ausgezogener sind die Frauen und desto zugeknöpfter zeigen sich die Männer. Während die Frau immer stärker mit sexuellen Reizen auftrumpft oder aufgetischt wird und wachsam (aber auch misstrauisch) die männlichen Reaktionen beobachtet, demonstriert der Mann durch seine Kleidung – wohl zwangsweise und damit als Ausgleich zum weiblichen Verhalten und Misstrauen – immer stärker seine (angebliche?) sexuelle Interesselosigkeit.

BEXBACH (SAARLAND)

CLAUS SIMON



W. BRÜCKNER / BERLINER VERLAG

Techno-Party in Berlin
Anders als die haschenden 68er

Pillen, Party, Popowackeln

Nr. 27/2000, Drogen: Hirnschäden durch Ecstasy

Werden in etwa 40 bis 50 Jahren die Altersheime angefüllt sein mit schon früh der Demenz verfallenen „Alt-Ravern“, die, um gut gelaunt am Kaffeeklatsch teilnehmen zu können, erst ein paar „Es“ einwerfen müssen? Werden demnächst Eltern, bereits beeinträchtigt in ihrer Gedächtnisleistung, die Geburtstagstorten ihrer Sprösslinge statt mit Smarties mit anderen kleinen Kügelchen dekorieren? Herr Schröder, bitte intervenieren Sie jetzt ob dieser erschreckenden Entwicklung, und verhindern Sie bitte, dass der „Bildungsstandort Deutschland“ bald eine Anekdote aus vergangenen Tagen darstellt.

MÜNCHEN

OLIVER KRUMES

DER SPIEGEL

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR

dieser Ausgabe für Panorama, Prozesse, Gutachter, Prostitution, Zeitschriften, Luftfahrt: Ulrich Schwarz; für Titelgeschichte (S. 22, 26), Forschung, Ökologie, Bundeswehr, Militär, Bildung, Gleichberechtigung: Michael Schmidt-Klingenberg; für Titelgeschichte (S. 29, 34), Trends, Geld, Handel, Manager, Auto: Gabor Steingart; für Fernsehen, TV-Talk, Szene, Kulturpolitik, Autoren, Bestseller, Architektur, Theater, Hollywood: Wolfgang Höbel; für Panorama Ausland, Nahost, Philippinen, Afrika, Russland, Österreich, Frankreich, Großbritannien: Hans Hoyng; für Die Welt im 21. Jahrhundert: Dr. Jürgen Scriba; für Prisma, Medizin, Archäologie, Botanik, Umwelt, Chronik: Johann Grolle; für Schwimmen, Tour de France: Michael Wulzinger; für die übrigen Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Register, Personalien, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Stefan Kiefer; für Layout: Rainer Sennewald; für Hausmitteilung: Heinz P. Lohfeldt; Chef vom Dienst: Thomas Schäfer (sämtlich Brandstvierte 19, 20457 Hamburg)

TITELBILD: Illustration Dieter Wiesmüller für den SPIEGEL

Die Techno-Party in Berlin ist eine Konsumer-Party, die Techno-Szene ist eine Szene von Konsumenten. In keiner anderen großen Jugendbewegung der Vergangenheit war die Bedeutung von Kleidung, Aussehen und damit verbundenes Konsumverhalten so stark ausgeprägt wie bei der Techno-Generation. Anders als die haschenden 68er, die im Hasch-Rausch schon mal staats- und industriefeindlich wurden, kann man den Ecstasy-Nutzern nichts dergleichen nachsagen. Im Gegenteil, nach Ihrer Erkenntnis macht Ecstasy dumm, und dumme Konsumenten sind die besten Konsumenten sowie die am wenigsten kritischen Staatsbürger. Was wollen Staat und Industrie mehr?

SIEGEN

STEFAN WRASE

Meine Generation scheint es noch nicht mal unangenehm zu finden, dass sie als komplett indifferente Spaßgeozentrierte wahr genommen wird. Pillen, Party und Popowackeln ist mit Sicherheit nicht das Durchschnittslebensgefühl der jungen Deutschen, erklärt aber durch die Hamburger Studie den Erfolg von „Big Brother“. Wenn der Nichtspießler sein Leben nur noch am Wochenende in den Griff kriegt, wenn der Freitag schon am Montag herbeigesehnt wird und die Arbeit nur noch nach einem großen afghanischen Frühstück so richtig von der Hand geht, bleibe ich doch lieber Spießler.

SCHWETZINGEN

GERALD HENSEL

Herzlichen Dank für die Veröffentlichung der Ecstasy-Studie. Deren Erkenntnisse können nicht ernst genug genommen werden. Ich kann das aus eigener, sehr schrecklicher Erfahrung bestätigen. Unser Sohn hat vor viereinhalb Jahren bei Techno-Partys Ecstasy konsumiert. Er war intelligent, hatte Abitur, eine Freundin, einen Studienplatz und war in der Jugendarbeit tätig. Durch Ecstasy wurde er schizophren und hat sich, nach längerer Leidenszeit, am 11. Februar 2000 seinen Kopf von der „Schwäbischen Eisenbahn“ abfahren lassen.

BALINGEN (BAD.-WÜRTT.)

MANFRED STINGEL

Ins Gegenteil verkehrt

Nr. 27/2000, Panorama: Historiker

Wenn der Bericht des SPIEGEL zutreffend ist, hat Herr Staatsminister Naumann sich in einem Brief an den Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Herrn Professor Möller, dahingehend geäußert, ich hätte mich „abschätzig“ über das Berliner Holocaust-Mahnmal ausgesprochen und dafür plädiert, es so anzusehen, als wäre es, „allen Opfern des 20. Jahrhunderts“ gewidmet. Nach Naumanns Meinung fordere ich damit auf meine „verstockte Art“ dazu auf, „die Männer der SS“ zu betrauern. Herr Naumann kann diese Auslegung nur dadurch begründen, dass er bei der Wendung

von den „Opfern aller Ideologiestaatens des 20. Jahrhunderts“ die entscheidenden Worte fortlässt. Wenn ich bei einem Zitat die wichtigsten Worte weglasse, so dass der Sinn in das Gegenteil verkehrt wird, so würde ich sicher nicht bloß von der „richtig gesinnten“ Öffentlichkeit als ein des (sorgfältigen) Lesens unkundiger „Analphabet“ oder als ein schamloser Fälscher bezeichnet werden.

BERLIN

PROF. EM. DR. ERNST NOLTE

Natürliche Auslese

Nr. 27/2000, Internet: Der Online-Wirtschaft droht eine Pleitewelle

Dass nur die Großen im virtuellen Marktplatz richtig absahnen oder den Laden wieder dichtmachen, ist nicht die ganze Wahrheit. Wenn Sie die Umsätze aller kleineren Unternehmen dagegenhalten, ist der E-Commerce doch durchweg positiv zu beurteilen. Für diese Gruppe ist nach wie vor Partytime. Wenn das Angebot stimmt, bietet das Internet jedem eine Chance. Eine Web-Seite ist nun mal preiswerter als ein Geschäftslokal in der Fußgängerzone.

WIESBADEN

KAY MICHAEL KUHNLEIN

Wir Schwaben würden sagen: „So isch's no au wieder net“, was gleichbedeutend ist mit „alles halb so wild, es war vorauszuse-



T. HAGER / AGENTUR FOCUS

Amazon-Auslieferungslager in Seattle

Nach wie vor Partytime?

hen“. Die Ideen der Start-up-Unternehmen im Internet gleichen sich immer mehr, wirklich Neues gibt es nicht. Daher ist es für den Verbraucher zu begrüßen, dass jetzt die Zeit der natürlichen Auslese beginnt und die Welt des Internet ein bisschen aufgeräumt wird.

LEINFELDEN-ECHTERDINGEN (BAD.-WÜRTT.)

RALF SAILE

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen.

Einer Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe klebt eine Postkarte der DKV, Köln, und des SPIEGEL-Verlag/SPIEGEL-reporter, Hamburg, bei. Eine Teilaufgabe enthält Beilagen der Firmen Humanitas Buchversand, Wiebelsheim, und Vobis, Aachen.

Werbeseite

Werbeseite



Sprengung eines Plattenbaus (in Eisenhüttenstadt)

WOHNUNGEN

Großflächiger Abriss

Das Überangebot an Wohnungen in Ostdeutschland hat dramatische Ausmaße angenommen. Zwischen Rostock und Zittau müssen laut einer für die Bundesregierung erstellten vertraulichen Studie in den nächsten 30 Jahren eine Million Wohnungen abgerissen werden. Das in der Geschichte der Bundesrepublik wohl einmalige Wohnungsabbauprogramm könnte nach Berechnungen von Experten bis zu 15 Milliarden Mark kosten.

Den großflächigen Abriss sollten, empfiehlt das Berliner Wirtschaftsforschungsinstitut Empirica der Bundesregierung, weitgehend die kommunalen Wohnungsunternehmen in Ostdeutschland aus eigener Kraft finanzieren – durch den Verkauf ihrer vermieteten Immobilien.

Für kleinere städtische Wohnungsgesellschaften würde das indes den Ruin bedeuten. Schon heute können sie den Leerstand in der Platte kaum noch finanzieren. Im ostsächsischen Weißwasser etwa kosten 90 000 Quadratmeter leer stehender Wohnraum die städtische Wohnungsgesellschaft jährlich 15 Millionen Mark. Die Betriebskosten aller derzeit im Osten ungenutzten Wohnungen (etwa 60 Millionen Quadratmeter) schlagen jährlich mit rund 2,4 Milliarden Mark zu Buche.

ZEITGESCHICHTE

Aus für Seilschaften?

Nach dem Streit um die Laudatio des Direktors des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) Horst Möller auf den umstrittenen Historiker Ernst Nolte will Bildungsministerin Edelgard Bulmahn jetzt den Wissenschaftlichen Beirat des Münchner Renommier-Instituts umkrempeln. Die Ministerin kritisiert „verkrustete Strukturen, die Seilschaften befördern“. Ein Drittel der Beiratsmitglieder, durchweg konservative Professoren, gehören dem IfZ-Beirat seit mehr als 12, einer sogar seit 38 Jahren an. Nach den Richtlinien des Wissenschaftsrates sollen Beiräte dieses Amt jedoch nur 4, maximal 8 Jahre ausüben. Dies will Bulmahn nun durchsetzen. Da eine Satzungsänderung nur mit Zustimmung des Freistaats Bayern, in dem das Institut seinen Sitz hat, möglich ist, setzt Bulmahn auf Einsicht: „Wenn man das Renommee des IfZ wahren will, muss man künftig einen gewissen Modernitätsanspruch erfüllen.“

DIPLOMATIE

Fischer in Lebensgefahr

Bei seiner Reise nach Ostasien ist Außenminister Joschka Fischer nur knapp an einem folgenschweren Konflikt mit Nordkorea vorbeigeschrammt. Ohne Erlaubnis der dortigen Behörden war der Airbus A 310 der Luftwaffe, der Fischer zum G8-Außenministertreffen nach Miyazaki in Japan brachte, in den nordkoreanischen Luftraum eingedrungen. Die Nordkoreaner hatten Fischer den Überflug mit der Begründung verweigert, es handele sich bei der Maschine um militärisches Fluggerät der deutschen Luftwaffe, für das

eine Überfluggenehmigung auf diplomatischem Wege eingeholt werden müsse. Zu diesem Zeitpunkt war das Flugzeug bereits in Helsinki abgeflogen. Ende vergangener Woche protestierte der Vertreter der nordkoreanischen Sektion beim Auswärtigen Amt

in Berlin gegen die „grobe Verletzung“ der Souveränität Nordkoreas. Das Militär, das sich in ständiger Alarmbereitschaft befinde, habe „größte Rücksicht“ gezeigt. Die Maschine sei nur deshalb nicht abgeschossen worden, weil Nordkorea sich bemühe, die Beziehungen zu Deutschland zu verbessern. Warum die gefährliche Route über Nordkorea gewählt wurde, ist bisher nicht geklärt.



Fischer

SVEN SIMON

ZWANGSARBEITER

„Spitze des Eisbergs“

Offenbar haben die beiden deutschen Großkirchen im großen Stil während des Zweiten Weltkriegs Zwangsarbeiter beschäftigt. Davon ist der Historiker Harald Jenner überzeugt, der in kirchlichen Archiven seit Anfang des Jahres im Auftrag des Diakonischen Werks in Stuttgart recherchiert. Jenner glaubt, dass es – besonders in diakonischen Einrichtungen – in den letzten Kriegsjahren deutschlandweit üblich war, bei den Arbeitsämtern Zwangsarbeiter anzufordern, um Alte, Kranke und Behinderte zu versorgen. Jenner war bei seinen Nachforschungen in Hamburg und Schleswig-Holstein fündig geworden. Wie im Haus des Landesvereins für Innere Mission in Rickling bei Hamburg, wo polnische und russische Zwangsarbeiter bis 1945 tätig waren, stieß der Historiker auch in anderen kirchlichen Häusern auf zahlreiche Zwangsarbeiterlisten, Briefwechsel mit den Arbeitsämtern sowie Personalunterlagen, aus denen Einzelschicksale ablesbar wurden. Die polnischen und russischen Männer und Frauen wurden in Rickling und anderen nordelbischen Diakonie-Einrichtungen im Land- und Gartenbau, in der Hauswirtschaft und als Pflegepersonal eingesetzt. Jenner geht davon aus, dass die Ergebnisse seiner Nachforschungen in



Polnische Zwangsarbeiter (während des Zweiten Weltkriegs)

Norddeutschland nur „die Spitze des Eisbergs“ sind. Bekannt ist, dass Fremdarbeiter auch in Diakonie-Einrichtungen in Bayern und Baden-Württemberg beschäftigt wurden. Vergangene Woche räumte der Berlin-Brandenburgische Landesbischof Wolfgang Huber ebenfalls ein, dass nach Aktenlage auf dem Jerusalemer Kirchhof in Berlin-Neukölln 100 „Ostarbeiter“ in einem Barackenlager kaserniert und bei der Grabpflege eingesetzt worden seien. Finanziert hätten den Einsatz 26 protestantische und zwei katholische Pfarreien. Die Evangelische Kirche in Deutschland will sich mit zehn Millionen Mark am Entschädigungsfonds der deutschen Wirtschaft beteiligen. Die katholische Bischofskonferenz möchte nach Angaben ihres Sprechers Rudolf Hammerschmidt dem Fonds „derzeit“ nicht beitreten, sondern erst einmal prüfen, wieweit die katholische Kirche involviert ist. Hammerschmidt: „Dann müssen rasch Konsequenzen gezogen werden.“



Alpha-Jets (auf dem Fliegerhorst Fürstenfeldbruck)

RÜSTUNGSEXPORT

Deal geplatzt

Die rot-grüne Regierungskoalition in Berlin hat einen Streitpunkt weniger. Der geplante Verkauf von 32 ausgemusterten Jagdbombern vom Typ Alpha-

Jet an die Vereinigten Arabischen Emirate ist geplatzt, angeblich wegen „nicht erfüllbarer Erwartungen und Forderungen“ der Scheichs. Verteidigungsminister Rudolf Scharping hatte gehofft, pro Maschine an die 50 000 Mark für seine klapprige Kasse zu erwirtschaften. 25 Exemplare konnte die Luftwaffe vergangenen Donnerstag an Thailand loswerden. Im Glauben an schnelle Verkaufserfolge waren auf dem bayerischen Fliegerhorst seit 1992 insgesamt 113 der überschüssigen Schul- und Kampffjets eingemottet worden. Deren Instandhaltung hat weit mehr als zehn Millionen Mark gekostet. Mittlerweile wurden 81 Flieger verkauft oder verschenkt. Die für die Emirate vorgesehenen Flugzeuge werden jetzt auf Werften der Luftwaffe verteilt – Mechaniker sollen an ihnen üben, kriegsbedingte Schäden zu reparieren.

CSU

„Bayernkurier“ zur „FAZ“

Für ihr defizitäres Parteiorgan „Bayernkurier“ haben die Christsozialen einen Partner gefunden. Nachdem der Springer-Verlag im letzten Moment den Kauf abgelehnt hatte, will die CSU Ende Juli einen Kooperationsvertrag mit der „Frankfurter Allgemeinen“ unterzeichnen. Die Details des Vertrags werden diese Woche verhandelt. Layout und Inhalt der Mitgliederpostille, die laut Impressum immer noch von dem verstorbenen CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß herausgegeben wird, sollen stark verändert werden, der „Bayernkurier“ bleibt aber als Wochenzeitung erhalten. Rund vier Millionen Mark musste die CSU jährlich für das bisher für Mitglieder kostenlose Parteiorgan draufzahlen. Noch in diesem Jahr soll das Defizit halbiert werden. Eine Leserbefragung der Münchner Unternehmensberatung Roland Berger ergab, dass die CSU-Anhänger das Blatt behalten wollen. Parteichef Edmund Stoiber will sich dennoch mittelfristig vom „Bayernkurier“ trennen.

SPD

Rechte Genossen

Probleme in den eigenen Reihen hat die Jugendorganisation der SPD. Im Hofgeismarkreis im Leipziger Forum e. V. haben sich junge Sozialdemokraten zusammengefunden, die offen mit rechtsradikalem Gedankengut sympathisieren. Die auf der Internet-Seite des Hofgeismarkreises angebotenen Links führen zur stramm rechten Deutschen

Burschenschaft sowie der rechtsextremen Deutschland-Bewegung von Alfred Mechttersheimer. Dazu erklären die Jusos des Hofgeismarkreises um Sascha Jung: „Die Organisationen stehen uns in manchen Punkten ideologisch sehr nahe.“ Jung ist seit 1990 SPD-Mitglied und Sprecher der schlagenden Münchner Burschenschaft Danubia. Juso-Chef Benjamin Mikfeld will jetzt dem Hofgeismarkreis untersagen, „weiter mit dem Symbol der Jusos zu werben“.



Bulmahn

BILDUNG

Gratis ins Netz

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) will Besuchern öffentlicher Bibliotheken den kostenlosen Zugang ins Internet ermöglichen. Mindestens die Hälfte aller 1400 deutschen Leihbüchereien soll ihre Lesesäle noch in diesem Jahr mit netztauglichen Computern aufrüsten. Zudem müssen sich jeweils zwei Bibliotheksbedienstete in Schulungen darauf vorbereiten, Kindern und Senioren den Umgang mit der Maus zu erklären. Die Kosten des Programms, bundesweit 5,6 Millionen Mark, will das Bildungsministerium übernehmen.

DROGENHILFE

Schottisches Opium

Die Firma Macfarlan Smith Ltd. soll das Opium für einen Großversuch in Deutschland liefern, bei dem im kommenden Jahr in sieben Städten Heroin an Schwerstsüchtige abgegeben werden soll. Macfarlan Smith mit Sitz im schottischen Edinburgh ist der größte europäische Importeur von Opium für medizinische Zwecke.

Das Opium soll in der Schweiz, wo bereits seit 1994 Heroin an Süchtige abgegeben wird, zu „Heroin in pharmazeutischer Standardqualität“ verarbeitet werden. Das Bundesgesundheitsministerium bestätigte entsprechende Verhandlungen mit dem schweizerischen Bundesamt für Gesundheit in Bern. Die Herstellungskosten betragen etwa hundert Mark für die Zehn-Gramm-Flasche reinen Heroins, mit der ein Süchtiger 25 Tage versorgt werden kann. Um die Durchführung der klinischen Studie



Fixerstube (in Hamburg)

haben sich zwei Expertengruppen der Universitätskliniken Essen und Hamburg beworben; 700 Abhängige in Hamburg, Hannover, Essen, Köln, Frankfurt, Karlsruhe und München sollen an dem Großversuch teilnehmen.

Mitte September will eine Bund-Länder-Kommission entscheiden, wer den Zuschlag bekommt. Anschließend müssen noch die Ethik-Kommission und das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte dem auf drei Jahre angelegten Versuch zustimmen.

Am Rande

Brust und Bauch



Der Sommer ist bis jetzt ein Flop, aber das saisonübliche Sommerloch hat einiges zu bieten. Wenn es nicht die Homo-Ehe ist, dann sind es Jenny Elvers und ihr neuer Freund Alex, die

uns auf Trab halten. Beinahe hätten wir vergessen, dass es da noch ein unerledigtes Problem gibt: die Expo in Hannover. Die läuft nicht so gut wie vorgesehen, was natürlich nicht am Produkt liegt, nicht an den Preisen und auch nicht am Publikum, das lieber daheim vor dem Fernseher lümmelt oder im Internet surft, sondern an der PR. Damit die erwartete halbe Milliarde Mark Defizit nicht umsonst war, sollen jetzt noch einmal 70 Millionen Mark nachgelegt werden – für eine Werbekampagne, die Ende Juli, etwa zeitgleich mit dem Sommerschlussverkauf, einsetzen soll. Im Reisegewerbe nennt man so was „last minute specials“ und in der Gastronomie „happy hour“.

Doch muss so eine Aktion gut überlegt sein, man braucht Sympathieträger, damit die Botschaft ankommt. Ernst August von Hannover hat sich kürzlich vor Ort disqualifiziert, Harald Juhnke ist gerade in stationärer Behandlung, Claudia Schiffer reist als Unicef-Leihmutter durch Bangladesch, und Babs und Boris Becker turteln sich durch Mexiko. So fiel die Wahl zwangsläufig auf Verona Feldbusch, ohne die in Deutschland nichts mehr geht. Sie soll die Expo aus dem Quotentief holen wie einst Big Brother. Und damit auch ein paar Alphabeten angesprochen werden, hat man ihr Sir Peter Ustinov zur Seite gestellt. Was für ein Paar! Und was für eine Symbiose aus Kopf und Kragen, Brust und Bauch! Jetzt kann nichts mehr schief gehen. Die Expo ist gerettet. Hannover, wir kommen! Einmal blubb und zurück.



Kundgebung von Rechtsradikalen (in Magdeburg)

RECHTSEXTREMISMUS

Blitzschnell zuschlagen

Für ihre Propaganda im Internet setzen deutsche Neonazi-Gruppen neuerdings auf die Unterstützung von Gesinnungsfreunden in der Schweiz. Unter dem Namen „White Power Portal“ orteten Verfassungsschützer einen beim Schweizer Netzdienstleister Cablecom angeschlossenen Rechner, über den rechtsradikale Gruppen kostenlos ihre Websites ins Netz stellen können. Die 13 dort vertretenen Gruppen präsentieren sich unter Namen wie „Sturmtrupp Division88“ oder „Blutbad88“. Neben

rechtsradikalen und rassistischen Texten, Musik und Videos, deren Vertrieb in Deutschland strafbar ist, sind auch Anleitungen zum Bombenbau abrufbar. Künftig, so drohen die „Sturmtrupp“-Propagandisten, würden sie „gegen linke Chaoten blitzschnell zuschlagen“. Mit dem Wechsel der anonymen Sites zum Schweizer Provider sei eine „starke Zunahme strafbarer Inhalte verbunden“, heißt es beim Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz. Bislang boten deutsche Nazi-Gruppen ihre Seiten vor allem über Provider in den USA an, um der Strafverfolgung zu entgehen. Doch dortige Netzdienstleister verweigern Neonazis zunehmend den Dienst.

FUSSBALL

Prozess gegen Yeboah

Eine Woche vor dem Saisonstart der Fußball-Bundesliga beginnt am 3. August vor dem Frankfurter Landgericht der Prozess gegen den Stürmerstar



Yeboah

des Hamburger SV Anthony Yeboah. Der ghanaische Nationalspieler ist wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung angeklagt. Der Prozess ist erst einmal auf zwölf Verhandlungstage terminiert. Neben Yeboah müssen sich auch der 40-fache deutsche Nationalspieler

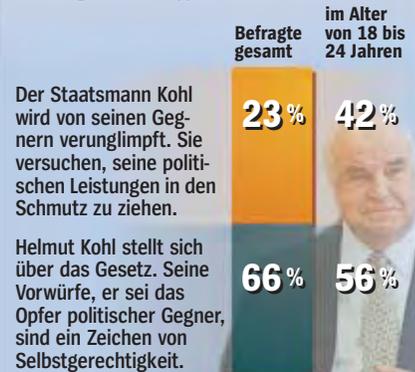
Bernd Hölzenbein als ehemaliger Manager von Eintracht Frankfurt, der frühere Schatzmeister Wolfgang Knispel und der Ex-Yeboah-Berater Johannes van Berk vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen vor, während Yeboahs Arbeitszeit bei Ein-

tracht Frankfurt über eine Tarnfirma des Spielers in Ghana Einkommen-, Lohn- und Umsatzsteuer in Höhe von über einer Million Mark hinterzogen zu haben.

Nachgefragt

Keine Gnade für Kohl

„Wie beurteilen Sie das Auftreten von Altkanzler Helmut Kohl vor dem Untersuchungsausschuss zur Spendenaffäre?“



Emnid-Umfrage für den SPIEGEL vom 11. und 12. Juli; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: weiß nicht / ist mir egal.



Bundesratssitzung, Steuerstreit-Sieger Eichel, Schröder*: *Primat des Pragmatismus*

„Da habe ich Ja gesagt“

In einem dramatischen Verhandlungsmarathon erkämpften Kanzler Schröder und Finanzminister Eichel eine Bundesratsmehrheit für ihre Steuerreform. Der erste große Triumph für Rot-Grün versetzt die Wirtschaft in Aufbruchstimmung.

Kurz vor Mitternacht legte der Kanzler in seinem Bonner Amtszimmer erleichtert den Hörer auf. Endlich ein Partner, auf den er sich verlassen konnte, einer, dessen Wort gilt, ein echter Kerl: Rainer Brüderle.

Mit dem FDP-Mann aus Mainz hatte Gerhard Schröder den größten innenpolitischen Erfolg seiner Regierungszeit verabredet, die Zustimmung von Rheinland-Pfalz zu seiner Steuerreform, und damit deren Verabschiedung. Schröder erleichtert: „Die stehen.“

Eine Woche lang verhandelten Brüderle und Schröder, am vergangenen Dients-

tagmittag war der Liberale sogar zum Vier-Augen-Gespräch im Berliner Kanzleramt. Um 23.30 Uhr am Donnerstag, am Abend vor der Abstimmung in der Länderkammer, rief der Kanzler den Mainzer noch einmal an. Nach einer guten Viertelstunde war klar: Die Bundesregierung bot der FDP, die in Mainz unter dem Sozialdemokraten Kurt Beck mitregiert, genug an, um sie im bevorstehenden Landtagswahlkampf als Retter des Mittelstandes erscheinen zu lassen.

* Am vergangenen Freitag in Bonn.



Es waren nicht die Christdemokraten in den Großen Koalitionen von Berlin, Brandenburg und Bremen, die am Freitag vergangener Woche im Bundesrat den Ausschlag für das umstrittene Gesetz gaben, obwohl sie aus der Einheitsfront der Union aussicherten.

In Wahrheit hatte selbst Berlins Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU), von dem erbitterten bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Chef Edmund Stoiber als „Stimmführer“ der Umfaller geoutet, seine Zustimmung von der Haltung der Rheinland-Pfälzer abhängig gemacht.



DPA (gr.); F. DARCHINGER (kl.)



Brüderle wusste: Dieppen wollte nicht der Erste sein. Der Kanzler dagegen war sicher, dass der Berliner Regierende auch nicht der Letzte sein mochte, der die Fahne der Blockade hochhielt. So waren es die Liberalen, die für den Kanzler und seinen Finanzminister Hans Eichel den Durchbruch gegen die blockierende Union ermöglichten.

Das Geschick, mit dem der Kanzler Brüderle, Dieppen und die anderen Länderfürsten gleichermaßen einfiel, beschert ihm seinen größten Erfolg seit der gewonnenen Bundestagswahl vom September 1998. Die

rot-grüne Regierung, die erst Chaos und dann ein paar mäßig bejubelte Resultate wie den Atomausstieg zu Stande gebracht hatte, kann endlich den ersten großen Triumph, die ersten wirklich positiven Zeilen fürs Geschichtsbuch vorweisen: Im Vergleich zu 2000 zahlen Bürger und Wirtschaft laut Koalition ab 2005 insgesamt 60 Milliarden Mark weniger an Steuern. Fast scheint es, der Sozialdemokrat folge den Spuren der eisernen Steuerreformer Ronald Reagan und Margaret Thatcher.

„Ein guter Tag für Deutschland und sein Ansehen im Ausland“, sagte Schröder

nachher unbescheiden. Doch in der Tat: Diese Steuerreform, die größte seit Bestehen der Bundesrepublik, heizt nicht nur die Binnennachfrage an, weil die Bundesbürger ab Januar deutlich mehr Geld in der Tasche haben, sondern macht den einstigen Stillstand-Ort auch für Investoren aus dem Ausland wieder deutlich attraktiver (siehe Seite 29).

So geriet der vergangene Freitag zu einem Tag großer Symbolik. Ausgerechnet auf der letzten Sitzung des Bundesrats in Bonn machte Schröder mit seinem Coup klar, dass die Bonner Republik endgültig der Vergangenheit angehört. Was zählt, ist weder Kohlscher Stillstand noch Lafontaine-scher Klassenkampf, sondern endgültig das – auch international konkurrenzfähige – Primat des Pragmatismus.

In nur einer Woche hat Schröder eine zuletzt eher vage innenpolitische Lage geklärt. Keimten just wieder Selbstzweifel ob mäßiger Umfragezahlen, einer erstarken Union und der zunehmend lauter mäkeldenden Parteilinken auf – seit verganginem Freitag steht fest, dass Rot-Grün tatsächlich die Kraft hat, umstrittene Reformen auch gegen eine taktische Blockade der Opposition im Bundesrat durchzusetzen.

Zum Schrecken vor allem von CSU-Chef Stoiber hat Schröder bewiesen, dass er die Phalanx der Länder sprengen kann. Schröder

der hat mögliche Koalitionspartner wie die PDS und die FDP mit einer Charme- und Geldoffensive für sich eingewonnen und selbst einen erbitterten Gegner wie Berlins Bürgermeister Diepgen umgedreht.

Vor allem aber hat der Sieg im Bundesrat gezeigt, in welchem zerrüttetem Zustand sich die Union befindet. Während sich Ministerpräsident Stoiber erschüttert aus Bonn davonschlief, gestand CDU-Chefin

tionschef geknickt. Doch erst bei der gemeinsamen Besprechung in der hessischen Landesvertretung kündigten die Abtrünnigen ihre Entscheidung an. Was Merz erboste: Die Umfaller hüllten sich in Schweigen über die Zusagen, die sie erhalten hatten.

Dabei war es Merz, der der Koalition die entscheidende Vorlage für ihre Zerrüttungsstrategie gab, mit der Schröders Team

dem die Genossen den Sieg am Abend zuvor bereits begossen hatten, überkam den Kanzler Panik.

Nochmals wollten sich die SPD-Strategen in der nordrhein-westfälischen Landesvertretung für die entscheidende Sitzung im Bundesrat abstimmen. Doch ein wichtiger Mann in der Runde fehlte: Ger- not Mittler, SPD-Finanzminister von Rheinland-Pfalz.

Noch am Vorabend hatte Mittler seinen Kollegen signalisiert: Ja, die sozial-liberale Koalition stimmt der Steuerreform zu. Doch wo war Mittler nun? Hatte er sich womöglich doch zu weit vorgewagt, ohne seinen Schritt mit dem kleineren Koalitionspartner abzuklären, fragten sich die Ministerpräsidenten und Finanzminister der Genossen.

Gerhard Schröder griff selber zum Mobiltelefon: „Wo steckst du?“ Er habe sich nur ein wenig verspätet, versicherte Mittler, aber er sei unterwegs. Und im Übrigen: Sein Wirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage sei von den Nachbesserungen, die der Kanzler und sein Finanzminister Hans Eichel angeboten hätten, hellauf begeistert.

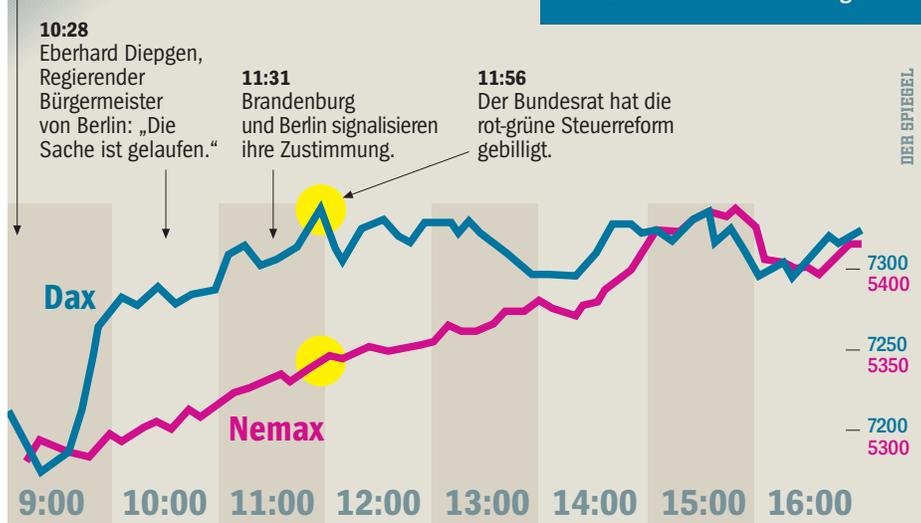
Schon am Vorabend, als es um 20.30 Uhr losging, hatten Schröder und Eichel beim Kaminabend in der NRW-Vertretung die Zusagen von Brandenburg und Bremen vorliegen. Zwischen ständig klingelnden Telefonen fragte Schröder in die Runde, ob auch alle SPD-Länder die Milliardenbelastungen mittragen würden, die das Angebot an Rheinland-Pfalz mit sich bringt. Verhaltene Kritik kam insbesondere von Schleswig-Holsteins Heide Simonis, die fragte, ob man das Ganze nicht doch etwas billiger hätte haben können, wenn man in der Vermittlungsrunde nicht schon derart nachgegeben hätte. Die Union wollte doch in der ersten Runde so oder so nicht mitspielen.

Egal. Die Runde stieß mit Wein und Bier, ein paar Gläschen mehr als sonst, schon mal vorsorglich auf den kommenden

9:01

Der rheinland-pfälzische Finanzminister signalisiert die Zustimmung seines Landes zur Steuerreform.

Applaus von den Börsen
Kursverlauf von Dax und Nemax am 14. Juli und DPA-Meldungen



Angela Merkel eine bittere Niederlage ein und merkte hilflos an, dass die Partei nun akzeptieren müsse, dass „wir tatsächlich in der Opposition sind“. Die Schlappe wird vor allem die Blitzkarriere des jungen Fraktionschefs Friedrich Merz spürbar bremsen, den Stoiber auf vernichtende Art für seine „herausragende Arbeit bei der Koordination“ lobte (siehe Seite 26).

Merz wurde die bevorstehende Niederlage schon beim Frühstück am Freitag zur Gewissheit. „Das zeichnete sich schon in der Nacht ab“, berichtete der Unionsfrak-

tion beharrlich den Keil zwischen Berliner Opposition und CDU-Länderchefs trieb.

Merz, so warnte die Schröder-Crew, werde in einem zweiten Vermittlungsverfahren im September verlangen, den Spitzensteuersatz auf unter 40 Prozent zu drücken. Das aber bedeutete weitere Einnahmeverluste für die Länder sowie Bund und Gemeinden von möglicherweise 20 Milliarden Mark.

Der Triumph der Bundesregierung war allerdings bis zuletzt gefährdet. Noch um viertel vor neun am Freitagmorgen, nach-

Wie Hans Eichel die fünf Bundesländer auf seine Seite brachte



Dem Bremer Senatschef Henning Scherf (SPD) und dessen Partner Hartmut Perschau (CDU) sagte Eichel Unterstützung beim Länderfinanzausgleich zu, die spezielle Einwohner-Gewichtung soll bleiben.



Die Berliner Peter Strieder (SPD) und Eberhard Diepgen (CDU) bekommen unter anderem 75 Millionen Mark für die Sicherung von Staatsbesuchen und jährlich 25 Millionen Mark für die Museumsinsel.



Brandenburgs Koalitionäre Jörg Schönbohm (CDU) und Manfred Stolpe (SPD) überzeugte der Finanzminister mit 400 bis 500 Millionen Mark für Verkehrsprojekte, insbesondere Verbindungen nach Polen.



Spannung bis zuletzt

BERLINER ZEITUNG

Triumph an. Drei Umfaller, 35 Stimmen – das müsste reichen.

Nur Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe konnte nicht unbeschwert mitfeiern. Noch ein paar Stunden vorher hatte der bayerische Finanzminister Kurt Falthäuser versucht, Stolpe zur Ablehnung zu bewegen. Das zweite Vermittlungsverfahren werde nicht teurer für die Länder, versprach der Bayer. „Ich glaub dem aber nicht“, sagte Stolpe abends. Schließlich war ihm aus Berlin der Ausbau der Verkehrswege nach Polen zugesagt worden.

So blieb Stolpe dabei: Brandenburg würde zustimmen, auch wenn die CDU dagegen sei. Dann müsse er eben aus der Koalition ausscheiden, drohte sein CDU-Partner Jörg Schönbohm.

Stolpe, nach außen wie immer gelassen, hatte intern allerdings erklärt, dass er nur zustimme, wenn auch Berlin dabei sei.

Gleichzeitig musste er zwecks Feinabstimmung mit Schönbohm nach eigenem Bekunden noch gegen Mitternacht „Sandkastenspiele“ zur Rettung der eigenen Koalition absolvieren: „Das liegt einem General und einem Skatspieler.“

Doch dann ließ am nächsten Morgen auch noch Diepgen ausrichten: Ja, Berlin, die Große Koalition von SPD und CDU, stimme zu. Denn nur dann, so lautete die Bedingung, werde der Bund mehr Geld für Kultur, Polizei und Olympiastadion lockermachen.

Um 8.30 Uhr teilte Diepgen seine Entscheidung Schönbohm mit, der daraufhin nichts mehr gegen Stolpes Zustimmung einzuwenden hatte.

Um 10.27 Uhr präsentierte im Plenum des Bundesrats zunächst Hamburgs Bürgermeister Ortwin Runde den Entschließungsantrag der Länder, der bis 2005

die Steuerreform nochmals nachbessern soll: 1,75 Milliarden extra für den Mittelstand, dazu ein Spitzensteuersatz von 42 statt von 43 Prozent.

Fein säuberlich hatte Runde die Länder in seinem Redemanuskript aufgezählt. Nur, dass Berlin die Resolution mittragen würde, hatte er nicht erwartet – der Name fehlte in der gedruckten Variante, nicht aber im Vortrag.

So ganz überraschend kam Diepgens Zustimmung dennoch nicht. Schon am Mittwoch vor zwei Wochen hat es am Rande einer Konferenz der SPD-Länder ein Geheimgespräch zwischen dem Bremer CDU-Landesvorsitzenden Bernd Neumann, Finanzsenator Hartmut Perschau (CDU), Stolpe und Diepgen gegeben, wo schon mal Verhandlungsspielräume ausgelotet wurden.

Die hatte Schröder am vergangenen Dienstag im vertraulichen Gespräch mit Diepgen im Kanzleramt konkretisiert. Den Hauptstadtvertrag, den die Berliner schon seit langem immer dringlicher forderten, habe „der schlaue Hans“ (Schröder) herausgezögert, um ihn jetzt taktisch zu nutzen: 75 Millionen Mark jährlich für die Sicherheit, 20 Millionen Mark mehr für das Olympiastadion und jährlich 25 Millionen zusätzlich für die Kultur – das, findet Schröder, der Berlin zunehmend auch als seine Stadt betrachtet, ist kein zu hoher Preis.

Für Diepgen dagegen, sagt sein Freund Klaus Landowsky, war es „die schwierigste und bitterste Entscheidung, die er seit seinem Antritt als Regierender im Jahre 1984 zu fällen hatte“. Die Stadträson vor die Parteiräson zu stellen, so der CDU-Fraktionschef, sei Diepgen „als Parteimann schon schwer, aber als Purist noch schwerer gefallen“.

Als sie vergangenen Donnerstag nach Bonn reisten, waren sich die beiden Weggefährten noch einig: „Wenn sich nichts bewegt, wird nicht zugestimmt.“ Der wunde Punkt, hatte CDU-Finanzsenator Peter Kurth dem Regierenden eingehämmert, sei die Lage des Mittelstands, der in der von Großindustrie weitgehend freien Hauptstadt das Wirtschaftsleben bestimmt.

Noch am Donnerstagabend versuchten die Berliner, sich in Sachen Mittelstand mit den in dieser Frage ebenfalls beinhalten rheinland-pfälzischen Liberalen abzustimmen. Denn in einem Worst-Case-Szenario hatte das Duo Diepgen/Landowsky durchgespielt, was wohl wäre, wenn die rot-gelbe Koalition in Mainz ihren Widerstand aufgab: Am Ende käme dann eine Mehrheit ohne Berlin zu Stande – und die von



Der Mainzer Wirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage (FDP) und Regierungschef Kurt Beck (SPD) setzten steuerliche Verbesserungen für Mittelständler in Höhe von 1,75 Milliarden Mark durch.



Für Mecklenburg-Vorpommern bekommen Helmut Holter (PDS) und Harald Ringstorff (SPD) Zusagen für den Ausbau der Bahnstrecke Rostock-Berlin sowie eine Ausfallbürgschaft für das Kraftwerk Lubmin.

Eine Frage der Nerven

Die Niederlage im Bundesrat ist ein schwerer Autoritätsverlust für die Führung der Union. Besonders gegen Fraktionschef Merz wird schon gemobbt – doch es fehlt eine Alternative.

In der Stunde der Enttäuschung flüchtete Angela Merkel sich in die Verlässlichkeit der Naturwissenschaften. Als sei nichts geschehen, ließ sich die CDU-Parteichefin in weißem Kittel, mit Schutzmütze und Überschuhen vergangenen Freitag von Firmenchef Rainer Knaus durch die Labors des Frankfurter Biotechnologie-Unternehmens MainGen führen.

Während vor dem Firmenportal Dutzende Reporter zwei Stunden lang auf ein Statement der CDU-Chefin zum größten Debakel ihrer kurzen Amtszeit lauerten, interessierte sich die Physikerin demonstrativ für „hämatopoietische Stammzellen“, „Ex-vivo-Transduktion“ und „Kryokonservierung“.

Doch die Flucht ins Labor konnte nicht vom „Super-GAU“, so ein CDU-Präside, ablenken: Denn mit der Abstimmung im Bundesrat stand nicht nur die Steuerreform der rot-grünen Regierung auf dem Prüfstand, sondern auch die Autorität der neuen Unionsführung um Fraktionschef Friedrich Merz, CDU-Chefin Angela Merkel und den CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber.

Brutal zerstob die Illusion, nach der Spendenaffäre könnte die CDU bald wieder ein ernst zu nehmender Gegner werden. Mit der Blamage im Bundesrat tritt das ganze Dilemma der Christenunion wieder offen zu Tage: Sie ist kopf-, profil- und erfolglos.

Die Landtagswahlsiege von 1999, die der Union überraschend eine Verhinderungsmehrheit im Bundesrat verschafft hatten, wusste die Partei nicht zu nutzen. Der einzige Machthebel entglitt der neuen Führung in einer Mischung aus taktischem Ungeschick und fehlender Kraft. Hat sie nun noch die Autorität, den stockenden Erneuerungsprozess der Partei voranzutreiben, die noch immer nach einer Identität jenseits von Helmut Kohl sucht?

„Wir sind in unserem Bemühen um einen Neuanfang zurückgeworfen“, musste ein sichtlich angeschlagener Merz am vergangenen Freitag kleinlaut einräumen.

„Mehr als ärgerlich“ sei die Niederlage, gab auch Parteichefin Merkel zu. Mit offensiver Selbstkritik wollte sie Attacken aus den eigenen Reihen zuvorkommen: „Es war eine Frage der Nerven.“

Nur einer benahm sich so, als habe er mit der Niederlage nichts zu tun: der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber. Während des Tauziehens mit der Regierung hatte er sich als harter Anfüh-

den hatte Merz für eine Einigung mit der Regierung aufgebaut. Schon frühzeitig hatte ihn dagegen der Bremer CDU-Chef Bernd Neumann gewarnt, dass es in dem Land ein „Problem geben wird“. Immer wieder hatte Finanzminister Hans Eichel seinem Kontrahenten während der Verhandlungen vorgehalten, in wie vielen Punkten die Regierung der Opposition bereits nachgegeben habe. „Dies alles“, so Eichel, „hätten Sie zu Ihrem Erfolg machen können.“ Doch Merz pokerte zu hoch und verlor.

Dass die Diskussion in den eigenen Reihen schon jetzt um seinen Kopf geht, hat Merz begriffen. Trotzig erklärte er, um Fragen zuvorkommen, er werde „selbstverständlich“ als Fraktionschef weitermachen. Pflichtgemäß stellten sich die meisten Unionspolitiker öffentlich zwar hinter Merz und Merkel. Doch intern hat das Mobbing längst begonnen.

„Wer sich aus dem Fenster lehnt“, ätzt etwa der Abgeordnete Friedhelm Ost, „der kann auch rausfallen.“ Wenn man nur 2 Meter hoch springen könne, dürfe man sich die Latte eben nicht auf 2,50 Meter legen, so die Empfehlung des früheren Sprechers der Regierung Kohl.

Der „Alte“ bleibt der Maßstab. Schließlich war der alles selbst gewesen: Ministerpräsident, Fraktionsvorsitzender, Parteichef, Kanzler. Die „jungen Leute“, meinen hämisch etliche in der Fraktion, hätten sich vielleicht ein bisschen viel zugetraut.

Wer könne auch erwarten, dass sich die Neuen ohne jede Erfahrung so gut in das Innenleben von Ministerpräsidenten einzudenken vermögen wie einst Helmut Kohl.

Der 1,98-Meter-Mann Merz, räumen selbst Anhänger ein, sei seit Freitag „einen Kopf kleiner“. Dass er sein Amt verliert, muss der Sauerländer wohl zunächst nicht befürchten. Ihn schützt der Nachwuchsmangel, eine geeignete Alternative ist nicht in Sicht. Überdies kann die Fraktion nicht alle paar Monate eine neue Führung wählen.



CDU-Vorsitzende Merkel: „Mehr als ärgerlich“

rer des Blockier-Kurses präsentiert. Jetzt distanzierte er sich unter Lobgesängen auf die „großartige Leistung“ von Merz und Merkel. Leider sei es für die beiden kein guter Tag geworden. Und schmallippig drohte Stoiber, der schwarze Freitag werde der „Beginn des weiteren Reinigungsprozesses innerhalb der CDU“ sein.

Beschädigt ist in erster Linie Fraktionschef Merz, der die Steuerreform zur Chefsache und sich selbst zum Verhandlungsführer gemacht hatte. Immer neue Hür-

H. SACHS / VERSION



CSU-Chef Stoiber (M.): *Leider kein guter Tag*

Dass Merkel den Fraktionsvorsitz in Personalunion mit übernehmen könnte, ist vorerst ebenfalls ausgeschlossen. Schließlich ist die Parteichefin durch die gescheiterte Blockade selbst angeschlagen. Noch bei der Vorstandssitzung auf dem Expo-Gelände in Hannover am Montag der vergangenen Woche hatte die Vorsitzende jedem anwesenden Ministerpräsidenten das Versprechen abverlangt, im Bundesrat als schwarzer Block zu stehen.

Nun, nach dem Abstimmungsdesaster, sei noch einmal ein „tief greifender Diskurs über unser Selbstverständnis als Opposition“ fällig, kündigte Merkel kämpferisch an. Sie jedenfalls fühle sich „herausgefordert“.

Das sollte sie auch. Denn nach der Niederlage erscheinen die CDU-Spitzenleute nicht nur gegenüber der Regierung geschwächt. Auch innerhalb der Partei ist die ohnehin labile Führungsmannschaft um Merkel weiter im Ansehen geschrumpft.

Als „schweren Schlag für die innere Stabilität der CDU“ betrachtet der bayerische CSU-Fraktionschef Alois Glück die Abstimmungsniederlage im Bundesrat. Nun drohe nicht nur der Zerfall in zwei Flügel zwischen Kohl-Anhängern und der neuen Führung, sondern auch der Bruch zwischen Bundespartei und Landesfürsten.

Die Sorge vieler CSU-Spitzenpolitiker um das Schicksal der Schwesterpartei ist diesmal ausnahmsweise echt. Denn auch CSU-Chef Stoiber profitiert von der Schwäche der CDU-Spitze nur kurzfristig. Und wenn er auch fast reflexhaft dazu neigt, seine Überlegenheit auszuspielen, kennt er seine Abhängigkeit von der Bundespartei doch genau.

Kein Zufall, dass er die CSU-Abgeordneten Hans Michelbach und Gerd Müller, die CDU-Chefin Angela Merkel unlängst

wegen ihrer erneuten Di-
stanzierung von Altkanzler
Kohl attackiert hatten, bei
der Klausurtagung im ober-
fränkischen Kloster Banz
vergangene Woche als nutz-
lose Wichtigtuier „unmiss-
verständlich in den Senkel“
stellte, wie Teilnehmer be-
richteten.

Wie ernst die Lage auch
für ihn ist, wurde Stoiber
erst vorige Woche beim
Vortrag der Allensbacher
Demoskopin Renate Kö-
cher in Banz klar. Die Spendenaffäre habe
„mächtig auf die CSU“ durchgeschlagen
und sei weder auf eine Partei noch auf
eine Person einzugrenzen, berichtete
Köcher.

Zwischen November vergangenen Jah-
res und heute, offenbarte Köcher einem
alarmierten Edmund Stoiber, sei die CSU
bei den Zweitstimmen von 61 Prozent
auf 44 Prozent abgerutscht. Und: Der
Abstand zwischen der Bundesregierung
und der Opposition sei nach ihrer Ein-
schätzung weitaus größer, als es die mei-
sten aktuellen Umfragen glauben ma-
chen ließen.

Mit dem Thema Steuerreform, so war
es geplant, sollte die Union endlich wie-
der in die Offensive gegenüber der Re-
gierung kommen. Als Regisseure des dies-
jährigen Sommertheaters wollten Merz,
Merkel und Stoiber den siegreichen
Kampf um eine gerechte Steuerreform
aufführen. Nun ist das Spitzentrio wohl
selbst das Thema.

SUSANNE FISCHER,
TINA HILDEBRANDT, NICOLA KIND



Unions-Fraktionschef Merz
„Einen Kopf kleiner“

Schröder zugesagten zusätzlichen Subsi-
dien wären futsch gewesen.

Als FDP-Brüderle aus Rheinland-Pfalz
nicht wie erbeten zurückrief, dämmerte
den Berliner Unionsleuten erstmals, dass
das Krisenszenario Wirklichkeit werden
könnte. Mehrmals kommunizierte Diep-
gen nächstens mit seinen Koalitionspart-
nern SPD-Landeschef Peter Strieder und
Schulsenator Klaus Böger sowie mit den
ebenfalls noch unschlüs-
sigen Brandenburger
Nachbarn.

Der Krimi ging nach
der kurzen Bonner Nacht
weiter. Als Böger morg-
gens gegen sieben Uhr in
der Berliner Landesver-
tretung eintraf, fehlten
noch immer „entschei-
dende Teilstriche“. Ge-
gen halb acht telefonierte Diep-
gen, noch immer nicht ganz entschieden,
mit Kurth
und Landowsky. Der holte das Plazet sämt-
licher CDU-Senatoren ein. Doch eine ge-
gen neun Uhr tagende Berliner Beamten-
runde legte sich wieder auf eine Berliner
Enthaltung fest.

Als es im Bundesrat zur Abstimmung
kam, fehlte Diep-
gen gar die Stimme. Der
neben ihm stehende Böger beobachtete,
dass „Diep-
gen fahrig war, ziemlich fertig
mit den Nerven, als Berlin aufgerufen wur-
de. Der hat mich nur angeguckt. Da habe
ich Ja gesagt. Stolpe, der nächste, kam
dann erleichtert mit seinem Ja. Der war
noch nie so froh, dass Brandenburg mit Br
beginnt und Berlin mit Be.“

Nun vertieften sich die Sorgenfalten von
Stoiber. Der Bayer, im Bundesrat rechts
außen platziert, legte sein Kinn immer
wieder in die rechte Hand und würdigte
den Abtrünnigen direkt neben ihm kei-
nes Blickes: Diep-
gen. Augenzeuge Böger:
„Zwischen denen war Eis, nichts als Eis.“

Nun lehnte sich Eichel entspannt zurück,
strich sich mit der rechten Hand ein paar
Fussel vom Sakko, faltete die Hände. Ge-
schafft! Hansi war wieder mal der Beste.

Eines wurde an diesem Morgen klar:
Wäre die FDP in Mainz nicht gekippt, es
hätte für Schröder und Eichel nicht ge-
reicht. Der Bundesfinanzminister ver-
suchte deshalb in den Tagen davor alles,
um die Liberalen zu überzeugen, nutzte
seine engen Drähte zu den FDP-Größen
Guido Westerwelle, Hermann Otto Solms
und Wolfgang Gerhardt – und spannte
seinen Länderkollegen Mittler mit ein.
„Mittler war der entscheidende Mittler“,
sagt NRW-Finanzminister Peer Steinbrück
(SPD).

Auf die liberale Sollbruchstelle in der
Abwehrfront hatte Ortwin Runde den Kas-
senwart aufmerksam gemacht. „Kümmert
euch um Brüderle“, hatte der Hamburger
Anfang der Woche empfohlen. Der rhein-
land-pfälzische Ministerpräsident Kurt
Beck (SPD) hatte sich, ahnend um den Dis-

**Eines war klar:
Wäre die FDP in
Mainz nicht
gekippt, es hät-
te für Schröder
und Eichel
nicht gereicht**

* Mit dem Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber, und CSU-Generalsekretär Thomas Goppel am 7. Juli beim Parteitag in Straubing.



LANSON / SIPA PRESS

Steuersenker Thatcher, Reagan (1988)
Vorbild für Schröder?

sens in seiner Koalition, vorsorglich in den Urlaub davongemacht.

„Soll ich denn mal mit dem Brüderle reden?“, fragte Schröder im SPD-Präsidium. „Es wäre schon ganz gut, wenn du mit ihm sprichst“, ermunterte ihn Verteidigungsminister Rudolf Scharping.

Tags darauf im Kanzleramt heckten Schröder und Brüderle dann den entscheidenden Passus aus: Zwar hatte sich das Mainzer Kabinett auf eine Enthaltung geeinigt, doch Brüderle sorgte dafür, dass eine wichtige Klausel aufgenommen wurde: Neue Aspekte in Eichels Werk könnten durchaus „eine Zustimmung nahe legen“.

Diese neuen Aspekte, insgesamt 1,75 Milliarden Mark mehr für den Mittelstand, entsprachen letztlich dem, was Bauckhage schon vor zwei Wochen gefordert hatte (SPIEGEL 27/2000).

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Brüderle machte sich zur Schaltstelle zwischen dem Vorsitzenden Gerhardt und Generalsekretär Westerwelle von der Bundespartei sowie Bauckhage in Mainz. Denn die Zustimmung riss auch in der FDP die Gräben wieder auf. Während Solms und Gerhardt für Ablehnung plädierten, war Westerwelle für Ja.

So spitzten sich die Verhandlungen am Vorabend der Bundesratssitzung noch einmal zu. Bis dahin hielten die Rheinland-Pfälzer an ihrem Kabinettsbeschluss fest.

Doch SPD-Emissär Mittler bearbeitete seinen liberalen Kollegen Bauckhage, der Urlaub im heimatischen Westerwald machte und die Verhandlungen per Handy führte, während er mit seinen Hunden durch den Forst marschierte.

Nach dem Gespräch zwischen Schröder und Brüderle kurz vor Mitternacht brach die Hektik erst richtig los. Brüderle informierte und überzeugte erst Westerwelle, dann Gerhardt. In Bonn machten sich Eichels Beamte daran, aus den Absprachen zwischen Schröder und Brüderle eine Gesetzesvorlage zu basteln. Erst um zwei Uhr nachts ging Brüderle schlafen. Drei Stunden brauche er, „damit meine Handschrift anständig aussieht“. Um fünf Uhr morgens machte er sich auf den Weg nach Bonn.

Zufrieden ließ sich Kanzler Schröder nach dem Abstimmungserfolg im Bundesrat von seinem Innenminister Otto Schily beglückwünschen, der das Ergebnis als „größten Erfolg der Verhandlungskunst“ seines Chefs feierte.

Der Kanzler lobte brav die Solidarität und Überzeugungskraft des Bremer Bürgermeisters Henning Scherf und ausdrücklich auch des brandenburgischen Ministerpräsidenten Stolpe, den er in der Vergangenheit oft heftig kritisiert hatte: „Der hat sich ausgesprochen solidarisch verhalten.“

Schröder und Eichel, als Ministerpräsidenten im Bundesratsgeschacher erfahren, spielten Länderkoalitionen, die finanzielle Not verschiedener Ministerpräsidenten und auch den in der CDU schwelenden Zoff zwischen Kohlianern und Merkelisten virtuos gegeneinander aus.

Am leichtesten fiel das Gezocke mit der Großen Koalition in Bremen. Der dortige CDU-Landesvorsitzende Bernd Neumann, als Kohl-Fan berüchtigt, hatte genüsslich den Bremer Koalitionsvertrag zitiert: „Die Interessen des Landes haben absoluten Vorrang, deren Durchsetzung in konstruktiver Zusammenarbeit mit den Ländern

und dem Bund angestrebt wird“ – ein herber Schlag gegen die Erneuerer Merz und Merkel.

So ließ sich das kleine Bremen bereitwillig mit der Zusage ködern, „auch nach Steuerreform und Finanzausgleich werde es ein handlungsfähiges Land bleiben“ (Eichel). Die Botschaft war klar: Die SPD will Bremen nicht abschaffen.

Da konnten die stolzen, aber verarmten Hansestädter beim Unionslager nicht so sicher sein. „Die Bayern und Baden-Württemberger haben doch mit ihrer Klage gegen den Länderfinanzausgleich vor dem Verfassungsgericht ihre Solidarität mit uns aufgekündigt“, beschreibt Bremens Finanzsenator Perschau die schlechte Stimmung im eigenen Lager.

Schröders Versprechen an Henning Scherf und seinen CDU-Mitstreiter Per-

schau: Es bleibt, auf welchen Wegen auch immer, nach 2005 bei rund einer Milliarde Mark Ausgleich von Bund oder Ländern.

Außerdem sollen die veranschlagten Folgekosten der Steuerreform in Höhe von geschätzten 800 Millionen Mark bis 2005 vom Bund kompensiert werden, sofern sie tatsächlich in dieser Höhe eintreten.

Zufrieden verließ der Schweriner PDS-Chef Helmut Holter am Donnerstag das Berliner Staatsratsgebäude. Schröder hatte ihn wie einen stellvertretenden Ministerpräsidenten behandelt, stellte ein ebenso überraschter wie geschmeichelter Holter fest: „Es ging locker und offen zu“, beschreibt der PDS-Mann die Audienz beim Kanzler: „Ich hatte nicht das Gefühl, dass er uns bloß kaufen wollte. Schröder sagte, er wolle, dass es in der Schweriner Koalition gut weitergeht.“

Dass sich auch die PDS im Poker um die Länderstimmen als Sieger fühlen durfte, lag daran, dass Schröders Unterhändler den Postsozialisten zusagten, bei der geplanten Neuordnung des Risikostrukturgleiches der Krankenkassen im kommenden Jahr auch über steigende Bezüge für die ostdeutschen Kassenärzte nachzudenken.

In Bedrängnis bringen könnte dieser Kuhhandel die grüne Gesundheitsministerin Andrea Fischer, die zur Zeit der Verhandlungen noch ahnungslos im amerikanischen Atlanta weilte. Sie will mögliche Mehreinnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung durch die Steuerreform viel lieber dazu nutzen, um die Beiträge der Versicherten zu senken.

Vor dem Termin am Donnerstag beriet sich Holter am Telefon mit der PDS-Führung. Die bestärkte ihn darin, Bedingungen für eine Zustimmung zur rot-grünen Steuerreform zu stellen.

Denn neben dem materiellen Erfolg – Ausfallbürgschaften, Eisenbahnstrecken – winken weitere Vorteile. So hat Schröder mit dem Empfang der PDS im Kanzleramt den letzten Rest an Vorbehalten gegen die rot-rote Regierung aufgegeben. Weitere Kooperationen in den ostdeutschen Ländern sind nun denkbar.

Beeindruckt zeigte sich Holter von Schröders Ernsthaftigkeit: „Als ich fragte, ob es nicht mit den Ortsumgehungen schneller gehen könne, ist er rausgegangen, um mit Verkehrsminister Klimmt zu telefonieren. Danach kam er wieder rein und sagte, man müsse das für 2001 noch im Detail klären, Klimmt sei jetzt im Urlaub.“

Nach einer Stunde allerdings hatte Schröder genug verhandelt. Ganz plötzlich sprang der Kanzler auf und rief: „Ihr habt jetzt genug gekriegt. Ich muss jetzt nach Bonn.“

WOLFGANG BAYER, PETRA BORNHÖFT, JÜRGEN LEINEMANN, NORBERT PÖTZL, CHRISTIAN REIERMANN, ULRICH SCHÄFER, HAJO SCHUMACHER, HANS-JÖRG VEHLEWALD

„Es ging locker und offen zu, ich hatte nicht das Gefühl, dass er uns bloß kaufen wollte“

Das 60-Milliarden-Geschenk

Rekord in der deutschen Wirtschaftsgeschichte: Noch nie hat der Staat seine Steuerzahler so stark entlastet. Arbeiter, Angestellte und Unternehmer, sie alle gewinnen – aber nicht alle gleich viel.

Steuerreform: Wie stark die Bürger entlastet werden

	Steuerbelastung derzeit	Entlastung ab 2001	Entlastung ab 2005
Eingangssteuersatz	22,9 %	19,9 %	15,0 %
Spitzensteuersatz	51,0 %	48,5 %	42,0 %
Grundfreibetrag	13 499 Mark	14 093 Mark	15 011 Mark

Angaben in Mark

bei einem zu versteuernden Einkommen von	Singles		Verheiratete		Singles		Verheiratete	
	Verheiratete	Entlastung in %						
15 000 Mark	352	100 %	0	100 %	-352	100 %	0	100 %
20 000 Mark	1600	46,3 %	0	46,3 %	-740	46,3 %	0	46,3 %
30 000 Mark	4298	26,1 %	704	26,1 %	-1121	26,1 %	-704	100 %
40 000 Mark	7264	20,0 %	3200	20,0 %	-1455	20,0 %	-1480	46,3 %
60 000 Mark	14 016	16,0 %	8596	16,0 %	-2241	16,0 %	-2242	26,1 %
80 000 Mark	21 819	14,4 %	14 528	14,4 %	-3141	14,4 %	-2910	20,0 %
100 000 Mark	30 690	13,6 %	20 994	13,6 %	-4174	13,6 %	-3643	17,4 %
120 000 Mark	40 618	14,1 %	28 032	14,1 %	-5707	14,1 %	-4482	16,0 %
150 000 Mark	55 903	15,0 %	39 514	15,0 %	-8392	15,0 %	-5785	14,6 %
200 000 Mark	81 405	15,8 %	61 380	15,8 %	-12 894	15,8 %	-8348	13,6 %

DER SPIEGEL

Kaum einer hatte ihn bemerkt. Alfons Kühn stand in der letzten Reihe, hinter all den Reportern und Fernsehkameras, ein paar Schritte weiter als Bärbel Dieckmann, die Bonner Bürgermeisterin, und weit genug weg von den nervösen Emissären der Union, die zwischen den Bänken des Bundesrats hin und her eilten.

Dies sei schließlich „ein historischer Moment“, meinte Kühn, der Steuerexperte des Deutschen Industrie- und Handels-tags. Historisch deshalb, weil es für Kühn, einen eingefleischten Bonner, die letzte Sitzung des Bundesrats am Rhein war. Historisch aber auch, weil an diesem Morgen über ein Gesetzeswerk abgestimmt wurde, für das

der stille Finanzfachmann die Blaupause geliefert hatte.

Kühn leitete als Vorsitzender jene 19-köpfige Brühler Kommission, besetzt mit Experten aus der Finanzverwaltung, den Verbänden und Unternehmen wie Bayer und Bertelsmann, die im April vergangenen Jah-

res die Grundlinien der kühnsten Steuerreform formulierte, die Deutschland je erlebt hat. Bundesfinanzminister Hans Eichel und Kanzler Gerhard Schröder zimmerten aus dem eher technischen Bericht der Kommission, einem Wälzer von rund 300 Seiten, ein Milliardengeschenk für Bürger und Unternehmen. Und nun, 18 Monate nach Kühns ersten Vorarbeiten, stand am Freitag die letzte, entscheidende Etappe an.

Als die Redner, erst Peer Steinbrück, der nordrhein-westfälische Finanzminister, dann der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel und Hamburgs Bürgermeister Ortwin Runde, ans Pult traten, später gefolgt von Eichel und Edmund Stoiber, mochte Kühn noch nicht richtig an einen Er-

Steuerreformer Eichel: Kehrtwende der Genossen



folg glauben. Leise, fast unhörbar, kommentierte er die Reden der Polit-Größen, wenn Teufel mal wieder eine zweifelhafte Zahl verwendete („Ich möchte wissen, wo er die herhat“) oder Stoiber klagte, die Reform benachteilige kleine und mittlere Unternehmen („Das ist unglaublich“).

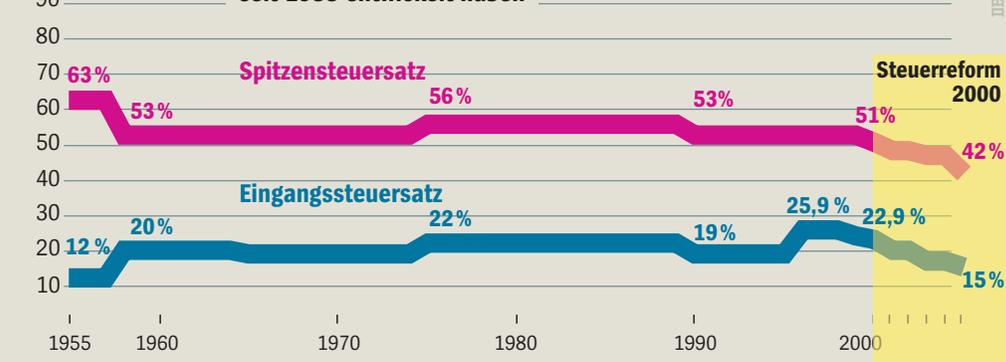
Doch dann trat Eberhard Diepgen ans Pult. Der Regierende Bürgermeister wand sich zunächst und erklärte dann, warum Berlin, wenn auch unter Schmerzen, der Reform nun zustimmen werde. „Das war's“, sagte Kühn und lächelte still vergnügt. Hans Eichel blickte kurz herüber. Geschafft.

Mit 41 gegen 28 Stimmen verabschiedete die Länderkammer auf ihrer letzten Sitzung im Bonner Plenarsaal das Steuerpaket. Nicht nur Diepgens Große Koalition war kurz vor der Abstimmung umgeschwenkt, sondern auch Brandenburg, Bremen und Rheinland-Pfalz. Schon im nächsten Jahr werden Bund, Länder und Gemeinden bei der Reform auf 45 Milliarden Mark Steuereinnahmen verzichten, am Ende, ab dem Jahr 2005, werden es sogar 75 Milliarden Mark jährlich sein. Nur rund ein Fünftel davon holt sich der Fiskus – etwa durch die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen bei Unternehmen – wieder herein. Bleibt im Jahr 2005 also eine Nettoentlastung von rund 60 Milliarden Mark.

Steuerreform: Wie sich die Steuertarife bis 2005 verändern

	derzeit	ab 2001	ab 2003	ab 2005
Eingangssteuersatz	22,9%	19,9%	17,0%	15,0%
Grundfreibetrag	13 499 Mark	14 093 Mark	14 525 Mark	15 011 Mark
Spitzensteuersatz	51,0%	48,5%	47,0%	42,0%
ab einem zu versteuernden Einkommen von	114 696 Mark	107 568 Mark	102 276 Mark	102 000 Mark

Wie sich die Steuersätze seit 1955 entwickelt haben



Doch die meisten Steuerzahler glauben noch nicht an ihr Glück. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, das belegen Umfragen – ist der festen Überzeugung, in Zukunft sogar mehr abführen zu müssen.

Kein Wunder. Das jahrelange Gezerre um die Steuerpolitik hat die Bürger müde und misstrauisch gemacht. Groß angekündigte

Steuersenkungen endeten oft genug mit Steuererhöhungen, weil die Parlamente schamlos immer neue Abgaben beschlossen. Allein die Regierung Kohl hat in den neunziger Jahren die Steuern 19-mal erhöht – ob auf Tabak, Spirit oder Alkohol.

Inzwischen landet in Deutschland jede zweite Mark beim Staat, der Abgaben-

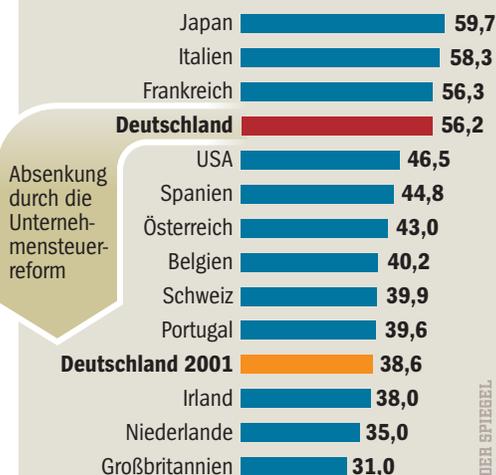


Bayer-Werk in Leverkusen: Die Deutschland AG modernisieren

Eichels Befreiungsschlag

Besteuerung von **Kapitalgesellschaften**

Spitzensteuersätze auf einbehaltene Gewinne in Prozent



Absenkung durch die Unternehmenssteuerreform

Quelle: Bundesfinanzministerium, Mennel/Förster, IW

druck ist so groß, dass etwa 25 Prozent des Volkseinkommens illegal am Fiskus vorbeigekuggelt werden. „Die Lust am Steuersparen“, spottete der damalige bayerische Finanzminister Erwin Huber 1997, „ist in Deutschland ausgeprägter als der Fortpflanzungstrieb.“

Dabei sind sich nicht nur die Fachleute seit langem einig: Das deutsche Steuersystem ist leistungsfeindlich, kompliziert und ungerecht. Gerade im Zeitalter der Globalisierung schreckte es bisher Investoren ab. Warum soll ein internationales Unternehmen am Standort Deutschland investieren, wenn die Tarife in Irland, England oder den USA viel niedriger sind?

Nach 1949 ist jede Regierung mit dem Versprechen angetreten, das unendlich komplizierte Steuerrecht einfacher und gerechter zu machen. Doch die groß angekündigten Reformen mutierten in der Regel zu Reförmchen – wenn überhaupt. Nur Gerhard Stoltenberg bekam als penibler Bundesfinanzminister in den späten achtziger Jahren eine Steuerreform hin, die die Bundesbürger in drei Stufen um rund 50 Milliarden Mark entlastete. Der Versuch seines Nachfolgers Theo Waigel, 1997 das Steuerrecht radikal zu reformieren, scheiterte hingegen an der Blockade der SPD – zu verlockend schien die Möglichkeit, die Regierung als handlungsunfähig vorführen zu können.

Erst nach dem Regierungswechsel 1998 kam es dann unter dem neuen Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine zu einem „Steuarentlastungsgesetz“, mit dem Familien zwar besser gestellt, aber durch den Wegfall zahlreicher Steuervergünstigungen vor allem die Unternehmen belastet wurden. Der Aufstand der Versicherungs- und Energieriesen veranlasste Schröder im Kabinett zu jener berühmten Bemerkung, eine Politik gegen die Wirtschaft sei mit ihm nicht zu machen. Einen Tag später trat Lafontaine zurück.

Während Lafontaines Reform noch unter dem Zeichen der Umverteilung von oben nach unten stand, setzte die Regierung beim zweiten Anlauf mehr auf die Angebotspolitik. Letztlich entsprach auch die Idee, die Bürger massiver als bisher vom staatlichen Zugriff zu befreien, der Idee des umstrittenen Schröder-Blair-Papiers, das im Juni 1999 die Gemüter der Genossen erhitzte.

Tatsächlich haben Sozialdemokraten und Grüne sich weiter vorgewagt, als sie es jemals vorhatten. Noch nie nach dem Krieg bekamen Steuerzahler in Deutschland einen so günstigen Tarif präsentiert. Der Spitzensteuersatz sinkt bis 2005 auf 42 Prozent. Zum Vergleich: Ende 1998 lag er noch bei 53 Prozent, und dort sollte er nach dem Willen vieler Sozialdemokraten auch für alle Ewigkeiten bleiben. Nur unter starkem

Druck der Grünen war der frühere Finanzminister Lafontaine bereit, den Spitzensteuersatz in Trippelschritten in Richtung 50-Prozent-Marke zu senken.

Mit dem Höchstsatz von 42 Prozent wird Deutschland nun attraktiver auch für ausländische Spitzenverdiener. Internationale Firmen achten bei der Überlegung, wo sie Zweigwerke oder Repräsentanzen eröffnen, sehr genau darauf, wie viel Steuern ihr Führungspersonal zu zahlen hat. Klassische Hochsteuerländer, darunter auch

Deutschland, haben bei Neuansiedlungen auch deshalb regelmäßig das Nachsehen, weil ausländische Manager nicht gern mehr Steuern zahlen als zu Hause.

Wenn man es in absoluten Zahlen betrachtet, werden vor allem Vielverdiener durch die Reform entlastet. Ihnen raubte der Fiskus bislang von jeder zusätzlich verdienten Mark mehr als die Hälfte, künftig liegt der Maximalsatz am unteren Ende aller europäischen Länder. Nur betuchte Briten und Portugiesen zahlen noch weniger.

So zieht der Fiskus bei einem allein stehenden Bankfachmann mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 150 000 Mark derzeit knapp 56 000 Mark an Steuern ein. 2005 werden es nur noch 47 500 Mark sein. Sein verheirateter Kollege mit dem gleichen Gehalt wird um knapp 6 000 Mark entlastet. Ein verheirateter Einkommensmillionär spart, verglichen mit dem Jahr 2000, demnächst sogar rund 100 000 Mark Steuern.

Wenn man allerdings den prozentualen Steuerrabatt als Maßstab nimmt, dann entlastet die Regierung mit ihrer Reform vor allem Familien mit geringen und mittleren Einkommen. So sinkt der Eingangsteuersatz um elf Prozentpunkte – von 25,9 im Jahr 1998 auf 15 Prozent. Von der ersten zu versteuernden Mark bleiben diesem Steuerzahler künftig 85 Pfennig.

Nach einhelliger Überzeugung aller Fachleute fördert ein zu hoher Eingangssatz die Schwarzarbeit und verhindert den Abbau der Arbeitslosigkeit im Niedriglohnbereich. Weil er befürchtet, schon bei geringem Verdienst einen Großteil seines Gehalts als Steuern abführen zu müssen, nimmt der Arbeitslose erst gar keinen neuen Job an, und wenn doch, erledigt er die Arbeit zuweilen lieber schwarz.

Mit der weiteren Reduktion des Spitzensteuersatzes haben auch Geringverdiener Vorteile, da die gesamte Steuerkurve flacher verläuft. Der Effekt der Progression, also des stetig ansteigenden Steuersatzes bei wachsendem Einkommen, wird dadurch abgemildert.

Am radikalsten fiel der Teil der Reform aus, der die Unternehmen betrifft. Nur noch 25 Prozent Körperschaftsteuer sollen Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung künftig zahlen. Für Sozialdemokraten ein geradezu bahnbrechender Vorstoß. Zwar kommt noch die Gewerbesteuer obendrauf, so dass die Steuerbelastung letztlich im Schnitt 38 Prozent erreicht, dennoch ist klar: Die Sozialdemokraten haben die Kehrtwende eingeleitet, der Standort Deutschland wird ausländische Investoren nicht mehr länger mit einer Steuerlast von bis zu 60 Prozent abschrecken.

Mit den Kapitalgesellschaften meinen es Schröder und Eichel besonders

Tarifentlastungen durch die Steuerreform

Fallbeispiele, 2005 im Vergleich zu 1998

Einkommensteuer jeweils inklusive Solidaritätszuschlag

ARBEITNEHMER

Schuhverkäuferin, ledig		in Mark
zu versteuerndes Einkommen		40 000
Einkommensteuer 1998		6 367
Einkommensteuer 2005		4 437
Entlastung 2005 gegenüber 1998	30 %	1 930

Tischler, verheiratet, 2 Kinder		in Mark
zu versteuerndes Einkommen		60 000
Einkommensteuer 1998*		1 010
Einkommensteuer 2005*		keine
Entlastung* 2005 gegenüber 1998		4 052

*nach Abzug von Kindergeld

Ingenieur, verheiratet		in Mark
zu versteuerndes Einkommen		80 000
Einkommensteuer 1998		13 348
Einkommensteuer 2005		9 413
Entlastung 2005 gegenüber 1998	30 %	3 935

Angestellte, ledig		in Mark
zu versteuerndes Einkommen		120 000
Einkommensteuer 1998		39 698
Einkommensteuer 2005		34 194
Entlastung 2005 gegenüber 1998	14 %	5 504

Geschäftsführer, verheiratet		in Mark
zu versteuerndes Einkommen		180 000
Einkommensteuer 1998		50 729
Einkommensteuer 2005		43 354
Entlastung 2005 gegenüber 1998	15 %	7 375

Werbeseite

Werbeseite

„Ziemlich unverschämt“

Finanzminister Hans Eichel über seine Steuerreform und Widersacher Edmund Stoiber

SPIEGEL: Herr Minister, die Steuerreform ist endgültig verabschiedet. Wann haben Sie in der vergangenen Woche das erste Mal geahnt: Ja, es könnte klappen?

Eichel: Ich war immer davon überzeugt, dass wir eine faire Chance haben, wenn die Länder sich nicht nach den machtpolitischen Interessen von Friedrich Merz oder Edmund Stoiber richten, sondern wenn die Vernunft entscheidet. Schließlich profitieren alle in Deutschland von dieser Reform, weil sie zusätzliche Arbeitsplätze schafft und den Ländern damit auch Steuereinnahmen sichert. Wenn wir bis in den Herbst weiterverhandelt hätten, wäre das hingegen für den Aufschwung eine Riesengefahr gewesen.

SPIEGEL: Immerhin hat die Regierung mit ihrem milliarden-schweren Mittelstandspaket, das Sie erst in allerletzter Minute präsentiert haben, ein paar neue Freunde gewonnen: in der FDP. Bahnt sich da womöglich eine neue, informelle sozialliberale Koalition an?

Eichel: Man darf das Ganze nicht nur parteipolitisch sehen. Immerhin haben wir mit der Steuerreform auch über die Frage entschieden: Gibt es mehr Arbeitsplätze in Deutschland? Und da denken wichtige Leute in der FDP eben vernünftiger als bei der Union.

SPIEGEL: Die Unions-Ministerpräsidenten Edmund Stoiber und Bernhard Vogel haben heftig kritisiert, dass Sie hinter den Kulissen einen Kuhhandel betrieben haben. War Ihr Vorgehen, wie Vogel behauptet, wirklich ein „unerhörter, schamloser Akt“?

Eichel: Diesen Schuh ziehe ich mir nicht an. Und ich habe auch nicht den Eindruck, dass dieser Vorwurf auf uns gemünzt ist. In den Ländern waren schließlich auch eine ganze Menge Unionsleute an der Verabschiedung der Steuerreform beteiligt.

SPIEGEL: Andererseits müssen Sie nun fürchten, dass CSU-Chef Stoiber und

CDU-Parteichefin Angela Merkel bei anderen strittigen Themen, etwa bei der Rente, aus Trotz erst recht blockieren. Stoiber hat am Freitag schon gedroht: Man sieht sich im Leben immer zweimal ...

Eichel: ... manchmal auch dreimal. Aber im Ernst: Diese Vorwürfe sind ziemlich unverschämt. Wer hat sich denn im Vermittlungsverfahren bewegt? Die Regierung. Und wer hat in fünf Sitzungen nicht einen einzigen Vorschlag gemacht? Die Union. Wenn das so ist, wie es war, darf

Deutschen von Ihrer Steuerreform nur Schlechtes erwarten.

Eichel: Das ist leider so. Die Nettoentlastung von 60 Milliarden Mark kommt in den Köpfen der Menschen noch nicht genügend an. Das wird sich aber noch ändern. Die Deutschen waren schon immer zutiefst misstrauisch gegenüber dem Staat, der Ihnen in die Tasche greift. Um diese tief verwurzelte Skepsis zu beseitigen, braucht man wohl Jahrzehnte.

SPIEGEL: Vielleicht rührt das Misstrauen daher, dass die Menschen das

Steuerrecht überhaupt nicht mehr verstehen. Müsste nicht die nächste Steuerreform eine gewaltige Vereinfachung des Steuerrechts zum Ziel haben?

Eichel: Sicher. Aber die Regierung hat da auch schon einiges getan und Anfang 1999 über 70 Schlupflöcher gestopft. Auch das Halbeinkünfteverfahren, also die Neuregelung der Dividendenbesteuerung, bringt eine gewaltige Vereinfachung mit sich. Im Übrigen: Wer über eine radikale Vereinfachung des Steuerrechts redet, sollte sich vor allzu viel Populismus hüten. Eine arbeitsteilige und föderale Gesellschaft wie Deutschland wird nie ein ganz simples Steuerrecht haben.

SPIEGEL: Als eiserner Sparkommissar, der angeblich keine Mark mehr übrig hat, haben Sie Ihre Unschuld allerdings jetzt verloren. Wie viel hat denn der Stimmungsumschwung der Länder gekostet?

Eichel: Uns kostet die Vereinbarung mit Bremen, die den Länderfinanzausgleich betrifft, kein zusätzliches Geld. Und auch für Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg mache ich keine zusätzlichen Millionen im Haushalt locker, sondern es werden nun ohnehin geplante Maßnahmen, etwa beim Bau von Bahnstrecken und Straßen, vorgezogen. Von unserem strikten Sparkurs werden wir nicht abweichen.



Reformer Eichel: „Das hilft bei den nächsten Wahlen nur uns“

sich Herr Stoiber auch nicht wundern, dass die Sache am Ende an ihm vorbeiläuft.

SPIEGEL: Die Niederlage der Union ist vor allem auch eine Schlappe für Friedrich Merz. Haben Sie Mitleid mit Merz, weil der nun in seiner Rolle als Oppositionsführer ziemlich demontiert wurde?

Eichel: Ich hätte Merz geraten, sich auf Kompromisse einzulassen und nicht alles oder nichts zu spielen. Die Union hat vergeblich versucht, die psychologische Wirkung unserer Steuerreform zu zerstören, und sich sogar erdreistet, in ihre Obstruktionsstrategie auch noch Länder mit SPD-Beteiligung einzubeziehen. Dass wir die Sache dennoch durchgebracht haben, hilft jetzt bei den nächsten Wahlen nur uns, nicht den Verweigerern von der Union.

SPIEGEL: Ist das wirklich so? Immerhin zeigen Umfragen, dass die Mehrheit der

gut. Auf Gewinne, die Unternehmen bei Verkäufen von Beteiligungen erzielen, sollen sie überhaupt keine Steuern mehr zahlen. Der Hintergrund: Industriekonzernen, aber auch Versicherungen und Banken wird es leichter fallen, sich von Beteiligungen zu trennen. Davon verspricht sich das Duo Eichel/Schröder eine Beschleunigung des Strukturwandels. Die Deutschland AG, in der komplette Industriezweige miteinander verschachtelt sind, soll aufgelöst werden.

Folgerichtig kam es kurz nach Bekanntgabe der Maßnahme vor Weihnachten zu einem regelrechten Kursfeuerwerk an der Frankfurter Börse. Vor allem die Aktien von Großbanken und Versicherungskonzernen schossen nach oben. Und auch am Freitag profitierten die Großen aus der Finanzindustrie wieder am meisten: Allein die Allianz gewann sieben Prozent hinzu. Die Großbanken legten um bis zu sechs Prozent zu.

Es war dieses Privileg, das die internationale Finanzwelt zum Frohlocken brachte. Den „Big Bang“ in Germany hörte das „Wall Street Journal“. Ein Hauch von „Reaganomics“ breite sich in Deutschland aus.

Grundlegend ändert sich das Steuerrecht in Zukunft vor allem für Aktionäre – und genau an dieser Frage entzündete sich in den vergangenen Wochen der Streit im Vermittlungsausschuss. Eichel hielt sich nämlich strikt an den Vorschlag, den schon die Experten der Brühler Kommission gemacht hatten. Das Expertengremium empfahl in seinem dicken Bericht, das bisherige Vollarrechnungsverfahren abzuschaffen und stattdessen Dividenden, die von den Aktiengesellschaften an ihre Aktionäre ausgeschüttet wer-



Ex-Minister Stoltenberg
Entlastung in drei Stufen

SELBSTÄNDIGE

Schauspieler, ledig	Entlastung 21%	in Mark
zu versteuerndes Einkommen		50 000
Einkommensteuer 1998		11 647
Einkommensteuer 2005		9 153
Entlastung 2005 gegenüber 1998		2 494

Finanzwirt, verheiratet, 2 Kinder	Entlastung 68%	in Mark
zu versteuerndes Einkommen		70 000
Einkommensteuer 1998*		7 880
Einkommensteuer 2005*		2 525
Entlastung 2005 gegenüber 1998		5 355

* nach Abzug von Kindergeld

Rechtsanwalt, verheiratet	Entlastung 21%	in Mark
zu versteuerndes Einkommen		100 000
Einkommensteuer 1998		23 294
Einkommensteuer 2005		18 306
Entlastung 2005 gegenüber 1998		4 988

Statikerin, ledig	Entlastung 16%	in Mark
zu versteuerndes Einkommen		150 000
Einkommensteuer 1998		59 749
Einkommensteuer 2005		50 129
Entlastung 2005 gegenüber 1998		9 620

Orthopäde, verheiratet, 2 Kinder	Entlastung 17%	in Mark
zu versteuerndes Einkommen		250 000
Einkommensteuer 1998*		83 820
Einkommensteuer 2005*		69 297
Entlastung 2005 gegenüber 1998		14 523

* nach Abzug von Kindergeld

Steuerberater, verheiratet	Entlastung 18%	in Mark
zu versteuerndes Einkommen		500 000
Einkommensteuer 1998		231 336
Einkommensteuer 2005		188 885
Entlastung 2005 gegenüber 1998		42 451

Chefärztin, verheiratet	Entlastung 20%	in Mark
zu versteuerndes Einkommen		1 000 000
Einkommensteuer 1998		510 934
Einkommensteuer 2005		410 454
Entlastung 2005 gegenüber 1998		100 480



Ex-Minister Waigel
Gescheitert an der SPD-Blockade

den, dem so genannten Halbeinkünfteverfahren zu unterwerfen.

Während Eichel sich davon eine massive Vereinfachung des Steuerrechts verspricht, warnten 78 Ökonomen, dies sei „der größte konzeptionelle Fehler, der im Steuerrecht in Deutschland jemals begangen wurde“ – auch Unions-Fraktionschef Friedrich Merz griff dieses Argument anfangs auf, zuletzt mochte er darüber nicht mehr streiten.

In der Tat ist das Vollarrechnungsverfahren, das 1977 von der sozial-liberalen Koalition unter Helmut Schmidt eingeführt wurde, hoch kompliziert: Demnach musste das Unternehmen von den Gewinnen, die an die Aktionäre fließen, 30 Prozent abziehen und direkt ans Finanzamt überweisen. In einem zweiten Schritt mussten die Aktionäre die gesamte Dividende mit ihrem persönlichen Einkommensteuersatz versteuern; allerdings wurde ihnen dabei die 30-Prozent-Abgabe, die das Unternehmen bereits abgezogen hatte, voll angerechnet. Wer also einen Steuersatz von 50 Prozent hatte, musste prinzipiell nur noch 20 Prozent ans Finanzamt überweisen. Und Geringverdiener, deren Steuersatz unter 30 Prozent lag, bekamen sogar Geld vom Fiskus zurück.

Stattdessen setzt die Regierung nun auf das einfachere Halbeinkünfteverfahren: Demnach müssen die Firmen auf ausgeschüttete Gewinne nur noch einen geringeren, definitiven Steuersatz von 25 Prozent entrichten. Zwar darf der Aktionär diesen Steuersatz nicht mehr bei seiner Einkommensteuer anrechnen, im Gegenzug räumt Eichel jedem deutschen Aktionär allerdings den Vorteil ein, dass er nur noch die Hälfte seiner Dividendeneinkünfte versteuern muss.



LUNDBERGH (UL); P. HIRTH / TRANSIT (re.)

Abschreibungsobjekte Flugzeug, Ost-Immobilien: „Die Lust am Steuersparen ist in Deutschland ausgeprägter als der Fortpflanzungstrieb“

Wirtschaftsexperten bemängeln, dieses Verfahren benachteilige vor allem Kleinaktionäre, grob gerechnet alle Aktionäre, deren Steuersatz unter 40 Prozent liegt. Besser kommen im neuen System Großaktionäre und Besserverdiener weg. Zudem fürchten die Kritiker, dass Eichels Ideologie, in gute und schlechte Einkommen zu unterscheiden und einbehaltene Gewinne steuerlich zu bevorzugen, letztlich dazu führt, dass die Unternehmen künftig weitaus weniger Dividenden ausschütten werden.

Ein allzu simpler Trugschluss, wie die Experten des Finanzministeriums versichern. Schließlich sei die gesamte Steuerreform darauf ausgerichtet, die Wirtschaft anzukurbeln und die Gewinnmöglichkeiten der Unternehmen zu verbessern. Außerdem, so argumentieren sie mit Blick auf Technologiebörsen wie den Neuen Markt, gehe es den meisten Aktionären gar nicht um die meist mickrige Dividende, sondern um einen möglichst großen Kurssprung der Aktie.

Merkwürdig, aber wahr – die Reform des Sozialdemokraten Eichel begünstigt vor allem die Großunternehmen. Die hatten in den vergangenen Jahren oft darüber geklagt, dass die Steuerbedingungen in Deutschland im weltweiten Vergleich nicht mehr mithalten konnten.

Während die Finanzminister fast überall auf der Welt die Steuersätze nach unten drückten, blieben sie in Deutschland nahezu unverändert auf internationalem Rekordniveau. Viele deutsche Unternehmen schufen in den vergangenen Jahren des-

halb neue Werkhallen und Arbeitsplätze bevorzugt im Ausland. Investoren aus anderen Ländern machten um das verspottete Stillstandsland einen großen Bogen. Es sei unglaublich, schimpfte in den letzten Tagen noch Hans Eichel im Bundestag: „Slowenien hat in den neunziger Jahren mehr Direktinvestitionen aus dem Ausland angelockt als Deutschland.“

Unmissverständlich machten Deutschlands Wirtschaftslenker in den letzten Wochen deshalb klar, was sie von der Politik erwarten: Die Steuerreform muss kommen, und zwar schnell. Die Einwände der Union seien zwar „wissenschaftlich interessant“, befand zum Beispiel Allianz-Vorstand Helmut Perlet. Aber die Reform deswegen zu verschieben „wäre verantwortungslos“.

Das Engagement ist verständlich, schließlich geht es um Bares. Für 100 000 Mark Gewinn, so hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung errechnet, sparen Großunternehmen im nächsten Jahr mehr als 11 000 Mark Steuern, wenn sie ihre Erträge wieder ins Unternehmen stecken. Zahlen die Konzerne ihre Gewinne zum Teil an ihre Aktionäre oder Gesellschafter aus, sinkt der Sparbetrag.

Höchst umstritten ist dagegen, wie viel die Reform dem Mittelstand bringt, also jenen mehr als 90 Prozent deutscher Betriebe, die als Personenunternehmen geführt werden. Zwar kalkuliert das Finanzministerium damit, dass kleinere und mittlere Unternehmen um rund 22 Milliarden Mark entlastet werden.

Gleichwohl bleibt ein Gerechtigkeitsproblem. Die Mittelständler kommen nämlich nicht in den Genuss des attraktiven Körperschaftsteuersatzes. Wie bisher müssen sie als Besitzer ihren Gewinn nach dem persönlichen Einkommensteuersatz abführen. Durch die nochmalige Absenkung auf 42 Prozent hat die Koalition allerdings versucht, dieses Problem zumindest teilweise zu beseitigen. Außerdem sicherte

Steuerreform: Besteuerung einer Gewinnausschüttung von 1000 Mark

	derzeit	2001
	Das Unternehmen zahlt 300 Mark Körperschaftsteuer (KSt). Der Aktienbesitzer versteuert die gesamte Dividende mit seinem persönlichen Steuersatz, gezahlte KSt kann angerechnet werden.	Das Unternehmen zahlt 250 Mark Körperschaftsteuer. Der Aktienbesitzer versteuert die Hälfte der verbleibenden Dividende.
Steuersatz des Steuerpflichtigen	45%	
Dividende nach Steuern	550 Mark	581,25 Mark
	30%	
	700 Mark	637,50 Mark
		Mehrbelastung 62,50 Mark

31,25 Mark Entlastung

Besteuerung eines Spekulationsgewinns von 5000 Mark Gewinn liegt innerhalb der Spekulationsfrist (weniger als ein Jahr zwischen Aktienkauf und -verkauf) und muß versteuert werden

	derzeit	2001
	Der Kursgewinn muß voll versteuert werden.	Der Kursgewinn wird zur Hälfte versteuert.
Steuersatz des Steuerpflichtigen	45%	
Gewinn nach Steuern	2750 Mark	3875 Mark
	30%	
	3500 Mark	4250 Mark
		1125 Mark Entlastung
		750 Mark Entlastung

1125 Mark Entlastung

750 Mark Entlastung



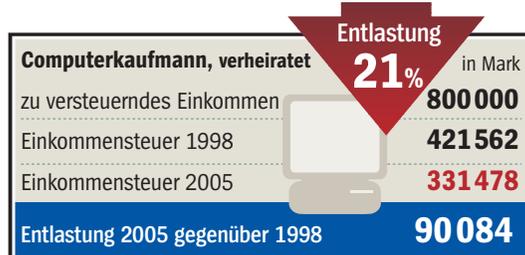
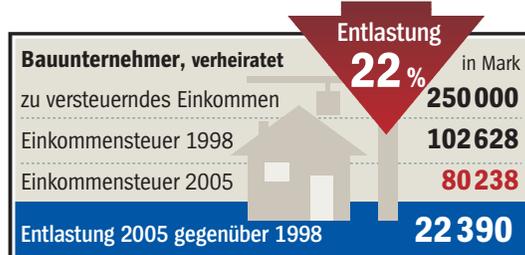
Eichel am Freitag, also in letzter Minute, noch zu, dass der halbe Steuersatz für Betriebsverkäufe, den Lafontaine erst 1999 gestrichen hatte, wieder eingeführt wird – ein zusätzliches Bonbon von 1,75 Milliarden Mark.

Dennoch wird sich der Druck auf die Personengesellschaften erhöhen, aus steuerlichen Gründen ihre Rechtsform in eine Aktiengesellschaft oder GmbH zu ändern. Die Rechnung kann aufgehen – oder auch nicht. Für Unternehmen, die weniger als circa 50 000 Mark Gewinn im Jahr einfahren, bringt das Verfahren einer Umfirmierung keine Vorteile. Schlecht schneiden solche Unternehmer ab, die sich einen Gewinn von mehr als rund 200 000 Mark vollständig auszahlen lassen wollen. Für alle anderen, so zeigen die Modell-Kalkulationen von Wirtschaftsforschern, lohnt sich dagegen der Umstieg.

Für die Unternehmen wird das Steuerrecht damit noch einmal komplizierter. Wollen sie ihren Betrieb bald vererben, müssen sie anders kalkulieren als Jungunternehmer. Beziehen sie ein hohes Geschäftsführergehalt, fällt die Rechnung anders aus als für Unternehmer mit schmalere Vergütung.

Schon vor der Diskussion um die Feinheiten der großen Steuerreform hatte die Regierung, noch unter der Ägide von Lafontaine, rund 70 Steuerschlupflöcher zumindest teilweise gestopft. Eichel betrachtet diese Tat als so etwas wie eine vorgezogene Gegenfinanzierung für seine eigene Reform. So wurde damals mit dem Steuerentlastungsgesetz der Paragraf 2b des Einkommensteuergesetzes verabschiedet; er soll den ärgerlichen Tatbestand beseitigen, dass gut verdienende Bürger über Verlustzuweisungsmodelle ihre Steuer gegen null drücken.

PERSONENUNTERNEHMEN



Die Vorschrift erschwert vor allem das Geschäft mit geschlossenen Immobilienfonds sowie mit Flugzeug- oder Schiffsbeteiligungen. Die Verluste, die einem Investor aus diesen Beteiligungen zugewiesen werden, dürfen nicht mehr ohne weiteres mit anderen Einkünften verrechnet werden.

Vielen Steuerzahlern gelingt es trotzdem, ihre Zahlungen an das Finanzamt zu mindern. Wer sich an Fonds beteiligt hat, die in Flugzeuge, Schiffe oder Filme investieren, darf auch weiterhin Verluste mit jeder anderen Einkunftsart verrechnen, wenn die Projekte vor dem 5. März 1999 begonnen wurden.

Bereits Waigel kappte die Sonderabschreibung Ost, die den massenhaften Bau von Büros und Wohnungen in den neuen Ländern gefördert hatte – und zu milliardenschweren Löchern im Bundeshaushalt führte. Wer Häuser kaufte, renovierte oder baute, konnte seine Investitionen so gründlich abschreiben, dass er keine Steuern zahlte. Diese Vorteile sind 1998 ausgelaufen.

Die Anlagebranche hat mit „Konservierungs-Objekten“ vorgesorgt: Für die kann der Anleger noch fünf Jahre nach dem Erwerb Sonderabschreibungen in Anspruch nehmen. So haben manche Fondsinstitute Plattenbauten aufgekauft, die nun modernisiert werden und damit dem Anleger auch künftig Steuervorteile verschaffen.

Längst haben sich die Anbieter von Steuersparmodellen auch Gedanken gemacht, wie sie künftig ihre Kunden locken wollen. Durch seine Steuerreform schafft Eichel ganz neue Möglichkeiten für den Steuerzahler, sich dem Zugriff des Fiskus zu entziehen.

Vor allem die Unterscheidung zwischen Unternehmen und Unternehmern öffnet neuen Umgehungsstrategien Tür und Tor. Wohlhabende Steuerpflichtige könnten ihr Vermögen in eine Gesellschaft einbringen. Die zahlt den niedrigeren Körperschaftsteuersatz.

Werden Anteile der Vermögens-GmbH nach einer bestimmten Frist als eigenständige Gesellschaft verkauft, fallen sogar überhaupt keine Steuern an. „Das größte Steuerschlupfloch in Deutschland wird künftig das Unternehmen sein“, schimpft Merz.

Für Hans-Olaf Henkel, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, ist deshalb schon jetzt klar, dass das rot-grüne Milliardengeschenk keineswegs ein „Jahrhundertwerk“ ist. Nur ein paar Stunden nach der Abstimmung im Bundesrat formulierte Henkel süffisant: „Nach der Reform ist immer vor der Reform.“

PETER BÖLKE,
KONSTANTIN VON HAMMERSTEIN,
CHRISTIAN REIERMANN, MICHAEL SAUGA,
ULRICH SCHÄFER

Werbeseite

Werbeseite

FORSCHUNG

Recht auf Unwissenheit

Der umstrittene US-Genforscher Craig Venter hat eine neue Bewunderin: Gesundheitsministerin Andrea Fischer.

Für Stehempfänge und Small Talk findet Craig Venter in diesen Tagen kaum Zeit. Seit der Chef der Biotech-Firma Celera Genomics vor drei Wochen mit dem US-Präsidenten vor die Weltöffentlichkeit trat, um die Entschlüsselung „der Sprache Gottes“ (Clinton) im menschlichen Erbgut zu verkünden, jettet er von seiner Zentrale nahe Washington zu Labors in San Francisco oder Vorträgen in Boston.

schaftler zum Disput mit Grünen nach Berlin ein: Dort gelte es, manches Vorurteil auszuräumen. Die Ministerin verabschiedete sich vertraulich mit: „Herr Venter, Sie haben mich sehr beeindruckt.“

Das wird ihm gefallen haben – längst nicht überall schlägt Venter Sympathie entgegen. Selbst in den fortschrittsgläubigen USA wächst die Kritik an einer bislang ungeahnten Form der Diskriminierung.

Schon heute bieten US-Versicherungskonzerne allein den Bediensteten öffentlicher Verwaltungen etwa 300 verschiedene Leistungspakete als Krankenversicherung an, für die sich potenzielle Kunden einer genauen ärztlichen Untersuchung unterziehen müssen. Werden Versicherungen künftig Extraprämien verlangen, wenn ein Gentest auf erhöhte Krebswahrscheinlichkeit hinweist? Oder weigern sich Arbeitgeber künftig, einen Risikokandidaten einzustellen? Als erschreckender Präzedenzfall gilt die Entlassung der Amerikanerin Terri Sargent: Sie wurde gefeuert,

Finanzierung von Venters Firma durch Risikokapitalgeber nicht zwangsläufig dafür Sorge, dass staatliche Labors ins Hintertreffen gerieten. Klare Antwort: „Ändert die Rahmenbedingungen, dann kommt das Kapital auch nach Deutschland.“

Craig Venter ist schwer einzuschätzen. Einerseits regt er eine öffentliche Diskussion über die Schranken der Genforschung an. Andererseits hat er sich „Speed matters“ über den Firmeneingang schreiben lassen: „Geschwindigkeit zählt“. „Offenbar ein Taktiker“, schwant es Gesundheitsministerin Fischer.

Als Firmenboss legt der Wissenschaftler derweil ein rasantes Tempo vor. In seinem klimatisierten Rechenzentrum steht der größte zivile Supercomputer der Welt. Die Kapazität seiner Festplatten könnte neunmal den gedruckten Inhalt der US-Kongressbibliothek aufnehmen. Derzeit greifen Pharmaunternehmen wie Novartis, Amgen und Pfizer auf Venters gigantische Datenbank zurück – gegen eine Jahresgebühr von



Celera-Chef Venter, Ministerin Fischer (im Firmenlabor bei Washington): „Herr Venter, Sie haben mich sehr beeindruckt“

Umso stolzer war Deutschlands Botschafter Jürgen Chrobog, als Venter seinen nachtblauen Porsche am vergangenen Montag auf den Parkplatz der Diplomaten-Residenz an der Foxhall Road lenkte. Nach herzlicher Begrüßung geleitete Chrobog den Popstar unter den Genforschern zu einem Ehrenplatz an der Tafelmitte – rechter Hand von Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer.

Dort war die Stimmung bald prächtig. Bei Filet Mignon und einem 97er Gau-Odernheimer Herrgottspfad erläuterte Venter seine Vision von einer Gesellschaft, in der schon Neugeborene eine Chipkarte tragen, die Aufschluss gibt über in den Genen schlummernde Gefahren. Mit beifälliger Ermunterung quittierte die Ministerin auch des Forschers Exkurs über eine „Verantwortung der Politik“.

Bevor die beiden ihre E-Mail-Adressen austauschten, lud Fischer den Wissen-

nachdem ein Gentest ein Stoffwechselleiden nachwies.

Während Venter mit der Ministerin charmierte, zeigte sich der umstrittene Wissenschaftler gegenüber Fischers Begleitern weniger freundlich. So wagte es der SPD-Parlamentarier Wolfgang Wodarg, Mitglied der Bioethik-Kommission des Bundestags, Venter wegen dessen mehr als 6000 Patentanträgen auf Erbgut zu kritisieren. „Wie können Sie patentieren, was man nicht erfinden, sondern nur entdecken kann?“, fragte Wodarg und wurde prompt gemäßregelt. „Die meisten Kritiker“, beschied Venter den Mediziner bündig, „haben doch keine Ahnung, worum es überhaupt geht.“

Auch der grüne Parlamentarier Matthias Berninger lernte den Forscher beim Betriebsbesuch vergangenen Mittwoch von dessen amerikanischer Seite kennen. Berninger hatte wissen wollen, ob die üppige

bis zu 15 Millionen Dollar. Ob und wann sich der Aufwand lohnt, ist ungewiss. Venter gibt zu, dass „Jahrzehnte vergehen können bis zur genetischen Therapie“.

Vorerst scheint sich vielmehr ein dunkles Szenario abzuzeichnen. Schon bald werden die Celera-Computer in der Lage sein, Erbdefekte bei vielen genetisch bedingten Krankheiten genau zu lokalisieren. Reparieren jedoch können sie diese defekten Gene bis auf weiteres nicht.

Die wachsende Kluft zwischen Diagnose- und Heilungsmöglichkeit sieht wohl auch die deutsche Gesundheitsministerin. Anders als Venter, der offenbar gern wissen will, an welcher Krankheit er in zehn Jahren sterben könnte, fordert sie ein „Recht auf Unwissenheit“. Dennoch könne sie sich der Entwicklung nicht entgegenstemmen. „Die Chancen für die Zukunft“, habe ihre USA-Reise sie gelehrt, „sind einfach gewaltig.“

ALEXANDER NEUBACHER

Stockschläge und Kniebeugen

Zum ersten Mal stehen Erzieher eines DDR-Spezialkinderheims wegen Misshandlung oder sexuellen Missbrauchs ihrer Schutzbefohlenen vor Gericht.

Die Erzieherin kannte keine Nachricht. Als der weinende Junge ihre Fragen nach seinen Personalien nicht sofort beantwortete, trat sie ihm mit voller Wucht ins Gesäß. Dann packte sie ihn, brachte ihn unter Schlägen zum Waschbecken und ließ kaltes Wasser über seinen Kopf laufen. Als das total verstörte Kind immer noch nichts sagte, zerrte sie es zu einem Toilettenbecken, presste seinen Kopf hinein und zog die Wasserspülung.

Mit dieser „Begrüßung“ – so erinnert sich Mario Selzer – begann im Januar 1986 seine knapp dreijährige Leidenszeit im einstigen DDR-Kinderheim Meerane. Damals war Selzer zwölf Jahre alt, ein Kind aus zerrütteten Verhältnissen, das schon mehrmals im Heim gewesen war. Vertreter der Jugendhilfe hatten ihn aus seiner Schule abgeholt und in das Heim in der kleinen sächsischen Industriestadt gebracht.

Dass der brutale Empfang keine Ausnahme war, wurde Selzer, der heute in Hof lebt und als Reinigungskraft arbeitet, schnell bewusst. „Die haben uns wie Vieh behandelt“, sagt er: „Wer aufmuckte, den haben sie versucht zu brechen.“

Sieben Jahre nach der Wende zeigte Selzer, der bis heute selbstmordgefährdet ist und ständige psychiatrische Betreuung braucht, seine früheren Betreuer an. „Ich wollte anderen Kindern Mut machen, sich auch zu wehren.“ Vier ehemalige Erzieher und ein Lehrer müssen sich ab dieser Woche vor dem Landgericht Chemnitz wegen Misshandlung, Freiheitsberaubung oder sexuellen Missbrauchs ihrer Schutzbefohlenen verantworten. Verhandelt wird nach DDR-Recht, denn die „Verletzung von Erziehungspflichten“ und die anderen vorgeworfenen Taten waren auch unter dem SED-Regime strafbar.

Erstmals stehen in Chemnitz Vertreter der autoritären DDR-Jugendfürsorge vor Gericht. Der Prozess beginnt in letzter Minute: Im September vergangenen Jahres noch hatte das Landgericht die Eröffnung des Prozesses wegen Verjährung abgelehnt. Das Ober-



Ehemaliges DDR-Kinderheim Meerane*: Erziehung durch Strafen

landesgericht Dresden hob den Beschluss jedoch auf mit der Begründung: Laut Gesetz vom Dezember 1997 laufe die Verjährungsfrist für mittelschwere Straftaten, die in der DDR begangen wurden, erst am 2. Oktober 2000 ab.

Der Chemnitzer Prozess erhellt ein finsternes Kapitel DDR-Geschichte: den Umgang mit Menschen, die es im real existierenden Sozialismus nicht geben durfte – seelisch kaputte Kinder. Das Regime propagierte das Ideal einer Jugend, die im Blauhemd, frisch gewaschen, optimistisch und Fahnen schwenkend für die Partei marschierte.

Wer nicht ins Bild passte, verschwand in den 32 Jugendwerkhöfen oder wurde in Spezialheimen verwahrt. Ein System heilpädagogischer Betreuung gab es dort allenfalls in Ansätzen.

Mario Selzer, dem nach Angaben seines Anwalts ein psychiatrisches Gutachten Glaubwürdigkeit bescheinigt, ist nicht der Einzige, der seine früheren Betreuer schwer beschuldigt. Nach einem Fernsehauftritt und Presseveröffentlichungen (SPIEGEL 41/1997) meldeten sich Dutzende ehemaliger Heimkinder.

Was die Zeugen der Chemnitzer Staatsanwältin Helga Hinke berichteten, unter-

mauert Selzers Aussage: Im Meeraner Kinderheim wurden – so die Beschuldigungen – Minderjährige geschlagen und getreten, mit Peitschen traktiert und in einer kalten Arrestzelle eingesperrt, wenn sie nicht parierten.

Kniebeugen und Liegestütze, „Entengang“ in der Hocke auf dem Flur, stundenlanges Stillstehen mit waagrecht nach vorn gestreckten Armen, Stockschläge in die Kniekehlen sowie das Reinigen von Klobecken mit der Zahnbürste gehörten danach zum pädagogischen Repertoire.

Laut Anklage soll es im Meeraner Kinderheim auch zu sexuellen Übergriffen gekommen sein. So habe einer der Betreuer nachts einen Jungen aus dem Bett geholt und ihn ins Nachtwachezimmer beordert. Dort habe er mit einem Stofftier an dessen Geschlechtsteil manipuliert. Als der Junge eine Erektion bekam, habe der Erzieher auf den Penis eingeschlagen.

Das Kinderheim von Meerane hat heute nichts mehr von seiner einstigen Tristesse: Der Bau aus dem vorigen Jahrhundert strahlt seit seiner Renovierung 1995 in heller Farbe. Heute wird das Kinderheim „Georg Krause“ (benannt nach einem Meeraner Pfarrer) unter dem Dach der Diakonie Sachsen vom Förderverein für lernbehinderte Kinder verwaltet.

Von den fünf Beschuldigten, die alle Vorwürfe kategorisch bestreiten, arbeitet einer noch immer im Heim. Ein Zweiter musste zwar 1997 wegen der Ermittlungen seinen Posten als Heimleiter räumen. Allerdings ist er nach wie vor in einem Büro des Gebäudes aktiv – als Geschäftsführer des Fördervereins, der dem Kinderheim vorsteht.

Ein Dritter – er soll einem Zögling die Gitarre auf den Kopf geschlagen haben – ist seit zehn Jahren stellvertretender Bürgermeister der knapp 20 000 Einwohner zählenden Stadt Meerane.



Ex-Heimzögling Selzer „Wie Vieh behandelt“



Organisierte DDR-Jugend* Marschieren für die Partei

* Oben: nach der Renovierung 1995; unten: bei den Weltjugendfestspielen 1973 in Ost-Berlin.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



Müllberg nach der Love-Parade in Berlin
„We kehr for you“

ÖKOLOGIE

Im Namen der Dose

Weil die Deutschen gern zur Büchse greifen, droht ein Zwangspfand mit fraglichem Nutzen. Plastikflaschen aber können ökologisch korrekt sein.

Die sommerliche Hauptversammlung der Techno-Generation erfordert regelmäßig den Einsatz von Schneepflügen. Mit schwerem Wintergerät schoben 800 Mann der Berliner Stadtreinigung („We kehr for you“) im Bezirk Tiergarten vorvergangenes Wochenende Halden zerbeulter Knitterbüchsen zusammen, die rund eine Million Raver geleert hatten.

Die Dosenschwemme der Love-Parade, alljährliches Ärgernis mürrischer Lokalpolitiker, ist nur der spektakulärste Auswuchs eines Phänomens, das längst das Land überflutet. Jahr für Jahr bejubeln Dosenhersteller und -abfüller Zuwächse um die zehn Prozent, allein in Deutschland macht es mehr als 6,5 Milliarden Mal „zisch“.

Gegen den Siegeszug der Dünoblechkultur ersann Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) Anfang der neunziger Jahre Rücknahmepflicht und Zwangspfand für Einwegverpackungen. Die Strafmaßnahme sollte greifen, wenn der Anteil ökologisch korrekter Mehrwegverpackungen unter eine Grenze von 72 Prozent fällt.

Doch die Drohung verpuffte. Modegetränke heizten den Boom an, Großbrauereien warfen Dosenbier zu Billigpreisen auf den Markt. Nun ist der Ernstfall da: 1997 und 1998 standen im Namen der Dose, in beiden Jahren sank so der Mehrweganteil aller Getränke unter die kritische Marke.

bleibt es beim Töpferschen Automatismus, muss der Handel ab nächstem Sommer 50 Pfennig Pfand auf Bier und Mineralwasser in Dosen oder Einwegflaschen erheben. Die Maßnahme ist problematisch. Denn womöglich erreicht das Zwangspfand das Gegenteil der guten Absicht und beschleunigt den Dosenabsatz noch.

Sollte die Zwangsabgabe auf die Knitterbüchsen ab Mitte 2001 tatsächlich kommen, müssten die Händler in Läden und Supermärkten rund 150 000 Rücknahme-Automaten aufstellen – wegen der teuren Investition könnten viele Läden dann ganz auf das personal- und flächenintensive Mehrwegsystem verzichten.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen, ein hochrangiges Beratergremium der Bundesregierung, bezweifelt in seinem jüngsten Jahresgutachten, „ob die Einführung des Pflichtpfandes zu einer Stützung von Mehrwegverpackungen führt“. Selbst die Umweltverbände plädieren gegen das Pfand und empfehlen stattdessen eine Abgabe auf Einwegverpackungen.

Auch Umweltminister Jürgen Trittin hat mehrfach erklärt, nicht kategorisch auf dem Zwangspfand-Automatismus bestehen zu wollen. Doch nach einem Jahr Verhandlungen mit den Verbänden scheint eine Einigung in weite Ferne gerückt. Die Wirtschaft lehnt Zwangspfand wie Abgabe ab.

Bei einem Spitzengespräch im Juni verlangten vor allem BDI und DIHT, angesichts der insgesamt abgeebbten Abfallströme künftig auf staatlichen Schutz der Mehrwegsysteme ganz zu verzichten. Allenfalls einer nicht näher erläuterten freiwilligen Selbstverpflichtung wollen sich die Verbändevertreter unterziehen.

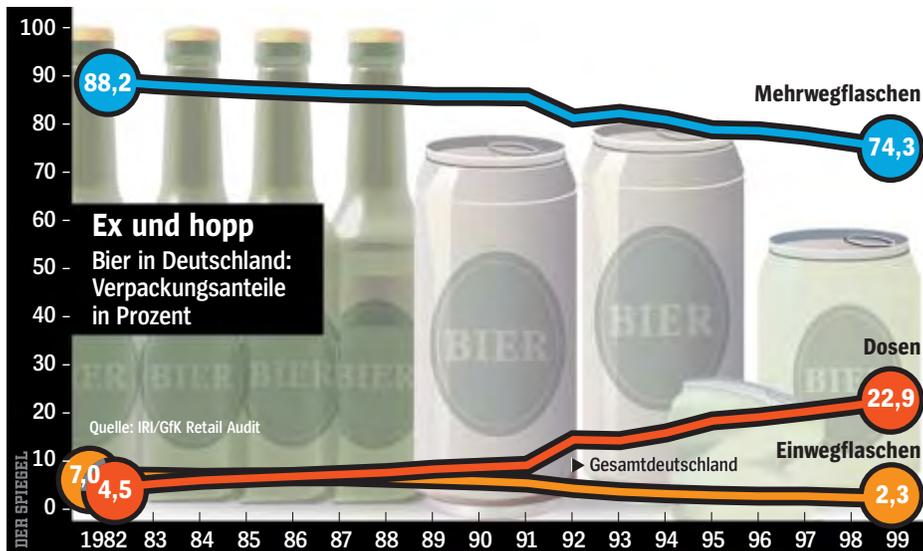
Dagegen sträubt sich Trittin. Es sei von der Getränkelobby „geradezu wagemutig“ zu glauben, eine neun Jahre alte Regelung werde just dann aufgegeben, wenn es erstmals ernst werde.

Kaum waren die Gespräche mit dem Umweltministerium gescheitert, beschwerten sich die Verbändevertreter im Kanzleramt über den plötzlichen Abbruch der Verhandlungen. Doch auch im Hause Schröder besteht wenig Neigung, geltendes Recht gegen eine Selbstverpflichtung zu tauschen, die von großen Teilen der eigenen Klientel als ökologischer Rückschlag bewertet würde.

Anfang August drohen zusätzliche Turbulenzen. Dann wird das Trittin unterstellte Berliner Umweltbundesamt (UBA) eine aufwendige Studie über die Ökobilanz aller gängigen Getränkeverpackungen präsentieren, die deren gesamten Lebenszyklus bewertet. Sie bescheinigt Einwegflaschen und Dosen zwar wie gehabt „deutliche ökologische Nachteile“ gegenüber Mehrwegsystemen. Mehrwegflaschen aus Polyethylen (Pet) seien den heute üblichen Glas-Mehrwegflaschen für Mineralwasser jedoch „aus Umweltsicht vorzuziehen“. Außerdem sei zwischen Glas-Mehrwegsystemen und den bislang ökologisch heftig umstrittenen Kartonverpackungen bei Mineralwasser, Säften und Wein „kein umfassender ökologischer Vor- und Nachteil zu erkennen“.

Im Klartext: Künftig verläuft die Trennlinie nicht mehr zwischen Mehrweg und Einweg, sondern zwischen ökologisch vorteilhaft und ökologisch schädlich. Ein Tiefschlag für die Umweltverbände, die das Mehrwegsystem bisher kompromisslos verteidigten. Immerhin: Dosen und Einwegflaschen bleiben nach der neuen UBA-Studie ein ökologischer Sündenfall.

In Regierungskreisen ist die UBA-Studie durchaus willkommen – als Mittel zur Gesichtswahrung. Über kurz oder lang, heißt es dort, müssten nun die mit dem Stempel „ökologisch verträglich“ versehenen Pet- und Papp-Einwegbehälter der bisherigen Mehrwegquote zugeschlagen werden. So könnte die Dosenmasse unter der kritischen Grenze der Töpfer-Quote gehalten werden und die Verordnung weiter bestehen, ohne dass 2001 ein Zwangspfand eingeführt werden müsste. GERD ROSENKRANZ



BUNDESWEHR

„Schlankheitskur für die Führung“

Der neue Generalinspekteur Harald Kujat über die Strukturreform der Streitkräfte, die Finanznöte der Militärs, die Wehrpflicht und Frauen in Uniform

SPIEGEL: Herr General, nach der von Ihnen maßgeblich entwickelten Bundeswehrreform sollen künftig nur noch 277 000 Soldaten dienen. Bis wann wollen Sie dieses Ziel erreichen?

Kujat: So schnell wie möglich. Es sind ja drei Prozesse, die parallel laufen: Personalabbau, im Wesentlichen bei den Wehrpflichtigen und beim Zivilpersonal; der Aufbau einer gesunden Altersstruktur und die Nachwuchswerbung. Die Zahl der Zeit- und Berufssoldaten werden wir ab dem nächsten Jahr stetig, aber nicht überhastet, auf 200 000 erhöhen.

SPIEGEL: Und was passiert bei den Wehrpflichtigen?

Kujat: Da beginnen wir bereits Anfang 2002 mit dem neuen Ausbildungssystem und der verkürzten Dienstzeit.

SPIEGEL: Was soll ein Wehrpflichtiger in sechs Monaten plus ein paar Übungen lernen?

Kujat: Das sind keine Wehrübungen, das ist die Ableistung der verbleibenden Restzeit der gesetzlichen Wehrdienstdauer. Unsere sicherheitspolitische Lage erlaubt es, dass wir den Soldaten zunächst nur im Gebrauch seiner Waffe schulen. Die Feinheiten des operativen Einsatzes kann er später bei Wehrübungen oder in Krisenlagen trainieren. Mit neun Monaten ist die Gesamtdienstzeit ja kaum kürzer als bisher.

SPIEGEL: Kann man bei nur 77 000 statt 130 000 Plätzen für Rekruten noch von Wehrgerechtigkeit sprechen?

Kujat: Es gab immer Ausnahmen – gesundheitliche Gründe, familiäre Rücksichtnahmen und natürlich das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Von den-



Generalinspekteur Kujat
„Ich werde etliches streichen“

jenigen, die dann noch für den Wehrdienst übrig bleiben, werden wir fast alle einziehen.

SPIEGEL: Frauen dürfen sich jetzt für den normalen Truppendienst bewerben. Drängeln sie schon vor den Kasernmentoren?

Kujat: Nicht besonders. Wir haben bisher rund 4500 Anfragen und etwa 650 konkrete Bewerbungen. Ich rechne mit einem Frauenanteil in der Truppe wie in Frankreich oder Großbritannien, acht Prozent.

SPIEGEL: Es gibt Vorbehalte, Frauen bei Kampftruppen einzusetzen. Dürfen sie alles werden?

Kujat: Sie dürfen alles dürfen, wenn sie alles können. Es geht nach Eignung, Befähigung und Leistung. Sie könnten im „Tornado“ fliegen oder Panzer fahren. Das ist nicht nur so dahingesagt, das meinen wir auch so.

SPIEGEL: Ihr Erfolg und der Ihres Ministers Rudolf Scharping wird an Ihrem Reformvorhaben gemessen. Womit fangen Sie an?

Kujat: Schon ab dem 1. Oktober werden wir die neue Streitkräftebasis aufbauen, also jene Aufgaben zusammenfassen, die für Heer, Luftwaffe und Marine gemeinsam bewältigt werden sollen. Wir wollen die Logistik zentralisieren und den Sanitätsdienst ...

SPIEGEL: ... und so neue Wasserköpfe erzeugen.

Kujat: Das Risiko sehe ich nicht. Im Gegenteil: Wir verordnen der Führung ja auch eine Schlankheitskur. Viele Aufgaben werden beim Inspekteur für die Streitkräftebasis zusammengefasst.

SPIEGEL: Nennen Sie das Verschlingung, wenn neben einem Rüstungsstaatssekretär, einer Abteilung Rüstung im Ministerium, dem Bundesamt für Beschaffung und dem europäischen Rüstungsbüro Occar nun noch ein Rüstungsrat gegründet wird?

Kujat: Der Rüstungsrat soll die unterschiedlichen Interessen und Zuständigkeiten im Verteidigungsministerium unter dem Vorsitz des Generalinspektors bündeln. Heer, Luftwaffe, Marine und Rüstungsabteilung sollen enger zusammenarbeiten und das Gesamtsystem Bundeswehr im Auge behalten. Das spart Zeit, Ärger und Kosten.

SPIEGEL: Was macht die neue „Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb“?

Kujat: Sie verbindet Industrie, Wirtschaft und Bundeswehr zu einer strategischen Partnerschaft. Wir hoffen, auf diesem Weg auch moderne Managementverfahren in die Streitkräfte integrieren zu können.

SPIEGEL: Das ist wohl dringend nötig. Oft genug sitzen Wehrpflichtige untätig her-



Deutsche Kfor-Soldaten im Kosovo, Bundeswehrosoldatinnen (beim Gelöbnis in München): „Es geht nach Eignung, Befähigung und Leistung“



Werbeseite

Werbeseite

um, weil Waffen und Geräte, an denen sie ausgebildet werden sollen, für die Truppen auf dem Balkan benötigt werden oder monatelang in Reparatur sind.

Kujat: Das ist eine Altlast aus der Vergangenheit. Es sind keine neuen Systeme beschafft worden, sondern es werden alte Systeme ausgeschlachtet. Das zu ändern ist ein ganz wesentlicher Teil unseres Reformvorhabens. Wir werden veraltete Systeme, die nur noch hohe Reparaturkosten verursachen, zumindest teilweise stilllegen.

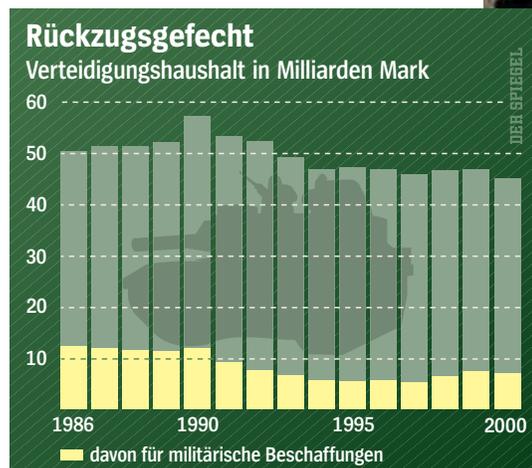


S. SCHULZ / RETRO

Die Bundesregierung insgesamt ist im vergangenen Jahr ganz bewusst politische Verpflichtungen in der Nato und der EU eingegangen. Die sind in unserem ureigenen deutschen Interesse. Wir müssen sie erfüllen, auch wenn es Geld kostet.

SPIEGEL: Müssten Sie nicht eine große Rüstungsklausur ansetzen, Beschaffungspläne schieben, strecken und streichen?

Kujat: Ich werde mich im August mit den Fachleuten zusammensetzen. Es kommt alles auf den Prüfstand. Aber Schieben und Strecken wird es nicht geben. Das ist genau der Fehler, den wir früher be-



Reparatur eines „Fuchs“-Panzers (in Bosnien)
„Schieben und Strecken wird es nicht geben“

Kujat: Der Dienstweg bei der Beschaffung von Wehrmaterial muss verkürzt werden. Es ist ein Unding, dass vom ersten Konzept bis zur tatsächlichen Einführung eines Waffensystems 15 oder mehr Jahre vergehen. Wenn wir das auf die Hälfte reduzieren, könnten wir wahrscheinlich 20 Prozent sparen. Unsere Lagerhaltung ist in vielen Bereichen alles andere als optimal. Zivile Firmen können das wesentlich effektiver.

gangen haben. Darunter leiden wir heute noch. Anschaffungen strecken heißt bloß, dass sie teurer werden. Ich werde etliches streichen, aber auch den Materialplan um neue Projekte ergänzen, beispielsweise das Transportflugzeug.

SPIEGEL: Einer Ihrer Vorgänger, General a. D. Ulrich de Maizière, fordert, angesichts knapper Kassen ganz klar zu sagen, was die Bundeswehr künftig nicht mehr leisten könne.

Kujat: Das ist meine Pflicht. Wenn wir die notwendigen Mittel nicht erhalten, werde ich selbstverständlich meinem Minister sagen: Diese oder jene Aufgabe kann die Bundeswehr gar nicht oder nicht mehr vollständig erfüllen. Dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder wir können die Aufgabe streichen, oder es werden zusätzliche Mittel bereitgestellt, um die Fähigkeiten zu erwerben, die für ihre Erfüllung benötigt werden.

SPIEGEL: Und wenn es nicht mehr Geld gibt, hängen Sie Ihre goldbetresste Mütze an den Nagel?

Kujat: Das wird nicht nötig sein. Geben Sie mir etwas Zeit. Dann werden Sie sehen, dass mein Optimismus durchaus berechtigt ist.

SPIEGEL: Im Zentrum Ihrer Reform steht nicht mehr die Landesverteidigung, sondern der Auslandseinsatz wie auf dem Balkan. Muss dafür nicht die Wehrpflicht neu legitimiert werden?

Kujat: Der Verfassungsauftrag der Bundeswehr lautet weiterhin Landes- und Bündnisverteidigung. Er bleibt Grundlage der Wehrpflicht, auch wenn es derzeit keine konkrete Bedrohung gibt. Aber wer garantiert, dass das in alle Ewigkeit so bleibt? Unsere Aufgaben haben sich allerdings erheblich erweitert. Wir haben inzwischen eine langjährige Praxis von Peace-keeping-Einsätzen, und die Streitkräfte sind das Instrument dazu ...

SPIEGEL: ... und die kosten Geld. Sie sollen Milliarden einsparen. Wo?

SPIEGEL: Für neue Transportflugzeuge oder Aufklärungssatelliten brauchen Sie zusätzliche Milliarden. Wo sollen die herkommen?

Kujat: Es wäre naiv anzunehmen, wir könnten durch Rationalisieren all unsere Beschaffungspläne decken. Ich vertraue darauf, dass das Flugzeug außerhalb des Einzelplans 14, also des Etats der Bundeswehr, finanziert wird.

SPIEGEL: Muss Ihr Chef Scharping dann mit dem Klingelbeutel von Minister zu Minister laufen und sich das Geld zusammenbetteln?

Kujat: Das wird er nicht, muss er auch nicht. Der Minister hat mit dem Finanzminister schon bemerkenswerte Absprachen getroffen, die uns eine solide Planungsgrundlage für die nächsten Jahre geben.

INTERVIEW: SIEGSMUND VON ILSEMANN, ALEXANDER SZANDAR

Voll verkabelt

Designer entwerfen für Infanteristen die Kampfmontur der Zukunft – satellitengesteuert und vollklimatisiert.

So ist der Alltag im Manöver: Auf das Kommando „Absitzen!“ stürmen Soldaten im Tarnanzug aus dem Schützenpanzer, werfen sich in den Matsch unter dem nächsten Gebüsch. „Es ist kein Mensch, es ist kein Tier, es ist ein Panzergrenadier“, reimt die Truppe hämisch über den gemeinen Infanteristen.

Demnächst wird der Grenadier eher wie ein Kampfroboter aussehen. Militär-Designer mehrerer Nato-Staaten konstruieren gerade den Infanteristen der neuen Art: Aus der schwitzenden Gestalt im Drill soll das „System Soldat“ werden – ausgestattet mit teurer Elektronik, leicht gepanzert und voll verkabelt.

Für Kriege und Friedenseinsätze wie auf dem Balkan bedarf der Infanterist rasch der Modernisierung, zumindest meint das die Nato: Mobiler soll der Soldat werden und sich in der Fremde leichter zurechtfinden, mehr Überlebenschancen soll er bekommen und länger durchhalten.

Vor allem aber geht es um erhöhte „lethality“: So heißt im Nato-Englisch die Fähigkeit, schneller und besser töten zu können. Bei der Bundeswehr wird die „lethality“ gern als „Durchsetzungsfähigkeit“ verniedlicht.

13 Nato-Länder und Australien stellten jetzt bei einer Militär-Modenschau im niederländischen Bergen op Zoom Entwürfe für Zukunftssoldaten vor, als Puppe oder am lebenden Objekt. Es war die Show der krassen Kontraste: Die Griechen wären wohl schon zufrieden, könnten sie ihre Männer bis 2010 mit regenfesten Jacken und Stiefeln ausrüsten. Die Dänen zeigten bescheiden neue Uniformen, Rucksäcke sowie ein „Schlafsystem“ – mit Iso-Matte und wasserdichtem Schlafsack.

An der Spitze der Moderne marschierte, wie üblich, die technikvernarnte U. S. Army. Stolz pries sie ihren „Soldier 2025“ an – im Astronauten-Look, wie aus dem Videospiel. Er trägt einen Mini-Raketenerwerfer auf dem Unterarm, der Kopf steckt im kugelsicheren Helm samt Satellitenfunk und Display für Landkarten und Aufklärungsfotos: „So erfährt der Soldat, wo er ist, wo der Feind ist, wo seine Kameraden sind und“, so der Werbetext, „was er tun soll.“

Der Anzug dient als Antenne und Klimaanlage; der Helm schützt vor Chemiewaffen, Laserstrahlen und Granatsplittern. Sensoren in der Kluft erfühlen, ob der menschliche Inhalt munter oder übermüdet



M. MATZEL / DAS FOTOBARCHIV

Kampfdress-Entwurf für die Bundeswehr
Mobiles Kraftwerk auf dem Rücken?

ist – notfalls alarmieren sie den Feldarzt. Passend zum Gefechtsfeld changiert der Chamäleon-Dress seine Farben – grün für die Heide, steingrau für den Häuserkampf.

Nichts von den Gerätschaften ist einsetzreif. „Mond-Soldaten“, höhnte denn auch ein deutscher Gast. Süffisant ließ die British Army wissen, sie brauche keinen „Hightech-Schnickschnack, der beeindruckend aussieht, aber im Nahkampf nichts bringt“.

Der neue Bundeswehr-Generalinspekteur Harald Kujat ist hin- und hergerissen: Der Luftwaffen-Mann spürt zwar eine „gewisse Belustigung“. Aber er gibt auch zu bedenken, dass sich aus „mancher vermeintlichen Spinnerei brauchbares Material entwickeln kann – und sei es Jahrzehnte später“.

Dabei haben die eigenen Leute genug Flausen im Kopf. Denn im „System Infanterist“, das die deutsche Infanterieschule in Hammelburg mit Rüstungskonzernen wie DaimlerChrysler Aerospace entwickelt, steckt viel Wunschenken und Firmenreklame, aber wenig truppentaugliche Realität.

Das beginnt beim knopfkleinen Funkgerät, das der Landser in Matsch und Regen nutzen soll, um mit dem Vorgesetzten zu sprechen. Eine elektronische Landkarte samt GPS-Satellitennavigation in handlichem Gehäuse soll helfen, die eigene Position und die der Gegner zu bestimmen – und Zieldaten gleich weiterfunken, beispielsweise an die Artillerie.

Im Datenwirrwarr des digitalen Gefechtsfelds riskiert der Infanterist Beschuss von den eigenen Kameraden. Denn die Artillerie, spottet die Truppe, „kennt weder Freund noch Feind, sondern nur lohnende Ziele“.

Deswegen sollen Laser-Geräte ertasten, ob da Freund oder Feind im Gelände steht, und in welcher Entfernung. Noch sind dazu fünf getrennte Apparate nötig. Daraus soll ein „Multifunktions-Laser“ werden. Sonst müsste der Soldat noch mehr schleppen. Er trägt ohnehin einen ziemlich schweren Splitterschutz am Leib, und für den Nachtkampf kommt noch ein Wärmebildgerät ins Sturmpäckchen.

Irgendwie müssen die schlaunen Apparate auch mit Strom versorgt werden: Dazu wird der Soldat nicht nur verkabelt, er braucht – Zusatzaufgabe für den Nachschub – immerzu neue Batterien. Es sei denn, er schnallt sich eine Brennstoffzelle samt Methanoltank als mobiles Kraftwerk auf den Rücken, wie es die Niederländer planen.

2005 soll das „System Infanterist“ einsatzreif sein. Altgediente Heeresleute im Verteidigungsministerium zweifeln indes, ob der gemeine Gebirgsjäger oder Panzergrenadier die Ausrüstung im Kampfstress unter Todesangst richtig verwenden wird. Auch der neue Infanterist sei keine Kampfmaschine: „Wir dürfen die Leute physisch und psychisch nicht überfordern“, mahnt ein Planungsgeneral. „Außerdem dienen bei uns bekanntlich nicht gerade die Hellsten.“

ALEXANDER SZANDAR



Werbeseite

Werbeseite

GUTACHTER

„Ein Filz und ein Geflecht“

Wer durch Arbeit krank wird, hat es schwer, seine Rente durchzusetzen. Zwielfichtige Sachverständige helfen den Berufsgenossenschaften, Ansprüche abzuwehren. Folge: Die Genossenschaften konnten als einzige Sozialversicherung ihre Beiträge deutlich kürzen.

Als der Ludwigshafener Anwalt Hans-Joachim Dohmeier die Unterschrift des Gutachters las, schwante ihm nichts Gutes: „R. Kirchhoff“ stand unter der Expertise über den Gesundheitszustand seines Mandanten.

Rainer M. Kirchhoff war dem Fachmann für Sozialrecht nicht unbekannt. Der Mann aus München hatte sich lange Zeit Professor genannt und war ein viel beschäftigter Sachverständiger, bis er 1998 enttarnt wurde. Ein Gericht befand, Kirchhoff habe seinen Professorentitel zu Unrecht geführt und verurteilte ihn – der Spruch ist noch nicht rechtskräftig – zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung.

Dass Kirchhoff laut Gerichtsurteil ein Hochstapler war, kümmerte das Sozialgericht Stuttgart nicht. Das Verfahren eines Arbeitnehmers gegen die Berufsgenossenschaft Feinmechanik und Elektrotechnik habe „keine Aussicht auf Erfolg“, erfuhr dessen Anwalt Dohmeier vom Richter, „denn Dr. Kirchhoff ist zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Berufskrankheit nicht vorliegt“.

So absonderlich der Fall ist, das Kleintreden von Berufskrankheiten mit Hilfe von „hochstaplerischen und betrügerischen Gerichtsgutachtern“, wie der Münchner Anwalt Hugo Lanz sie bezeichnet, ist Alltag in Deutschland.

Im letzten Jahrzehnt ist die Zahl der – zumeist von Ärzten – angezeigten Berufskrankheiten um mehr als 50 Prozent gestiegen, allein 1999 machten über 73 000 Menschen geltend, dass der Beruf sie krank gemacht habe. Bei rund einem Drittel habe sich, so der Hauptverband der gewerbli-

chen Berufsgenossenschaften (HVBG), der Verdacht bestätigt. Doch nur knapp über sieben Prozent aller kaputten Malocher bekommen letztlich eine Entschädigung in Form einer Rente.

Geschwächt durch Lösungsmittel oder Dioxine, zermürbt von Allergien und gequält von Rückenleiden, sind viele Arbeitnehmer nicht nur körperlich aufgebraucht. Einige müssen auch erfahren, dass sie am Ende ihres Berufslebens nochmals gestraft werden: durch Ignoranz, Hartherzigkeit und Zynismus von Versicherern und mit ihnen paktierender Ärzte und Gutachter, die abstreiten, dass die Leiden vom Fabrik- und Büroalltag herrühren.

Mit schnellen Expertisen nach Aktenlagen und vorformulierten Textbausteinen preschen die dubiosen Fachleute in eine Argumentationslücke: Weil es mitunter Jahre dauert, bis eine Berufskrankheit zum Ausbruch kommt, ist es für die Betroffenen oft schwierig, die Ursachen eines Leidens zweifelsfrei nachzuweisen.

Nicht nur Selbsthilfegruppen, Rechtsanwälte und Umweltärzte halten deshalb das gegenwärtige System der Verrentung für reformbedürftig. Auch unter Politikern ist die Erkenntnis gereift, dass das deutsche Sozialrecht dringend geändert werden muss. Parlamentarier des bayerischen Landtags und des Bundestags haben Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht. Der Verdacht werde immer wieder be-



Kläger Faasch, Karsten (in Schutzkleidung vor dem Goslarer

stätigt, sagt der Internist und SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg, dass Versicherungen „Gutachterdienste missbrauchen, um Geld zu sparen“.

Dabei sind die Berufsgenossenschaften (BG) gegründet worden, um das Gegenteil zu gewährleisten. Reichskanzler Otto von Bismarck schuf 1884 die erste gesetzliche Unfallversicherung. Seit 1925 versprach die Berufskrankheiten-Verordnung finanzielle Entschädigung für alle Arbeiter, die durch Malocher krank geworden waren: Die BG wurden als Versicherung zum Wohl der Arbeitnehmer konzipiert und durch Beiträge der Arbeitgeber finanziert.

Doch die wohltätige Organisation hat sich mit einem Etat von über 16 Milliarden Mark zu einem kaum kontrollierbaren Staat im Staate gewandelt. Die 14 Berufsgenossenschaften verfügen über eigene Kliniken, eigene Ärzte, eigene Gutachter.

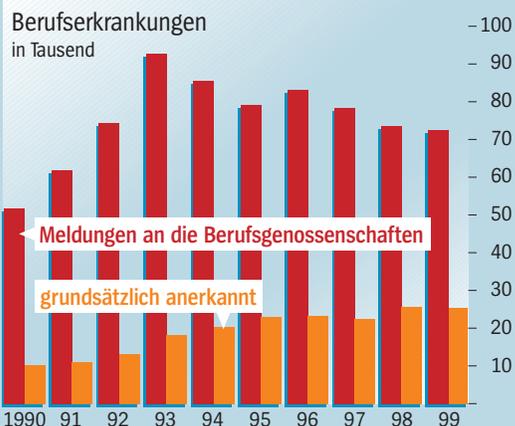
In einem Beitrag für die „Frankfurter Allgemeine“ bekennt Günther Sokoll, HVBG-Hauptgeschäftsführer, freimütig, wem er sich verpflichtet fühlt: „Wer der Wirtschaft dient und von ihr getragen wird, muss Signale der Unzufriedenheit aufnehmen.“ Stolz berichtet Sokoll, dass seine Organisation in den letzten Jahrzehnten die Rentenzahlungen um acht Milliarden Mark gedrückt habe – binnen fünf Jahren fielen die Beiträge der Unternehmen um durchschnittlich neun Prozent.

Für manchen Betroffenen ist es fast aussichtslos, seine Beschwerden als berufsbedingt anerkannt zu bekommen. In einem

Krank durch Arbeit

Die häufigsten Krankheiten

1. **Hautkrankheiten**
z. B. Maurerkrätze
2. **Lärmschäden**
z. B. durch Fluglärm, Discolärm
3. **Atemwegserkrankungen**
z. B. Bäckerasthma, Staublunge, Asbestose
4. **Rückenleiden**
häufig bei Pflegeberufen
5. **Vergiftungen**
z. B. durch Lösungsmittel





F.-G. BREUER / GOSLARSCHE ZEITUNG



F. ZANETTINI / LAIF

Hüttengelände der Harz-Metall), HVBG-Zentrale in St. Augustin: „Die setzen auf mein biologisches Ende“

sie vor Gericht als klimaanfällige Patientin hinstellten, die wohl in den Wechseljahren sei – und wie Richter all denen mehr glauben als jenen sieben Gutachtern, die ihre Krankheit eindeutig als berufsbedingt anerkannt hatten. Sie sei in „einen Filz und ein Geflecht“ geraten, resümiert Brem, das nur einem Zweck diene: ihre Rentenansprüche abzublocken.

Wie Christel Brem klagten Anstreicher und Teppichleger, dass sie wegen eingetameter Gifte kaum noch sprechen können.

Vor sechs Jahren hatte der Ingenieur aus Burscheid auf dem Hüttengelände der Harz-Metall GmbH zu tun, einer bekannten Dreckschleuder im niedersächsischen Goslar. In einer Halle, in der Eisenbahnwaggons für eine Akkuschrott-Anlage und einen großen Drehrohr-Ofen entladen wurden, sollte Karsten den Einbau einer Filteranlage überwachen.

Im Januar 1995 erkrankte er, es begann mit Kopfschmerzen und Magenbeschwerden. Karsten bekam Leberschäden, Läh-

Reihenhaus im Münchner Vorort Ottonbrunn bestimmt die Krankheit aus der Chemiefabrik jede Minute des Lebens. Sie diktiert, wann Christel Brem schlafen darf, wann die 55-Jährige am Computer schreiben kann, sie befiehlt, wann sie zur Rehabilitation an die See muss.

Christel Brems Körper ist vergiftet durch PCP und Lindan. Die Pestizide haben Teile ihres Nerven- und Immunsystems für immer zerstört. Vor 21 Jahren hatte sie im Nachbarort Neuberg ein Fachgeschäft fürs Bayernvolk geführt: Dirndl und Trachtenjanker, Strickwesten und Lodenmäntel, garantiert „aus Naturmaterial“, wie sie ihren Kunden guten Glaubens versicherte. Doch dann erlosch der Elan von Christel Brem, sie ermüdete immer mehr, bekam Sehstörungen, Eiterpickel, Ausschlag. Schließlich fiel ihr beim Eintippen an der Kasse das Wort für Mantel nicht mehr ein.

Es dauerte Jahre, bis die Ursache festgestellt war: Die Textilien hatten Chemikalien ausgedünstet und damit den Körper von Christel Brem verseucht. Allein 468 Mikrogramm des Insektentöterers Lindan pro Liter Blutserum fanden Toxikologen, dazu beträchtliche Mengen des hochgiftigen Pentachlorphenol (PCP).

Notgedrungen gab die zierliche Frau ihr Geschäft auf. Doch damit begann erst der eigentliche Ärger. Bis heute ist die Behinderung immer noch nicht als Berufskrankheit anerkannt. Christel Brem hat erlebt, wie Gutachter Zahlen manipulierten oder ihre gefährlichen Blutwerte als „Laborfehler“ abqualifizierten, wie Wissenschaftler

Floristinnen leiden an Muskelschwund, der durch giftbespritzte Blumen verursacht werden kann. Betreiber von Reinigungsfirmen werden oft von unerträglichen Kopfschmerzen attackiert, Kfz-Spritzlackierer bekommen Atemwegserkrankungen, Stammhirn- und Muskelschäden.

Dennoch versucht ein ehemaliger Maler und Lackierer aus Bad Liebenstein seit fünf Jahren vergebens, sein Recht einzuklagen. Er leidet unter einem hirnorganischen Psychosyndrom und an einer Atemwegserkrankung. Eine Entschädigung erhält er nicht. Die „Lösemittel-Belastung“, meint die Bau-BG, habe „lediglich gering über dem allgemein branchenüblichen Ausmaß“ gelegen – als ob das etwas besagt.

In Bochum haben zwei Ärzte vor 23 Jahren nach intensiver Untersuchung eines Autolackierers die erste Verdachtsanzeige auf Berufskrankheit erstattet. Weitere Expertisen folgten, doch die BG Fahrzeughaltung lehnte die Anerkennung ab. Heute leidet der Lackierer an Polyneuropathie und am Parkinson-Syndrom – auf Rente wartet er weiter.

Ist die Ursache einer Krankheit nicht eindeutig nachzuweisen, geraten die Arbeiter in die Mühlen der Sozialgerichtsbarkeit, aus denen sie selten als Sieger hervorgehen. Die Industrie fürchtet nichts mehr als Urteile, die als Präzedenzfall die gesundheitsschädigende Wirkung von Arbeit festschreiben – und reagiert entsprechend. „Die setzen auf Zeit und auf mein biologisches Ende“, argwöhnt Winfried Karsten, 49.

mungen, Schwellungen am gesamten Körper, zeitweise war er nicht mehr bewegungsfähig, das Gehirn funktionierte nur noch eingeschränkt. Heute ist er ein körperliches Wrack.

Das Institut Fresenius stellte in seinem Blut Dioxine („ein typisches Verbrennungsmuster“) fest. Das Gewerbeaufsichtsamt bestätigte, dass die Beschäftigten der Hütte den „Gefahrstoffen Blei, Arsen, Cadmium, Dioxinen und Furanen ausgesetzt“ waren. Zunächst glaubte sich der Selbständige bei der Verwaltungsberufsgenossenschaft gut versichert. Doch die BG wollte nicht zahlen. Begründung: Es habe nur eine „Exposition durch Dioxine und Furan in sehr geringem Umfang vorgelegen“. Mittlerweile hat der Ingenieur die Harz-Metall und deren Betriebsarzt wegen fahrlässiger Körperverletzung angezeigt und die Firma auf Schadensersatz verklagt.

Die Versicherung schütze weniger „die Opfer als die Verursacher vor den Haftungsansprüchen der Opfer“, kritisiert der Verband arbeits- und berufsbedingt Erkrankter (Abekra). Die Selbsthilfegruppe müht sich seit acht Jahren, krank gewordenen und in Not geratenen Arbeitern zu helfen. Doch „die Verfahrenstricks, mit denen Ansprüche abgewehrt werden“, sagt Abekra-Geschäftsführerin Angela Vogel, „werden brutaler“.

Sie seien keine „Rentenquetscher“, widerspricht indes HVBG-Geschäftsführer Sokoll: Alle Berufsgenossenschaften würden sich nach den gesetzlichen Vorgaben richten, von den Arbeitgebern würden sie

Werbeseite

Werbeseite



P. LANGROCK / ZENIT

Arbeiter im Kernkraftwerk Rheinsberg: Urteil mit „fatalen Folgen“?

auf der anderen Seite wegen ihrer Größzügigkeit gerügt.

Von Freigebigkeit wissen Wolfgang Faasch, 53, und Richard Wellenbrock, 49, nichts. Die beiden haben in derselben Schicht auf der Lufthansa-Werft in Hamburg Triebwerke repariert – über 20 Jahre lang, dann wurden sie immer häufiger krank: Übelkeit, Atemnot, Hautausschläge, Konzentrationsschwächen, Schwindel, Magenbeschwerden. Die Leitfähigkeit der Nerven ist drastisch reduziert, Wellenbrock knicken bisweilen die Beine weg, Faaschs Hände sind häufiger taub, die Feinmotorik ist gestört – toxische „Enzephalopathie“ diagnostizierte der Arzt.

Für die beiden Schweißer ist klar, dass Tetrachlorethen (PER) ihre Gesundheit zerstört hat. Sie hatten Flugzeugteile zu bearbeiten, die zuvor in eine mit PER gefüllte Wanne getaucht worden waren, um sie von Fetten zu säubern. Stets wären Reste zurückgeblieben, die dann beim Schweißen verdampft seien. Im Blut und im Urin von Faasch und seinem Kollegen fanden sich tatsächlich hohe Anteile von Nickel, Chrom und Kobalt. Dennoch wurde es den beiden Schweißern nicht leicht gemacht, nachträglich zu beweisen, dass giftige PER-Dämpfe ihr Gehirn angegriffen haben – zumal die Lufthansa betonte, alle Schutzmaßnahmen ergriffen zu haben.

Es entbrannte ein Gutachterstreit: Zwei positiven standen zwei negative Stellungnahmen gegenüber. Bei der Gerichtsverhandlung widersprachen sich zwei weitere Sachverständige, jetzt will das Sozialgericht neue Zeugen hören. Seit der Anzeige von Faaschs Berufskrankheit sind über elf Jahre vergangen.

Vielfach haben Anwälte von kranken Arbeitern nachgewiesen, dass willfährige Gutachter den Berufsgenossenschaften in die Hände spielen. In der „mafiosen Struktur“, so Anwalt Lanz, hätten vermeintliche

Fachleute ihre Eigenständigkeit längst verloren.

Einer der bevorzugten Sachverständigen ist Professor Gerhard Lehnert, der nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg als „Experte für Unbedenklichkeit“ bezeichnet werden darf. Lehnert hatte 1985 in einem Gutachten den – mittlerweile kaum mehr bestrittenen – Zusammenhang zwischen Lindan und Krebserkrankungen gelehnt. Das schadete seiner Karriere wenig: Lehnert ist heute Vorsitzender des Medizinischen Fakultätentages.

Ablehnen dürfen Betroffene Lehnert trotz aller Zweifel nicht: Der Vorsitzende der 10. Kammer des Sozialgerichts Augsburg meinte im vergangenen Jahr, es sei belanglos, dass Lehnert in der Öffentlichkeit als „Fälscher ohne Rest von Moral und Gewissen“ bezeichnet worden sei, und beauftragte den umstrittenen Wissenschaftler, darüber zu befinden, ob Quecksilber im menschlichen Körper bedenklich sei.

Auch Gerhard Triebig, Professor für Arbeitsmedizin in Heidelberg, genießt bei den Berufsgenossenschaften eine beachtliche Sonderstellung – was sein Entgelt und den Umgang mit Fristen angeht. Selbst die Behörde des Bundesbeauftragten für Datenschutz bemängelte Triebigs Sonderstellung, sei doch „dessen Befangenheit zugunsten der Unfallversicherungsträger rechtskräftig festgestellt“ worden.

Nachdem 26 Versicherte Triebig angezeigt hatten, bekam der Professor von der Staatsanwaltschaft lediglich einen Einstellungsbeschluss zweiter Klasse: „Soweit dem Beschuldigten nachgewiesen werden konnte, dass er in einzelnen Gutachten, teilwei-



ARGUIS

Gutachter Lehnert
„Experte für Unbedenklichkeit“

se auch gravierend, von falschen Tatsachen ausgegangen ist, muss davon ausgegangen werden, dass dies nicht wissenschaftlich, sondern allenfalls aus Nachlässigkeit, möglicherweise verursacht durch die hohe Anzahl der von ihm erstatteten Gutachten, geschehen ist.“ Triebig weist jeden Vorwurf der Parteilichkeit von sich, er habe „als Wissenschaftler ausschließlich die gesicherten arbeitsmedizinischen Erkenntnisse zu beachten“; außerdem sei er als Landesbeamter „finanziell unabhängig“.

HVBG-Chef Sokoll betont, dass sein Verband nicht an „Gefälligkeitsgutachten“ interessiert sei. Auch er sei mit der momentanen Situation nicht zufrieden, deshalb investiere die Versicherung viel Geld in die Schulung der Sachverständigen.

Dennoch sind Richter nur selten bereit, wie Cathleen Förster, Vorsitzende der 8. Kammer des Sozialgerichts Neuruppin, einen BG-Bescheid aufzuheben: Die Richter

in sprach dem Arbeiter eines Kernkraftwerks – erstmals in Deutschland – nachträglich eine Erwerbsminderungsrente zu, obwohl seine Strahlendosis unterhalb der zulässigen Werte lag.

Der Mann war 16 Jahre lang Mechaniker im ehemaligen DDR-Kernkraftwerk Rheinsberg, wo er Kontroll- und Reparaturarbeiten ausführte. Im Frühjahr 1994 stellten Ärzte eine Leukämie fest, an der er zweieinhalb Jahre später verstarb. Ein Zusammen-

hang zwischen seiner beruflichen Tätigkeit und der Leukämie sei unwahrscheinlich, meinte die BG Feinmechanik und Elektrotechnik. Auch wenn der Zusammenhang nicht bewiesen sei, müsse die BG zahlen, beschloss dagegen die Richterin. Bei Leukämie gebe es keinen Schwellenwert, „unter dem eine radioaktive Belastung als unschädlich angenommen werden kann“.

Der Einzelschaden für die BG ist überschaubar, doch für die gesamte Atomindustrie, sagt Matthias Seipel, Rechtsanwalt des Gestorbenen, könnte das bahnbrechende Urteil „fatale Folgen“ haben. Deshalb ist die BG in Berufung gegangen.

Proteste gegen umstrittene Gutachter haben bislang wenig bewirkt. Als Anwalt Dohmeier versuchte, Kirchhoff sowie den Richter, der auf dessen Gutachten nicht verzichten wollte, als befangen abzulehnen, wies das Gericht die Anträge zurück. Dafür teilte der Richter dem Anwalt mit, nicht das Institut für Arbeitsmedizin, hinter dem sich Kirchhoff anfangs versteckt hatte, solle das Gutachten erstellen. Mit der Expertise betraut ist nun vielmehr Kirchhoff höchstpersönlich. UDO LUDWIG

Werbeseite

Werbeseite



Vernetzter Hörsaal (im Fraunhofer Institut Darmstadt): Freie Bildung für jeden auf der Erde?

BILDUNG

Studium im Cyberspace

Deutsche Hochschulen bauen ihre Lehrangebote im Internet aus. Doch die Online-Universität wird das Lernen in Hörsaal und Seminar nicht ersetzen.

Das ganze Studium lief via Internet – anmelden zum Seminar, bearbeiten der Aufgaben, chatten mit den Kommilitonen in München und Düsseldorf, Fragen an die Dozenten: Christine Breit, 33, lebte vergangenes Jahr in Phoenix im US-Bundesstaat Arizona und studierte gleichzeitig Psychologie und Pädagogik an der Fernuniversität im westfälischen Hagen.

Jetzt wohnt die gelernte Sozialpädagogin in Esslingen am Neckar, studiert dieses Semester nur per Briefpost und vermisst das Virtuelle: „Der Kontakt innerhalb der Arbeitsgruppe war ausgezeichnet, die Betreuer waren hilfsbereit, und meist lief alles schnell und ohne große Probleme.“

Auch ihr Kommilitone Hinrich Bolduan, 35 – er studiert Informatik und Betriebswirtschaftslehre in Hagen –, ist mit dem Pauken via Datenautobahn sehr zufrieden: „Das ganze Studium online, das wäre optimal“, so der Hamburger Polizist. „In der Berufspraxis arbeitet man auch nur noch am Rechner und nicht auf dem Papier.“

14 000 der insgesamt 58 000 Studenten an der einzigen deutschen Fernuni nutzen die dortigen Angebote des Electronic Learning. Hagen ist damit führend in der Bundesrepublik. Studiengänge, die ausschließlich online angeboten werden, gibt es in Hagen bisher jedoch wenige.

Sind Christine Breit und Hinrich Bolduan die Cyber-Studen-

ten der Zukunft? Können sich Jung-Akademiker zukünftig weltweit ihren Stundenplan zusammenstellen – die Wirtschaftsvorlesung von der London School of Economics, das Politikseminar an der Harvard University bei Boston und den Philosophie-Schein aus Tübingen? Werden vernetzte Studenten gar ihr Examen machen, ohne je eine wissenschaftliche Lehranstalt betreten zu haben?

Im Jahr 2000 muss eine Hochschule, um als modern zu gelten, offenbar vor allem eines sein: digital. Überall in Deutschland – von Kiel bis Freiburg – entstehen derzeit virtuelle Seminare, virtuelle Lehrstühle, virtuelle Labors, ja sogar ganze Universitäten, die nur noch im Cyberspace existieren.

Bayerns neun Universitäten und 16 Fachhochschulen haben sich zur „Virtuel-

len Hochschule Bayern“ zusammengeschlossen. Derzeit läuft die Erprobung, unterstützt mit 22 Millionen Mark aus der Kasse des Freistaats.

Unter der Federführung der Fachhochschule Lübeck haben sich elf Fachhochschulen aus sieben Bundesländern und andere Bildungseinrichtungen zur „Virtuellen Fachhochschule“ vereinigt. Der Bund gibt 42 Millionen Mark für die nächsten fünf Jahre.

In Baden-Württemberg bauen die Universitäten Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim die „Virtuelle Universität Oberrhein“ auf. Einen „Projektverbund Virtueller Campus“ haben die niedersächsischen Unis in Hannover, Hildesheim und Osnabrück gegründet.

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) redet gar von einer „Virtuellen Deutschen Universität“. Das über Internet und andere neue Medien verbreitete Lehrangebot soll von allen Hochschulen der Bundesrepublik gemeinsam erstellt werden – quasi eine elektronische Alma Mater auf der Mega-Ebene, bei der alles und alle irgendwie vernetzt sein sollen. Sehr viel mehr weiß die Ministerin derzeit selber nicht.

Der Einsatz neuer Medien und Kommunikationstechniken müsse im Bildungsbereich „konsequent genutzt werden“, fordert Bulmahn, dies sei entscheidend für den „Studienstandort Deutschland“. „Ein Großteil der Studienangebote wird künftig virtuell verfügbar sein müssen“, verlangt auch der rheinland-pfälzische Wissenschaftsminister Jürgen Zöllner (SPD).

Die Visionen stützen auch Wissenschaftler wie der Kölner Politologe Wolfgang Leidhold in einer Studie „Szenario 2005“: „Bereits in fünf Jahren wird mindestens die Hälfte aller Stu-



F. BOHLER

Vorlesung via Datennetz*: „Auf keinen Fall billiger“

* An der Universität Erlangen-Nürnberg.

zenten an virtuellen Hochschulen studieren.“

In den USA gibt es bereits seit Jahren Unis, wie etwa die University of Phoenix oder das Regents College, die nur im Netz bestehen. Längst haben dort auch die meisten traditionellen Universitäten einen eigenen Online-Campus aufgebaut. Die Angebote im Distance Learning haben sich in den vergangenen drei Jahren verdoppelt. Der Computer-Unternehmer Michael Saylor, Inhaber der Firma MicroStrategy, träumt sogar von einer weltweit zugänglichen Online-Universität: „Freie Bildung für jeden auf der Erde, für immer“, so sein Slogan. 100 Millionen Dollar hat Saylor erst kürzlich für seine Idee gestiftet.

Zweifellos revolutioniert die Informationstechnologie die Hochschulen: Studenten diskutieren in Newsgroups, Professoren recherchieren und publizieren im Datennetz, Dozenten setzen Lern- und Simulationssoftware ein, Bibliotheken gehen online. Die wissenschaftliche Kommunikation läuft bereits heute überwiegend via E-Mail. Einzelne Hochschulen nehmen Prüfungen per Video-Konferenzen ab. Und schnellere Datennetze sowie leistungsstärkere Rechner werden die Entwicklung weiter vorantreiben.

Ob sich daraus aber der reine Online-Student, der Studiosus electronicus, entwickelt, ist mehr als zweifelhaft. Walter Kugemann, Koordinator der Virtuellen Hochschule Bayern (vhb), warnt vor der „technologischen Hurra-Szene“: „Die meisten Studenten werden in Zukunft so genannte Mixed-Mode-Students sein, die sowohl in Vorlesungen und Seminaren vor Ort sitzen als auch Online- und Multimedia-Angebote nutzen werden.“ Auch in zehn Jahren sind nach Ansicht Kugemanns nicht mehr als rund zehn Prozent reine „E-Students“.

„Es ist eine irriige Annahme, dass eine neue Technologie die alte komplett ablöst. Die virtuelle Hochschule wird vor allem eine Erweiterung der Möglichkeiten sein“, erklärt sein Kollege Paul Held.

„An normalen Universitäten werden Vorlesungen und Seminare selbstverständlich als soziale Events erhalten bleiben“, erwartet auch Helmut Hoyer, Rektor der Fernuniversität Hagen. Um die Veranstaltungen herum gruppieren sich dann jedoch vielfältige elektronische Angebote.

Ausschließlich über den Bildschirm zu lernen wird nur für die Studierenden reizvoll sein, die schon heute zur Gruppe der Fernlerner gehören: vor allem Studierwillige wie etwa Christine Breit und Hinrich



Prüfung per Video (an der Fernuniversität Hagen)
„Seminare als soziale Events erhalten“

Bolduan, die sich neben dem Job zusätzliche Qualifikationen erarbeiten wollen. Deshalb liegt der entscheidende Markt für das Tele-Lernen künftig im wachsenden Feld der Weiterbildung, nicht aber bei der akademischen Erstausbildung.

Kugemann von der vhb warnt dabei vor einem weit verbreiteten Irrglauben: „Multimedia- und Online-Lernen

sind auf keinen Fall billiger als herkömmlicher Unterricht.“ So beziffert der Wissenschaftsrat allein die Kosten für die erforderliche interne Vernetzung der deutschen Hochschulen auf 1,5 bis 3 Milliarden Mark. Nach der Studie „Szenario 2005“ kostet ein guter Online-Studiengang drei Millionen bis zehn Millionen Mark pro Jahr. Experten veranschlagen die Produktionskosten einer einzigen virtuellen Unterrichtsstunde auf über 100 000 Mark.



Ministerin Bulmahn
Alles und alle
irgendwie vernetzt

Die Begeisterung der Studenten für die Wunderwelt des Computer-Lernens hält sich in Grenzen: Bei einer Befragung von rund 1300 Berliner Studenten im Sommer vergangenen Jahres konnten sich gerade einmal 16 Prozent vorstellen, virtuell zu studieren. Rund ein Viertel lehnte ein Online-Studium rundheraus ab, etwa 60 Prozent gaben ein „Vielleicht“ zu Protokoll. In Bibliotheken und Verwaltung befürwortete die Mehrheit zwar den Einsatz der neuen Medien, in der Lehre favorisierten die Jung-Akademiker aber den persönlichen Kontakt zu Professoren und Mitstudenten.

Auch die Internet-Vorreiter in den USA stoßen auf Skepsis. Im Frühjahr protestierten Studierende am Massachusetts Institute of Technology in Cambridge, einer der renommiertesten Hightech-Unis der Welt, gegen Online-Kurse. Sie fürchteten, die Qualität ihrer Ausbildung verschlechterte sich dadurch.

JOACHIM MOHR

Werbeseite

Werbeseite



ZUKUNFT

Technische Wunschwelten

Einmal an der Kette über dem Esstisch ziehen, und der Nachttisch senkt sich aus einer Klappe in der Zimmerdecke herab; kurz an der Kurbel drehen, und der Wein wird automatisch eingeschenkt – so stellte sich ein britischer Karikaturist Mitte des 19. Jahrhunderts das durchtechnisierte Esszimmer der Zukunft vor. Etwa hundert Jahre später entwarf der amerikanische Forscher Vannevar Bush einen multifunktionalen Schreibtisch, der beispielsweise Papiere auf Mikrofilm archiviert. „Wunschwelten – Geschichten und Bilder zu Kommunikation und Technik“ heißt ein Bild- und Aufsatzband (Chronos Verlag, Zürich) der nun parallel zur gleichnamigen Ausstellung des Museums für Kommunikation in Bern erschienen ist. Das Buch erläutert seltsame, aber auch später realisierte Zukunftsvisionen vergangener Zeiten: vom fliegenden Auto bis zum Mobiltelefon, das in Feldversuchen Anfang des vorigen Jahrhunderts samt Antenne auf dem Rücken getragen wurde.



Zukunftsvisionen fliegendes Auto, technisiertes Esszimmer

PSYCHOLOGIE

Arme Scheidungskinder

Die Zahl der Scheidungen hat in Deutschland seit 1993 jährlich um durchschnittlich 2,3 Prozent zugenommen und entsprechend auch die Zahl der Scheidungskinder. Die gelten oft als Problemfälle, verhaltensauffällig oder leistungsschwach. Nun haben US-Psychologen eine große Studie des National Institute of Child Health and Human Development unter dem Aspekt ausgewertet, wie sich das Trauma der Trennung in den ersten drei Lebensjahren auswirkt. Tatsächlich schnitten die Kleinkinder aus der Ein-Eltern-Familie bei Intelligenz- und Problemlösungstests auf den ersten Blick schlechter ab als Gleichaltrige aus intakten Familien und hatten sie weniger Sozialkompetenz. Allerdings, so fanden die Forscher bei einer genaueren Analyse heraus, war nicht der Faktor Ein-Eltern- oder Zwei-Eltern-Familie entscheidend für die Entwicklung der Kinder, sondern vielmehr das Einkommen und der Ausbildungsgrad der Eltern.



Rykiel-Model



Lévy-Entwurf

MODE

Testbild auf der Brust

Gerade hängen in den Herrengeschäften die khakifarbenen Hosen mit Tunnelzug für den Großstadtdschungelkämpfer zum Schlussverkauf bereit, da haben die Designer in Paris schon die Männermode für den nächsten Sommer über den Laufsteg geschickt: Streifen, Punkte, Quadrate – getragen werden soll alles, was bunt und geometrisch ist und an Grafik-Computerprogramme erinnert. Der Designer José Lévy schuf einen groß gepunkteten Pullunder, der belgische Schneider Dries Van Noten stellte fröhlich gestreifte Krawatten zu gestreiften Hemden vor. Die Pariserin Sonia Rykiel schneiderte ein T-Shirt, dessen Muster einem Fernseh-Testbild ähnelt. Damit werden, ganz konventionell, einfarbige Hosen, oder, für Mutige, schlichte Röcke kombiniert. Die knallige Munterkeit richtet sich an die neue junge Klientel: Internet-Gewinnler und solche, die es gern wären.



Streifenpullunder von van Noten



Kinderprostituierte in Cheb: „Sie schlagen uns, sie nehmen uns das Geld wieder weg“

FOTOS: S. SAUER

PROSTITUTION

„Wollen Sie spezial?“

Im tschechischen Cheb, nahe der Grenze zur Bundesrepublik, hat sich nach den Erkenntnissen von Sozialarbeitern und Behörden eine grausige Szene etabliert: Pädophile vor allem aus Deutschland können hier Minderjährige für Sex-Spiele mieten.

Samstagnachmittag in Cheb, der erste heiße Juli-Tag. Die Luft steht in den Gassen der Kleinstadt im westlichen Zipfel der Tschechischen Republik, sechs Kilometer von der bayerischen, zehn Kilometer von der sächsischen Grenze entfernt.

Autos mit deutschen Kennzeichen rollen durch die Hálkova-Straße, wo Mädchen an den Hauswänden lehnen. In der Sadová wartet eine junge Schwangere, in der Dimitrovová bewegen sich ungelenkt zwei offensichtlich debile Frauen auf und ab.

Manchmal stoppt ein Wagen. Ein kurzes Gespräch durchs Autofenster, die Minderjährigen steigen ein. Nach einer halben Stunde werden sie wieder abgesetzt und warten – auf den nächsten Freier.

„Die Deutschen probieren hier alles aus“, erzählt Helena, 17. Sie arbeitet in der

Pivovarská-Straße vor der „Madonna-Bar“ gegenüber dem Kaufland, wo jeden Tag Hunderte deutsche Grenzgänger billig Brot, Fleisch und Bier einkaufen. „Sie schlagen uns, sie nehmen uns das Geld wieder weg, sie nehmen eine Schwangere“,



sagt Helena. Wenn die Täter bezahlen, dann den Einheitstarif von 50 Mark.

Aus ganz Osteuropa sind Menschen an die Wohlstandsgrenze gekommen, um vorwiegend älteren deutschen Männern junge Prostituierte anzubieten. Für Sex mit Minderjährigen ist kein Langstreckenflug nach Bangkok nötig, nur eine kurze Autofahrt in die Tschechische Republik, einen der ersten Anwärter auf den EU-Beitritt.

Inzwischen ist die Bundesregierung aufgeschreckt. Nach Erkenntnissen von Innenminister Otto Schily reisen „ganze Busladungen“ deutscher Sextouristen nach Cheb, das bis 1919 zu Österreich-Ungarn gehörte und Eger hieß (siehe Interview Seite 72).

Augenzeugen berichten, dass in Cheb selbst Kleinkinder offeriert werden. Die 20-jährige Renata C. bot SPIEGEL-Repor-

tern ein drei Jahre altes Mädchen an: „Du wollen kaufen Kind, zahlen 1000 Mark. Vater Deutscher, können heute mitnehmen, kein Problem.“

Ob das Angebot tatsächlich ernst gemeint war, blieb offen. Die Journalisten meldeten den Vorfall der Polizei in Cheb.

Kathrin Frowein, evangelische Pfarrerin in Cheb, bestätigt, dass „es nicht nur die 12- oder 14-Jährigen sind, sondern angeboten werden, die den Lebensunterhalt für ganze Familien beschaffen“.

Auch Josef Heisl, Sachgebietsleiter Grenze beim Polizeipräsidium Niederbayern/Oberpfalz in Regensburg, ist seit Jahren mit dem Pädophilentourismus im Grenzgebiet vertraut. Heisl: „Wollen Sie vielleicht spezial?“, wird der Kunde gefragt – das bedeutet sehr junge Mädchen. Mit den kleineren Kindern, unter zehn Jahren, werden hauptsächlich Kinderpornos gedreht. Und da ist die Dunkelziffer riesig.“

Die deutschen Freier reisen im dicken Daimler an oder im schrottigen Kadett, aus Mainz, Heidelberg, Kiel, Hamburg, Berlin. Manchmal prangt der Aufkleber „Ein Herz für Kinder“ am Heck. Die tschechischen Behörden ignorieren den Kinderstrich, deutsche Beamte können nicht eingreifen. „Wir sind machtlos“, sagt

hatte, vom Zuhälter jedoch aus dem Krankenhaus geholt und auf die Straße geschickt wurde. Wir hörten von Zeugen, ohne es selbst gesehen zu haben, dass Eltern ihre Säuglinge deutschen Männern zum Filmen, Fotografieren, aber auch zum körperlichen Missbrauch überlassen.“

Der Bericht alarmierte die sächsische Regierung. Ende April teilte Gesundheitsminister Hans Geisler (CDU) mit, dass in Cheb seit 1997 eine drastische Zunahme von Kinderprostitution zu verzeichnen sei.

Ende Juni begab sich erstmals eine Vertreterin der Bundesregierung ins Grenzgebiet. Schilys Staatssekretärin Cornelia Sonntag-Wolgast eilte per Helikopter an den Grenzübergang Schönberg – auf die tschechische Seite mochte sie sich nicht begeben. Stattdessen beschränkte sich die Sozialdemokratin auf eine Pressekonferenz, verteilte ein paar Postkarten gegen Kinderprostitution und spendierte 20000 Mark für Plakate. Nach einer guten Stunde war für sie die Hauruck-Aktion beendet.

Bereits im Frühjahr hat Schilys Ministerium das „Projekt zur Bekämpfung des Sextourismus mit Kindesmissbrauch in der Tschechischen Republik“ (Kiss) gegründet, um „dem Strom des Sextourismus mit Kindesmissbrauch aus der Bundesrepublik Deutschland in die Tschechische Republik Einhalt zu gebieten“. Doch außer ein biss-

tung pornografischer Schriften vom Landgericht Dresden zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt.

Im Urteil wird detailliert beschrieben, wie ein neunjähriges und ein zehnjähriges Mädchen zunächst im Schlafzimmer ihres Wohnhauses nackt gymnastische Übungen vorführen mussten, bei denen sie fotografiert wurden. Der Verurteilte und sein Bekannter griffen den Kindern im Beisein der Mutter in den Genitalbereich. Über ein Jahr dauerte der Kontakt. Die Täter filmten, wie den Kindern Dildos und Fieberthermometer eingeführt und wie sie zum Verkehr gezwungen wurden.

Bereits im Februar 1999 wurde ein 42-jähriger Berliner von einem Gericht im tschechischen Teplice wegen Kindesmissbrauchs zu 32 Monaten Gefängnis und Ausweisung verurteilt.

Der Riesaer Rechtsanwalt Iwan Lubensky, der mehrfach derartige Fälle zu bearbeiten hatte, kennt die pädophile Szene genau. Bei Kontaktleuten können „Hautfarbe, Haarfarbe, Alter und die gewünschten Positionen bestellt werden“, weiß der Jurist. Die Gruppen agierten unter „größter Geheimhaltung“.

Beschuldigte kommen häufig gegen Kaution oder Schmiergeld frei und setzen sich ab. „Das Schwierigste ist die Beweislage“, klagt Bundesjustizministerin Herta



Rotlichtviertel, Straßenstrich in Cheb: „Abgründe sexueller Perversionen und Aggressionen“

Heisl, „wir können doch drüben nicht ermitteln.“

Im März dieses Jahres fuhren zwei Mitglieder der PDS, die sächsische Landtagsabgeordnete Cornelia Ernst und Fraktionsmitarbeiter Hans-Jürgen Mertha nach Cheb, um den Horrormeldungen nachzugehen. Geschockt von „den Abgründen sexueller Perversionen und Aggressionen der nahezu ausschließlich deutschen Freier“, beschrieb der einstige Kriminalbeamte Mertha seine Erlebnisse:

„Keine Gasse, kein Straßenzug ohne kleinere Gruppen minderjähriger Mädchen, zum Teil hochschwanger, abgehärtet, von Rauschgiften und Krankheiten gezeichnet. Wir sprachen mit einer 15-jährigen Mutter, die drei Tage zuvor entbunden

chen Aufklärung an den Grenzposten Waidhaus, Waldsassen, Schirnding, Selb und Schönberg geschah wenig.

Immer mal wieder entsetzt sich die Nation über das Treiben deutscher Triebtäter jenseits der Grenzen. Seit 1993 drohen deutschen Kinderschändern immerhin bis zu zehn Jahre Haft in Deutschland, selbst dann, wenn das Verbrechen im Ausland gar nicht verfolgt wird. Schätzungsweise an die 10000 Deutsche reisen regelmäßig ins Ausland, um sich an Kindern zu vergehen. Doch nur acht Fälle sind bekannt, in denen Täter belangt wurden.

Im Juni 1999 wurde ein 33-jähriger Arbeitsloser aus Sachsen wegen 19fachen sexuellen Missbrauchs von Kindern in Tschechien sowie der Produktion und Verbrei-

Däubler-Gmelin. Oft reichten die Beweise nicht für deutsche Staatsanwälte. Zeugen stünden kaum bereit, zumal die Kinder ausfallen. Innenminister Schily: „Die müssten ja gegen die eigenen Eltern oder Geschwister aussagen.“ Der Kriminalbeamte Heisl bestätigt: „Natürlich bekommen wir Autonummern, aber wir können nichts beweisen. Die Täter sagen, sie hätten nach dem Weg gefragt.“

Verdächtige deutsche Pkw-Kennzeichen liefert die Initiative „Karo“. Seit sechs Jahren fahren zwei Frauen aus Adorf bei Plauen mehrmals in der Woche die 60 Kilometer nach Cheb. „Aufsuchende Sozialarbeit“ heißt ihr Job im Behördendeutsch.

Die Sächsin Cathrin Schauer, 37, und die Slowakin Ludmilla Irmischer, 35, be-

Werbeseite

Werbeseite

Kinder als Ware Minderjährige Prostituierte

Quelle: Unicef (Schätzung 1997)



treuen, gemeinsam mit der 25-jährigen Bianca Mutschmann, die jungen Huren. Die Frauen verteilen Kondome, saubere Spritzen und vor allem Gleitmittel, um Krankheiten und Verletzungen der Opfer so gering wie möglich zu halten. Karo wird mit EU-Geldern finanziert, vom sächsischen Familienministerium und vom DRK-Kreisverband Oelsnitz. Nach zähen Verhandlungen hat die Stadt Cheb den Frauen eine Beratungsstelle gewährt, mitten auf dem Straßenstrich. Mitte kommenden Jahres will die sächsische Landesregierung die Unterstützung für Karo allerdings streichen.

Immer wieder erzählen die Frauen Horrorgeschichten, wie die von der Elfjährigen, aus deren Jeansjacke Kondome purzelten. Die Mutter, stellte sich heraus, war drogensüchtig und hatte sich mit der tückischen Hepatitis C infiziert. Die Tochter schaffte für die Mutter an.

Seit drei Jahren nimmt die gelernte Krankenschwester Schauer in der Beratungsstelle Blut ab. Neben Hepatitis B und C breitet sich das Aids-Virus aus – ein Teufelskreis. Die meisten Freier bestehen auf Verkehr ohne Gummi und auf immer jüngeren Mädchen. Denn die sind mutmaßlich noch nicht infiziert.

Hier in Cheb scheint fast alles möglich. Seit dem Zusammenbruch des Sozialismus

werben schmierige Clubs um westliche Sex-touristen. Im Internet werden „Spiel, Sex und Spaß in Cheb!“ annonciert und „viele weitere Geheimtipps“. Das tschechische Innenministerium geht davon aus, dass Cheb zur wichtigen Operationsbasis für Banden aus dem ganzen Osten geworden ist.

Nachdem die Maschinen- und eine große Fahrradfabrik dichtgemacht hatten, träumten die 37 000 Einwohner davon, dass ihre Stadt zum Touristenort aufsteigt. Daraus wurde nichts. Ganze Stadtviertel sind verkommen, Elendsprostitution hat sich breit gemacht. Seine 12-jährige Cousine, berichtet Gymnasiallehrer Jaroslav Strach, sei mehrfach von deutschen Freiern belästigt worden.

Insider kennen die Zeichen, die auf Kindersex hinweisen. „Babyklamotten im

Fenster, ein leerer Kinderwagen vor der Tür. Da halten deutsche Autos, ein Herr geht rein und nach 30 Minuten wieder raus“, erzählt ein Mann, der in Cheb häufig zu tun hat, weil er für deutsche Firmen das Investitionsklima erkundet.

Anfang Juli dieses Jahres fuhren Bundesgrenzschützer privat ins tschechische Cheb, um schockiert mit anzusehen, wie Kinder nachts um

halb zwei im Stadtzentrum feilgeboten wurden.

Und die Stadtoberen schauen weg. Nach Aussage von Bürgermeister Václav Jakel gibt es gar kein Problem, denn „Prostitution ist laut städtischer Verordnung seit Anfang 1999 verboten“.

Etwas gewundener drückt sich Chebs Polizeichef Jaroslav Kerbic aus. Zwar seien nie Fälle von Kinderprostitution in Cheb und Umgebung aufgetreten. Aber in den letzten fünf Jahren seien vier Deutsche wegen Kindesmissbrauchs verhaftet worden.

Dabei ist das Treiben auf den Straßen kaum zu übersehen. SPIEGEL-Reporter beobachteten, wie ein etwa vier Jahre altes Mädchen in der Nacht mit einem Mann aus der Sex-Bar Gottwaldovy kam und in einen schwarzen Mercedes mit Heidelberger Kennzeichen stieg.

Zuweilen werden die Kinderschänder nur geneppt. Als im Juni ein Deutscher im

„Abscheuliche Verbrechen“

Innenminister Otto Schily über die Umtriebe deutscher Kinderschänder in Tschechien

SPIEGEL: Herr Schily, die Kinderprostitution im deutsch-tschechischen Grenzgebiet hat nach Angaben des sächsischen Gesundheitsministers Hans Geisler gravierend zugenommen. Die Kunden sind vorwiegend Deutsche. Was tut die Bundesregierung dagegen?

Schily: Wir unterstützen als Innenministerium ein Aufklärungsprojekt, an dem sich auch Bayern, Sachsen und Nichtregierungsorganisationen beteiligen. Wir haben die strafrechtliche Situation in Deutschland insofern verändert, als man solche Verbrechen, die im Ausland begangen werden, auch bei uns strafrechtlich verfolgen kann ...

SPIEGEL: ... bisher wurde kaum ein Kinderschänder verurteilt.

Schily: Leider. Diese Verbrechen sind abscheulich, die Dunkelziffer ist ungeheuer hoch. Die Kooperation mit der tschechischen Regierung läuft bisher nicht zufrieden stellend. Deutsche Behörden können jedoch nicht auf tschechischem Terrain ermitteln.

SPIEGEL: Die Szene jenseits der Grenze ist lange bekannt. Selbst der belgische Kinderschänder Marc Dutroux soll Kontakte nach Tschechien unterhalten haben. Woran hapert es?

Schily: Die Verhandlungen über den Informationsaustausch sind bisher leider nicht zum Abschluss gelangt. Es ist an der Zeit, dass wir versuchen, diese zäh fließenden Verhandlungen zu beschleunigen. Es kann ja nicht sein, dass irgendwelche Probleme mit Daten-

schutzklauseln eine Zusammenarbeit verhindern.

SPIEGEL: Wie wollen Sie Druck auf Tschechien ausüben?

Schily: Beide Länder sind in der Pflicht, Kinder vor Verbrechen zu schützen. Das kann nur durch enge Zusammenarbeit der Polizeien beiderseits der Grenzen gelingen. Leider müssen wir davon ausgehen, dass auch deutsche Staatsangehörige sich Kinderopfer suchen.

SPIEGEL: Haben Sie Beweise?

Schily: Keine Beweise, aber Hinweise, dass ganze Gruppen, ganze Busladungen dorthin fahren. Es ist erschreckend, was da an moralischer Verkommenheit sichtbar wird. Das lässt mich erschauern. Umso wichtiger ist es, dass wir alles tun, um diesem Treiben ein Ende zu setzen.

SPIEGEL: Die Täter können sich dennoch sicher fühlen. Die tschechische Polizei schaut weg, die deutschen Kollegen ha-



Minister Schily
„Razzien durchführen“



Kleinkind im Fenster des Sex-Clubs „Nummer 6“: „Du wollen kaufen Kind, zahlen 1000 Mark“

nahen Teplice ein kleines Roma-Mädchen ansprach, sagte das Kind, es käme gleich mit, wolle sich aber erst noch waschen. Als sich der Freier auf die Suche nach der Kleinen machte, wurde er ausgeraubt.

Aus Angst vor Kriminalität jenseits der Grenze gehen Kinderschänder inzwischen

dazu über, ihre Opfer übers Wochenende nach Deutschland zu holen. „Sie sitzen, mit Kinderausweis versehen, hübsch gekleidet im Auto“, berichtet Cathrin Schauer.

Herbert Gröschel vom Polizeipräsidium Niederfranken hat den Fall eines Mädchen-

händlerings recherchiert, der aus der Region Cheb Kinder regelmäßig über die Grenze brachte und sie in Asylbewerberheimen in der Bundesrepublik anbot. Gröschel selbst war mit einer 13-jährigen Tschechin zu den Tatorten zwischen Nürnberg und Hamburg unterwegs.

Nach Erkenntnis der Ermittler wurde ein Zimmer freigeräumt, etwa im Wohnheim Ebermannstadt bei Bayreuth, wo das Mädchen ausharren musste. Vor der Tür gab es für 50 Mark ein Kondom, die Männer standen Schlange. Bis zu 15 Freier waren die Regel. Die Zuhälter tauschten die Mädchen alle paar Wochen aus.

Die Ordnungshüter von Cheb wissen angeblich nichts von solchen Vorgängen. Sie haben anderes zu tun. Während zwei Männer und eine Frau mit vier Kindern, etwa drei bis zehn Jahre alt, im schmutzigen Sex-Club „Nummer 6“ verschwinden, verteilen Polizisten 20 Meter weiter Strafzettel. Die Beamten, Monatsverdienst 400 Mark, kassieren lieber falsch parkende Freier ab, als sich mit den Luden anzulegen, die gelegentlich ein Zubrot gewähren sollen. „Für 10 000 Kronen hat man einen Monat Ruhe“, sagt die Hure Helena.

Der gemütliche Polizeichef Kerbic weist das entrüstet zurück. Zu den Karo-Frauen, denen er am letzten Juni-Tag zufällig vor einer Zuhälter-Kneipe über den Weg läuft, sagt er spöttisch: „Na, kümmern Sie sich immer noch um Straßenmädchen? Gehen Sie doch lieber auf den Marktplatz oben.“

Dort spielten die Egerländer Musikanten „Freude schöner Götterfunken“.

HORAND KNAUP, CONNY NEUMANN, SVEN RÖBEL, HAJO SCHUMACHER, PETER WENSIERSKI, STEFFEN WINTER

ben keine Handhabe. Wollen Sie potenzielle Freier an der Grenze, beispielsweise anhand der Autonummern, aus dem Verkehr ziehen?

Schily: Wenn einer auf die Grenze zufährt, sehe ich ihm nicht an, was er vor oder hinter sich hat. Nach meiner Einschätzung müsste die tschechische Polizei zielgerichtete Razzien durchführen, die Leute vor Ort festnehmen, uns überstellen oder uns jedenfalls deren Daten übermitteln, und dann kommen sie vor Gericht.

SPIEGEL: In Thailand und auf den Philippinen hat das Bundeskriminalamt Verbindungsbeamte stationiert, die sich um Kinderprostitution kümmern. Warum klappt das nicht in der Tschechischen Republik?

Schily: Wir haben einen Mann in Prag, aber der ist natürlich für viele Dinge zuständig. Und was kann er machen, wenn er nicht an die nötigen Informationen herankommt?



Aktionspostkarte
„Täter fühlen sich sicher“

Verbesserung in der polizeilichen Zusammenarbeit an.

SPIEGEL: Theoretisch drohen den Tätern bis zu zehn Jahren Haft. Offenbar reicht das nicht als Abschreckung?

Schily: Entscheidend ist, dass die Täter gefasst und gegen sie empfindliche Strafen verhängt werden. Langjährige Freiheitsstrafen ohne Bewährung für derartige Abscheulichkeiten wären richtig und sicherlich auch abschreckend.

SPIEGEL: Tschechien ist einer der ersten EU-Beitrittskandidaten. Denken Sie daran, auch über Brüssel Druck auszuüben?

Schily: Im Rahmen der Beitrittsverhandlung der EU muss Tschechien in der polizeilichen Arbeit dem europäischen Standard gerecht werden. Das hat positiven Einfluss.

SPIEGEL: Aber das kann dauern. Bis dahin gehen die Kinder jeden Morgen statt zur Schule auf den Strich.

Schily: Ja, deshalb kommt es auf rasche, praktische

Werbeseite

Werbeseite



Bräutleute bei traditioneller Hochzeitsfeier: „Unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“

GLEICHBERECHTIGUNG

Alles Liebe, oder was?

Der Innenminister und die Justizministerin sind eigentlich dagegen, aber den Grünen ist es ein dringendes Anliegen: Dass Schwule und Lesben demnächst die Ehe eingehen dürfen, löst einen Kulturkampf aus. Die Traditionalisten drohen mit einer Verfassungsklage.

Die umstürzlerische Geschichte ist bis ins Detail geplant. Es soll ganz harmlos anfangen.

„Der Standesbeamte soll die Lebenspartner einzeln befragen, ob sie eine Lebenspartnerschaft begründen wollen“, heißt es in Paragraf 1. „Wenn die Lebenspartner diese Frage bejahen, soll der Standesbeamte erklären, dass die Lebenspartnerschaft nunmehr begründet ist.“ Dann darf das junge Paar sich küssen.

Alles Liebe, oder was? Der erste Versuch in der Geschichte Deutschlands, die homosexuellen Bürger nicht nur rechtlich anzuerkennen, sondern gleichgeschlechtlicher Partnerschaft auch noch den staatlichen Segen zu geben, ist gewagt genug, einen deutschen Kulturkampf um Traditionen auszulösen.

Fassungslos studieren Kirchenfürsten und Unionspolitiker, aber auch Kabinettsmitglieder den rot-grünen Entwurf für ein „Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft“. Da sollen schwule Partner Steuervorteile erhalten, einwandern dürfen, beamtenrechtliche Vorzüge genießen und sogar sorgerechtliche Befugnisse über

Kinder ausüben. Einen „Schritt in die Degeneration“ nennt das Erzbischof Johannes Dyba (siehe SPIEGEL-Streitgespräch Seite 86).

Die endlich gefundene Rechtsform zur „Befreiung der Homosexuellen von ihrer Unterdrückung“ (der Grünen-Abgeordnete und Gesetzesmitautor Volker Beck) ruft in der CSU Pläne für Unterschriftensammlungen wie gegen die doppelte Staatsbürgerschaft wach. Eine Klage in Karlsruhe steht sowieso an.

„Gleiches Recht für gleich viel Liebe“ – der Schlachtruf der schwulen Interessenverbände lässt die Hüter deutscher Familientradition Schlimmstes befürchten. Das heilige Institut der Ehe, wütet der CSU-Rechtspolitiker Norbert Geis, solle „geschleift werden“, nun zeige sich endlich das wahre Gesicht der in Berlin regierenden Alt-68er, die schon immer gefordert hätten: „Zerschlagt die Institutionen.“

Angela Merkel, die kühle CDU-Oberin, sieht das im Prinzip nicht anders. Sie ahnt, dass „Rot-Grün die Stellung von Ehe und Familie aushöhlen und eine andere Gesellschaft schaffen“ will.

Otto Schily, der Bedenkenträger in der SPD, sekundiert: Der Gesetzentwurf bringe die schwulen Partnerschaften in eine verfassungsrechtlich problematische Konkurrenzsituation zur bürgerlichen Ehe.

Dem Kanzler ist das Vorhaben aus der grünen Versuchsküche nicht pragmatisch genug. Wenn man sich hier um Minderheiten zerstreite, riskiere man die Konsenspolitik, nörgelte er vor Genossen.

Den Bürgern muss bange werden. Hat die schrille schwule Szene nicht genug daran, mit gepiercten Titten und geschminkten Tunten durch die Straßen der Innenstädte zu paradiere? Setzt sie nun zum Sturm auf die gesellschaftlichen Institutionen an? Die staatlich lizenzierte Homo-Liebe – ein Angriff auf die bürgerliche Familie?

Die Liebe hat viele Namen: Ach Gott, das ist ein Spruch vom Fernsehpfarrer, den benutzt Ute Behr, Standesbeamtin im Rathaus von Hamburg-Altona, ganz gern, wenn es feierlich und tolerant zugleich sein soll.

Blühende Topfpflanzen auf der Fensterbank, fein geritztes Eichengestühl: In Hamburg bürgerlichstem Standesamt werden



ACTION PRESS

Brautleute bei Schwulen-Trauung: „Die Liebe hat viele Namen“

nach Hanseatenrecht schwule Paare bereits getraut, wenn auch rechtlich folgenlos. „Die Liebe hat viele Namen“, sprach Ute Behr im Mai zu Heiko Schmidt, 34, und Fabio Di Marcello, 27.

Der Heilpraktiker und der Frisör gaben sich den berühmten Kuss und tauschten

die Ringe. Ute Behr beglaubigte den Vorgang in einer Lose-Blatt-Kladde, „Partnerschaftsbuch“ genannt. Das war’s schon.

Nichts wird sich ändern im Leben der Bürger Schmidt und Di Marcello – außer dass sie sagen können, sie hätten ihr Versprechen wahr gemacht, das sie sich, wo

sonst, auf der Golden Gate Bridge in San Francisco gegeben hatten: zu heiraten.

100 Hamburger Paare haben sich innerhalb eines Jahres für die „Hamburger Ehe“ eintragen lassen. Das standesamtliche Coming-out hat für die Schwulen nur einen Sinn: so zu sein wie die Bürgerlichen.

Nur vielleicht ein wenig besser. Mancher heiratet ja aus Kalkül oder um Steuern zu sparen. „Gleichgeschlechtliche Paare hingegen“, sagt die Beamtin Behr, „kommen wirklich nur der Liebe wegen.“

Alles Liebe, tatsächlich. Es sind nicht die frechen Parolen vom Christopher Street Day, die Verwirrung stiften, es ist die Lust der seit Jahrhunderten als „andersartig“ verfemten Homos, nun genau so spießig nach Heim und Herd, nach Idylle und Scheidungsrecht zu rufen wie die Heteros von gestern.

Während seit Beginn der siebziger Jahre junge Leute immer neue Wege fanden, mit Kindern und ohne Trauschein in Freiheit zusammenzuleben, sucht die Millionen-Minderheit von Homosexuellen nun das umgekehrte Glück: ohne die Chance auf gemeinsame Kinder unter das Joch der bürgerlichen Ehe zu dürfen.

Ein Angriff? Sicher – denn das im Grundgesetz verankerte christliche Ehemodell ist gegen den Anspruch der bislang Ausgeschlossenen nicht immun. Warum sollen Schwule keine Ehe schließen? Nur weil sie keine Kinder kriegen?

Die schwulen Forderungen provozieren den offenen Ausbruch eines Konflikts, der im Reich der heiligen Ehe schon lange schwelt. Welchen vernünftigen Grund gibt es, Ehepaare, die keine Kinder haben, in

Rosa Bündnis Gesetzesvorschläge zur eingetragenen homosexuellen Partnerschaft	Rot-grüner Gesetz- entwurf *	Däubler- Gmelin Vorschlag	FDP- Vorschlag
ja STOP nein Erklärung beim Standesamt . Bei Trennung ist ein gerichtliches Verfahren vorgesehen			notarielle Beurkundung der Partnerschaft, Trennungsdauer ein Jahr
Unterhaltspflicht über das Bestehen der Partnerschaft hinaus		Zwei Jahre, danach nur in Härtefällen	Unterhalt nur in Härtefällen
Namensrecht wie bei Eheschließung			
Gleichstellung mit Eheleuten beim Erbrecht			
Berücksichtigung bei der Einkommensteuer (Realsplitting bis zu 40 000 Mark pro Jahr)			
Beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung für Lebenspartner. Auch bei Pflegeversicherung Gleichstellung mit Eheleuten			
Ausländerrechtliche Vorschriften zum Familiennachzug			
Hinterbliebenenversorgung	soll im Rahmen der Rentenreform geregelt werden		
* Entwurf der rot-grünen Bundestagsfraktion			
Zeugnisverweigerungsrecht			

DER SPIEGEL

der Gesellschaft bevorzugt zu behandeln?

Wenn es aber umgekehrt gut und verfassungsmäßig ist, dem Gebot des Artikels 6 des Grundgesetzes zu folgen und auch kinderlose Paare „unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“ zu stellen – warum soll es dann bei Homo-Paaren schlecht sein?

Herta Däubler-Gmelin, die linke fauchige Justizministerin, hatte, klug beraten, den Zusammenstoß vermeiden wollen. Sie betonte von Anfang an: „Die eingetragene Partnerschaft hat ihren eigenen Wert und leitet sich nicht von der Ehe ab.“ Ähnlich einem älteren Entwurf der Freidemokraten sah der vorsichtige Gesetzentwurf aus ihrem Haus für schwule Partnerschaften einige Erleichterungen im Mietrecht und bei Trennung vor, ohne den Beziehungskisten gleich die Weihe der Ehe zu verleihen. Doch Däubler-Gmelin fand weder in der eigenen Partei noch bei den Grünen Zustimmung.

Voreilig hatte Schröder während des Wahlkampfs 1998 versprochen: „Ich meine, was ich sage. Wir wollen für lesbische und schwule Lebensgemeinschaften das Rechtsinstitut ‚Lebenspartnerschaft‘ schaffen, das die gleichen Rechte und Pflichten wie in der Ehe umfasst.“

Der Entwurf der Ministerin Däubler-Gmelin, der in wichtigen Teilen die Chance gehabt hätte, ohne Zustimmung des Bundesrats in Kraft treten zu können, musste kassiert werden. Die gut organisierte Bewegung der Schwulen und Lesben setzte ihre Kritik an der empfindlichsten grünen Stelle an.

Öffentlich warfen die Homos der rot-grünen Regierung „offenkundigen Wahlbetrug“ und den „Bruch des Koalitionsvertrags“ vor. Schon plante die Szene einen Protestmarsch durch das Brandenburger Tor in Berlin. Auf Plakaten und mit Sprechchören wollten die Gay-Brigaden zur „Abwahl von Rot-Grün“ aufrufen.

Tatsächlich ist der Kampf um die Schwulen-Rechte für die Grünen, die schon beim Doppelpass und beim Ausstieg aus der Atomkraft gezaust wurden, die letzte Bastion. „Diesen Proteststurm“, ahnt die grü-



Familienbild mit bayerischem Landesvater*: Heilige Institution

ne Fraktionschefin Kerstin Müller, „hätten wir nicht durchgehalten.“ Also gab es einen neuen, scharfen Entwurf, der nun die Rechte von homosexuellen Paaren tatsächlich weitgehend den von Eheleuten angleicht.

Mehr als 100 Gesetzeswerke und Rechtsverordnungen des Bundesrechts sollen dazu geändert werden. Im Schornsteinfegergesetz wird klargestellt, dass die eingetragenen Partner den Kehrbezirk des Verstorbenen weiterfegen dürfen, sogar der Militärische Abschirmdienst bekommt ins Gesetz geschrieben, dass er sich künftig um die schwulen Partner der Soldaten kümmern muss, als wären es Ehegatten.

Eheähnlich sollen Unterhaltspflichten über die Trennung hinaus geregelt sein. Die Scheidung selbst ist nur nach längerer Trennung möglich. In der Partnerschaft sollen Kinder, die einer der beiden Partner mitbringt, weitgehend gemeinsam erzogen werden können.

Die Knackpunkte aber sind Vergünstigungen, die zu Lasten der Allgemeinheit gehen werden. In der Beamtenversorgung etwa werden eingetragene Partner wie Eheleute bevorzugt. Angetraute Schwule sollen, wenn sie erben, dieselben Steuerfreibeträge wie Familienangehörige be-

kommen. Wie Eheleute dürfen sie Einkommensteuern sparen, indem sie eine begrenzte gegenseitige Verrechnung ihrer Einkünfte geltend machen können.

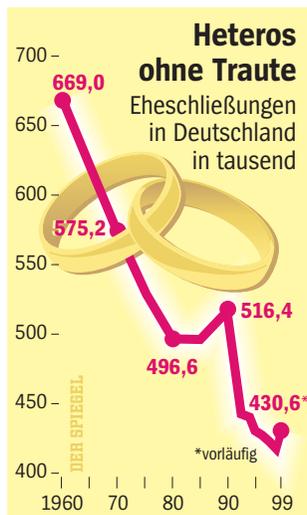
Was das kostet, ist umstritten. Schon erklärte der Bundestagsabgeordnete Peter Ramsauer (CSU) einer staunenden Öffentlichkeit, dass die Folgekosten der Gesetzesinitiative „Milliarden Mark“ betragen würden. Wie er das errechnet hat, ist schwer nachzuvollziehen. Verlässliches Zahlenmaterial über Homosexuelle in Deutschland liegt nämlich gar nicht vor.

Das Bundesfinanzministerium hat die möglichen Kosten durch die Einführung des Realsplittings für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften nur schätzen können. Die Zahl fiel überraschend niedrig aus: 30 bis 40 Millionen Mark würde der Steuervorteil den Staatshaushalt kosten.

Andererseits kann auch nicht berechnet werden, in welchem Maß die Sozialkassen durch den neuen Lebensbund entlastet werden. Ein paar Millionen an Sozialhilfe werden es sein, die durch die im Gesetz vorgesehene gegenseitige Unterhaltspflichtung eingespart werden können.

Streit droht auch um die sozialen Kosten, die eine – für den Grünen Beck – „zentrale“ Verbesserung für Schwule mit sich bringen könnte. Ausländische Lebenspartner, die mit einem Hiesigen den Bund schließen wollen, bekommen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis bislang nur ausnahmsweise gewährt. Nun aber sollen die Zugereisten solche Erlaubnisse regelmäßig beanspruchen können. Auch Ausländer in Deutschland sollen das Recht haben, Partner aus dem Ausland nachzuholen.

Kein Zweifel: Schwule Paare sollen exakt die gleiche Chance bekommen, die das



* Ministerpräsident Edmund Stoiber (L.) auf der Hochzeit seiner Tochter Constanze in Wolfratshausen im März 1999.

Ausländergesetz für den „Ehegattennachzug“ schon stets vorsieht. Dennoch muss SPD-Fraktionschef Peter Struck wider allen Augenschein darauf beharren, das Projekt habe mit Ehe nichts zu tun: „Der Begriff Homo-Ehe ist falsch“, zur Ehe gebe es auch künftig „deutliche Unterschiede“.

Mit Sprachregelungen ist nichts mehr zu retten. Das Thema eignet sich nicht für Konsensgespräche. Wie schwer es wird, prophezeit Manfred Bruns, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes: „Krach gibt es auf jeden Fall, entweder von den Konservativen oder von uns.“

Den Krach haben andere schon hinter sich. Frankreich hatte seine Krise im vergangenen Jahr, als die Regierung Lionel Jospin eines ihrer zentralen Reformprojekte durchsetzte: das Gesetz mit dem Namen Pacs (Pacte civil de solidarité), das die Grundlage für dauerhafte Beziehungen zwischen Homos wie zwischen Heteros ist, ein Mittelding von Konkubinats und Ehe.

Kein anderes Projekt der Linken hatte so viel hasserfüllten Widerstand herausgefordert. 19 000 Bürgermeister unterzeichneten eine Petition zur „Verteidigung der re-



Grünen-Politiker bei Schwulen-Demo*: „Krach gibt es auf jeden Fall“

terhaufen!“, ereiferten sich einige der aufgeführten Teilnehmer.

Niemand wurde verbrannt, und mittlerweile ist der Trampelpfad zwischen wilder und heiliger Ehe schon ganz ausgetreten, Pacs zu einer Alltäglichkeit geworden.

Über 15 000 Solidaritätspakte haben die Gerichte im ganzen Land inzwischen bestätigt, sogar in der tiefsten Provinz. „Wir haben gepacst“, taten stolze Paare in Zeitungsannoncen kund. „Le Monde“ richtete auf seiner Seite mit den Familiennachrichten eine eigene Rubrik Pacs ein.

Aber auch bei Heterosexuellen, die das Risiko einer richtigen Heirat scheuen, kommt die Ehe light gut an: Über ein Drittel der Pacs-Paare, so wird geschätzt, bestehen aus Mann und Frau. Eine schriftliche Mitteilung an das zuständige Gericht genügt; nur bei einseitiger Kündigung muss eine Wartefrist von drei Monaten eingehalten werden, bevor der Vertrag erlischt. Rechte und Pflichten der Pacs-Paare ähneln ansonsten denen von Verheirateten.

Die Partner müssen einander unterstützen und zur Finanzierung des Haushalts je nach ihren Möglichkeiten beitragen, sie leben grundsätzlich in Gütergemeinschaft, sind durch die Kranken- und Sozialversicherung des Gefährten abgesichert und können ihre Steuererklärung gemeinsam einreichen – allerdings erst nach drei Jahren des Zusammenlebens. Das Finanzministerium rechnet schon mit 1,5 Milliarden Mark Mindereinnahmen ab 2003.

Ist die Hochzeit auf französisch als Kompromiss für die deutschen Prinzipienreiter des Familienrechts geeignet? Der dritte

Weg, eine Ehe light, die allen offen steht, wird von deutschen Rechtspolitikern überwiegend abgelehnt: kein Bedarf.

Denn die deutsche Rechtsprechung hat den heterosexuellen Paaren, die in wilder Ehe leben, zahlreiche Rechte zuerkannt, sei es im Mietrecht oder bei der Kinderaufzucht. Wer mehr will, so der rigide Ratschluss in Justizministerien, solle halt heiraten.

Den Homos aber, für die dergleichen Hilfestellung in der deutschen Rechtsprechung nicht existiert, die in Deutschland wie zuvor in Frankreich froh sein durften, dass sie für ihre Beziehung nicht in die Kiste kamen, ist mit der Vierteles-Ehe auch nicht recht geholfen. Probleme gibt es mit dem Pacs-Pakt, wenn bei einer nicht einvernehmlichen Trennung der Streit um die Aufteilung des Gemeinschaftsbesitzes genauso erbittert ausgetragen wird wie nach dem Scheitern einer regulären Ehe.

Da die Paktierer ihren Vertrag nicht von einem Notar aufsetzen lassen müssen, wissen viele nicht genau, worauf sie sich einlassen. Gerade Schwulen-Paare verzichten nach Beobachtung der Juristen in aller Regel auf notariell beurkundete Absprachen für den Fall der Trennung. „Die Leute sind völlig orientierungslos“, klagt der Bürgerrechtler Gilles Bourdoune.

Der erste Fleck der katholischen Welt, an dem auf Kompromisse wie in Frankreich verzichtet wurde, war Katalonien, seit jehor Spaniens Avantgarde-Region. Die Regierung in Barcelona stellte 1998 nicht eheliche Lebensgemeinschaften fast völlig den Ehegatten gleich. Die autonome Region hat Kompetenz im Zivilrecht, also auch im Familien- und Erbrecht.

Das katalanische Gesetz zur Regelung ständiger Partnerschaften ist gegenüber



Binationales Homo-Paar (in Berlin)
Liebe als Einwanderungsgrund?

publikanischen Ehe“; sie wollten ihre Standesämter nicht für Pseudo-Zeremonien zur Verfügung stellen.

Die Abgeordnete Christine Boutin brach mit einer fünf Stunden langen Brandrede gegen den Pacs alle Rekorde im Parlament; sogar die Bibel schwenkte sie dabei im Allerheiligsten der laizistischen Republik.

Eine Großdemo, angeführt von Vertretern der wichtigsten religiösen Konfessionen, brachte 100 000 Menschen gegen die „Entartung und Entweihung“ der Ehe auf die Straße. „Die Schwulen auf den Schei-

* Volker Beck (l.) und Kerstin Müller (r.) beim Christopher Street Day Anfang Juli in Köln.



Schwuler Trendsetter Joop (r.), Freunde: „Ein beneidenswerter Vorzug“

gleichgeschlechtlichen Paaren großzügiger als gegenüber Heteros. Heteros können ja heiraten.

Im Madrider Königspalast, im Herzen des erzkatholischen Spanien, hätte gleichwohl einen Skandal ausgelöst, was im Februar des Jahres 1998 am dänischen Hof zu Kopenhagen die Königin Margrethe nur ein Lächeln kostete: der Auftritt eines schwulen Pärchens beim Hofball.

Der sozialdemokratische Ex-Gesundheitsminister Torben Lund hatte zum Abendessen bei der Königin seinen Freund mitgebracht – und zum Tanz auf Schloss Christiansburg ebenfalls.

Längst hat Lund mit dem Soziologiestudenten Claus Lautrup eine ordentliche Ehe geschlossen: Als erstes Land der Welt führte Dänemark 1989 die „registrierte Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Partner ein“, die praktisch eine Ehe ist.

Die dänische Partnerschaft entfaltet im Prinzip „dieselben Rechtswirkungen wie die Eingehung einer Ehe“, heißt es kurz und bündig im Gesetzestext: So einfach lässt sich die Welt verändern, wenn man den Mut hat, auf Sprachregelungen nach dem Muster von Peter Struck zu verzichten.

Das dänische Gesetz beschränkt sich auf sieben Paragraphen. Die Schweden, ähnlich großzügig in der Zuteilung von Ehewohlthaten an Schwule, kommen mit 17 Paragraphen aus.

Die Mehrheit der Deutschen hätte nichts dagegen. Nach einer Umfrage des Bielefelder Emnid-Instituts im Auftrag des SPIEGEL hat eine breite Mehrheit keine Bedenken gegen die Homo-Ehe (siehe Grafik Seite 85). Die Angst vor den Schwulen ist in Deutschland weitgehend erledigt. Die Lehre der Bibel, dass Homosexuelle abartig seien, wird selbst von katholischen Priestern kaum noch gepredigt.

Es war die Aidswelle, die der Gesellschaft klarmachte: Die Schwulen sind unter uns. Und: Sie sind wie wir.

Durch Aids ließ sich das populäre gesellschaftliche Bild vom Schwulen als exaltem Außenseiter – sei er Ledermann, Sadomaso-Fan oder Fummeltunte – nicht

Gleiches Geschlecht, gleiches Recht

Europäische Länder mit Regelungen für nichteheliche Partnerschaften

Registrierung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften



Dänemark: seit 1989

Norwegen: seit 1993

Schweden: seit 1995

Island: seit 1996

Weitgehende rechtliche Gleichstellung mit der Ehe, jedoch kein gemeinsames Sorgerecht für Kinder oder gemeinsame Adoption möglich. Ausnahmen: Dänemark und Island, dort besteht die Möglichkeit, Kinder des Partners zu adoptieren.

Registrierung dauerhafter Lebensgemeinschaften von Homos und Heteros



Niederlande: seit 1998 weitgehende rechtliche Gleichstellung mit Ehe.



Spanien: keine gesamtstaatliche Regelung über nichteheliche Gemeinschaften. Daher keine Steuervorteile, Rentenansprüche und Einbürgerung ausländischer Partner möglich. Regelungen in einigen autonomen Regionen. Beispiel **Katalonien:** seit 1998 für homosexuelle Partnerschaften sogar mehr Rechte als für Heteros (etwa im Erbrecht und bei Unterhaltsansprüchen). Keine Adoption für Homos.



Frankreich: seit 1999 gerichtliche Registrierung dauerhafter Beziehungen als jederzeit kündbarer zivilrechtlicher Solidaritätsvertrag. Nach drei Jahren gemeinsame Steuererklärung möglich. Keine Adoption und Unterhaltsansprüche; Erbrecht nur laut vertraglicher Vereinbarung.



Bekennende Lesbe Sinnen, Freundin: „Frauen

mehr aufrechterhalten, denn an Aids erkrankten und starben auch die ganz „normalen“ Homosexuellen: der Schalterbeamte von nebenan, der Busfahrer, der Rechtsanwalt, der Bundeswehr-Offizier.

So wurden die Neunziger zu dem Jahrzehnt, in dem die Homosexuellen in Deutschland den Weg vom – teils gesellschaftlich auferlegten, teils selbst gewählten – Außenseitertum in die bürgerliche Normalität gingen. „Schwulsein ist plötzlich keine Angelegenheit sexueller Orientierung mehr“, argumentierte der Modemacher Wolfgang Joop, sondern „ein beneidenswerter Vorzug“.

Am Anfang stand noch das heftig debattierte „Outing“, mit dem etwa der Filmmacher Rosa von Praunheim („Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt“) bekannte Schwule zu Beginn der neunziger Jahre enttarnete. Aber bald bekannten sich TV-Unterhalter wie Hape Kerkeling, Dirk Bach oder Hella von Sinnen („Frauen sehen besser aus und schmecken besser“) ganz offen zu ihrem Schwul- oder Lesbischsein.

Als sich die „Tatort“-Kommissarin Ulrike Folkerts im vorigen Jahr outete, lobte die „Bunte“, sie sei „eine verwandelte Frau, freier und gelassener als je zuvor“. Ausgerechnet der Bayerische Rundfunk (BR) heuerte in diesem Jahr den Schlagersänger und schwulen Adoptiv-Papa Patrick Lindner an, um mit bewährtem Föhnwellen-Charme durch die BR-Muttertagsgala zu führen. 1977 hatten sich die Bayern noch aus dem ARD-Gemeinschaftsprogramm ausgeklinkt, als das Schwulendrama „Die Konsequenz“ auf dem Programm stand.

Weil sie sich als „Ganz normal anders“ (so ein Buchtitel des schwulen Autors Jürgen Lemke) sehen, gründen Schwule und Lesben heute in aller Selbstverständlichkeit Sport- oder Gesangsvereine – und verlangen Einlass in die entsprechenden Dachverbände. Nahezu alle Parteien haben interne Homo-Verbände, etwa die „Schwu-

ADOLPH PRESS

DIEB GRIBBEL



schmecken besser“



Lesbischer Fernsehstar Folkerts im „Tatort“-Film: *Verwandelte Frau*

„sos“ bei der SPD; in Kirchen und Synagogen haben sich homosexuelle Interessengruppen zusammengetan; auch zu Berufsverbänden organisieren sie sich. Seit 1991 etwa gibt es die „Gay Manager“, einen Zusammenschluss schwuler Führungskräfte, die gegen Mobbing und Diskriminierung am Arbeitsplatz kämpfen.

In einer Zeit, in der die Politik an gesellschaftlichem Einfluss gegenüber der Wirtschaft verliert, haben die Schwulen – allerdings nicht die Lesben – vor allem einen unschlagbaren kapitalistischen Vorteil: Sie sind überdurchschnittlich wohlhabend. Von den etwa fünf Millionen deutschen Schwulen verfügen, so wird geschätzt, mehr als 30 Prozent über ein Netto-Monatseinkommen von mehr als 6000 Mark. Die meisten schwulen Paare sind „dinks“ (double income no kids), also doppelt flüssig und frei von der Belastung anspruchsvoller Nachkommen.

Dazu kommt, dass Homosexuelle „trendy, konsumfreudig und markenbewusst“ sind, wie Michael Adamczak von der Unternehmensberatung Pride Consulting behauptet. „Schwule arbeiten viel, verdienen viel und wollen viel Spaß.“ Das macht sie zur umkämpften Kundengruppe der Wirtschaft: Die rosa Mark zählt.

„Huch, da meldet sich ja eine ganz neue Zielgruppe“, erkannte Rolf Sauerbier, Firmensprecher von Kraft Jacobs Suchard, als das Unternehmen plötzlich „haufenweise Anrufe von Männern“ bekam, die um ein gewisses Kaffeewerbeposter oder die „Adresse von unserem Model Mike“ nachsuchten. Mike hatte für ein Bild posiert, das ihn barfuß und auf einem Stuhl kippelnd zeigte, mit einem Becher in der Hand und dem Spruch „Typisch Kaffeetante“.

Ob nun Kaffeetante oder Kaffeetunte, Mike ist kein Einzelfall. Im Ikea-Katalog

tummelt sich ein schwules Paar in der „Faktum“-Modellküche; für Opel werben zwei Jungs, die sich verliebt in die Augen blicken. In Szene-Blättern und zu besonderen Anlässen, etwa dem Christopher Street Day, machen selbst Großkonzerne wie Reemtsma die schwule Klientel mit maßgeschneiderter Minderheiten-Werbung an.

Die Lufthansa hat den fliegenden Homo entdeckt, der gern dorthin reist, wo das schwule Partyleben tobt. Es gibt Kreuzfahrten für Homosexuelle – und selbst das Füssener „Ludwig II.“-Spektakel wird von speziellen Schwulen-Bussen angesteuert.

Auch vor den Medien macht die unerwartete Allgegenwart der Homosexuellen nicht Halt. Der erste deutsche Serienschwule trat in der „Lindenstraße“ auf und erhielt 1990 noch Morddrohungen – im selben Jahr aber durfte er den ersten Männerkuss im deutschen Vorabendprogramm zelebrieren. Mitte der neunziger Jahre waren zwei Jungschauspielerinnen in „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ auf RTL das erste lesbische Paar in einer deutschen Soap.

Schwulen-Idol Ludwig II.*

„Huch, eine neue Zielgruppe“



Das neue Bild vom schicken Schwulen muss Betroffenen als Wunder erscheinen. Der Frankfurter Hermann Wilhelm, 52, der gern seinen Freund Dimitrios heiraten möchte, kennt es noch anders.

Kein Weg war der Mutter zu weit, keine Arztrechnung zu hoch, um für den Sohn einen Therapeuten zu finden, der ihn heilen konnte. „Wenn eine Tablette auf dem Markt gewesen wäre, auch wenn sie eine Million gekostet hätte, Mutter hätte das Geld zusammengekratzt, um sie zu kaufen“, erzählt Wilhelm.

Die Mutter tat alles, um ihren Sohn, seit er 18 war, von seiner Homosexualität abzubringen. Seinen ersten Freund zeigte sie an, und da Mitte der sechziger Jahre Homosexualität noch strafbar war, klingelte eines Abends die Polizei und führte beide ab. Allein der Zufall, dass beide Männer bei räumlich getrennten Verhören unangesprochen das Gleiche aussagten, rettete den älteren Freund vor der Strafverfolgung.

Auch der Kompaniechef, bei dem Wilhelm diente, wurde von der Mutter unterrichtet. Der outete den schwulen Soldaten in einer Versammlung vor 180 Kameraden. Danach hatte Wilhelm Probleme, noch einen Zimmergenossen zu finden.

Die homosexuelle Liebe war in dieser Zeit noch das auszurottende Böse. Ab 1871 galt der Paragraf 175 des Strafgesetzbuchs, der sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe stellte – er wurde erst 1994 restlos abgeschafft.

Die Homosexuellenbewegung in der Vor-Aids-Zeit definierte die alte gesellschaftliche Ausgrenzung zu ihren Gunsten um: Ja, Schwule und Lesben seien in der Tat „anders“, nämlich freier, nicht an die bürgerlichen Zwangsvorstellungen von Monogamie, Ehe, Kleinfamilie und Geschlechterordnung gebunden. Schwulsein sei revolutionär und verpflichte politisch zu linken Träumen. Das ist für die Mehr-

* Filmplakat zu dem Visconti-Film „Ludwig II.“ von 1972 mit Helmut Berger.

Werbeseite

Werbeseite



CSU-Familienparteitag*, Familienpolitiker Schily, Däubler-Gmelin: Globalisierte Liebe statt lebenslanger Ehe?

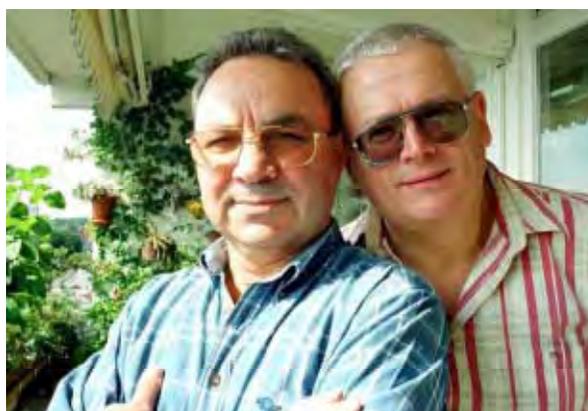
heit der Schwulen lange vorbei, jetzt ist Bürgerlichkeit angesagt.

Dass zwischen Schwulen und Heteros bei aller Liebe Welten liegen, diese Überzeugung teilen fatalerweise die Ideologen homosexueller Emanzipation mit den Ideologen der heiligen Familie. Zwischen ihnen hängt – Drohung oder Versprechen – Artikel 6 des Grundgesetzes: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“

Das sind die Worte, auf die sich konservative Verfassungsrechtler wie Paul Kirchhof berufen, der, als er noch in Karlsruhe amtierte, verblüffende Urteile zum Schutz der Familie vor dem Steuerrecht verfasst hat. Der Entwurf der Homo-Ehe, fühlt sich Kirchhof nun berechtigt zu verkünden, sei „eine Perversion des Verfassungsauftrags“.

Pervers ist das Begehren der Schwulen, misst man es an den Garantien des Grundgesetzes. Die Idee, dass die Mütter und Väter der Verfassung mit der „Ehe“ etwas anderes als die heilige christliche gemeint haben könnten, ist abwegig. 1949 wäre eine solche Bestrebung die Förderung verbrecherischer Unzucht gewesen.

Der Ehe- und Familienpassus in Artikel 6 ist nichts anderes als die stark gekürzte Version der Vorgängervorschrift der Weimarer Verfassung, die ganz im wilhelminischen Geist verkündete: Ehe sei die „Grundlage des Familienlebens“ und wer-



Homosexueller Wilhelm (r.), Partner: Besuch von der Polizei

de geschützt im Interesse „der Erhaltung und Vermehrung der Nation“.

„Peuplierung“ hieß das zu Kaisers Zeiten: die Ehe als Institut des Imperialismus.

Damit, dass die Schöpfer des Grundgesetzes solche Vorkriegserläuterungen kühl wegkürzten, haben sie den Nachgeborenen nicht unbedingt Klarheit verschafft. Was, bei Gott, hat das Schweigen des Verfassungsgebers zum Zweck der Ehe zu bedeuten?

Es war die Nachkriegsunion Konrad Adenauers, die das Spitzweg-Bild von der Familie dem Grundgesetz unterschob. „Nach christlichem Denken ist die Familie die aus der Ehe sich entfaltende Lebensgemeinschaft der Eltern mit ihren Kindern“, hieß es 1954 auf dem Bundesparteitag der CDU in Köln.

Und der Alte raunte: „Wenn die Bande der Familie sich lockern, dann hat der Sturm unserer Zeit ein weites Loch in den Damm gerissen, der Frieden, Freiheit, Gottesglauben vor den Meeresfluten schützt.“

Die Meeresfluten waren dann doch stärker. „Der gesellschaftliche Tatbestand, auf den der verfassungsrechtliche Schutz von Ehe und Familie trifft, hat sich seit 1919 und ganz besonders seit 1949 deutlich geändert“, analysierte schon vor Jahren die Hamburger Familienrechtsexpertin Eva Marie von Münch im eher staatstragenden „Handbuch des Verfassungsrechts“.

Die Zahlen geben ihr Recht. Die lebenslange Ehe von Mann und Frau als exklusive Keimzelle der Gesellschaft hat an Bedeutung verloren. Jede dritte Ehe wird geschieden, in den Städten so gut wie jede zweite.

Die Zahl der Eheschließungen in Deutschland hat 1998 mit rund 417 000 einen historischen Tiefstand erreicht, 1970 waren es noch fast 600 000. Und von rund 19 Millionen Ehepaaren im Jahr 1999 lebten nur etwas mehr als die Hälfte mit Kindern.

Es sind nicht die Schwulen, die das deutsche Familienbild ins Wanken bringen, es sind die modernen Zeiten. Die „postfamiliäre Gesellschaft“ haben die Soziologen der Civil Society um den Münchner Professor Ulrich Beck ausgerufen. Beck: Die „lebenslange Einheitsfamilie“ sei zum „Grenzfall“ geworden, der Normalfall sei ein lebenslanges „Hin und Her“ zwischen den verschiedenen Formen des Zusammenlebens.

„Der dritte Weg“ in die Postmoderne, das ist die Sicht des Blair-Beraters Anthony Giddens, führt an der Familie vorbei. Mobil wie die Wirtschaft wird die Liebe organisiert: „confluent love“ heißt das Zauberwort. Was bleibt, ist das zeitlose und irgendwie globalisierte Gefühl von Liebe.

Alles Liebe? Der Regensburger Soziologe Robert Hettlage registriert im Beziehungsdurcheinander eine erstaunlich konstante „Bindungsquote“, die Lust auf Part-

* Anfang Juli in Straubing.

nerschaft ist, Umfragen beweisen es, seit der 68er Revolte stabil geblieben.

Diese Partnerschaften sind mit dem Grundgesetzbild der Ehe nicht mehr kompatibel: „Die Verbindlichkeit von Ehe und Familie scheint nicht mehr auf eine gewünschte Lebensgemeinschaft zu passen, die einzig und allein auf einer bürgerlich-romantischen Liebesvorstellung aufbaut“, sagt Hettlage.

Gleiches Recht für gleich viel Liebe? Vielleicht haben die Schwulen nicht mal Unrecht mit ihrer Parole: Doch weiß das auch der Kanzler?

Sicher, der ist ja auch ein Giddens-Anhänger. Aber sein Schily sagt ihm, dass das Karlsruher Verfassungsgericht noch lange nicht so weit sei: Ehe sei nun mal die „Verbindung von Mann und Frau“ und nichts anderes, haben die Karlsruher wiederholt dekretiert.

„Eine Ehe kann nur zwischen einem Mann und einer Frau geschlossen werden“, stellten deutsche Gerichte unisono fest. Nur eine Frankfurter Amtsrichterin bewies Mut: Die „herkömmliche Auslegung des Begriffs der Ehe unter Anknüpfung an die christlich-abendländische Tradition einer Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau“ verstoße gegen das Grundgesetz. Und sie berief sich zur Begründung aufs Bundesverfassungsgericht: Der Staat dürfe „die Verwirklichung einer Lebensgemeinschaft nicht scheitern lassen, ohne dass dies durch ein anerkanntes höheres Interesse gerechtfertigt ist“.

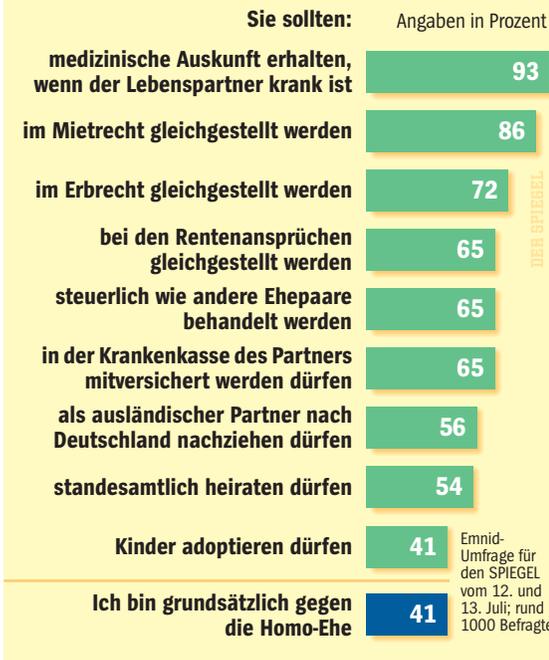
Ein solches höherrangiges Interesse, befand die Richterin, sei aber „nicht erkennbar“. Das Urteil wurde jedoch in der nächsten Instanz kassiert.

Auch im Detail ließ sich das Verfassungsgericht auf keine Debatten ein. 1999 wiesen die Richter den Antrag eines schwulen Paares zurück, beim Ortszuschlag nach dem Bundesangestelltentarif ebenso bedacht zu werden wie ein Ehepaar.

Nichts da. Der Ortszuschlag, so das Gericht, sei nur für klassische Ehen, denn: Er

Anerkannte Partnerschaft

„Die rot-grüne Koalition hat einen Gesetzentwurf zu gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften vorgelegt. Welche Rechte sollten die Partner haben?“



solle den typischerweise in Ehe und Familie auftretenden Unterhaltslasten ein Ausgleichen sein.

Als wegen der verweigerten Eheschließung von Homosexuellen Anfang der neunziger Jahre an die 300 Verfassungsbeschwerden in Karlsruhe eingingen, hielt es das Verfassungsgericht noch nicht einmal für nötig, sich mit der Frage, ob „der Geschlechtsverschiedenheit keine prägende Bedeutung mehr zukäme“, eingehender zu befassen – mangels „hinreichender Anhaltspunkte für einen grundlegenden Wandel des Eheverständnisses“.

Doch für viele Verfassungsrechtler ist es nur eine Frage der Zeit, bis Karlsruhe einlenkt.

Der frühere Verfassungsgerichtspräsident Wolfgang Zeidler sprach von der „Relativität des Rechts in der Zeit“: Eine Verfassungsbestimmung kann durch gesellschaftliche Veränderungen einen „Bedeutungswandel“ erfahren, stellten die Karlsruher schon in einer ihrer ersten Entscheidungen fest. Und der Berliner Rechtsprofessor Uwe Wesel bemerkte: „Je weiter wir uns zeitlich vom Akt der Verfassungsgebung entfernen, desto weiter dürfen wir uns auch von den Wertungen des Verfassungsgebers entfernen.“

„Ehe und Familie müssen heute getrennt gesehen werden“, stellte die Familienrechtlerin von Münch bereits 1994 fest. Je weniger Ehe und Kinderkriegen miteinander zu tun haben, desto eher kann der Zweck des Eheschutzes auch anderswo gesucht werden: in der Bereitschaft des Paares, füreinander einzustehen, als „Verantwortungsgemeinschaft“, so Herbert Trimbach, Ministerialrat im

Potsdamer Justizministerium. Und da es für den Familienbegriff des Grundgesetzes keine Rolle spielt, ob ein Elternteil leibliche oder adoptierte Kinder hat, ist auch der Begriff der Familie offen für gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern.

Die Karlsruher müssen bei allem befürchten, über kurz oder lang mit dem Europäischen Gerichtshof in Konflikt zu geraten. Besonders an die rückständigen Deutschen war schon der Appell des Europäischen Parlaments gerichtet, endlich mehr für die Rechte der Gleichgeschlechtlichen zu tun.

Und die Europa-Richter haben, wenn es um Fragen der Gleichberechtigung ging, wiederholt klargemacht, dass sie deutsche Verfassungsbestimmungen in ihrem Sinne auslegen – zuletzt im Januar, als es um den Waffendienst von Frauen in der Bundeswehr ging. Kaum anzunehmen, dass sie vor Artikel 6 Halt machen werden.

Den Weg für ein Antidiskriminierungsgesetz, der behutsam an Artikel 6 vorbeiführt, haben die Verfassungsrichter in aller Vorsicht schon selbst gezeigt.

Bereits 1993 hat das Bundesverfassungsgericht darauf hingewiesen, dass die aus der Sicht gleichgeschlechtlicher Paare „vielfältigen Behinderungen ihrer privaten Lebensgestaltung und Benachteiligungen gegenüber Ehepartnern“ es nötig machen könnten, ihnen „eine rechtliche Absiche-

Lesbisches Liebespaar im Film*: *Das auszurottende Böse*



* „Aimée & Jaguar“ mit Juliane Köhler und Maria Schrader.

„...nung ihrer Lebensgemeinschaft zu ermöglichen“. Der Gesetzgeber sei daran nicht gehindert.

Auch Christine Hohmann-Dennhardt, ehemals Justizministerin in Hessen, heute – dank der Protektion durch Herta Däubler-Gmelin – als Richterin am Bundesverfassungsgericht für den Ehe- und Familienschutz zuständig, hat sich als Politikerin wiederholt für Verbesserungen zu Gunsten gleichgeschlechtlicher Paare ausgesprochen, zum Beispiel im Erb- und Mietrecht. Und sie versprach vor ihrer Wahl zur Verfassungsrichterin: „Mein Bild von einer sozialen Gesellschaft hänge ich nicht am Garderobenständer ab, wenn ich gewählt werde.“ Allerdings betonte sie auch immer wieder, nicht am besonderen Schutz der Ehe durch das Grundgesetz rütteln zu wollen.

Ohne Rütteln wird es wohl nicht gehen. Zu schmal ist die von Karlsruhe gelassene Lücke zwischen erwünschter Nicht-Diskriminierung und verbotener Bevorzugung gleichgeschlechtlicher Paare.

Gerechtigkeit ist nur mit einer Reform zu haben, die nicht allein versucht, den Schwulen Gutes zu tun, sondern zugleich die besondere Fürsorge des Staates für Ehe und Familie neu organisiert.

Die Idee des Grundgesetzes, alle Familien denselben Regeln zu unterwerfen, ist überholt. „Mit nur einem Modell des Zusammenlebens“, erklärt der Münchner Familienwissenschaftler Wassilios Fthenakis, „wird es kaum gelingen, gesellschaftlichen Entwicklungen gerecht zu werden.“ Fthenakis hat den Überblick: Er ist einer der Mitautoren der Studie des Hamburger Max-Planck-Instituts, das im Auftrag der Bundesregierung die rechtliche Situation der homosexuellen Paare in Europa erforschte.

Der Professor empfiehlt „eine rechtliche Regelung der unterschiedlichen Formen von Partnerschaft, ungeachtet der Geschlechtsorientierung“. Familienpolitik hat künftig zu unterscheiden zwischen Familien mit Kindern und sonstigen Beziehungskisten, ob hetero oder homo.

So ein sozialstaatliches Verständnis von Artikel 6 würde es erlauben, nur noch die Kinderfamilie zu bevorzugen, alle kinderlosen Paare im Übrigen gleichzustellen. Steuervorteile für kinderlose Doppelverdiener gäbe es dann nur noch nach Lage der Staatskasse.

Konzentriert sich die Fürsorge des Staates auf die Familien, die früher, zu Kaisers Zeiten, gemeint waren, kommt die Politik zu überraschend modernen Ergebnissen. Zuwendungen für Ehen, die wirklich Kinder haben, sind eine Art soziale Bevölkerungspolitik und könnten zudem den Sorgen abhelfen, die Rentenpolitiker wegen des mangelnden Nachwuchses haben.

Das wär's: ein Angriff auf die Ehe – zum Schutz der Familie, der mit Kindern.

THOMAS DARNSTÄDT,

SUSANNE FISCHER, DIETMAR HIPP, NICOLA KIND,

ROMAIN LEICK, NORBERT F. PÖTZL,

SUSANNE WEINGARTEN, HELENE ZUBER



Kontrahenten Dyba, Beck: „Ich würde vorschlagen, dass Sie sich erst einmal entschuldigen“

SPIEGEL-STREITGESPRÄCH

„Schritt in die Degeneration“

Der Fuldaer Erzbischof Johannes Dyba und der grüne Bundestagsabgeordnete Volker Beck über das Gleichstellungsgesetz für homosexuelle Paare

SPIEGEL: Erzbischof Dyba, seitdem Sie gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gewettert haben, geht ein Aufschrei durchs Land. Lesben und Schwule organisieren Mahnwachen und haben Strafanzeigen wegen Volksverhetzung gegen Sie gestellt. Wundert Sie das?

Dyba: Den Aufschrei bin ich eigentlich gewohnt. Nur geht die Kritik ja gar nicht auf meine Gründe ein, sondern hängt sich am Reizwort der „importierten Lustknaben“ auf. Es wird der Kirche oft vorgeworfen, dass sie in einer Sprache redet, die das

Volk nicht mehr versteht. Wenn ich aber mal ganz klar spreche und womöglich noch den Finger auf eine Wunde in der Gesellschaft lege, dann schreien all diese Gutmenschen, die in Deutschland auf den Thronen der „political correctness“ Platz genommen haben und anderen die Terminologie vorschreiben.

SPIEGEL: Stehen Sie denn zu Ihrer Meinung?

Dyba: Selbstverständlich. Muss das tabu bleiben? Man muss sich doch schon blind stellen, wenn man den gewaltigen Umfang an Menschenhandel und -missbrauch, den deutsche Männer im In- und Ausland in Gang halten, nicht zur Kenntnis nehmen will. Mein Thema ist ein ganz anderes. Mein Thema ist die Schöpfungsordnung,

Das Streitgespräch moderierten die SPIEGEL-Redakteure Christoph Mestmacher und Peter Wensierski.



Dyba: Ich würde vorschlagen, dass Sie sich erst mal dafür entschuldigen, dass Sie mir Diffamierung vorwerfen. Sie haben ein Problem mit den Tatsachen. Sie sind ein typischer Vertreter dieser Empörungsterminologie. Man kann aber einen Brand nicht dadurch löschen, dass man den Feuermelder kaputt schlägt. Das versuchen Sie dauernd.

Beck: Über die ethische Grundhaltung, das verfassungsrechtliche Verständnis können wir gern streiten. Was ich von einem Vertreter der katholischen Kirche erwarte, einer Organisation, die für sich Kompetenz in ethischen Fragen und Werthaltungen zu Recht reklamiert, ist Respekt vor anderen Werthaltungen und vor anderen Menschen. Das vermisste ich bei Ihnen seit Jahren. Als Angehöriger einer Minderheit fühle ich mich von Ihnen regelmäßig verletzt.

Dyba: Sich verletzt zu fühlen ist bei Ihnen Methode. Sie gefallen sich immer in einer Opferrolle.

Beck: Ich kann viel wegstecken. Aber wenn Sie Aidskranke als „Tote auf Urlaub“ bezeichnen, Befürworter einer rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in die Nähe Geisteskranker rücken, regelmäßig das Thema Homosexualität mit sexuellem Missbrauch oder Menschenhandel in Zusammenhang bringen, dann greifen Sie die Würde von Menschen an, da überspannen Sie den Bogen wirklich.

mein Thema ist das Grundgesetz, und mein Thema ist die Degeneration.

Beck: Ich würde eigentlich von Ihnen erwarten, dass Sie sich für Äußerungen, die Sie in diffamierender Weise gegen Homosexuelle regelmäßig vortragen, entschuldigen und eine andere Tonlage anschlagen. Dann können wir darüber reden: Was sind die Grundlagen unseres Lebensgemeinschaftsrechts?

Dyba: Zum einen habe ich viele dieser Aussagen nie gemacht, aber solange ich die Lehre der katholischen Kirche verrete, dass die homosexuelle Praxis der Schöpfungsordnung widerspricht und damit auch der Menschenwürde, werden Sie mir immer Diskriminierung vorwerfen.

SPIEGEL: Herr Dyba, Herr Beck, Entschuldigungen sind offensichtlich nicht zu erwarten. Sie, Bischof Dyba, haben in Ihrer SPIEGEL-Polemik von einer Aushöhlung des Grundgesetzes und einem weiteren fatalen Schritt in die „Degeneration im wörtlichsten Sinne des Wortes“ gesprochen, wenn das Gleichstellungsgesetz verabschiedet wird. Wie darf man das denn verstehen, wenn nicht als harten Angriff gegen Homosexuelle?

Dyba: Das ist kein Angriff gegen Homosexuelle, sondern gegen dieses Vorhaben. Wir haben ja im Grundgesetz eben keine Gleichstellung von Ehe und Familie und homosexuellen Partnerschaften, sondern wir haben einen besonderen Schutz der Familie. Wenn die rot-grüne Regierung jetzt für völlig andere Partnerschaften Vorteile in Anspruch nehmen will, die das Grundgesetz wohl überlegt nur der Ehe und der Familie gewährt, halte ich das für Unrecht.

Beck: Dieser Vorwurf ist sachlich falsch. Unser Entwurf enthält einen Abstand zwischen Ehe und eingetragener Partnerschaft. Unsere Philosophie ist, den gleichgeschlechtlichen Paaren die Möglichkeit zu geben, sich unterhaltsrechtlich und familienrechtlich in gleicher Weise zu verpflichten ...

Dyba: ... homosexuelle Partnerschaften sind keine Familie!

Beck: Moment, Herr Bischof, hören Sie bitte weiter zu! Das ist doch eine große Bürde, die die Menschen da auf sich laden. Sie übernehmen gegenseitige finanzielle Fürsorge und Verantwortung. Wenn sie das wollen, sollen sie sich nach unserer Meinung dafür freiwillig entscheiden können. Im Gegensatz zur Ehe leiten wir nichts ab, was an das Vorhandensein von Kindern geknüpft ist.

Dyba: Das wäre ja auch noch schöner!

Beck: Wir wollen den in Artikel 6 Grundgesetz verankerten Schutz von Ehe und Familie nicht abschleifen. Das sind auch für uns wichtige Institutionen, die aber ständig modernisiert werden müssen.

SPIEGEL: Was ist in Ihren Augen, Bischof Dyba, das Besondere an Ehe und Familie im Unterschied zu einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft?

Dyba: Ehe setzt Mann und Frau voraus. Ehe auf gleichgeschlechtliche Partner zu beziehen ist ein Abschied von Tatsachen.

Beck: Einen gesellschaftlichen Wandel hält selbst das Bundesverfassungsgericht für möglich. Bloß weil es so etwas noch nicht gab, muss es nicht ewig so bleiben.



Christopher Street Day in Berlin*: „So etwas wie Karneval im Sommer“

* Am 24. Juni.

Dyba: Ja, seit Adam und Eva hat es das noch nicht gegeben. Den besonderen Schutz für Ehe und Familie gibt es natürlich, weil sie die kommende Generation bringen, weil sie durch Aufziehen von Kindern mit vielen Lasten und Pflichten unsere Zukunft garantieren. Wenn Sie, Herr Beck, bei niedrigsten Geburtenzahlen, hohen Scheidungsraten, vielen Schwangerschaftsabbrüchen homosexuelle Verhältnisse mit Ehe und Familie gleichsetzen, dann ist das ein Schritt in die Degeneration, weil die Förderung einer künftigen Generation dadurch in Frage gestellt wird.

Beck: Aber da sind wir doch im Bereich des Gesellschaftlich-Mythologischen. Familie ist für mich da, wo Kinder sind. Ob das eine allein erziehende Mutter ist, ob das ein Ehepaar mit seinen gemeinsamen Kindern auch aus früheren Beziehungen ist oder ob das eine nichteheliche oder gleichgeschlechtliche Partnerschaft mit Kindern ist. All dies gibt es, all dies ist Familie. Leider werden aber diese vielfältigen Lebensformen nicht gefördert, sondern überwiegend nur das Eheinstitut. Das gleichgeschlechtliche lesbische Paar mit vier Kindern bekommt diese Fördermaßnahmen nicht. Da haben wir eine Fehlsteuerung.

Dyba: In einem Punkt würde ich Ihnen sogar zustimmen, wenn Sie sagen, das muss ja erst mal richtig untersucht werden: Was ist Ehe? Was ist Familie? Warum diese oder jene Regelung? Deshalb haben auch die deutschen Bischöfe gefordert, eine grundlegende Überprüfung des Gesetzentwurfs in allen seinen Teilen zu veranstalten und das nicht hoppladihopp vor der Sommerpause einfach über die Bühne gehen zu lassen, wie das taktisch vorgesehen war. Das braucht eine lange Diskussion, ehe man hier für eine Minderheit, deren Rolle bei der Erziehung von Kindern marginal ist, hundert Gesetze ändert. Das ist doch ein gewaltiger Eingriff.

Beck: Die Diskussion wollen wir auch mit den Kirchen. Wir haben versucht, Ihnen begrifflich entgegenzukommen. Auch um bestimmte Werte und Gefühle nicht zu verletzen, haben wir gesagt, wir nehmen nicht den Begriff der Ehe, sondern den der Partnerschaft und versuchen auch, auf einen Abstand ein Stück weit Wert zu legen, weil wir das für verfassungsrechtlich notwendig halten. Dennoch sagen Sie immer nur, dass Sie gegen jede rechtliche Anerkennung homosexueller Partnerschaften sind.

Dyba: Das sage ich nicht.

Beck: Jetzt wird's interessant. Sagen Sie mir doch, wofür Sie sind.

Dyba: Sie können privatrechtlich etwas regeln, Besuchserlaubnisse oder was weiß ich. An konkreten Verbesserungen lässt

sich da manches erreichen. Sie aber haben doch nur von der Ehe abgekupfert, ohne dass Sie es Ehe nennen.

SPIEGEL: Werden wir konkret. Wie steht es denn um die lesbische Partnerschaft mit vier Kindern, Herr Bischof?

Dyba: Da muss man sich der Kinder annehmen, das ist klar. Für Kinder, die in homosexuellen Partnerschaften aufwachsen, muss natürlich die öffentliche Hand sorgen und muss besonders stark darauf achten, dass das richtig läuft.

Beck: Unser Gesetz orientiert sich da am Kindeswohl. Wir wollen etwa bei der Bemessung von Arbeitslosenhilfe erreichen, dass die Kinder in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften berücksichtigt werden. Aber genau dagegen laufen Sie Sturm.

Dyba: Jetzt kommen Sie hier dauernd mit Kindern an. Das Typische für eine homosexuelle Partnerschaft ist doch, dass keine Kinder da sind. Sie kommen jetzt hier mit Fällen, die absolute Ausnahmen darstellen.

Beck: Wir wollen ein Gesetz, das die Möglichkeit schafft, mit der Eintragung beim Standesamt Verpflichtungen zu übernehmen und bestimmte Rechte zu bekommen. Die eingetragene Partnerschaft ist keine Konkurrenz und kein Angriff auf Ehe und Familie, sondern schafft Leuten, die nicht heiraten können, weil sie homosexuell sind, die Möglichkeit, sich in gleicher Weise rechtlich zueinander zu bekennen. Ich finde, das ist auch eine Frage des Respekts vor diesen Partnerschaften. Denn Deutsch-

Partnerschaft zusammenleben. Die sagen: Wir sind als Paar ein Bild der Gesellschaft, und uns steht gesellschaftliche Anerkennung zu. Haben sie Recht?

Dyba: Die katholische Kirche lehnt homosexuelle Praktiken vom Glauben her ab. Wir halten nach kirchlicher Regel so etwas für einen Irrweg. Man darf sie aber nicht diskriminieren.

Beck: Das tun Sie aber.

Dyba: Das behaupten Sie!

Beck: Es ist doch auffällig, dass die katholische Kirche überall da, wo Homosexuelle auch nur um minimalste Menschenrechte streiten, sich ihnen entgegenstellt. Das war bei der Abschaffung der Strafbarkeit der Erwachsenen-Homosexualität so, zuletzt in Irland. Das war jetzt so in einem Brief des Vatikan an die amerikanische Bischofskonferenz, als es dort darum ging, dass jemand allein aufgrund seiner Homosexualität nicht mehr entlassen werden darf.

Dyba: Sie werden von der Kirche nie erreichen, dass sie sagt: Homosexualität ist genauso normal wie die Heterosexualität. So lange können Sie immer weitermachen und sagen: Wir sind diskriminiert!

Beck: Herr Bischof Dyba, ich akzeptiere Ihre religiöse und gesellschaftliche Überzeugung, aber ich sage Ihnen: In einer demokratischen Gesellschaft kann das nicht die Grundlage für ein Miteinander sein. Die Religionsfreiheit ist ebenso geschützt wie Homosexualität und Heterosexualität.

Dyba: Da bin ich völlig mit Ihnen einverstanden, dass Kirche natürlich nicht bestimmen kann, wie die Demokratie in der Gesellschaft organisiert wird. Homosexuelle können nicht die Rechte der Ehe in Anspruch nehmen, weil sie eheunfähig sind.

Beck: Das entspricht Ihrem katholischen Eheverständnis. Das ist aber nicht das Eheverständnis des Grundgesetzes und des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Dyba: Aber sehr wohl! Das deutsche Recht geht bei der Ehe von Mann und Frau aus.

Beck: Aber Homosexuelle können in gleicher Weise Verantwortung übernehmen.

Dyba: Wenn jetzt ein 50-jähriger Beamter einen Lebenspartner, etwa von 20, hier anreisen lässt und dann mit 70 das Zeitliche segnet, soll dann dieser angereiste Lebenspartner hier jahrzehntlang deutsche Beamtenpensionen kassieren?



Schwules Paar mit Adoptivsohn*: „Familie ist da, wo Kinder sind“

land hat eine schlimme Geschichte mit seiner Homosexuellenverfolgung.

Dyba: Ich bin gegen das „in gleicher Weise“. Wenn sie keine Kinder kriegen können, dann können sie auch nicht gleich behandelt werden. Man muss Ungleiches ungleich behandeln.

SPIEGEL: Wir haben mit schwulen katholischen Priestern gesprochen, die in fester

* Schlagerstar Patrick Lindner mit seinem Lebensgefährten Michael Link.





M. BLASIUS / BILDBERG

Homosexuellen-Umzug in Rom: „Das finde ich nicht normal“

Beck: Sie versuchen wirklich sehr geschickt, mit abwegigen und konstruierten Beispielen Stimmung zu machen.

Dyba: Danke gleichfalls!

Beck: Sie unterschätzen die wirkliche Dramatik. Folgender Fall: Da studieren hier in Frankfurt an der Universität ein Deutscher und ein Chilene gemeinsam. Sie verlieben sich ineinander und leben über Jahre zusammen. Dann ist das Studium des Ausländers beendet. Damit erlischt sein Aufenthaltsrecht in Deutschland, und diese Liebes- und Lebensgemeinschaft wird zerstört. Liebe verdient Respekt. Das können wir gesetzlich nur regeln, wenn wir gleichgeschlechtlichen Partnern die gleichen Voraussetzungen geben wie Ehepaaren.

SPIEGEL: Bischof Dyba, Sie nicken, wenn auch zögerlich. Ist das einer der Diskriminierungsfälle, die auch die katholische Kirche abschaffen würde?

Dyba: Nein, das kann man so nicht sagen, denn eine homosexuelle Freundschaft ist nie eine Ehe. Das ist nicht vergleichbar. Dann sollen sie eben wie Freunde miteinander ...

Beck: Es geht hier um Liebe, Herr Dyba!

SPIEGEL: Dazwischen liegt eine ganze Menge.

Dyba: Und es geht um eine sexuelle Praxis, die von der Kirche als Verirrung abgelehnt wird und die der natürlichen Ordnung widerspricht.

SPIEGEL: Wie wollen Sie bei dieser Haltung gleichzeitig Ihren Anspruch erfüllen, nicht diskriminierend zu sein?

Dyba: Die vermeintlich Diskriminierten haben doch eine sehr starke Position in der Gesellschaft. Ich muss mal wieder zu einem

konkreten Beispiel kommen: Wenn ein Heterosexueller entkleidet und obszön gestikulierend durch die Straßen läuft, wird er vom Schutzmann auf die Wache geführt und bekommt eine Anzeige wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses. Wenn sich das wiederholt, wird er zur Beobachtung in ein Krankenhaus kommen. Wenn aber Homosexuelle halb nackt durch die Straßen laufen und obszöne Gesten machen, kommen sie nicht auf die Wache, sondern ins Fernsehen und werden stundenlang gefeiert.



Papst Johannes Paul II.: „Das ist ein Kulturkampf“

SPIEGEL: Sie meinen die Schwulenparade, den Christopher Street Day?

Dyba: Ja. Oder denken Sie an die entsetzlichen Demonstrationen beim Papst-Besuch in Berlin, als Nackte auf das Papst-Auto sprangen. Wenn sie sich so benehmen, dann kommen die Menschen natürlich auf die Idee, dass sie nicht nur homosexuell sind, sondern auch etwas anderes nicht stimmt.

SPIEGEL: Was ist für Sie beim Christopher Street Day denn geistesgestört?

Dyba: Vergleichen wir es mit dem Rosenmontagszug, wo jeder weiß, jetzt benehmen wir uns wie die Narren. Wenn bei der Schwulenparade im Fernsehen 30-mal wiederholt wird: „Das, was an Köln mir so gefällt, es ist der geilste Arsch der Welt“, finde ich das nicht normal.

Beck: Der Christopher Street Day ist für uns Schwule und Lesben natürlich heute so etwas wie Karneval im Sommer. Ich glaube, bei der Love-Parade ist genauso wenig Kleidung angesagt. Das sind Phänomene einer neuen Jugendkultur. Davon sind Sie in Fulda vielleicht ein bisschen weiter weg. Wir in Köln finden das völlig normal.

Dyba: Das ist für mich nicht normal.

SPIEGEL: Ist es so, dass Ihr Bistum Fulda, als letzte Bastion in Deutschland, den Kulturkampf gegen die Mehrheit führen muss?

Dyba: Nein, das ist so nicht der Fall.

SPIEGEL: Aber es ist ein Kulturkampf?

Dyba: Ja, natürlich.

Beck: Welche Kultur kämpft denn da gegen welche in Deutschland?

Dyba: Die bestehende, die wir noch haben. Die christlich-abendländische Kultur löst sich auf. Natürlich entscheidet in einer demokratischen Gesellschaft die Mehrheit. Aber bei der Kirche entscheidet die Wahrheit.

Beck: Der Papst, nicht die Wahrheit. Ich glaube, die Auseinandersetzung, die es jetzt gibt, ist ein Kampf um die Erneuerung von Institutionen und die Bekräftigung der Werte, die wir damit verbinden. Es geht darum, Verantwortung, Solidarität und auch den Familiengedanken in moderner Form zu erhalten. Ich werbe für eine republikanische Grundhaltung: Es darf niemand diskriminiert werden.

Dyba: Da bin ich Ihrer Meinung, aber das ist nicht Diskriminierung. Apropos Papst, dazu möchte ich doch noch eines sagen: Die katholische Kirche ist die liberale Organisation auf der Welt.

Beck: Das ist mir jetzt neu.

Dyba: Bei uns – mit einer Milliarde Mitgliedern – ist nur einer unfehlbar, und der auch nur alle 50 Jahre einmal, bei einer Ex-cathedra-Entscheidung. Vergleichen Sie das mal mit einem Grünen-Parteitag!

Beck: Das ist mir jetzt neu.

Dyba: Bei uns – mit einer Milliarde Mitgliedern – ist nur einer unfehlbar, und der auch nur alle 50 Jahre einmal, bei einer Ex-cathedra-Entscheidung. Vergleichen Sie das mal mit einem Grünen-Parteitag!

Beck: Vielleicht gestehen Sie einfach mal anderen Menschen zu, dass das, was Sie äußern, verletzend sein kann. Ich erwarte nicht, dass Sie mir nach dem Mund reden, aber ich erwarte, dass wir untereinander zu Höflichkeitsformen zurückfinden und dass wir Respekt vor der anderen Position haben.

Dyba: Höflichkeitsformen, wie Ihre Leute sie dem Papst in Berlin gezeigt haben, ja? Halten Sie das für Höflichkeitsformen?

Beck: Ich habe dem Papst nichts getan.

SPIEGEL: Herr Beck, Erzbischof Dyba, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

LADENSCHLUSS

Länger shoppen am Abend

Die Bundesregierung will den Ladenschluss weiter lockern. Intern haben sich Wirtschafts- und Arbeitsministerium dabei auf zwei mögliche Varianten verständigt, die aber frühestens nach Ende der Sommerpause im September präsentiert werden sollen.

Das weiter reichende Modell sieht vor, die Öffnungszeiten an Werktagen um zwei Stunden bis 22 Uhr zu verlängern, samstags sollen die Geschäfte generell bis 18 Uhr verkaufen dürfen. Die kleinere Variante, die so genannte Expo-Lösung, sieht Öffnungszeiten vor, wie sie jetzt probeweise bei der Weltausstellung in Hannover gelten: In Niedersachsen dürfen die Läden wochentags bis 21 Uhr offen bleiben, samstags bis 20 Uhr. Am bisherigen Verkaufsverbot für Sonntage will die Koalition auf keinen Fall rütteln. Beide Varianten wurden in geheimen Gesprächen ausgearbeitet, an denen vor allem die Staatssekretäre beider Häuser beteiligt waren.

Angst haben die Strategen der Koalition insbesondere vor Protesten aus dem Arbeitnehmerlager. Die beiden betroffenen Gewerkschaften HBV (Handel, Banken und Versicherungen) sowie DAG (Deutsche Angestellten Gewerkschaft)



Gewerkschaftsdemonstration (im Mai in Berlin)

lehnen bislang jede Lockerung der Öffnungszeiten ab. Angesichts des Streits, den die Regierung mit den Arbeitnehmerorganisationen schon über die Rentenreform austrägt, vereinbarten die Koalitionäre deshalb vorsorglich Still-schweigen.

Bei einer Besprechung im Kanzleramt waren sich SPD-Fraktionschef Peter Struck, Partei-Generalsekretär Franz Müntefering und Kanzleramtsminister Frank-Walter Steinmeier am Mittwoch vergangener Woche einig, ein Sommertheater zum Ladenschluss in jedem Fall zu vermeiden.

IMMOBILIEN

Nomura steigt aus

Bundesverkehrsminister Reinhard Klimmt will vorerst nicht über den Verkauf der rund 112 600 bundeseigenen Eisenbahnerwohnungen entscheiden. Zunächst solle der parlamentarische Untersuchungsausschuss zur CDU-Spendenaffäre die Millionenspende des Ehepaars Ehlerding an die CDU „abschließend beurteilt“ haben. Karl Ehlerding ist Hauptaktionär des Immobilienkonzerns WCM. Das Unternehmen gehört zu einem Konsortium, dem die frühere Bundesregierung 1998 den Zuschlag für die Wohnungen erteilt hatte, obwohl ein Tochterunternehmen des japanischen Nomura-Konzerns eine Milliarde Mark mehr geboten hatte. Deshalb hat der Brüsseler Wettbewerbskommissar Mario Monti in Berlin Bedenken angemeldet. Doch die Nomura-Tochter Principal Finance Group (PFG) rückt inzwischen von ihrem „schönen Angebot“ ab, so PFG-Geschäftsführer David Pascall: Die Offerte liege zwei Jahre zurück, der „Zustand der Wohnungen ist wohl nicht besser geworden“.



Skatende Senioren

RENTE

Eichel legt nach

Im Streit um die Rentenreform kommt die rot-grüne Koalition der Union erneut entgegen. Obwohl CDU und CSU die Konsensgespräche boykottieren, will Bundesfinanzminister Hans Eichel für die Förderung der privaten Altersvor-

sorge drei Milliarden Mark mehr lockermachen als geplant. Das Fördervolumen für die Privatvorsorge wächst damit von rund 19,5 Milliarden Mark auf etwa 22,5 Milliarden Mark. Das Geld soll die von der Union gewünschte Kinderkomponente finanzieren. Demnach sollen Familien, gestaffelt nach Kinderzahl, einen Extra-Zuschuss für die Sparrente bekommen. Unterstützung kommt von den SPD-regierten Ländern. Deren Sozialminister beurteilen das Koalitionskonzept als „geeignet, verlorenes Vertrauen in das Alterssicherungssystem zurückzugewinnen“. Die geplante Privatvorsorge in Höhe von vier

Prozent der Bruttolöhne sei „notwendig und zumutbar“, heißt es in einem gemeinsamen Papier. Auch die Abstriche am gesetzlichen Altersgeldniveau finden ihren Segen. Bei einem höheren Rentenniveau könne „das Ziel, den Beitragssatz bei 22 Prozent zu halten, verfehlt werden“. Die Länder-Ressortchefs stehen damit im Gegensatz zu den meisten SPD-Sozialpolitikern im Bundestag, die ihren Widerstand angekündigt hatten.

INTERNET

Streit um Rabattgeschäfte

Das aus Schweden stammende Online-Unternehmen Letsbuyit, das den Kunden beim Wareneinkauf über ihre Website besonders günstige Preise verspricht, ist in rechtliche Schwierigkeiten geraten. Die Berliner Firma Cnited, die mit ihrem Angebot „Order8“ mit Letsbuyit konkurriert, hat eine einstweilige



Verfügung gegen den Börsenkandidaten erwirkt – wegen angeblicher Verstöße gegen das deutsche Rabattgesetz.

Dabei wenden sich die Berliner gegen ein „Stufen-Preismodell“ von Letsbuyit, das auf einem einfachen Schema beruht: Je größer die Zahl der Kaufinteressenten für eine Produktart, desto niedriger fällt der Preis aus, der am Ende bezahlt werden muss. Die Konkurrenten aus Berlin kritisieren, die Werbung für dieses Modell sei unvereinbar mit dem Rabattgesetz.

Am vergangenen Freitag hat das Landgericht Hamburg einen Widerspruch von Letsbuyit zurückgewiesen, die einstweilige Verfügung kann nun jederzeit zugestellt werden und ist dann sofort vollstreckbar. Das aggressiv beworbene Geschäft der Firma mit der Ameise als Werbe-Tier machte im ersten Quartal fast 50 Millionen Mark Verlust und müsste dann womöglich eingestellt werden. Rolf

Letsbuyit-Büro in München

Hansen, Deutschland-Geschäftsführer von Letsbuyit, will die Vorwürfe lediglich durch eine „marginale Umstellung“ entkräften und hofft langfristig auf die Abschaffung des Rabattgesetzes. Dem unvollständigen Verkaufsprojekt des Unternehmens zufolge, das nach zwei erfolglosen Versuchen in dieser Woche endlich den Börsengang schaffen will, drohen aber kurzfristig große Einbußen: Selbst bei weiteren rechtlichen Gegenmaßnahmen von Letsbuyit müsse mit „erheblichen negativen Auswirkungen“ und „beträchtlichen Verfahrenskosten“ gerechnet werden, heißt es in dem Prospekt. Der zusätzliche Aufwand würde das europäische Geschäft schwer belasten. Eine Hypothek stellen die Querelen auch für die ProSieben Media AG dar, die mit über 20 Prozent an Letsbuyit beteiligt ist. Auch die britische TV-Gruppe BSkyB und der französische Handelskonzern Pinault-Printemps-Redoute gehören zu den Aktionären des in 14 Ländern antretenden Unternehmens.

BAYERISCHE LANDESBANK

Konsequenzen gefordert

Bayerns Finanzminister Kurt Falthäuser drängt den Vorstandsvorsitzenden der Bayerischen Landesbank, Alfred Lehner, offenbar zum Rücktritt. Lehner wird für den Verlust von 778 Millionen Mark verantwortlich gemacht,

der in den Jahren 1997/98 bei der Landesbankfiliale in Singapur durch leichtsinnige Kreditgeschäfte aufgelaufen war. In dieser Zeit war Lehner für das Asiengeschäft zuständig. Anlass für den verstärkten Druck des Finanzministers ist ein Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG im Auftrag Falthäusers. Die Prüfer sind auf etliche eklatante, von Lehner zu verantwortende Fehler gestoßen. So gab es keinen direkten Berichtsweg zwischen Singapur und der Zentrale; die Bonität der Kunden wurde nur schlampig geprüft; es fehlte eine zeitnahe Übersicht über die sich anhäufenden Risiken. „Mehr als scharf“, so ein Insider, greift KPMG die interne Revision der Landesbank an, für die Lehner noch verantwortlich ist. Diese Woche tagt der Kreditausschuss der Landesbank. Falthäuser will von Lehner wissen, welche „personellen Maßnahmen“ er für erforderlich hält.



Lehner

MANAGER

Wechsel bei der Bahn?

Der Umbau im Vorstand der Deutschen Bahn geht weiter. Nachdem Technik-Vorstand Roland Heinisch Chef der DB Netz AG wurde und damit die Verantwortung für das Schienennetz und Neubauprojekte wie die ICE-Strecke Frankfurt-Köln übernommen hat, will Bahn-Lenker Hartmut Mehdorn jetzt Rolf Eckrodt, 58, Chef der DaimlerChrysler-Tochter Adtranz, zum neuen Technik-Vorstand machen. Ein Wechsel Eckrochts könnte erfolgen, wenn die geplante Kooperation zwischen Adtranz und dem kanadischen Waggonbauer Bombardier (SPIEGEL 27/00) zu Stande kommt. Eckrodt will den Vorgang nicht kommentieren.



Adtranz-ICE

WERBUNG

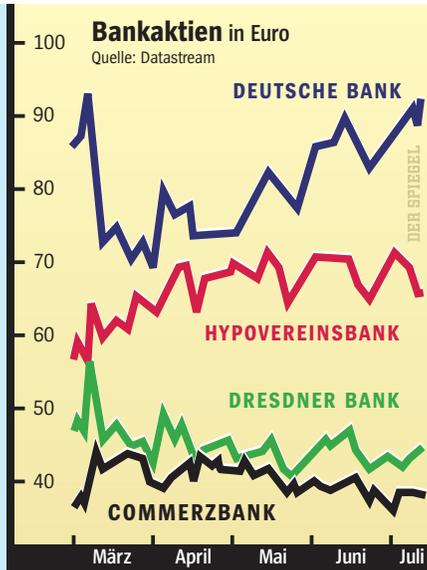
Der Nostalgie-Tick

Amerikas große Werbeagenturen wandern stramm vorwärts in die Vergangenheit: Die kreativen Köpfe in New Yorks Madison Avenue setzen neuerdings auf TV-Spots, in denen Musicals und Broadway-Shows aus den fünfziger und sechziger Jahren aufgegriffen werden. „Das Genre war völlig diskreditiert“, glaubt Ted Sann, Kreativchef des Werberiesen BBDO. „Aber das zu machen, was keiner mehr macht, hat heute etwas ganz besonders Cooles.“ So tanzen nun junge Leute in engen Hosen des Modehauses Gap in einem New Yorker Hinterhof die „West Side Story“ nach, für den Kreditkarten-Giganten Visa schwingt Bebe Neuwirth das Kostüm des Musicals „Chicago“ und singt „I’ve Got Rhythm“. PepsiCo frischt für seinen neuen Softdrink Mountain Dew ein Uralt-Stück des Musical-Choreografen Busby Berkeley auf, während für den Konsumgüter-Multi Procter & Gamble eine Gruppe tanzender junger Männer im Stil eines Nachkriegsspots mit dem Mopp wedelt. Die Retro-Reklame kommt offenbar hervorragend an: „Die Jugendlichen reagieren sehr gut auf diese Musik, die ihnen völlig unbekannt ist“, sagt Senn. Und das ältere Publikum würde sich freuen, endlich wieder einmal „West Side Story“ hören zu dürfen.

BANKEN

Wenig Interesse

Investoren und Anleger sind von den Verhandlungen zwischen Dresdner Bank und Commerzbank über einen Zusammenschluss offenbar nicht allzu sehr begeistert. Während die Kurse von Deutscher Bank und HypoVereinsbank seit Mitte März kontinuierlich zulegen, befinden sich die beiden Fusionskandidaten im Seitwärtstrend. Grund für das mangelnde Kauf-Interesse: Sollten die beiden Institute friedlich fusionieren, wird den Aktionären nicht die für Übernahmen übliche Prämie bezahlt. „Außerdem wissen die Anleger inzwischen, dass eine Fusion zunächst einmal Geld kostet – und sich die Synergien, wenn überhaupt, erst später bemerkbar machen“, sagt Tanja Steffens, Fondsmanagerin bei HansaInvest in Hamburg. Auch Dieter Hein, Bankenanalyst bei der Großbank Crédit Lyonnais, ist skeptisch. Sollte der Versicherungsgigant Allianz, wie beim geplatzten Merger von Deutscher Bank und Dresdner Bank, Gewinner des Zusammenschlusses sein, könnte auch diese Fusion am Widerstand der Kapitalmärkte zu scheitern.



NEUEMISSIONEN

Floprate 50 Prozent

Turbulente Zeiten für Anleger, die auf Neuemissionen setzen: Jede zweite ist ein Flop. Bei den letzten zehn Börsengängen, darunter auch die Firma Umweltkontor, jedenfalls lagen fünf der Neulinge am Schluss des ersten Tages unter dem Ausgabekurs. Manche, wie Wapme Systems, stürzten danach völlig ab. Das Debakel zeichnete sich vorher ab, doch der Internet-Anbieter im Handymarkt hatte das Geld offenbar fest eingeplant. Ein unsanftes Erwachen gab es auch für den Burda-Verlag und dessen Tochter Focus Digital: Sie fiel zur Premiere am vergangenen Donnerstag um knapp 20 Prozent. Dabei hatte „Focus“, dessen Chef Helmut Markwort laut Börsenprospekt sieben Prozent der

Anteile hält, in drei Artikeln über den Online-Ableger berichtet. Unter der Überschrift „Quattro-Power“ ortete „Focus“ bei Focus Digital „erfolgsversprechende Geschäftsmodelle im Internet“ und prophezeite „einen rasanten Börsenstart“. Am Freitag zog der Kurs zwar leicht an, lag am Ende aber mit 13,50 Euro immer noch unter dem Emissionskurs von 14,50 Euro. Die Baisse der Internet-Werte am Neuen Markt hatte im März der Bertelsmann-Ableger Lycos Europe eingeleitet, unter den Neuemissionen war die Firma der größte Verlierer des ersten Halbjahres (Kursverlust: 61 Prozent). Dagegen lag Biodata (plus 677 Prozent) weit vor allen anderen. Unter den jüngsten zehn Emissionen war die IVU Traffic Technologies AG am besten: Sie berät ihre Kunden rund um das Trendthema Logistik.



NEUER MARKT

„Schwächephasen nutzen“

Britta Graf-Tiedtke, Aktienanalystin bei Concord Effekten, über Chancen und Risiken am Neuen Markt

SPIEGEL: Die Amerikaner setzen wieder zaghaft auf Internet- und Hightech-Werte. Kommt jetzt der nächste Boom?

Graf-Tiedtke: Der Markt bleibt volatil, langfristig sehe ich jedoch große Chancen. Deshalb sollten sich die Anleger am Neuen Markt in Schwächephasen jetzt nach und nach eindecken.

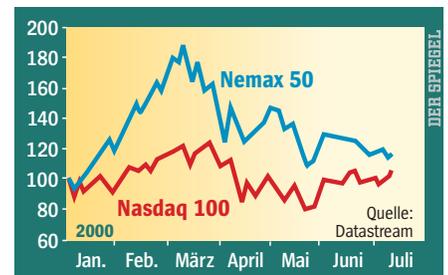
SPIEGEL: Welche Werte empfehlen Sie?

Graf-Tiedtke: Solide Unternehmen, vor allem solche, die Marktführer in ihren Bereichen sind. Diese können die Verluste bald aufholen ...

SPIEGEL: ... zum Beispiel ...



Graf-Tiedtke



Graf-Tiedtke: ... die Software-Anbieter für E-Commerce wie Intershop oder der Software-Produzent Heyde. Im Internet-Bereich fällt unter anderem Onvista positiv auf. Der Online-Dienst für Finanzinformationen verdient nicht nur mit Werbung, sondern vor allem über eine gute Basis an namhaften Lizenzkunden.

SPIEGEL: Der Neue Markt in Frankfurt wird immer unüberschaubarer, die Qualität nimmt ab, viele drängen an die Börse mit nicht viel mehr als einer Idee. Worauf soll der Anleger zu allererst achten?

Graf-Tiedtke: Die Firmen sollten über ein greifbares und am Markt bereits erhältliches Produkt verfügen, nicht nur über eine virtuelle Idee. Außerdem sollten sie mindestens zwei bis drei Jahre bestehen – und entweder schon schwarze Zahlen schreiben oder in naher Zukunft in die Gewinnzone rücken.

HANDEL

Attacke aus Amerika

Die US-Kette Wal-Mart will den Handelsriesen Metro übernehmen und zur Nummer eins in Europa aufsteigen. Doch die Metro-Eigentümer zögern noch. Ein Milliardenpoker hat begonnen.

Wenn sich die Aktionäre des Handelskonzerns Wal-Mart im Stadion des Städtchens Fayetteville zu ihrer Jahresversammlung einfinden, erinnert vieles an eine Massenpredigt. Frentisch begrüßen die fast 20 000 Versammelten Helen Walton, die vermutlich reichste Frau der Welt. Wie ein lebendes Denkmal wird die Witwe des legendären Firmengründers Sam Walton im Rollstuhl auf die Bühne geschoben und von den Aktionären mit minutenlangen Ovationen bedacht.

Da murmelt ein Vorstandsmann verheißungsvoll ins Mikrofon: „Unsere Firma hat eine Seele.“ Und da ruft ein führender Konzernmanager den jubelnden Jüngern zu: „Sam blickt jetzt auf uns herab, und er ist sehr stolz darauf, was er sieht.“

Die salbungsvollen Worte im fernen Arkansas gelten nicht einer Wohltätigkeitsagentur, sondern einer Business-Maschine von globalen Ausmaßen. Vor gerade mal 38 Jahren eröffnete Sam Walton jenseits des Mississippi einen kleinen Shop. Heute ist die Firma mit über einer Million Angestellten und gut 165 Milliarden Dollar Jahresumsatz der größte Ladenkonzern der Welt. So wie Henry Ford den Personentransport revolutionierte, veränderte der 1992 im Alter von 74 Jahren gestorbene Gründer den Handel: billiger, schneller, profitabler, lautete seine Maxime.

Nun wollen Waltons Nachfolger eine neue Revolution in Gang bringen, diesmal

im fernen Deutschland. Mit der Übernahme des Handelsriesen Metro würde Wal-Mart gern zum Marktführer in Europa aufsteigen.

Der Expansionsdrang der Walton-Erben versetzt deutsche Handelsmanager wie Gewerkschafter gleichermaßen in Panik: „Das ist der helle Wahnsinn“, klagt Hubertus Pellengahr, Sprecher des deutschen Einzelhandels, und warnt wie die Kollegen vom Deutschen Gewerkschaftsbund vor einem Preiskrieg, der Tausende von Arbeitsplätzen kosten könnte.

Als die Amerikaner im Dezember 1997 in Deutschland landeten, sah es zunächst so aus, als ob sie erst einmal vorsichtig ihre Chancen auf dem neuen Terrain testen wollten. Mit 21 von der Firma Wertkauf übernommenen Verbrauchermärkten starteten sie bescheiden. Einige Monate später verbreiteten sie ihren Stützpunkt durch den Kauf von 74 Filialen der Handelskette Spar.

Mittlerweile jedoch arbeitet der Konzern an einer Großoffensive, die deutsche Handelsmanager zunehmend beunruhigt. Zunächst verschärfte die Amerikaner mit Tiefstpreisen für Alltagswaren wie Mehl, Milch und Zucker den ohnehin schon gnadenlosen Konkurrenzkampf im Lebens-



Wal-Mart-Eröffnung*: Der große Expansionsdrang

mittel-Einzelhandel. Jetzt lassen ihre immer drängender werdenden Kaufofferten an deutsche Konkurrenten neue Befürchtungen aufkommen.

Abgesandte des Konzerns trafen sich in den letzten Monaten mit den Gründern und Managern etlicher deutscher Handelsfirmen. In vertraulichen Runden ver-

* Im August 1999 in Dortmund.

Der Riese aus Übersee

Wal-Mart*



Beschäftigte
1,1 Millionen

11,5
Milliarden
Mark

Gewinn
nach
Steuern

Umsätze nach Geschäftsfeldern
in Milliarden Mark

Wal-Mart Stores
(Discount Märkte,
Supercenter in den USA) **223,5**

Sam's Club (Einkaufsclub
vorwiegend Großkunden) **50,9**

International (Auslandsgeschäft) **46,9**
sonstige **18,1**

*Geschäftsjahr zum 31. Jan. 2000



Europas Nummer 1

Metro AG**



Beschäftigte
171 440

0,7
Milliarden
Mark

Gewinn nach Steuern

Umsätze nach Geschäftsfeldern
in Milliarden Mark

Cash & Carry
(Metro, Makro) **38,0**

Lebensmitteleinzelhandel
(Extra, Real) **21,3**

Nonfood-Fachmärkte
(Media/Saturn, Praktiker) **16,9**

Warenhäuser (Galeria/Kaufhof) **7,8**
sonstige **1,6**

**Geschäftsjahr 1999



versetzt Handelsmanager und Gewerkschafter gleichermaßen in Panik

suchten sie, die Möglichkeiten einer Übernahme zu sondieren.

Zwar lehnten bisher alle Angesprochenen ab, darunter die Inhaber der Firmen Lidl & Schwarz (Lidl, Kaufland, Handelshof), Globus (Globus, Maxus) und Dohle (Gutkauf, Hit, Markant). Doch zum Aufgeben bewegte das die Wal-Mart-Leute keineswegs.

Besonders intensiv umwarben sie in den vergangenen Wochen die Eigner der Metro-Gruppe. Gleich mehrmals reisten sie in das Schweizer Städtchen Baar am Zuger See, wo die Muttergesellschaft des größten deutschen Handelskonzerns beheimatet ist.

Doch dem Versuch der Unterhändler, sich nur einzelne Teile aus dem Metro-Reich anzueignen, wie etwa die für Wal-Mart besonders attraktive SB-Warenhauskette Real, erteilten die Metro-Eigner eine klare Absage: Alles oder nichts, lautete die Antwort.

Selbst ein so großer Brocken wie die komplette Metro, zu der neben der Real-Kette und den Cash&Carry-Märkten auch die Kaufhof-Warenhäuser, die Praktiker-Baumärkte und die Elektronikketten MediaMarkt und Saturn gehören, schien die erfolgsgewohnten Amerikaner aber nicht zu stören. Ihr Jahresgewinn von 5,3 Milliarden Dollar ist höher als die Summe, welche die meisten deutschen Handelskonzerne als Umsatz verbuchen können.



Wal-Mart-Gründer Walton (1991)
Von Knauserigkeit besessen

Obwohl alle Beteiligten in Europa die Verkaufsverhandlungen dementierten und Wal-Mart jeglichen Kommentar ablehnte, sorgten die Gerüchte über einen möglichen Metro-Deal für neue Nervosität unter deutschen Händlern und Gewerkschaftern. Wenn die Manager aus Arkansas erst einmal die mächtigste deutsche Handelsguppe steuern, fürchtet ein Lebensmittelmanager, „dann gnade uns Gott“.

Noch ist keineswegs ausgemacht, ob sich die Amerikaner tatsächlich mit den zum Teil zerstrittenen Metro-Hauptgebern



Metro-Manager Körber, Conradi
Kompetenzgerangel an der Spitze

einigen werden. Der knorrige Gründer Otto Beisheim, die weit verzweigte Duisburger Haniel-Sippe sowie die Familie der Brüder Reiner und Michael Schmidt-Ruthenbeck halten jeweils rund 20 Prozent der Anteile, und nur wenn sich alle einig sind, ist ein Verkauf denkbar.

Zumindest Teile des Haniel-Clans wollen gern aus dem mühsamen Geschäft mit seinen geringen Gewinnmargen aussteigen. Denn innerhalb der Sippe ist der Reichtum sehr unterschiedlich verteilt. Vor allem die einfachen Millionäre unter den 470 Anteilseignern der Haniel-Gruppe beobachten mit wachsender Sorge, wie der Wert der Metro-Aktien immer mehr verfällt.

Der Zeitpunkt für Verkaufsgespräche ist aus ihrer Sicht günstig. Denn Ende nächsten Jahres endet der Vertrag, der alle drei Eigentümergruppen der Metro zum gemeinsamen Handeln zwingt. Daher muss spätestens im Dezember eine Entscheidung fallen, ob dieser Poolvertrag verlängert oder gekippt wird.

Zwar versicherte die Familie vergangene Woche, dass sie an ihrem Metro-Engagement festhalten wolle. Doch wie lange das Bekenntnis Bestand hat, ist fraglich.

Als Haupthindernis im Übernahme-Poker gilt jedoch der 76-jährige und kinderlose Otto Beisheim, der Anfang der sechziger Jahre die Metro mitbegründete und damit zum Multimilliardär aufstieg. Er ist offenbar noch nicht bereit, sein Lebenswerk anderen zu überlassen, und hat auch kein Interesse daran, als „Totengräber des deutschen Einzelhandels“ beschimpft zu werden – zumindest nicht zu dem aktuell gebotenen Preis.

Empört mussten die Metro-Männer nämlich zur Kenntnis nehmen, dass die US-Konkurrenten offenbar nicht viel von ihrer Firma halten: Mehr als den gegenwärtigen Börsenwert, so heißt es in Metro-Kreisen, wollen die Amerikaner derzeit nicht bezahlen – rund 80 Mark pro Aktie, insgesamt rund 22 Milliarden Mark für sämtliche Anteile der Alteigner.

Prompt verweigerten die Metro-Manager den gewünschten Einblick in ihre Bücher und zeigten sich wenig kooperationsbereit. Die Folge: Zunächst einmal



Mitarbeitermotivation bei Wal-Mart (in Dortmund): Basisdemokratie und knallhartes Business

wurden die Gespräche abgebrochen. Ein Metro-Manager: „Im Moment läuft gar nichts.“

Die Metro-Chefs halten ihren Betrieb für fast doppelt so wertvoll: „Bei 140 Mark pro Aktie werden die vielleicht schwach“, vermutete vergangene Woche ein Vertrauter Beisheims.

Der von den Deutschen geforderte Preis wiederum ist den hart rechnenden Interessenten viel zu hoch. Für sie steckt die Metro-Gruppe voller Altlasten und schwer kalkulierbarer Risiken, die den knauserigen Sam Walton das Grausen gelehrt hätten. Das deutsche Unternehmen, dessen Aktienkurs sich im vergangenen Jahr halbierte, ist lange nicht so schlagkräftig und effektiv wie ihr eigener Konzern.

Noch immer ist es der Metro nicht gelungen, die 1993 eher wegen der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten denn aus strategischen Gründen erworbene Asko-Gruppe perfekt mit dem Konzern zu verzahnen. Die Praktiker-Heimwerkermärkte halten Berater wegen schlechter Logistik und hohen Kosten schlicht für eine Katastrophe. Die Realkauf-Läden sind durch langfristige ungünstige Mietverträge belastet, und auch die neu erworbenen Allkauf-Märkte gelten intern als Problem. „Wenn die Amis kommen“, mutmaßen Mitarbeiter in der Kölner Metro-Zentrale, „wird hier eisenhart ausgefeigt.“

Die Metro-Führung gilt in der Branche längst nicht mehr als Spitzentruppe. Vor allem wird die notwendige Sanierungsarbeit durch Kompetenzgerangel an der Spitze erschwert. Ständig mischt sich Erwin Con-



Protest gegen Wal-Mart-Ansiedlung*
Ende der Gemütlichkeit

radi, der die Metro viele Jahre lang wie sein eigenes Unternehmen führte und jetzt als Aufsichtsratschef fungiert, ins Tagesgeschäft ein. Fast täglich lässt er dem Metro-Chef Hans-Joachim Körber schriftlich mitteilen, welche neuen Missstände er im Konzern entdeckt habe. Und bisweilen soll der sich sogar anwaltlichen Rat geholt haben, um die Briefe zu beantworten.

Obwohl die Expansionspläne derzeit stocken, rechnen Branchenkenner nicht damit, dass die US-Manager ihre Offensive beenden. Als wahrscheinlicher gilt die baldige Übernahme eines deutschen Konzerns.

Wenn die Geschäftspolitik im Wal-Mart-Heimatland ein Indikator für die Expansion im Ausland sein sollte, dann ist die Sorge der Deutschen berechtigt. „Wal-Mart begrüßt viele Leute mit dem liebevollen Prankenschlag eines Mike Tyson“, schreibt der US-Handelsexperte Bob Ortega.

* Im Dezember 1998 in Arkansas.

Mit unheimlicher Präzision und Methoden, die sich gelegentlich an der Grenze des juristisch Zulässigen bewegten, hat sich der Konzern ausgebreitet. Von Knauserigkeit besessen, feilschte Gründer Walton um jeden Dollar und nahm dabei seinen eigenen Lebensstil als Vorbild. Nicht selten holte er Investmentbanker oder Spitzenmanager anderer Konzerne in einem klapprigen Pick-up ab, dessen Sitze nach Hundefell rochen.

Er zahlte niedrigere Löhne, niedrigere Mieten und niedrigere Einkaufspreise als die Konkurrenz. Und in den schmucklosen Verhandlungskabinen seines Hauptquartiers bringen seine Nachfolger noch heute die Lieferanten zur Verzweiflung.

Aber er sorgte auch dafür, dass er stets in engem Kontakt zu seinen Angestellten blieb. Seine Telefonnummer stand bis zuletzt im örtlichen Telefonbuch, so dass ihn jeder seiner Angestellten direkt anrufen konnte. Und Tausende taten es auch. Noch heute herrscht im Konzern eine einmalige Mischung aus religiöser Verehrung, Basisdemokratie und knallhartem Business.

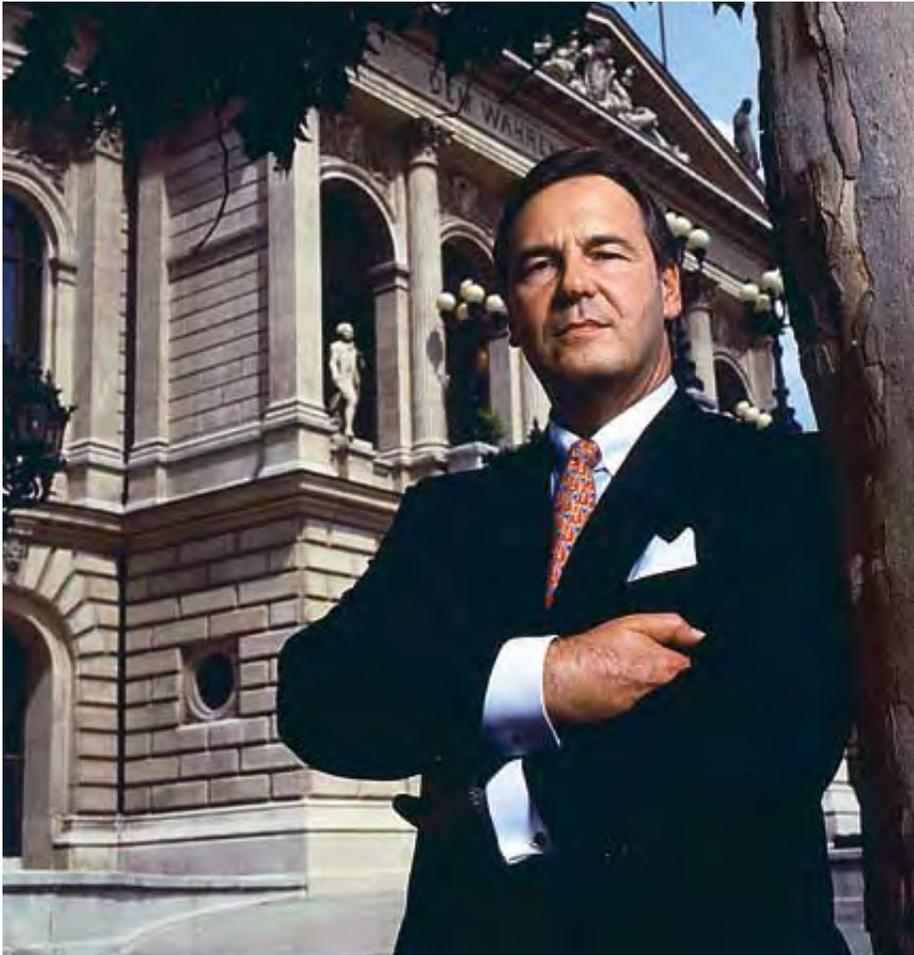
Wie kaum ein anderer Konzern hat Wal-Mart Amerika verändert. Was in italienischen Dörfern die Kirche ist, Treffpunkt und Andachtsraum zugleich, sind in den US-Kleinstädten die knapp 3000 Konsumtempel des Konzerns.

Doch schon lange nicht mehr mit jedermanns Zustimmung. Wo immer die Firma einen neuen Markt eröffnen will, entspannt sich Zwist: zwischen Befürwortern, die das neue Angebot und die neuen Jobs schätzen, und den Gegnern, die das Ende der Gemütlichkeit für ihr Städtchen kommen sehen.

Erst nach dem Tod des Gründers begann die Expansion ins Ausland. Inzwischen ist das Unternehmen der größte Discounter in Mexiko und Kanada. Rund ein Viertel der Mitarbeiter arbeiten heute in den gut tausend Filialen im Ausland. Und obwohl vielen die Expansion, die allein in Deutschland Verluste von 400 Millionen Mark im Jahr einbringen soll, als kostspieliges Stückwerk erscheint, wollen die Manager den Auslandsumsatz in den nächsten zehn Jahren verfünffachen.

Vom Zögern der Metro-Eigner lässt sich das US-Management daher auch kaum beeindruckt. „Die gehen nicht wieder weg“, sagt ein deutscher Wal-Mart-Berater: „Die warten, bis der Preis stimmt, und dann schlagen sie zu.“

KLAUS-PETER KERBUSK,
MATTHIAS MÜLLER VON BLUMENCRON



A. POHLMANN / AGENTUR HAWANN

Chefsanierer Neukirchen: „Die eigene Ungeduld ein wenig zügeln“

MANAGER

Mr. Mission Impossible

Deutschlands härtester Konzernchef schlägt wieder zu: Kajo Neukirchen, Vorstandsvorsitzender der Metallgesellschaft, krepelt den Konzern erneut um – rabiat wie immer.

Müsste die Kinorolle des fiesen Kapitalisten neu besetzt werden, dann wäre Kajo Neukirchen, 58, eine gute Wahl: Es ist absolut filmreif, wie der Chef der Frankfurter Metallgesellschaft in kleiner Runde im Nobelrestaurant seine Zigarre entzündet, sich zurücklehnt und in einer Rauchwolke verschwindet, die kaum noch die Goldknöpfe seines Jacketts erkennen lässt.

„Portfolio-Bereinigung“ raunt es dann mit tiefer Stimme durch die Nebelwand, und es klingt fast wie „Beseitigung“. Kenner ahnen, dass mit jeder gepafften Portfolio-Bereinigung womöglich ein paar hundert Arbeitsplätze wegfallen und im Gegenzug die Gewinne kräftig steigen.

Höllenkommmandos bei Klöckner-Humboldt-Deutz, Hoesch und FAG Kugelfischer stehen im Auftragsbuch von Mr. Mission Impossible. Stets erledigte er die Sanie-

rungsarbeit zur Zufriedenheit der Auftraggeber.

Sein Meisterstück: die Rettung der 1993 konkursreifen Metallgesellschaft (MG). Neukirchens Rezept – Verlustbringer verkaufen oder schließen, Arbeiter entlassen – hat die traditionsreiche Gesellschaft in kürzester Zeit zu einem profitablen Unternehmen gemacht. Selbst die Gewerkschaft kann dem Sanierer, heute, ihren Respekt nicht verweigern.

Fast schon hatte der Mann also sein übergeordnetes Ziel erreicht: die öffentliche Anerkennung als visionärer Unternehmer, als Macher, der nicht nur Werte rettet, sondern schafft. Denn nur zu gern würde auch ein Raufbold wie Neukirchen, Sohn eines Bonner Töpfers, nach Jahren der Beschimpfungen, ein bisschen Lob und Anerkennung ernten. Doch aus der schnellen Imagekorrektur wird vorerst nichts,

denn die Konzerntochter Lurgi ist unter seiner Aufsicht tief in die roten Zahlen gerutscht.

Über 100 Millionen Mark Miese meldete das Unternehmen, das unter anderem Raffinerien oder pharmazeutisch-chemische Produktionsstätten baut, für das erste Halbjahr dieses Geschäftsjahrs – nach Rekordgewinnen von über 200 Millionen Mark (1996/97) und zuletzt immerhin noch rund 100 Millionen Mark (1998/99). Ein harter Rückschlag für Neukirchen, der das Ergebnis seiner Metallgesellschaft, neuerdings futuristisch „MG Technologies“ genannt, seit sechs Jahren stets um einen zweistelligen Prozentsatz gesteigert hat, zuletzt um 26 Prozent.

Seit vergangener Woche ist deshalb erneut Portfolio-Bereinigung angesagt. Die Lurgi-Töchter Lentjes und Zimmer werden wieder zu gleichberechtigten Schwestern unter dem Dach der Metallgesellschaft – Neukirchen kehrt damit zu einer Struktur zurück, die Ende 1994, ebenfalls unter seiner Führung, als uneffizient abgeschafft wurde. Unternehmensteile wie Stahlbau oder Klärschlammanlagen werden ganz aufgegeben. 1200 Arbeitsplätze sind futsch, und mit dem Lurgi-Vorstandsvorsitzenden Norbert Sondermann und dessen Finanzchef verlassen mal wieder hochrangige Manager entnervt das Unternehmen. Kritiker sprechen von einer Zerschlagung der über hundert Jahre alten Lurgi, einst eine Perle des deutschen Anlagenbaus.

Die gute Nachricht: Neukirchen hat auch nach ruhigen Jahren im selben Unternehmen nichts verlernt, in Krisensituationen kennt sich Deutschlands Chefsanierer immer noch am besten aus. Geld verdienen, das heißt für ihn Kosten drücken, und zwar mächtig.

Schuld an dem Debakel haben, wie immer in solchen Fällen, die anderen. Die



Metallgesellschaft-Zentrale in Frankfurt: Klima

Gründe hat der MG-Chef ruck, zuck erklärt: „Anlagenbauer in aller Welt zeichnen Rückgänge im Auftragseingang von rund 25 Prozent“, sagt er, hinzu kämen bei Lurgi „unzureichend kalkulierte Projekte“. Ungeschickte Manager, so die Botschaft, müssen sich da wohl verrechnet haben. Noch dazu, glaubt der Chef, wollen sie über Indiskretionen in der eigentlich doch wohlgesonnenen „Frankfurter Allgemeinen“ („Neukirchens ewige Baustelle“) ihm die Schuld dafür zuschieben.

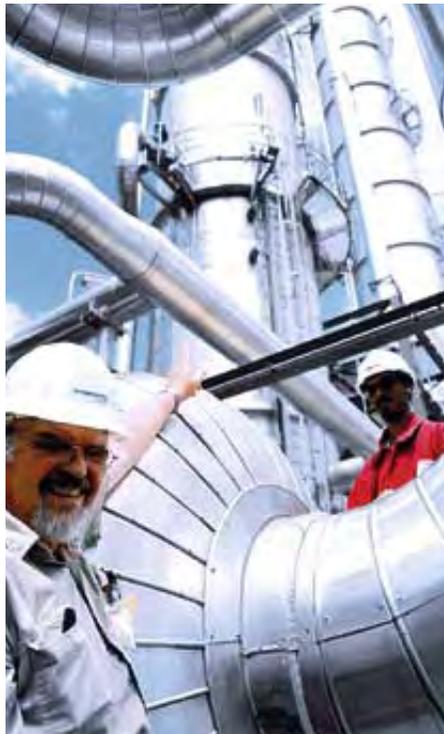
In einem internen Drohbrief ließ er darum seinen Personalvorstand Harald Rieger Ende Juni jene „nicht geeigneten Führungskräfte“ und deren „Legendenbildungen“ abwatschen: „Wer aus persönlicher Frustration die Presse mit einseitigen Informationen versorgt“, heißt es da, „führt einen Angriff gegen sämtliche Mitarbeiter der MG und der Lurgi“ und müsse mit Konsequenzen rechnen. Gegenüber dem SPIEGEL wird Neukirchen noch deutlicher: „Ich warte darauf, dass diese so genannten konzern-internen Kritiker mir ihre Argumente offen vortragen.“ So lange sie dies nicht täten, „hält sich mein Respekt für die Kompetenz und Mannhaftigkeit solcher Leute in Grenzen“.

Im Übrigen geht es weiter wie gehabt. Für das laufende, im September endende Geschäftsjahr will Neukirchens MG trotz Lurgi-Verlusten wieder ein Ergebnisplus vorlegen. Insider aus seinem Umfeld rechnen mit Zuwächsen um 12 bis 13 Prozent vor Steuern. Ein paar Umbesetzungen und Neuberufungen in den Vorstand sollen den Rest richten.

Die neue Führungsmannschaft, glaubt Aufsichtsratschef Helmut Werner, „bildet die Basis für eine stabile Zukunft, in der die Emotionen und Spannungen der Krisen- und Aufbaujahre verblasen werden“. Ein frommer Wunsch des ehemaligen Mercedes-Chefs und Expo-Aufsehers, denn viele Mitarbeiter in Neukirchens Reich leben weiter in großer Furcht vor ihrem Herrn.

Zwar hatte der noch im Februar, von Beratern gedrängt, endlich Besserung gelobt: „Noch mehr auf Dialog“ wolle er künftig setzen und versuchen, „die eigene Ungeduld ein wenig zu zügeln“. Seine begrenzte Lernfähigkeit in dieser Hinsicht hat er freilich im selben Atemzug bekannt: „Ich kann natürlich nicht in einer Welt des globalen Wettbewerbs als konfliktvermeidender Friedensbringer auftreten.“

Dabei zeigt das Beispiel Lurgi deutlich, wohin die



Lurgi-Anlage (auf Trinidad)
„Emotionen und Spannungen“

Ungeduld und die Konfliktbereitschaft des Sanierers führen können: Fünf Vorstandsvorsitzende hat Neukirchen, Aufsichtsratschef der Tochtergesellschaft, seit seinem Amtsantritt 1994 bei der Lurgi verschlissen, die meisten blieben nur Monate im Amt.

Auch normale Vorstände hielt es nicht lange, seit 1994 gaben zehn vor Vertragsende auf. Noch eindrucksvoller ist die Liste der in diesen Jahren vorzeitig ausgeschiedenen Geschäftsführer der Lurgi-Gruppe: Sie beginnt bei B wie Balthasar und endet bei W wie Winkler – insgesamt 22 Einträge.

Mindestens einige von ihnen sind gegangen, weil sie mit Neukirchens Führungsstil nicht zurechtkamen. In so genannten Review-Meetings lässt der oberste Boss die Führungskräfte der Tochterfirmen monatlich zum Rapport antreten. Bei kleinsten Abweichungen vom Budget reagiert er aufbrausend. Gestandene Manager seien bei den Meetings in Tränen ausgebrochen, erinnert sich ein Ehemaliger: „Vorstände behandelt er wie Assistenten.“

Konzernmanager bewerten den spektakulären Lurgi-Absturz denn auch ganz anders als ihr oberster Chef: Er passierte in einem Klima der Angst, sagen sie. Neukirchens hohe Anforderungen an Rendite und Auftragseingang hätten die Lurgi-Leute zur Annahme viel zu riskanter Aufträge gedrängt.

Eigene Schlamperei allerdings kam hinzu: So setzten die Lurgi-Ingenieure einen

in Leuna erprobten Reaktor fast baugleich in den Wüstensand von Katar, ein Fehler mit millionenschweren Folgekosten, wie die jüngste Aufsichtsratsitzung der Metallgesellschaft ergeben hat.

Im langfristigen Geschäft des Anlagenbaus (die oft mehrere hundert Millionen Mark schweren Vorhaben brauchen Jahre, bis sie fertig sind) hätte es laut Konzernmanagern nun bloß mehr Zeit gebraucht, um wieder in die schwarzen Zahlen zu kommen.

Der MG-Chef, der zwar Aufseher aber nicht aktiver Lurgi-Manager ist, will sich nicht die Verantwortung für die Verlustaufträge zuschieben lassen. Er bekennt sich zu straffen Vorgaben, die dann auch durchgesetzt werden müssen. „Handelte ich wie ein Diplomat“, sagt er, „würde man mir wahrscheinlich einen Mangel an Entschlossenheit nachsagen.“

Kajo Neukirchen, das ist eine Mischung aus hoher Intelligenz und einem Auftritt, den Betroffene gelegentlich als ungeschliffen empfinden. Das persönliche Zusammenspiel der Talente hat Vor- und Nachteile: Meistens garantiert ihm das erste den erwarteten Profit. Aber zuweilen verhagelt ihm das zweite Charaktermerkmal das Geschäft.

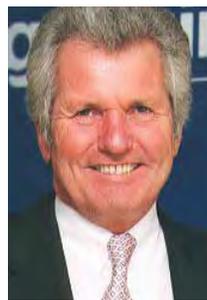
Die geplante Übernahme der Agiv etwa, einer Industrieholding mit Beteiligungen im Maschinenbau, habe Neukirchen schon beim persönlichen Besuch im Unternehmen vereitelt, erinnert sich ein Vorstand: Er sei schlicht ausgeflippt, weil ihn der damalige Agiv-Vorsitzende nicht im Foyer, sondern erst auf der Chefetage empfangen habe. Von da an sei die Chemie zwischen den beiden gestört gewesen. Fest steht: Der Deal kam nie zu Stande.

Inzwischen ist das Kleinkram für Neukirchen. Er will die Begebenheit weder bestätigen noch dementieren: „Auch wenn es reizvoll wäre, solche hübschen Anekdoten zu zerpflücken – ich konzentriere meine Kräfte im Augenblick doch lieber auf den Erfolg der MG“, sagt er.

Dazu raten auch die Aufsichtsräte, die sich ihren Neukirchen auch ein bisschen verbindlicher vorstellen können. „Mir ist nicht verborgen geblieben“, formuliert Chefkontrolleur Werner zurückhaltend, „dass Herr Dr. Neukirchen harte und konsequente Führung praktiziert, und ich spreche mit Herrn Dr. Neukirchen selbstverständlich auch über die Angemessenheit seiner Entscheidungen.“

Verkehrte Welt: Ausgerechnet die Arbeitnehmer stehen ihrem Obersten derzeit bei. „Manche Manager im Hause kann man schlicht als Weichei bezeichnen“, sagt Detlef Fahlbusch, Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat: „Ein harter Knochen wie Neukirchen ist mir da lieber.“

FRANK HORNIG



Manager Sondermann
Riskante Aufträge



der Angst



KARRIEREN

Der Hai und die Nadelstreifen

Ein Amerikaner ist der neue Star der Deutschen Bank. Edson Mitchell hat die Fusion mit der Dresdner Bank verhindert – nun stieg der Widerspenstige in den Vorstand auf. Mit seinem aggressiven Stil revolutioniert er das konservative Frankfurter Management. *Von Erich Follath*

Neulich hat ihn einer auf dem Parkett der Frankfurter Börse nicht erkannt. „Entschuldigung, wer sind Sie denn?“, fragte der Händler den mit einsneunundsechzig eher kleinen, drahtigen Mann. Edson Mitchell, 47, musterte den ahnungslosen Börsianer. Dann antwortete er knapp: „Ich bin Gott.“ So hat es die „Wirtschaftswoche“ gehört.

Als Mitchell einmal Zahnschmerzen hatte, ließ er vor seinem Büro der Deutschen Bank in London den Wagen auffahren und sich zum Flughafen Heathrow bringen. Dort bestieg er die Concorde Richtung USA – der Zahnarzt seines Vertrauens praktiziert nämlich in New York. So weiß es das „Wall Street Journal“.

Mitchell feuert im Handumdrehen, feiert dafür aber auch großzügig. Er lud nach einem erfolgreichen Geschäftsabschluss sein Team in ein Luxushotel an den Lago Maggiore ein. Und weil dort für seinen Geschmack richtig gute Reggae-Musiker knapp sind, ließ er auf Geschäftskosten noch eine Band aus Florida einfliegen. So berichtet es der „Guardian“.

Ein Manager mit fast unbegrenztem Speisekonto und extravaganten Statussymbolen, mit göttlichem Selbstvertrauen und dem weitgehenden Recht zu heuern und zu feuern, mit einem Jahreseinkommen von geschätzten 30 Millionen Mark: Passt so einer zur deutschen Unternehmenskultur? Zur Deutschen Bank, die vielen noch immer als nationales Symbol gilt, als Hort der Solidität und des Maßvollen, als Chiffre für Aufstieg und Macht der Bundesrepublik?

Mitchell öffnet eine Diet Coke und starrt zum Fenster hinaus in die Londoner City. Keine vier Kilometer von hier hat Karl Marx „Das Kapital“ geschrieben; nicht dass ihn das kümmert, hier geht es um heutigen Mehrwert. Mitchell, dessen Vorfahren aus

Schweden stammen, fährt mit den Händen durch sein volles Haar, das auf Fotos von vor einigen Jahren noch rötlich war und jetzt Schröder-schwarz ist. Und gesteht: Er versteht die Frage nicht.

„Dies ist ein globales Unternehmen. Welcher Nationalität ein Spitzenmanager angehört, spielt doch keine Rolle, wenn man an der Weltspitze mitspielen will“, sagt er. „Es ist bei den heutigen Kommunikationsmöglichkeiten nicht einmal mehr entscheidend, in welcher Stadt sein Schreibtisch steht.“

Eines aber will Globalisierungsfan und Weltbürger Mitchell gleich richtig stellen: Die Geschichte mit dem Concorde-Trip zum Zahnarzt stimme so nicht. „Etwa einmal im Monat“ nehme er den Überschallflieger in die amerikanische Heimat, meist auf eigene Kosten zum privaten Wochenendbesuch in Maine, bestimmt nicht wegen eines Dentisten-Termins. Und auch sonst lebe er nicht besonders extravagant. Vielmehr liege ihm das Wohl seiner Mitarbeiter – „viele brillante Leute“ – am Herzen.



Vorstandsneuling Mitchell: „Dies ist ein globales Unternehmen“

R. WALLIS



Deutsche-Bank-Vorstand*: Krieg der Kulturen

Der Amerikaner wurde Anfang Juni mit seinem Landsmann, dem ebenfalls von London aus tätigen Investmentbanker Michael Philipp, 47, in den neunköpfigen Vorstand der Deutschen Bank berufen. Die Glückwünsche nahm er unbewegt entgegen. Triumphgefühle? „Überhaupt nicht. Als die Fusion abgesagt wurde, knallten auf manchen der Londoner Flure zwar Champagnerkorken, ich aber empfand bloß Verwunderung und Erleichterung“, sagt der sonst so Machtbewusste artig. „Und die Beförderung macht mich stolz. Es ist eine Ehre, bei so einem Weltklasse-Unternehmen im Vorstand zu sein.“

Damit auch klar wird, wem die internationale Spitzenstellung der Deutschen Bank hauptsächlich zu verdanken ist, zeigt Mitchell auf Schautafeln. Mehr als 60 Prozent des operativen Gewinns werden inzwischen – mit weniger als 20 Prozent des Gesamtpersonals – in Mitchells Firmenbereich gemacht. 1999 waren es gut vier Milliarden Mark, Tendenz weiter stark steigend.

Die Deutsche Bank hat die europäische Konkurrenz im Investmentbanking hinter sich gelassen und schob sich hinter die Wall-Street-Giganten Morgan Stanley und Goldman Sachs auf Platz drei. Auch vor Merrill Lynch – Mitchells Firma, bevor er sich vor fünf Jahren

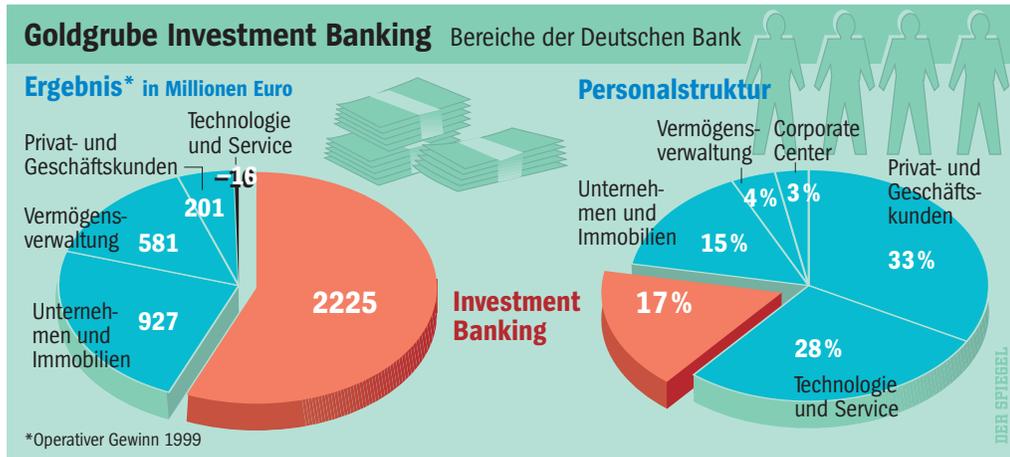
zu den damals international noch unbedeutenden Frankfurtern abwerben ließ.

In ganzseitigen Anzeigen wirbt die Deutsche Bank derzeit stolz mit ihren „außergewöhnlichen“ Leistungen im Investmentbanking. Das Geldinstitut wählt für seine Selbstdarstellung eine Mischung aus Esoterisch und Englisch, als wolle es auch sprachlich belegen, dass London zum neuen Machtzentrum der Firma geworden ist: „Ganzzeitliche Leistung ... leading to results“.

Höchst ungewöhnlich: Selbst die Konkurrenz J. P. Morgan zollt Mitchell in ihrer Hauspublikation großen Respekt, vor allem für die nahezu reibungslose Eingliederung des amerikanischen Bankers Trust, dessen Übernahme von den Experten mit Skepsis beurteilt worden war. So etwas verschafft Mitchell ein tiefes Gefühl der Befriedigung, in Momenten wie diesen könnte er abheben, mit seinem Privatflugzeug, über die Wolken: Wieder mal hat er allen gezeigt, was er erreichen kann.

Wie damals bei Merrill Lynch, als ihm auch keiner den großen Erfolg zutraute. Wie in seiner Jugend, als der aus Schweden in die USA immigrierte Großvater ihn großzog und es der Familie an allem mangelte – Edson Mitchell ist einer aus der unteren Mittelklasse, getrieben von dem uramerikanischen Versprechen: Jeder kann es schaffen, durch Leistung und Härte gegen sich selbst.

Er war der Ewigbeste am Colby College, beim Betriebswirtschaftsstudium an der Elite-Universität Dartmouth. Einer, der nie verlieren konnte und selbst beim Basketball



„Haifisch“ nennen die Konkurrenten den Chef des Bereichs „Global Markets“ bei der Deutschen Bank (Anleihen, Handel mit Devisen und Derivaten, Firmenzusammenschlüsse) mit einer Mischung aus Respekt und Furcht. Mitchell weiß das. Er könne sich den Spitznamen nicht erklären, sagt der Mann, dem sie nachsagen, er rieche Geschäfte und Schwächen wie Blut und schnappe sich rücksichtslos jede Beute.

In diesen Tagen wirkt der Spitzenmanager ganz sanft. Ein Engel-Hai, ach was, ein Goldfisch, kaum im Stande, ein Wässerchen zu trüben. Aber Zähne hat der, und er zeigt sie lächelnd: Mitchell entblößt ein perfekt gepflegtes Gebiss. Vorbei die Zeit des Auftrumpfens – er hat das nicht mehr nötig.

Mitchell lächelt jetzt ziemlich oft, und das ist kein Wunder. Dem amerikanischen Investmentbanker ist gelungen, wovon Angestellte überall auf der Welt träumen. Mitchell hat sich in einer zentralen Unternehmensfrage gegen seinen Boss gestellt, ihn dabei gründlich blamiert – und wurde anschließend in die Spitze des Unternehmens befördert. Das schaffen nicht viele; schon gleich gar nicht, wenn es um Milliarden von Dollar geht. Und wenn die ganze Welt zuschaut.

Anfang März hatten die Herren Rolf Breuer und Bernhard Walter, Chefs der Deutschen sowie der Dresdner Bank, die Fusion der beiden Geldhäuser verkündet. Es sollte das größte Kreditinstitut aller Zei-

ten entstehen. Besonders stolz äußerte sich Breuer darüber, dass mit dem Dresdner-Ableger Kleinwort Benson (DKB) zu der vorhandenen erfolgreichen Investmentbank-Abteilung um den Global-Markets-Chef Mitchell ein neues „Juwel“ in diesem Geschäftsbereich hinzukomme: „DKB wird weder geschlossen noch verkauft.“

Mitchell hatte nichts gegen den Deal – wohl aber etwas gegen die Integration der Investmentbank-Kollegen von Kleinwort Benson. „Das hätte Jobs gekostet und den Aktienkurs gedrückt, das sagte ich von Anfang an“, gesteht er jetzt erstmals dem SPIEGEL. „Unsere Geschäfte überschneiden sich doch sehr stark. Die einzige Lösung wäre ein Verkauf von DKB gewesen.“

Insider berichten, Mitchell habe dies dem in London anreisenden Breuer unmissverständlich klargemacht, mit dem Rücktritt seiner gesamten Londoner Erfolgsmannschaft gedroht – und so tatkräftig mitgeholfen, den Deal zu kippen. Mitchell bestreitet das („Sie überschätzen meinen Einfluss“). Er betont seine „weitgehende Einigkeit“ mit der Frankfurter Zentrale. Offensichtlich wusste er seinen Freund und Gönner, das Schweizer Vorstandsmitglied Josef Ackermann, immer hinter sich – und schätzte seinen Stellenwert in der Bank richtig ein.

Bankchef Breuer musste am 5. April vor der Presse das Scheitern der Großfusion verkünden. Er trat – anders als sein Kollege von der Dresdner – trotz heftiger öffentlicher Kritik nicht zurück. Für Mitchell hat sich der Poker gegen die geplante Fusion ausgezahlt.

* Bei einer Pressekonferenz am 6. April in Frankfurt am Main.



Handelsraum der Deutschen Bank in London
„Mann, das ist erotisch“

nicht einsehen mochte, dass er dafür nicht geschaffen war. Und deshalb trainierte, doppelt so lange wie andere.

Mitchell steckt sich eine Marlboro Light an, obwohl man im eigelb getünchten, kühn geschwungenen Winchester House, dem Londoner Stammsitz der Deutschbänker, nicht rauchen darf. „Mein einziges Privileg am Arbeitsplatz“, sagt der Boss, wie so häufig ohne Jackett, als müsse er allen Mitarbeitern gegenüber Hemdsärmeligkeit demonstrieren. Die Tür seines spartanisch eingerichteten Büros bleibt offen. Mitchells Blick fällt durch die Glaswand hinüber auf den Trading Floor.

650 Deutsche-Bank-Händler sitzen da dicht an dicht gedrängt vor ihren Bildschirmen, auf denen Zahlenkombinationen blinken. Sie telefonieren hektisch, drücken Computertasten, werfen sich mit geöffneter oder halb geöffneter Handfläche Insider-Gesten zu, schreien über Stuhlreihen hinweg in Englisch, Französisch, Japanisch und gelegentlich auch Deutsch: „Mehr als eindreiviertel Prozent sind nicht drin, und das ist ein verdammt gutes Geschäft!“

Über den Händlern weitere Bildschirme, auf denen die aktuellen Börsen- und Devisenkurse durchlaufen. An einer Wand ticken die Uhren, verraten die Zeit in New York, London, Moskau, Hongkong, Tokio. Wenn ein Markt schließt, öffnet bald der andere. Deshalb kommen die ersten Trader schon um sechs, und die letzten gehen weit nach Mitternacht. Und viele Workaholics versuchen, auf allen Märkten allzeit dabei zu sein.

Oft kommt es beim richtigen Deal auf die Sekunde an – und doch ist der Trading Floor (Gesamtkapazität: 1500 Händler) ein merkwürdig zeitloser Raum. Ständiges Kunstlicht und eine permanente Informationsflut lassen den Bezug zur Außenwelt verschwimmen. Es mag ja sein, dass es Sommer wird, aber was kann das bedeuten angesichts dessen, dass Bangkoks Bankenwerte fallen und der verdammt Yen nicht nachgibt?

Die Provisions-Jäger

Das Geschäft der Investmentbanken

Börsengänge, Aktienemissionen

Begleitet eine Bank den Börsengang eines Unternehmens (Initial Public Offering), so werden gemessen am Emissionswert branchenüblich bis zu sieben Prozent Provisionen fällig.

Ein wahrer Geldsegen, da sich der Emissionswert nicht selten im dreistelligen Millionenbereich bewegt.

Auch als Mittler zwischen Aktienemittenten und Käufern verdienen die Banken durch Provisionen mit.

Firmenkäufe, Fusionen

Firmenübernahmen und Fusionen haben sich immer ausgezahlt – für die Banken. Ihre Maklerdienste werden auf Basis der Transaktionsvolumen vergütet: in Zeiten weltweiter Merger-Mania ein Riesengeschäft.

Wertpapierhandel, Derivatgeschäft

Fast schon schöner Alltag dagegen ist der Handel mit Aktien, Optionen und Futures. Investmentbanken handeln nicht nur mit Papieren, sie entwickeln und vermarkten auch selbst neue Finanzinstrumente.

Temperatur, Licht, Feuchtigkeit sind gleich bleibend, nichts soll die Produktivität stören: eine Legeatterie, in der goldene Eier ausgebrütet werden. Gelegentlich schwingt sich Boss Mitchell zu einem Gang zwischen den Batterie-Reihen auf, durchbohrt einen der Trader mit seinen kalten, grünen Augen und spricht mit samtweicher Stimme ebenso aufmunternde wie bedrohliche Worte: „Du packst es, ich vertrau dir, wir brauchen den Deal!“

Es gibt Duschen für die Händler, die über Nacht bleiben. Kein besonderer Luxus, verglichen mit der Schweizer Bank UBS. Die hat gerade einen Concierge-Service eingerichtet, der Mitarbeitern lästige Alltagsarbeiten wie Einkäufe abnimmt. Bei der Deutschen Bank in London versorgen Etagenküchen und Automaten in den Toiletten die Trader mit dem Nötigsten: Sandwiches und Kaffee, Kopfschmerztabletten und Mundspray.

Keine Kondome. Warum eigentlich keine Kondome? Wo doch, wenn man schon nicht hinauskommt ins Swinging London, auf dem Händlerflur auch junge Damen im gleichen Job tätig sind, blitzgescheit und bildhübsch?

* Bei der Ankündigung des Zusammenschlusses der beiden Banken am 9. März in Frankfurt am Main.

Ein Harvard-Absolvent, wie die meisten der hier Beschäftigten noch keine 30 Jahre alt, sagt lachend: „Sex ist etwas für Leute, die für Investmentbanking nicht schlau genug sind. Du überzeugst milliardenschwere Fondsmanager von deinen Lieblingsanleihen, du kaufst Euro im Moment des Tiefstands, du bringst zwei Firmen zur Fusion zusammen – was für ein Glücksgefühl. Mann, das ist erotisch!“

Mitchell weiß, wie schwierig es ist, die Top-Absolventen der Elite-Universitäten anzuheuern oder Spitzenkräfte von der Konkurrenz zu werben. Dutzende Neue braucht er pro Jahr, Nachschub für die Geldmaschine.

Drei Viertel von ihnen werden ohne richtigen Vertrag für die Deutsche Bank in London schufteten, aber mit dem Versprechen ihres Chefs ausgestattet, dass sie mit Bonuszahlungen und Aktienoptionen sehr schnell sehr reich werden können. Sie müssen allerdings in Mitchells Sinn „funktionieren“ und reüssieren. Wer nicht mitzieht, wird bald „terminiert“ – Mitchell-Speak für Entlassung. Eher als Terminator denn als Integrator habe Mitchell auch bei der Einbeziehung des Bankers Trust gearbeitet, sagen seine Kritiker und beklagen, der „Hai“ habe bei der kompromisslosen Zusammenführung der Handelsplattformen überflüssig viel Blut fließen lassen.

„Er gibt Jungen jede Chance und kann sehr gut motivieren. In seiner Abteilungsleiterebene aber setzt er auf loyale Kräfte und steht dann rückhaltlos hinter ihnen“, sagt der Inder Anshu Jain, der schon lange an Mitchells Seite arbeitet. „Er hat mich wie so viele von Merrill Lynch mitgebracht. Ich habe seinen Wechsel zur Deutschen Bank damals nicht begriffen, die galt für uns damals als drittklassig, unter unserer Würde. Aber ich wäre mit ihm ans Ende der Welt gegangen. Und jetzt sind wir Weltspitze.“

Jains Loyalität gehört einer Person, nicht der Firma – das ist so üblich in der Branche. Als „moderne Söldner des Kapitalismus“, als „machtgierig und skrupellos“ hat das

Fusionsmanager Breuer, Walter*: „Das hätte



„Manager Magazin“ in seiner jüngsten Tittelgeschichte die Investmentbanker bezeichnet. „Ihr aggressives Auftreten, ihr knallharter Stil verletzt jede Etikette im feinen Geldgewerbe.“ Mitchell wischt das weg: Das sind – weiß Gott – keine Kategorien, die ihn interessieren.

Am Wochenende war er noch in Tokio, dann die Vorstandssitzung in Frankfurt, ein Abstecher nach Paris, jetzt wieder einige Tage London. Die Kundenbetreuung ist für Mitchell das Wichtigste geworden, Minister suchen ebenso seinen Rat wie die Firmenchefs der „Global 500“, der größten Firmen der Welt. Vielleicht lässt sich ja auf diese Weise eine der letzten Schwächen der Deutschen Bank beheben: Im besonders einträglichen Geschäft der Fusionen und Firmenübernahmen liegt sie nämlich noch weit hinter den Branchenbesten.

Besonders auf dem europäischen und amerikanischen „Schlachtfeld“ müsse seine Firma „zum Angriff übergehen“, da seien alle seine Firmen-„Leutnants“ gefragt, sagt Mitchell im Feldherren- oder Fußballtrainer-Stil. Der Banker erinnert dabei in Körpersprache und Diktion stark an den englischen Trainer Kevin Keegan – an den selbstbewussten Keegan vor der britischen Pleite bei der Fußball-Europameisterschaft. Fast noch mehr, wenn er fortfährt. „Es gilt das Erfolgsrezept: Sich breit aufstellen, die Produktmischung und den geografischen Mix gut abstimmen.“

Dass Mitchell die Ertragsquellen weit streuen will, hat gute Gründe. Zwar ist die Idealvorstellung aller Investmentbanker, dass sie bei jeder Bewegung des Marktes gewinnen (zur Not durch Abwälzen des Risikos auf den Kunden) und nur bei einem Stillstand der Geschäfte Verluste drohen. Doch selbst Experten liegen manchmal radikal daneben: Die Asienkrise 1997 und der russische Währungszusammenbruch 1998 haben auch die „Global Markets“ der Deutschen Bank gebeutelt, wenngleich nicht so wie die Konkurrenz.

Jobs gekostet“



JUELICH / IP-PHOTO.COM

Es ist einsam an der Spitze, das muss Mitchell keiner sagen. Vorstandssprecher Breuer hat sich vor fünf Jahren sehr dafür eingesetzt, ihn zur Deutschen Bank zu holen, und bewundernd angemerkt: „Edson Mitchell ist wie ein Indianerhäuptling, der Stamm folgt ihm. Wenn er sagt, gehe in diese Richtung, dann sagen sie: Edson, du weißt es am besten.“

Nun folgt Mitchell der Stamm wieder – und womöglich kostet das Breuer den Job. Illoyal mag sein Verhalten bei der Dresdner-Fusion gewesen sein, das mag sich der Mann aus Maine im Stillen womöglich eingestehen. Aber gut für die Firma. Und sicher sehr gut für die eigene Karriere.

Ganz selten erwischen die „Leutnants“ den Boss in einem Moment der Melancholie. Dann betrachtet er das Bild auf dem Bord in seinem Büro, das eine seiner Töchter bei der Abschlussfeier im Colby College zeigt, seiner alten Schule, der er mit Spenden und ehrenamtlicher Tätigkeit im Kuratorium treu geblieben ist. Fünf Kinder hat er, in alle Welt verstreut, und sieht sie immer weniger. Seine Frau wollte nicht auf Dauer mit nach London – es ist manchmal ein hoher Preis, den Spitzenmanager für die Karriere bezahlen.

Aber diese Augenblicke der Einkehr verflüchtigen sich bei Mitchell schnell. So viele Termine, so viele Geschäfte, so viele Gelegenheiten, zu definieren, was einem wichtig ist im Leben.

In Frankfurt steht dem Neu-Vorstand Mitchell, der nach seiner Beförderung für den kompletten Handel mit Wertpapieren, Gold und Devisen zuständig ist, ein eigenes Büro in der Chefetage zu. Direkt unter dem Himmel, dreimal so groß wie das von London.

Nicht, dass er deshalb viel häufiger in Deutschland sein wird – London ist eben der führende Finanzplatz. Und Führungskräfte-Tagungen mit Psychologen, wie sie die Zentrale gelegentlich veranstaltet, hält er für Zeitverschwendung. Als Mitchell zusammen mit anderen Spitzenmanagern mit Fingerfarben die Wand bemalen sollte, stürmte er „wutentbrannt“ („Financial Times Deutschland“) aus dem Raum. „So einen Scheiß mache ich nicht mit“, rief er, bevor er die Tür zuknallte. Keiner wagte es, ihn aufzuhalten.

Mit seiner Ernennung hat Mitchell wieder ein Etappenziel erreicht. Er gilt inzwischen mit einem Aktiendepot im Gesamtwert von mehr als hundert Millionen Mark auch als einer der größten Einzelaktionäre der Deutschen Bank. Und ganz nebenbei hat er auch noch einen Krieg der Kulturen gewonnen. Er half, in der Zentrale den „casual friday“ weitgehend durchzusetzen – am letzten Wochenarbeitsstag gibt es jetzt keinen Krawatten- und Anzugszwang mehr. Grüne Ampel für den lässigen Deutschen.

Es wird nicht sein letzter Sieg sein. Und vielleicht schreibt Mitchell einmal seine Memoiren. „Wie ich die Deutsche Bank übernahm“, könnten sie heißen; „Mal Hai, mal Kuscheltier“. Oder, ganz schlicht: „Gott. Eine Autobiografie“.

Werbeseite

Werbeseite

AUTOS

Böse Geister

Gebrauchtwagen gelten den Japanern als anrüchig. Vorm Verkauf wird vieles ausgewechselt – vom Lenkrad bis zum Gaspedal.

Geschäftsmann Yuki Miyagi, 56, hatte eine böse Vorahnung. Irgendwas schien mit dem metallgrünen Jaguar XJ8, den der Japaner vor zwei Jahren gekauft hatte, nicht zu stimmen. Der Motor lief zwar wie geschmiert, alle Schalter funktionierten – doch dann trat das Missgeschick ein.

Als Miyagi sein Luxusgefährt in Tokio vor einem Supermarkt parkte, wurde es

am Armaturenbrett befestigt wird. Miyagi setzt sich sichtlich beruhigt in sein Auto und lenkt es auf die verstopfte Autobahn in Richtung Tokio.

Mönch Ryuei Nakajima kennt sich mit Autos bestens aus. Im Jahr weilt er über 100 000 Fahrzeuge in Kawasaki südlich von Tokio. „Für uns Asiaten ist ein Auto eben keine leblose Maschine“, erläutert Nakajima. „Es besitzt seine eigene Seele, die mit dem Fahrer eine harmonische Einheit bilden muss.“ Auch deshalb komme es für viele Japaner nicht in Frage, sich etwa einen Wagen aus zweiter Hand anzuschaffen.

Kaum eine Autofahrer-Nation hegt eine so starke Abneigung gegen Gebrauchtwagen wie die Japaner. Viele pflegen ihr Auto wie das häusliche Wohnzimmer und wechseln gar die Schuhe, bevor sie einsteigen. Als Ursache dafür sieht der Mönch auch

sensiblen Japaner erstmals ein so genanntes Refresh-Package.

Dabei werden alle Teile aus dem Altwagen entfernt, mit denen die Vorbesitzer – igitt! – körperlich in Berührung kamen, vom Lenkrad bis zum Gaspedal. Am Ende dieses Prozesses, bei dem auch die Batterie und die Mikrofilter der Klimaanlage ausgewechselt und selbst winzigste Kratzer am Lack ausgebessert werden, blitzt und blinkt der Gebrauchtwagen wie fabrikneu im Verkaufsraum.

Aber auch die Preisschilder prangen dann vornehm an den Windschutzscheiben: Ein Gebrauchtwagen-BMW der 7er Reihe (Neupreis in Japan: über 190 000 Mark) kostet dann um die 115 000 Mark. Unabhängige Händler verlangen für so ein Auto viel weniger.

Schon lange sorgten sich BMW-Manager in Japan, dass unabhängige Gebrauchtwagen-

händler das edle Image und vor allem die hohen Preise der Nobelmarke zu verderben drohten. Doch ein offizielles Garantie-Siegel und das Auffrischungspaket leiteten die Wende ein: Inzwischen kontrollieren die Münchner bereits 30 Prozent des japanischen Marktes für gebrauchte BMW.

Angesichts der langjährigen Flaute auf Japans Neuwagenmarkt kümmern sich auch andere Autofirmen verstärkt um den einst vernachlässigten Gebrauchtwagenmarkt.

Der Importhändler Yanase, der Mercedes und Opel vertreibt, verspricht seinen Kunden, bis zu 104 Teile im Fahrzeug zu testen und notfalls auszuwechseln. Und Toyota, der größte japanische Autohersteller, der zwar über 40 Prozent der Neuwagen im Heimatland absetzt, aber nur etwa 8 Prozent der Gebrauchtwagen verkauft, greift neuerdings mit Online-Auktionen im Internet an.

Der Wettbewerb wird heftiger – und damit auch der Druck auf die Firmen, peniblen Kunden mit immer neuen Serviceangeboten die Scheu vor Altfahrzeugen zu nehmen. Tatsuji Morimoto, der nahe der vornehmen Tokioter Einkaufsmeile Ginza gebrauchte BMW anbietet, behandelt seine Autos zuvor mit einer speziellen Ozon-Therapie: „Damit“, verspricht Morimoto, „entsorgen wir jedes Auto vom Geruch seiner Vorbenutzer.“

Gegen den Mief im Fahrgastraum sind die Japaner besonders empfindlich. Allein im Geschäftsjahr bis Ende März 1999 produzierten die heimischen Hersteller 1885 Tonnen spezielle Autoogeruchsvernichter – im Gesamtwert von rund 60 Millionen Mark.

WIELAND WAGNER



Nissan-Gebrauchtwagenhändler in Japan: Empfindlich gegen den Mief der Vorbesitzer

von einem anderen Auto gerammt. Statt die Schuld an dem Unfall dem anderen Fahrer zu geben, sah Miyagi sich bestätigt: Verursacher des Übels war das eigene Fahrzeug, glaubt Miyagi, „denn es hat das Unglück auf sich gezogen“.

Nun sucht der verzweifelte Japaner einen Weg, seinem Auto die bösen Geister auszutreiben. Vor dem buddhistischen Kawasaki-Daishi-Tempel in der Nähe von Tokio reiht Miyagi sein Unglücksgefährt mit hundert anderen Fahrzeugen – die meisten sind Neuwagen – zur Autoweihung ein. Gegen Zahlung einer Gebühr von 60 Mark pro Auto murmelt ein kahlköpfiger Mönch Sutras und schlägt einen Gong dazu.

Nach 20 Minuten ist das Ritual vorbei. Feierlich überreicht der Geistliche jedem Fahrer einen in Plastik eingeschweißten Talisman, der dann am Rückspiegel oder

den ausgeprägten Reinheitskult seiner Landsleute. Schließlich stellen selbst Japans Stadtstreicher ihre Schuhe säuberlich vor die Pappkartons, in denen sie leben.

Jahrelang überließen die Autokonzerne das anrüchige Geschäft mit Altfahrzeugen daher häufig unabhängigen Händlern an großen Ausfallstraßen: Neben Pachinko-Spielhöhlen und Liebeshotels preisen sie gebrauchte Pkw auf Parkplätzen mit bunten Flaggen und grellen Preisschildern an. Dazu dröhnt laute Popmusik wie auf dem Jahrmarkt.

Neuerdings aber verliert der japanische Gebrauchtwagenmarkt sein zweifelhaftes Image – und das verdanken die Inselbewohner vor allem der deutschen Luxusmarke BMW: Denn um den inneren Widerstand potenzieller Kunden zu brechen, ersann der Münchner Autokonzern für die

Werbeseite

Werbeseite

ARD

Mehr Macht für die GEZ

Die ARD hat sich intensiv mit der Zukunft der Rundfunkgebühren beschäftigt. In einem internen Papier diskutierten die Justiziere der ARD-Sender acht Modelle – und bevorzugten dabei eine vereinfachte Fassung des bisherigen Systems, wonach die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) für das Aufstellen von Empfangsgeräten kassiert. Nach dem Planspiel zahlt künftig jeder Haushalt eine einzige Gebühr – die würde auch den Rundfunkkonsum über Computer und Handys erfassen. Damit möglichst viele zahlen, sollten, so die Experten, die zuständigen Behörden die relevanten Daten an die GEZ übermitteln. Dadurch entfele „im Wesentlichen die Schwarzseher-Problematik“, heißt es in dem Papier. Im Klartext: Alle Einwohnerämter sollen ihre Informationen weitergeben. Nach dem ARD-Modell werden künftig zudem sozial Schwache nicht mehr durch Sozialämter, sondern via GEZ von der Gebührenpflicht befreit. Skeptischer sehen die ARD-Vertreter dagegen eine „Rundfunkbürgerabgabe“ („hohe Rechtsunsicherheit“) und ein „Beitragsmodell“, bei dem das TV-Geld zusammen mit Lohn- und Einkommensteuer vom Arbeitgeber kassiert wird („Akzeptanzprobleme“). Gänzlich abgelehnt werden Spezialabgaben für jedes verkaufte Fernseh- und Radiogerät (nötig wären 800 beziehungsweise 250 Mark), eine Finanzierung aus dem Staatshaushalt („verfassungsrechtlich unzulässig“) sowie eine Rundfunksteuer analog zur Kirchensteuer.



TV-Spot für Rundfunkgebühren

FERNSEHEN

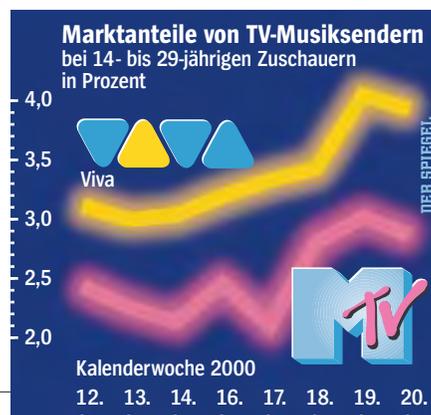
Viva oder MTV?

Im Kampf der Musiksender um das junge Publikum führt nach bislang geheimen Quoten des Forschungsinstituts GfK der Kölner Sender Viva. So lag er nach einer Auszählung von acht Wochen im ersten Halbjahr bei den 14- bis 29-Jährigen konstant um mindestens 0,5 Prozentpunkte vor dem Rivalen MTV. Dessen Deutschland-Chefin Christiane zu Salm, 33, freilich wartete vergangene Woche mit der AWA-Umfrage für die Werbeindustrie auf, wonach täglich 4,54 Millionen MTV gucken (Viva: 4,37 Millionen). Mit eigenen Filmen, Zeichentrickserien und Kino-Co-Produktionen will Salm weiter zulegen, trotz der Börsen-Millionen der Viva Media AG, die jetzt an den Neuen Markt will. „So etwas wie



Salm

„Lola rennt“ darf nicht mehr an uns vorbeigehen“, sagt die Managerin, die sich außerdem Comicserien des Zeichners Brösel („Werner“) auf MTV vorstellen kann. Eine Last hat die Fernsehfrau weniger: Die Schwesterfirma VH-1, die seit dem Start im Jahre 1995 in Deutschland rund 80 Millionen Mark verlor, bekommt mit der Radiofirma AVE des Holtzbrinck-Konzerns einen neuen 50-Prozent-Gesellschafter. Der Plan: Die Hit-Antenne-Radios von AVE und das Pop-TV sollen sich gegenseitig bewerben. An VH-1 waren 1999 auch der Bauer-Verlag, ProSieben und EM-TV interessiert.



FERNSEHEN

„Absolut zufrieden“

ZDF-Sportchef Wolf-Dieter Poschmann, 48, über teure Fußballrechte und Quotenkrisen

SPiegel: Das ZDF hat gerade für das „Sportstudio“ Fußballrechte gekauft, unter anderem für das samstägliche Topspiel der Bundesliga. Ist das wirklich eine Preissteigerung von jährlich 25 Millionen auf 65 Millionen Mark wert?

Poschmann: Zu Zahlen sage ich nichts. Aber erstens bekommen wir für unser Geld ein ganzes Rechte-Paket, das – zweitens – unseren Einsatz lohnt, sonst hätten wir es nicht gekauft. Bisher waren die Tore des FC Bayern München schon überall zu sehen, bevor sie bei uns ankamen. Wer keinen Pay-TV-Decoder besitzt, bekommt sie beim ZDF nun endlich als Erstes zu sehen.

SPiegel: Sportrechte werden dauernd teurer, doch die Zuschauer wandern ab.

Poschmann: Bei der Fußball-EM erreichten wir knapp 20 Millionen Zuschauer, obwohl die deutsche Elf längst ausgeschieden war. Und wenn wir mit Live-Berichten von der Tour de France Marktanteile jenseits der 25 Prozent erreichen, müssen wir nicht deprimiert sein. Aber beim heutigen Überangebot selektiert das Publikum viel schärfer. Wir hätten alle gern bessere Zahlen.

SPiegel: Der Marktanteil des „Sportstudios“ ist im ersten Halbjahr ab und zu unter acht Prozent gerutscht. Häufig war die Sendung vom Aus bedroht, weil die Quoten chronisch sacken.

Poschmann: Nicht nur unsere. Damit muss heute jeder Sender leben. Wenn statt Sport aber ein Spielfilm läuft, sind die ZDF-Marktanteile auch nicht besser. Wir müssen die Relationen sehen.

SPiegel: Das heißt, Sie hängen einfach die Quoten-Latte tiefer?

Poschmann: Das müssen heute auch „Tatort“-Produzenten.

SPiegel: Was ändert sich außer dem Fußball-Schwerpunkt im „Sportstudio“?

Poschmann: Nichts. Ich bin mit dem Konzept absolut zufrieden – inklusive Torwand-Schießen, auf das sich Zuschauer und Gäste seit 36 Jahren freuen.



Poschmann

Flachlegung

Die Liste der bedrohten sexuellen Minderheiten wird in diesem Sommer um mindestens eine Art länger: um den „Playboy“-Leser. Der sieht sich umwälzenden Neuerungen seines Magazins ausgesetzt. Nicht, dass das Centerfold-Girl verschwände, jenes sechzig Zentimeter hohe perfekte Abbild naturgetreuer Aufblaspuppen, das ihm in die Augen sieht und alles verspricht, was manchen Männern Spaß macht. Es kommt schlimmer. Wie zu hören ist, soll nach dem Wechsel in der Chefredaktion nichts Geringeres als das verschwinden, was den „Playboy“-Leser bisher dazu bewog, das Hochglanzding



in die anspruchsvolle Hand zu nehmen: das Niveau. Das journalistisch-publizistische, versteht sich.

An die Stelle von Literaturwettbewerben für junge deutsche Autoren und Interviews mit russischen Schachweltmeistern sollen nun, so behaupten jedenfalls im Zorn verschiedene Redakteure, ferkelnahe „basics“ treten, etwa „über die geilste Yacht, auf der man die teuersten Weiber flachlegen kann“. Damit aber steht die Leser-Blatt-Bindung auf dem Spiel. Womit bitte soll der Leser künftighin seiner Partnerin erklären, dass dieses Blatt aus höheren Gründen auf seinem Nacht- respektive Couchtisch liegt, wenn man ihm die hochkarätigen Satiren eines Werner Schneyder nimmt oder den Exklusiv-Abdruck der literarisch wertvollsten Passagen des neuen Romans von Stephen King? Heimlichkeit ist anstrengend und Taschenlampenlicht nicht gut für die Augen.

INTERVIEW

„Unwahrscheinliche Grazie“

Regisseur Hark Bohm, 61, („Der kleine Staatsanwalt“) über seine Arbeit an der Verfilmung des spektakulärsten Justizfalls der Nachkriegszeit, des Prozesses gegen Vera Brühne, für Sat 1



Bohm

SPIEGEL: Herr Bohm, halten Sie Vera Brühne für unschuldig?

Bohm: Als ehemaliger Anwalt gehe ich stets von der Unschuldsumutung aus. Meine Haltung deckt sich vollständig mit der von Rudolf Augstein, die er in einem vierteiligen Artikel 1970 vertreten hat.

SPIEGEL: Augstein schrieb damals, Vera Brühne sitze lebenslanglich in Haft, ohne dass die ihr „zur Last gelegte Tat mit Tatsachen, die einem Rechtsstaat genügen könnten, nachgewiesen worden wäre“.

Bohm: Ja, ein Fehlurteil. Der letzte Beweis dafür ist, dass nach heutigen Erkenntnissen der Gerichtsmedizin der Tod der Opfer nicht zu dem Zeitpunkt eingetreten ist, den das Gericht unterstellt hat.

SPIEGEL: Wird Ihr TV-Dreiteiler ein reiner Gerichtsfilm?

Bohm: Nein, der Prozess ist nur ein Bruchteil des Phänomens. Der Film ist eher ein Sittengemälde oder ein Zeitporträt jener Jahre, und er geht der Frage nach, wie sich eine attraktive Frau selbst auf die Schlachtbank legen, wie sie in den Strudel von Wahnsinn geraten und wie es zu einem Hexenprozess dieses Ausmaßes kommen konnte.



Brühne (1969)



Harfouch

SPIEGEL: Kennen Sie Frau Brühne?

Bohm: Ich habe sie mehrmals besucht. Trotz ihrer 90 Jahre ist sie noch voller Eleganz und Lebhaftigkeit. Sie führte vor, wie sie damals ihren Mantel getragen hatte. Sie zeigte eine unwahrscheinliche Grazie. Aber ihre Sicht ist nicht die zentrale Perspektive meines Films, sondern die des inzwischen verstorbenen Anwalts Wilhelm Haddenhorst, der den Fall gründlich erforscht hat.

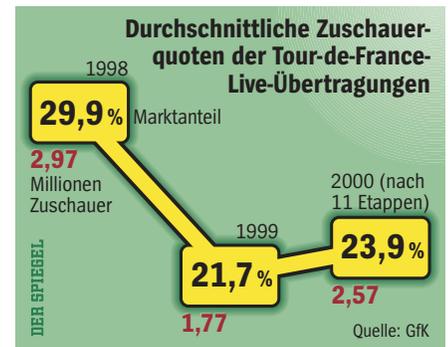
SPIEGEL: Ursprünglich haben Sie an Barbara Rudnik als Hauptdarstellerin gedacht. Nun spielt Corinna Harfouch Vera Brühne. Hat Sie Ihr Produzent Bernd Eichinger, dessen Lebensgefährtin Harfouch ist, dazu gedrängt?

Bohm: Das ist absurd. Corinna Harfouch, Bernd Eichinger und ich sind Profis. Mit Barbara Rudnik hatte ich zunächst vieles besprochen und ausprobiert. Sie meinte dann, dass die Brühne doch nicht die richtige Rolle für sie sei. Dann dachte ich an Corinna, mit der ich schon vor 17 Jahren als erster im Westen wirkender Regisseur zusammengearbeitet habe. Ich halte sie für die großartigste deutsche Schauspielerin ihrer Altersgruppe.

QUOTEN

Flotte Tour

Im Vergleich zum Vorjahr hat das Publikumsinteresse an der Tour de France zugenommen. Nach den ersten elf Live-Übertragungen in diesem Jahr zeigt sich, dass die Sendungen vom schwersten Radrennen der Welt nicht in dem Quotentief verharren, in das sie im Sommer 1999 gestürzt waren. Damals hatte der erste deutsche Toursieger, Jan Ullrich, wegen einer Verletzung nicht teilgenommen, die davor herrschende Begeisterung fürs Radeln war jäh zerstorben. „Dieses Jahr hatten wir jetzt ein belebtes Rennen“, sagt Rolf-Dieter Ganz, Pressesprecher der ARD für die Tour de France. „Auch andere starke deutsche Teilnehmer wie Erik Zabel und Marcel Wüst haben für Spannung gesorgt.“



Vorschau

Einschalten

37°: Der Spieler

Dienstag, 22.30 Uhr, ZDF

Schnörkellos und dennoch optisch attraktiv schildert Norbert Buse das Elend, in das Menschen geraten, die mit dem Glücksspiel nicht umgehen können. Ein Unternehmer erzählt seine traurige Suchtkarriere in einer gottverlassenen Urlaubsgegend, wo er auf Anraten eines Therapeuten sein verkorkstes Leben niederschreibt. Eine Bremer Psychologiestudentin, die als Croupier arbeitet, aber später eine Beratungsstelle für Spielsüchtige betreiben möchte, begleitet der Film durch Las Vegas. Was sie zu Hause rund um den Roulettekessel beobachtet hat, steht in krassem Gegensatz zum Glamour der Zockerstadt.

Schumi & Co

Dienstag, 23.00 Uhr, ZDF

Von nichts kommt nichts, das gilt besonders für den Automobilsport. Der Dokumentarist Dieter Oeckl hat das offenbar reiche Filmmaterial über den Kart-Club Kerpen gesichtet, wo die Karriere von Michael und Ralf Schumacher, aber auch anderer Formel-1-



Michael Schumacher (1989)

Stars wie Heinz-Harald Frentzen und Nick Heidfeld begann. Die alten und die neuen Statements – einige Interviewausschnitte mit den Schumi-Brüdern sind 15 Jahre alt – zeigen das Milieu der Autoverrückten: eine Welt des Ehrgeizes, aber auch des Zusammenhalts mit gemeinsamen Campingurlaubs, väterlichen „Schraubern“, wie die Kart-Monteurs genannt werden, und elterlicher Behütung. Vater Rolf Schumacher war in Kerpen Platzwart, die Mutter sorgte im Club für das leibliche Wohl. Interessanterweise brems Vater Schumacher in einem alten Interview den Ehrgeiz seiner Söhne: Eine Formel-1-Karriere könne man nicht mit Gewalt erreichen. „Wer verbissen ist, schafft das nicht.“ Auch heute, führt Oeckl vor, muss die Familie voll hinter der Karriere eines künftigen Rennstars stehen. Allerdings hat sich einiges gegenüber der

Schumi-Pionierzeit geändert: Die Technik ist anspruchsvoller geworden und – Folge des deutschen Formel-1-Ruhms – „die Ellenbogen spitzer“, wie Gert Brandes, der heutige Präsident der Kerpener Talentschmiede, mit einem Anflug von Bedauern feststellt.

Vom Küssen und vom Fliegen

Mittwoch, 20.30 Uhr, ARD

Die fünfziger Jahre mal nicht als kulturelle Verlängerung der Nazi-Zeit und Brutstätte der Prüderie, sondern als Epoche, in der es Lebensfreude, Witz und jede Menge Lust gab. Hartmut Schoens „federleichte Komödie“ („FAZ“) von drei Brüdern, die das Abenteuer Frau entdecken, räumt unterhaltsam mit historischen Klischees auf.



Felix Eitner in „Vom Küssen ...“

Ausschalten

Gun – Kaliber 45

Dienstag, 23.10 Uhr, Sat 1

Eine Knarre ist der Star dieser sechsteiligen Serie, silberglänzend und perlmuttbeschlagen. Das Tötungsinstrument wandert von Episode zu Episode von einer Hand in die nächste und beendet so manches hoffnungsvolle Erdendasein. Produziert wurde das Revolverstück unter dem Namen von Robert Altman („Prêt-à-Porter“), der einen seiner ersten Regieauftritte 1955 in „Alfred Hitchcock präsentiert ...“ hatte und jetzt seinerseits aufstrebenden Krimi-Talenten eine Chance geben will. Leider erweist sich der Regisseur und Autor der ersten Folge „Zwischen den Zeilen“, James Sadwith, nicht gerade als begnadete Entdeckung. Die Pistole, ehemals im Besitz eines kurdischen Terroristen, wird von einem Wachmann (James Gandolfini) erstanden, der sie zu Hause im Nachtkästchen bunkert. Seine gelangweilte Ehefrau (Rosanna Arquette) fängt eine Affäre mit einem

Schriftsteller (Peter Horton) an, der das Techtelmechtel als literarische Inspiration verwertet. Mit dem Schlusssatz seines Meisterwerks will der Schreiberling auch die Beziehung beenden, aber die Geliebte lässt sich nicht so einfach in schöne Literatur auflösen. Bis zum origi-



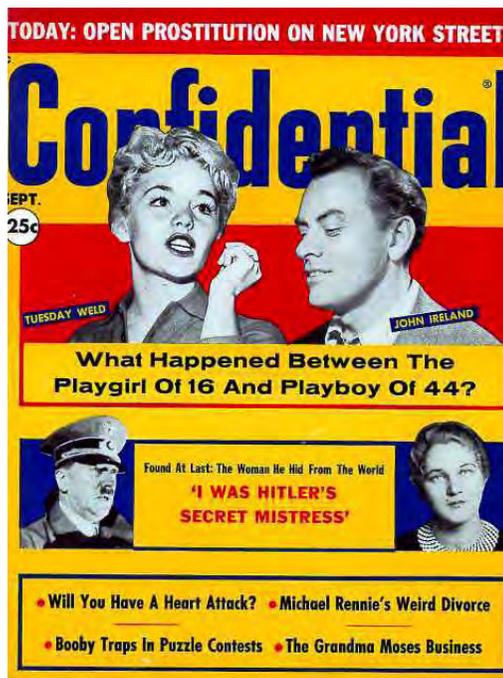
Gandolfini in „Gun – Kaliber 45“

nellen Ende hat die Handlung so viele Ladehemmungen und ganze Feuerpausen, dass nicht wenige wehrhafte Zuschauer den Film schon längst per Fernbedienung abgeschossen haben dürften.

Familiengeschichten: Die Wolfs

Donnerstag, 22.00 Uhr, ARD

Friedrich Wolf (1888 bis 1953) war in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts Armeniarzt, bestsellender Gesundheitsapostel, später glühender Kommunist. Seine Söhne erlangten noch mehr, zum Teil traurige Berühmtheit: Konrad Wolf (1925 bis 1982) wurde ein ebenso bekannter wie – trotz kritischer Untertöne – ideologisch sattelfester Filmemacher in der DDR. Sein Bruder Markus, 77, stieg zum Geheimdienstchef des Mauerstaates auf. Die Autorin des Films, Doris Metz, schildert die Geschichte der Familie, interessiert sich auch für außereheliche Fehlritte. Der medienversierte Wolf nutzt die Chance, sich als heiteren Weltmann darzustellen, der leider sein politisches Spiel verloren hat. Ob ihn, der wegen seiner Stasi-Vergangenheit verurteilt wurde, moralische Skrupel geplagt haben, lässt der reichlich zahm gestimmte Film im Dunkeln.



Amerikanische Klatschmagazine: „Jung ist besser als alt, hübsch ist besser als hässlich, reich ist besser als arm“

PRESSE

Willkommen im Skandal-Business

Vom Hollywood der fünfziger Jahre bis ins Washington der Clinton-Affären: Eine enthüllungsreiche Chronik des amerikanischen Klatschjournalismus beschreibt, wie raffiniert durch Indiskretionen Sittengeschichte und Politik gemacht wurde. *Von Urs Jenny*

Als Elvis Presley kurz nach Mitternacht am 16. August 1977 von einem Ausflug nach Hause kam, knipste ihn vor dem Tor seiner Villa „Graceland“ am Elvis Presley Boulevard in Memphis einer der unermüdlichen Fans, die dort seit Stunden ausgeharrt hatten. Das Foto war weder sonderlich scharf noch sonstwie ungewöhnlich, doch der Fan konnte es dem Klatschblatt „The National Enquirer“ für 10 000 Dollar verkaufen, denn es war das letzte Bild des lebenden „King“. Ein Bild des Toten zu beschaffen, wurde teurer.

Dass Elvis gern aß, war ihm anzusehen; dass er aber auch mit vollen Händen bald Aufputzmittel, bald Schlaftabletten einwarf, galt damals noch als wohl gehütetes Geheimnis. Er sei eine „Apotheke auf zwei Beinen“ gewesen, hieß es in der Boulevardpresse später: Sein Leibarzt hatte ihm in seinen letzten 20 Lebensmonaten rund 10 000 Tabletten verschrieben. Gegen Morgen an jenem 16. August hat sich Elvis offenbar eine gute Dosis gegönnt und danach im Badezimmer einen Kollaps erlitten. Seine Braut Ginger Alden schlief ungestört bis in den Mittag hinein im Nebenraum. Erst etwa um 14.30 Uhr entdeckte sie



„Enquirer“-Foto von Elvis Presley (1977)
„Nichts ist besser als ein toter Star“

den Leblosen, alarmierte Leibwächter, Rettungssanitäter und seinen Arzt, der um 16.30 Uhr erklärte: „He's gone.“

Ein Gerücht in der Gerüchte-Presse besagte später, die Elvis-Braut müsse noch vor den Leuten im Haus die Redaktion des „National Enquirer“ in Lantana/Florida aufgescheucht haben. Jedenfalls startete von dort schon gegen 18 Uhr in einer gecharterten Cessna eine Reporter-Task-Force nach Memphis mit dem Auftrag, den Star-Tod bis zum Letzten auszuschlachten.

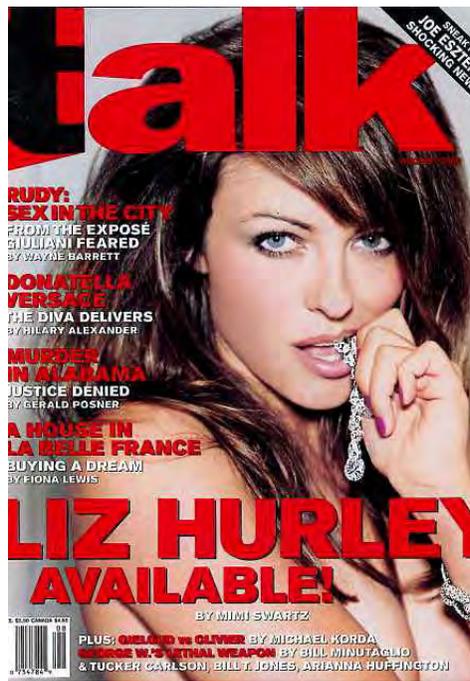
Die „Enquirer“-Leute richteten sich auf einer Hoteletage ein, installierten nach be-

währter Praxis eine eigene Telefonanlage, um ungestört fingierte Anrufe (etwa mit Behörden) tätigen zu können, und schwirren aus: Dutzbende von Leuten, die als Groupies, Bandmitglieder oder Dienstboten mit Elvis zu tun hatten, wurden für ein Info-Honorar unter Exklusivvertrag genommen; auch die beiden Sanitäter, die den Ohnmächtigen in ein Krankenhaus gebracht hatten, bekamen Geld, obwohl sie eigentlich nichts zu erzählen hatten. Die Elvis-Braut wurde für 100 000 Dollar eingekauft, bekam aber dann nur einen Teil der Summe, weil sie anderen Medien gegenüber den Mund nicht halten konnte. Sogar der Autopsiebericht fand den Weg zum „National Enquirer“.

Mehr als 3000 Kränze trafen nach Elvis' Tod in Memphis ein; der Tag, an dem er starb, wurde zum inoffiziellen Nationaltrauertag wie keiner mehr seit der Kennedy-Ermordung im Jahrzehnt zuvor. Auch die Presse trug Trauer, wie es nur ging.

Die Leute vom „National Enquirer“ drückten jedem in Memphis, der zu „Graceland“ Zugang hatte, eine Kamera in die Hand und versprachen ihm ein Vermögen für ein Bild des toten „King“. Einem jungen Elvis-Cousin gelang der Schuss – wofür er

R
 1991/52.50
 ARYL GATES
 A's Top Cop
 to Blame?
 Eric Danne
 W SADDAM
 SURVIVED
 Gail Sheehy
 SHOWDOWN
 AT THE
 COLLECTION
 Richardson
 David D'Arcy
 CLAV HAVEL
 sopher King
 phen Schiff
 HOLLYWOOD
 MAYHEM
 What Is
 Eszterhas's
 ic Instinct?
 Hirschberg



Der Elvis-Tod bezeichnet in dieser Chronik einen Schlüsselmoment, einen ersten Gipfel der Exzesse, doch davor steht ein Rückblick auf idyllischere Zeiten des Starkults und Prominentenklatsches. In Hollywood, naturgemäß dem Brennpunkt aller amerikanischen Neugier auf das Privatleben anderer, machten sich seit den dreißiger Jahren vor allem zwei governantenhafte Reporterinnen darum verdient, die Nation mit Neuigkeiten aus den Nähkörbchen der Stars zu versehen: Louella Parsons und Hedda Hopper, deren Klatschkolumnen landauf, landab in Hunderten von Zeitungen erschienen.

Doch mitten in dieser Zeit konformistischer Selbstdarstellung Hollywoods trat zum ersten Mal ein Störenfried auf, der sein Geschäft auf vor-

angeblich von der Familie verstoßen wurde und vom „Enquirer“ nicht einmal 100000 Dollar erhielt. Das Heft jedoch, das mit dem Toten im Sarg auf dem Titel herauskam, verkaufte sich 6,6 Millionen Mal (gut eine Million mehr als sonst je ein „Enquirer“): Es war ein Triumph des Sensations-Journalismus, der bei der seriösen, moralischen Presse nicht ohne Wirkung blieb.

Der „Enquirer“ begründete mit diesem Foto das Spezialgenre „Celebrity in a Box“, das er fortan pflegte. Das Bild des toten Rock Hudson beschaffte ein Reporter, der per Fallschirm über dem Leichenwagen absprang, das Bild von Bing Crosby im Sarg machte ein als Priester verkleideter Fotograf. Das Bild des toten Rockstars Kurt Cobain allerdings, der sich in den Kopf geschossen hatte, fand sogar

die abgebrühte „Enquirer“-Redaktion undruckbar.

Welchen Einfluss Klatschkolumnisten und Klatschmassenblätter, allen voran der „National Enquirer“ mit seinen Pionierleistungen, im Lauf eines halben Jahrhunderts auf die amerikanischen Medien, den populären Geschmack und die Sittengeschichte ausgeübt haben, rollt Jeannette Walls, TV-Reporterin mit Klatschkolumnistinnen-Vergangenheit, in einem Buch namens „Dish“ auf*: Es birst vor Namen, Anekdoten und Kuriositäten, doch es macht auch sichtbar, wie die „scandal business“ genannte Branche Justiz und Politik mitgeprägt hat.

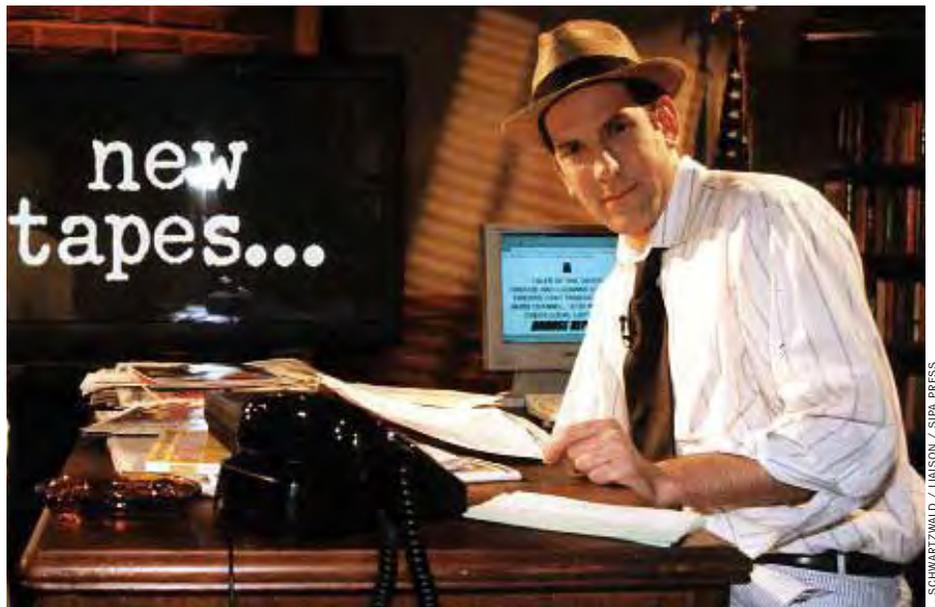
* Jeannette Walls: „Dish“. Avon Books, New York; 376 Seiten; 25 Dollar.

sätzliche Nestbeschmutzung baute. Er hieß Robert Harrison, war keineswegs ein Dunkelmann, sondern setzte sich – zwischen New York und Los Angeles pendelnd – gern als flamboyanter Dandy in Szene und richtete jene quasi detektivischen Methoden der Recherche, die in seriösen Blättern als „investigativ“ hohe Wertschätzung genossen, auf Personen und Ereignisse, die von diesen seriösen Blättern mit Verachtung übersehen wurden: auf Lüste und Laster im Showbusiness.

Schon das Interesse dafür galt als ungeschicklich, doch dass es auch bei den prüden Amerikanern durchaus verbreitet war, zeigte Harrison's Erfolg: Sein Ende 1952 gegründetes Magazin „Confidential“, arm an Anzeigen und auf einer Art Zeitungspapier gedruckt, hatte sich drei Jahre später eine



CORBIS / PICTURE PRESS



L. SCHWARTZWALD / LIAISON / SIPA PRESS

„Confidential“-Chef Harrison (1956), Internet-Reporter Drudge (1998): Nestbeschmutzer aus Leidenschaft

Auflage von vier Millionen erarbeitet. Man las es, auch wenn man das nicht zugeben wollte. Sein Erfolgsrezept: Harrison unterhielt unter Frisören, Studiogarderobieren, Callgirls und Barkeepern ein Heer von Informanten, die ihm für ein Trinkgeld Exzesse und Affären ihrer prominenten Kundschaft hinterbrachten; auch Stars versorgten ihn – als Gegenleistung dafür, dass er sie schonte – mit Klatsch über Kollegen.

1957 hielt es ein ehrgeiziger kalifornischer Generalstaatsanwalt, der Gouverneur werden wollte, für wahlkampfberwerblich, dem notorischen Schmutzfinken Harrison durch einen Prozess in Los Angeles das Handwerk zu legen. Anfangs war der Beifall in Hollywood groß. Doch als es ernst wurde, zeigte sich, dass die angeblich verleumdeten Stars, die man als Zeugen vorladen wollte, eine Konfrontation mit den anrühigen „Confidential“-Informanten für ein noch größeres Übel als deren Enthüllungen hielten: Um nicht vor Gericht auftreten zu müssen, tauchte die Prominenz unter oder floh vor der gerichtlichen Ladung über die Grenze – Elizabeth Taylor zum Beispiel trat eine Kreuzfahrt auf ihrer Yacht an, Clark Gable verreiste nach Hawaii, Frank Sinatra begab sich mit seinen Spielkameraden nach Las Vegas. Auch der Angeklagte Harrison setzte sich rechtzeitig nach New York ab.

Die erhoffte Ehrenrettung Hollywoods gelang durch den Prozess nicht, im Gegenteil. Er bewies nur, was niemand bezweifelt hatte: dass nämlich die Attraktivität von „Confidential“ in übler Nachrede bestand. Einer Verurteilung entging Harrison durch einen Vergleich, der ihn verpflichtete, fortan keine Enthüllungsgeschichten mehr zu publizieren, sondern nur noch Löbliches. Da ihm das keinen Spaß machte, verkaufte er das Blatt, bevor die Auflage in den Keller ging. In Hol-

lywood jedoch gründete die Branche ein Komitee, das der Schmutzpresse ein für alle Mal den Garaus machen sollte. Den Vorsitz übernahm ein unterbeschäftigter Schauspieler namens Ronald Reagan.

Die Nachfolge des „Confidential“-Kolporteurs Harrison als Protagonist des Skandal- und Revolverjournalismus trat der ehrgeizige Sohn eines millionenschweren und politisch einflussreichen Bauunternehmers in New York an: Gene



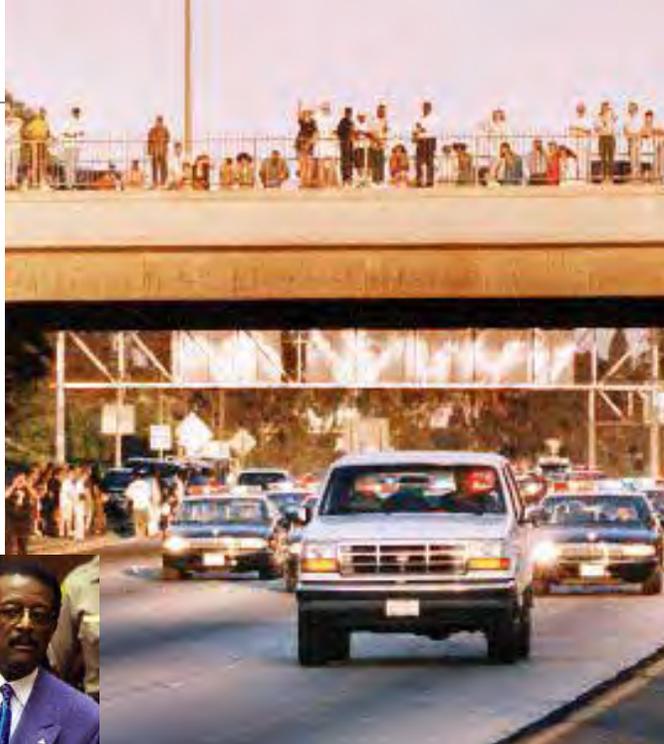
Sportstar O. J. Simpson mit Anwälten (1995), auf

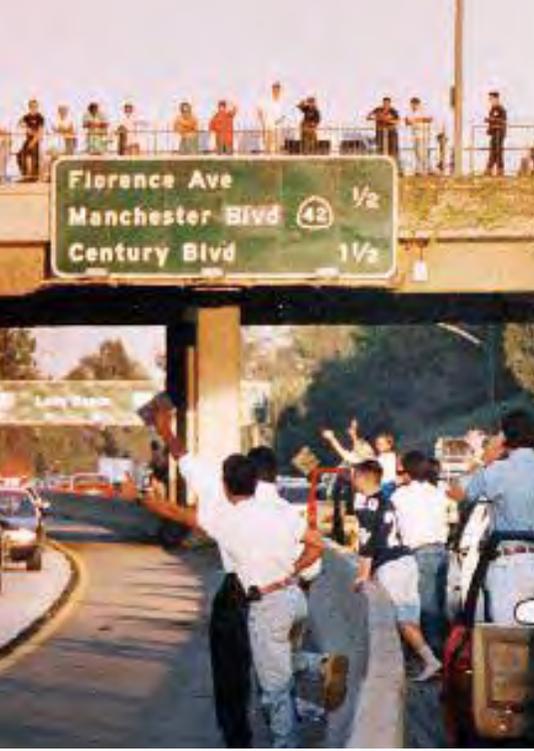
melte Sophia Loren durfte im „New York Enquirer“ nichts Negatives erscheinen, ansonsten aber machte Pope daraus ein Raubaubblatt, wie es noch keines gegeben hatte: Es bediente mit schreienden Schlagzeilen und grausigen Fotos die voyeuristische Neugier auf Mord und Totschlag in der Nachbarschaft.

Pope, der Spezialist für psychologische Kriegsführung, der selber kein Blut sehen konnte, durchbrach Hemmschwellen mit der Veröffentlichung von schockierenden Unfallfotos oder Kampagnen wie der Suche nach dem „hässlichsten Mädchen der Welt“, dem Pope dann eine Schönheitsoperation bezahlte. Dazu kamen Sex-Stories, Klatsch über Filmstars und Pin-up-Fotos. Der Ruf des Blattes war so schlecht, dass Popes Kinder aus ihrer teuren katho-

Pope. Er hatte eine Weile bei der CIA in Washington in der Abteilung für psychologische Kriegsführung gearbeitet, doch kurz nach seinem 25. Geburtstag kaufte er sich ein unbedeutendes Sonntagsblättchen namens „New York Enquirer“ mit einer Auflage von 17 000 Stück.

Einen Teil der Kaufsumme streckte ihm sein Taufpate Frank Costello vor, der so genannte „Pate der Paten“, der für die „New York Times“ der „Ministerpräsident der Unterwelt“ war. Über die CIA, über die Mafia und über die von Pope angehim-





der Flucht (1994): 95 Millionen TV-Zuschauer

lischen Schule ausgeschlossen wurden und die Polizei sich weigerte, seinen Mitarbeitern Presseausweise zu geben. Doch die Auflage stieg und stieg, und als sie eine Million erreichte, wurde aus dem „New York Enquirer“ der „National Enquirer“.

Der „Pate der Paten“ Costello hatte 1957, nach einem Abendessen mit Gene Pope, einen Mordanschlag der Konkurrenz nur als Invalide überlebt, und bald geriet auch Pope mit der nun von Costellos Gegnern geführten Mafia aneinander: Sie hatte den Zeitungvertrieb und die Kioske in New York im Griff. Einer von Popes Leuten wurde erstochen.

Pope beschloss zweierlei. Erstens Umzug des „National Enquirer“ mit Sack und Pack in das 8000-Seelen-Kaff Lantana in Florida, wo er eine Druckerei besaß; zweitens Umstellung des „National Enquirer“ vom Vertrieb am Kiosk, wo er überwiegend männliche Kundschaft fand, zum Verkauf in Supermärkten, wo er, in Stapeln neben der Kasse aufliegend, vor allem Frauen für sich gewinnen musste.

Zum Erfolg dieses Coups trug ein Spitzenpropagandist bei: Präsident Richard Nixon. Pope versprach ihm, der „Enquirer“ werde nur gut über ihn schreiben, und Nixon lud die Bosse von 14 großen Supermarktketten ins Weiße Haus ein, wo er ihnen die Aufnahme des geläuterten „Enquirer“ in ihr Sortiment empfahl. „Das ist Politik“, kommentierte Pope später lakonisch: „Eine Hand wäscht die andere.“

Genau genommen war der angeblich geläuterte „Enquirer“ der alte Wolf, der nur ein bisschen Kreide gefressen hatte. Die Horrorstories, auf die er nun verzichtete, um das Herz der Hausfrauen zu gewinnen, wurden durch eine Mischung aus sentimentalem Tratsch, malizösem Klatsch

und aufgeregten „Enthüllungen“ über Prominente aus Showbusiness und Society ersetzt. Pope ging beispielhaft darin voran, den journalistischen Anstand sausen zu lassen, um Massenbedürfnisse – vor allem das triebhafte Interesse am Triebleben anderer – zu mobilisieren und zu befriedigen.

1975 hatte der „Enquirer“ mit einer Auflage von drei Millionen alle anderen Zeitungen des Landes überrundet, vier Jahre später war sie auf fünfeinhalb Millionen geklettert. Seriöse Blätter ignorierten weiterhin, was der „Enquirer“ hinausposaunte, doch angesichts seines Erfolgs drängte Konkurrenz ins Trash-Revier: Rupert Murdoch begann, mit seinem „Star“ den US-Markt aufzurollen, und sogar die „New York Times“ steckte viel Geld in ein Boulevardblatt namens „Us“: Es war und blieb so verlustreich, dass man schließlich alle Scham überwand und es Gene Pope zum Kauf anbot. Er verzichtete.

Doch schneller und massenwirksamer als neue Druckerzeugnisse hatten sich TV-

Prominente auf dem Umschlag zeigten. Zwangsläufig waren es immer wieder und überall dieselben. Bei „People“ kam nach gründlicher Marktanalyse zu dem Schluss, dass es überhaupt nur etwa 25 „celebrities“ gab, deren Gesicht einen Spitzenverkauf garantierte, und der oberste „People“-Macher Dick Stolley brachte seine Titelbild-Erfahrungen in ein knappes Regelwerk, das als „Stolleys Formel“ Pressegeschichte machte:



Klatschreporterin Hopper (r.), „Enquirer“-Verleger Pope (r.): Aus Hollywoods Nähkörbchen

Plaudersendungen das „Enquirer“-Rezept zu Eigen gemacht, Entertainment als Nachricht und Nachricht als Entertainment zu verkaufen. Die Entdeckung, dass man sogar mit einer Nachrichtensendung, wenn sie nur sensationsgeil genug aufgemacht war, durch Werbespots Geld verdienen konnte, veränderte ein für alle Mal den Charakter von TV-Informationsprogrammen: Sie wurden krawallig und machten unentwegt auch Reklame für sich selbst. Mike Wallace, der Frontmann des besonders forschenden CBS-Magazins „60 Minutes“, erklärte ungeniert: „Sensationalismus ist ein wunderbares Wort.“

Auch im Time-Life-Konzern waren die Zeichen der Zeit erkannt worden: Man hatte die berühmte, prestigeträchtige Illustrierte „Life“ eingestellt und ein buntes Magazin namens „People“ herausgebracht, das als gefälligere Alternative zum „Enquirer“ dessen Publikum mit demselben Stoff abwerben sollte, also mit dem, was eines der Opfer „celebrity voyeurism“ nannte.

Jedes Titelbild zeigte einen Prominenten – das war neu und in der Wirkung so durchschlagend, dass schon ein paar Jahre später alle Unterhaltungsblätter nur noch

*Jung ist besser als alt
Hübsch ist besser als hässlich
Reich ist besser als arm
TV ist besser als Musik
Musik ist besser als Film
Film ist besser als Sport
Und alles ist besser als Politik.*

Als Elvis Presley starb, hielt „People“ sich an die noble Doktrin des Mutterblatts „Time“, niemals einen Todesfall durch ein Titelbild auszubuten, und fertigte Elvis mit einem Kurznachruf von 169 Wörtern ab. Doch der Sensationserfolg der Konkurrenzblätter mit ihren Elvis-Covers belehrte Stolley eines Besseren: Zum ersten Jahrestag des Todes kam „People“ mit einem Elvis-Titel heraus, der sich fabelhaft verkaufte, und als John Lennon erschossen wurde, war auch „People“ sofort mit einem Titel auf dem Markt. Er erzielte einen Umsatzrekord. Da wurde „Stolleys Formel“ eine Regel hinzugefügt:

Nichts ist besser als ein toter Star.

Während „People“, in dessen Spalten das Wort „gossip“ (Klatsch) tabu war, sich den Lesern als starfreundliches Familien-

* Links: mit Jean Simmons, Jane Russell, Stewart Granger (1953); rechts: mit seinem Vater Generoso Pope (1948).



REX FEATURES

Paparazzi-Objekt Prinzessin Diana (1996): Branche mit einem Marktwert von 28 Milliarden Dollar

blatt empfahl, blieb der „Enquirer“ aggressiv. Irgendwann summierten sich die Klagen von Stars, die sich durch angebliche „Enquirer“-Enthüllungen verleumdet fühlten, auf Schmerzensgeldforderungen von 100 Millionen Dollar. Doch nur die wenigsten dieser Klagen kamen vor Gericht, und es zeigte sich, dass die Kläger in der Regel, auch wenn sie gewannen, durch die Prozess-Publicity mehr Schaden als Nutzen hatten. Ein diskreter Vergleich kam allemal billiger, natürlich auch für Gene Pope.

Die Stars, vor allem in Hollywood, mussten lernen, sich auf andere Weise vor der zum Heer gewordenen Fotografen- und Klatschreporter-Meute zu schützen. Die neue Parole hieß: Mach dich rar! Doch auch im Hollywood der Sicherheitsschranken, Alarmanlagen und hohen Gartenzäune war gelegentlich Bedarf an einem Fachmann für diskrete Schmutzarbeit.

Der Prominenteste in dieser Branche war Anthony Pellicano. Er empfahl sich als „ultimativer Problemlöser“ und deutete, wenn jemand schwer von Begriff war, auf den Baseballschläger aus Aluminium, den er stets im Kofferraum hatte. Zu Pellicanos prominenten Kunden gehörte der Sportstar O. J. Simpson wie die TV-Komödiantin Roseanne; Michael Jackson hatte ihn und seine Bodyguards für eine Monatspauschale von 100 000 Dollar unter Vertrag.

Gerüchten zufolge, so Jeannette Walsh, war Pellicano 1991 auch in Florida für Ted Kennedy tätig, als dessen Neffe dort wegen Vergewaltigung vor Gericht kam. Der Medienrummel war so groß, dass es bei der Auswahl der Geschworenen schwierig wurde, überhaupt noch Menschen zu finden, die nicht durch diese Klatschflut voreingenommen waren. Der Prozess, sagt Jeannette Walls, machte Justizgeschichte als der erste, bei dem Wahrheits- und Urteilsfindung von den Massenmedien dominiert wurden. Dass da aber noch beträchtliche Steigerungen möglich waren, zeigte dann



S. THEW / WASHINGTON POST

Paparazzi-Objekt Lewinsky (1998)
Aus dem Internet auf die Titelseiten

das Verfahren gegen O. J. Simpson. Er war 1994 öfter als irgendein anderer Prominenter auf einem Magazin-Cover zu sehen (den zweiten Rang besetzte Oprah Winfrey), und die drei landesweiten TV-Sender ABC, CBS, NBC brachten 1995 in den Abendnachrichten 1392 Beiträge über O. J. Simpson, aber nur 762 über den Krieg in Bosnien: Das Sensationelle hatte selbst in den Nachrichten endgültig über das Wichtige gesiegt.

95 Millionen Amerikaner hatten auf dem Bildschirm live Simpsons „Flucht in seinem Auto“ verfolgt. Der Sender CNN, der den Simpson-Prozess übertrug, steigerte in dieser Zeit sowohl die Zuschauerzahl als auch den Preis pro Werbeminute um 600 Prozent. Was die Prozess-Voyeure an Arbeitszeit vertrödelten, rechnete ein Ökonomieprofessor in einen volkswirtschaftlichen Verlust von 25 Milliarden Dollar um.

Seit den neunziger Jahren, so schreibt Jeannette Walls, füllen die „celebrities“, von denen die Klatschpresse lebt, für die Amerikaner ein Vakuum: Man spricht von Ikonen, von Mythen, von Halbgöttern, denen nun auch luxuriöse Hochglanzmagazine wie „Vanity Fair“ und „Talk“ huldigen, denn diese Berühmtheiten haben „eine kulturelle Bedeutung und einen

emotionalen Einfluss gewonnen, den religiöse oder politische Führer nicht mehr besitzen“. Der Marktwert der Branche namens „scandal business“, deren Sache der Klatsch ist – neben den Zeitschriften inzwischen zwölf TV-Magazine –, wurde Mitte der neunziger Jahre auf insgesamt 28 Milliarden Dollar geschätzt.

Den „National Enquirer“ gibt es immer noch, und das Magazin „Time“ nannte seinen Chefredakteur einen der 25 einflussreichsten Männer im Land. Doch er hat seine Einzigartigkeit eingebüßt, weil nun alle machen, womit er begonnen hat: Aus einem Gossen-Rinnal ist Mainstream-Journalismus geworden.

Für Jeannette Walls in ihrer Skandalchronik „Dish“ ist der Mann, mit dem die Zukunft beginnt, der rasende Internet-Kolporteur Matt Drudge, 33, dessen Parole heißt: „I go where the stink is!“ Für diesen Einzelkämpfer im Multimedienrevier ist das Netz der „große Gleichmacher“, die verwirklichte mediale Demokratie, denn bei ihm kann jeder Leser auch Mitarbeiter sein: Drudge betrachtet sich nicht als Verleger, nicht als Redakteur, nicht als Journalisten, nur als Reporter: Er trägt weiter, was das Netz ihm zuträgt.

Drudge ist stolz darauf, dass seine Webseite den Tod von Prinzessin Diana sieben Minuten vor dem Sender CNN gemeldet hat, und Drudge ist stolz darauf, dass niemand so energisch und ausdauernd wie er die Wahrheitsfindung in Sachen Monica Lewinsky vorangetrieben hat. Wer hätte denn für möglich gehalten, dass abstruse Geschichten von einer Zigarre oder von Flecken auf einem Cocktailkleid aus einem Munkelwinkel im Internet aufsteigen würden auf die Frontseiten der Weltpresse?

Es ist kein Zufall, dass da Monica und Diana eng zusammenrücken. Die zwei, die man nur mit dem Vornamen nennt, sind die letzten beiden Ikonen in einem halben Jahrhundert Klatsch, und der Klatsch hat auf ganzer Linie gesiegt. ♦

TV-TALK

Familienkrach im Quartett

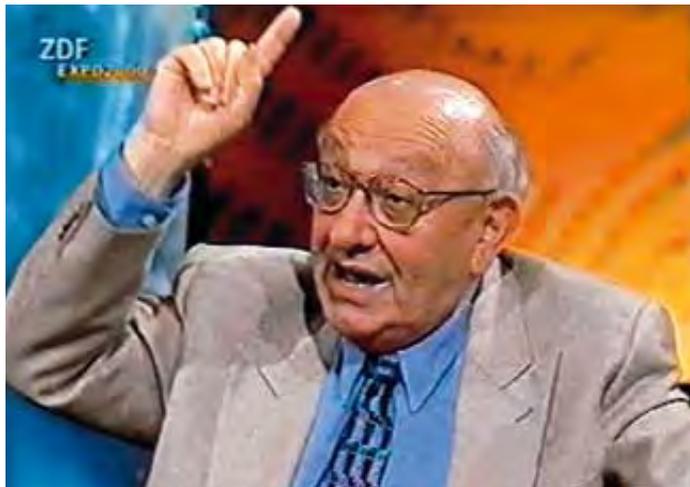
Dieses Mal war es kein Schaukampf: Ernsthaft kamen sich Marcel Reich-Ranicki und Sigrid Löffler im ZDF in die Quere – der Streit schwelt weiter.

zweiflungsmimik. Die Sendung, an der neben Reich-Ranicki, 80, und Sigrid Löffler, 57, auch der Kritiker Hellmuth Karasek, 66, von Anfang an regelmäßig teilnimmt, lebt von rhetorischer Grandezza, die auch schon manches literarische Kleinod in den Abgrund riss – Lob aus dem „Quartett“ freilich, vor allem ein von Reich-Ranicki bestärktes, hat schon zu traumhaften Buchkarrieren geführt.

Der einzigartige Gesprächskreis hat sich bis heute im quotenfixierten Fernsehen gehalten und findet mittlerweile sechsmal pro Jahr statt. Noch. Denn nach der 67. Folge

die Sendung vorgeschlagenen Buch einen „Platzverweis“ aus.

Erregung daraufhin beim „Quartett“-Chef: „Jedes hocherotische Buch wird von Ihnen total abgelehnt. Sie können die Liebe im Roman nicht ertragen.“ Retourkutsche Löffler: „Ich will wirklich überhaupt keinen Einspruch dagegen erheben, woran Sie sich ergötzen. Aber das ist wahrscheinlich auch eine Altersfrage.“ Wütende Reaktion Reich-Ranickis: „Sie halten die Liebe für etwas anstößig Unanständiges, aber die Weltliteratur befasst sich nun mal mit diesem Thema. Gott sei Dank!“



FOTOS: ZDF

„Quartett“-Streiter Löffler, Reich-Ranicki: „Zynisch, unangenehm, peinlich“

Sie habe noch nie an einen Sender geschrieben, doch nun könne sie nicht schweigen, empörte sich eine Zuschauerin aus Berlin, die sich als unfreiwillige Zeugin einer „massiven Kränkung“ auf dem Bildschirm empfand. Als „zynisch, unangenehm und – für ihn – peinlich“ verurteilte ein Ehepaar aus Frankfurt die Attacken des Literaturkritikers Marcel Reich-Ranicki gegen seine Kollegin Sigrid Löffler. Andere sprachen von „Entgleisungen“ und „Ausfälligkeiten“, rieten der Betroffenen gar, „eine weitere Demütigung solcher Art“ auf keinen Fall hinzunehmen.

Dabei hatte vor gut einem Dutzend Jahren alles so kultiviert angefangen: Am 25. März 1988 eröffnete Reich-Ranicki im Zweiten Deutschen Fernsehen eine völlig neue Form von Literatursendung. Er versprach den Zuschauern „Worte, Worte, Worte“ und – „wenn's gut geht“ – vielleicht auch „Gedanken“. Man werde über Bücher reden und über Schriftsteller, also über „nichts anderes als Literatur“.

Doch schnell erwies sich, dass der Reiz der ZDF-Kritikerrunde, genannt „Das Literarische Quartett“, vor allem im Wortgefecht lag, in gegenseitigen Angriffen und kleinen Sticheleien, in Wutausbrüchen und Ver-

der literarischen Talkshow scheint die Zukunft der Minderheiten-Sendung – zuletzt schauten 570 000 zu – ungewiss: Der Streit zwischen Reich-Ranicki und Löffler geriet aus dem Ruder.

Nicht einmal der zuständige ZDF-Redakteur Manfred Eichel will ausschließen, dass die „Quartett“-Runde auf der Expo in Hannover am 30. Juni die letzte gewesen sein könnte (die nächste Sendung ist für den 18. August geplant).

Nur scheinbar war ein Buch Auslöser des Schlagabtauschs von Hannover: der Roman „Gefährliche Geliebte“ des Japaners Haruki Murakami (SPIEGEL 13/2000), ein Roman, in dem von Sexualität recht umgangssprachlich und also deutlich die Rede ist – voller Abscheu sprach Kritikerin Löffler („literarisches Fast Food“) dem von Reich-Ranicki für

Zum großen Thema wurde die Angelegenheit allerdings erst, als der erfolgswohnte Bestsellerautor Reich-Ranicki („Mein Leben“) in der Illustrierten „Bunte“ ein paar Tage darauf anscheinend nachlegte: Die Zusammenarbeit mit Frau Löffler sei eine „Qual“, wurde er zitiert – und dazu regelrechte Beschimpfungen. Von der „Welt“ („Das Quartett, die Liebe und die Qual“) bis zu „Bild“ („Streit über Erotik“) ließ sich kaum eine Zeitung den delikaten Fall entgehen, die „Frankfurter Rundschau“ fragte besorgt: „Kultsendung vor dem Aus?“

Derweil geben sich die beiden Streithähne Mühe, die Angelegenheit nicht noch mehr anzuheizen. Reich-Ranicki, der an der Ostsee Urlaub macht, ist zu „Verständigung und Versöhnung“ bereit und hat in diesem Sinn mit der Kollegin am Telefon gesprochen – vor dem „Bunte“-Beitrag, den er eine „ganz große Schweinerei“ nennt: Seine Äußerungen seien von ihm nicht autorisiert worden (was er laut „Bunte“ auch nicht verlangt habe). Von „Qual“ soll er gesprochen haben? „Ich habe wirklich in meinem Leben schlimmere Qualen erlitten.“

Sigrid Löffler arbeitet in Berlin an ihrer eigenen Zeitschrift „Literaturen“, deren erstes Heft im September auf den Markt kommen soll. Zu einem Kommentar zum TV-Streit ist sie vorerst nicht zu bewegen. VOLKER HAGE



TV-„Quartett“ auf der Expo*: Vor dem Aus?

* Mit Sigrid Löffler, Marcel Reich-Ranicki, Hellmuth Karasek und SPIEGEL-Redakteur Mathias Schreiber (2. v. l.) als Gast.

ZEITSCHRIFTEN

IM „Pfau“

Ein „Focus“-Redakteur soll früher für die Stasi gespitzelt haben. Das Blatt trennte sich von dem Mitarbeiter – voreilig?

Stasi-Agenten waren dem „Focus“-Redakteur Eberhard Vogt ein Dorn im Auge. Die Enthüllung ihres geheimen Treibens galt als eines seiner beruflichen Steckpferde. So klagte er 1998 in einem Artikel über die Operationen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gegen die SPD, dass viele Spione in der Partei, darunter eine „Spitzenquelle“ in der Bonner SPD-Zentrale (Codename: ‚Max‘), „noch immer nicht enttarnt“ seien.

Knapp ein Jahr später durfte er hoffen: Im Zusammenhang mit Aktivitäten der MfS-Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) schrieb Vogt, „schon bald könnten die jüngst entdeckten HVA-Magnetbänder in der Gauck-Behörde enthüllen“, welche



HVA-Magnetbänder: „Wertvolles Material“

Das Verfahren wurde eingestellt, weil detaillierte Informationen nicht verfügbar waren. Das ist nun anders. Die HVA-Daten legen den Schluss nahe, dass IM „Pfau“ (Reg. Nr: XV/6633/82) ein eifriger Agent war.

Laut der Akten soll er unter anderem Informationen über „Interna aus dem Leitungsgremium der Berliner Morgenpost“, geliefert haben, für die er in den frühen achtziger Jahren als Journalist arbeitete.

Besonders aufschlussreich fanden die MfS-Profis die Meldungen nicht.

Das änderte sich, als Vogt 1984 Pressesprecher des Berliner Wissenschaftssenators wurde. Von nun an galten viele Informationen als „wertvolles Material“. So soll er Forschungsberichte übergeben haben, die in der DDR als „wesentlich“ für die Grundlagenforschung galten – in Bereichen wie „Prozessautomatisierung“, „Softwareentwicklung“ oder „Erzeugniserwicklung“ im Bereich Industrieroboter. Immer wieder taucht in diesem Zusammenhang der „Objekt-Hinweis: Kernforschungszentrum Karlsruhe“ auf.

Die „Focus“-Redaktion erfuhr von dem Dossier, als ruchbar wurde, dass Journalisten des SPIEGEL und des Senders Freies Berlin in der Sache recherchierten. Ein Kollege Vogts wurde in die Gauck-Behörde geschickt, um den Fall zu prüfen.

Am Mittwoch vorvergangener Woche erreichte Vogt, der in Spanien Urlaub machte, ein Anruf. Am anderen Ende der Leitung waren der Chef des Berliner „Focus“-Büros, Klaus K. Müller, und Chefredakteur Helmut Markwort. In höchster Aufregung konfrontierten sie Vogt mit den Vorwürfen und teilten mit, dass man nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten könne.

Markwort ließ seine Leser im Editorial am vergangenen Montag wissen, dass „ein Mitglied der Redaktion in den achtziger

Jahren problematische Kontakte zur Stasi unterhielt“. Für wie ernst er dies hielt, schrieb er gleich dazu: „Neue Informationen zerstören unser Vertrauen. Wir trennen uns.“ Im Impressum der letzten Ausgabe taucht Vogt nicht mehr auf.

Damit ist der Fall für „Focus“ vermutlich noch nicht beendet. Vogt bestritt gegenüber dem SPIEGEL, „jemals wesentlich und willentlich für das MfS gearbeitet

zu haben“. Er will nach seinem Urlaub, Anfang der Woche, „ganz normal ins Büro in der Berliner Redaktionsvertretung gehen“. Anschließend hofft er, in der Gauck-Behörde Einsicht in seine Akten zu bekommen.

Für vieles, so glaubt er, gebe es eine „einleuchtende Erklärung“. Vor gut 20 Jahren habe er über einen Freund in Ost-Berlin einen Mann namens Uli Bork kennen gelernt. Der habe sich ihm gegenüber als Mitarbeiter des Ministeriums für Wissenschaft und Technik ausgegeben. Im Lauf der Zeit sei „so eine Art Freundschaft entstanden, wir haben über Gott und die Welt geredet“.

Dass Bork in Wirklichkeit Major der Staatssicherheit war, will Vogt erst im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren 1994 erfahren haben. Seinen Arbeitgeber hat er allerdings weder über das Verfahren noch über Borks wirkliche Identität informiert. Er habe all dem damals keine große Bedeutung beigemessen.

Mittlerweile räumt er ein, in puncto Bork „naiv“ gewesen zu sein. So naiv, dass er auch nicht misstrauisch geworden sein will, als dieser ihn bat, ihm eine Zeitschrift des Kernforschungszentrums Karlsruhe (KfK) zu besorgen, die in der DDR nur in der TU Dresden zu bekommen sei. Damit könne er „im Ministerium Punkte sammeln“. Da es sich um eine öffentliche Publikation gehandelt habe, hätte er die KfK-Berichte für Bork abonniert.

Als Beleg für seine Arglosigkeit nennt Vogt die Tatsache, dass er seinen damaligen Vorgesetzten, Wissenschaftssenator George Turner, über „private Kontakte in die DDR“ informiert habe. Eine Darstellung, die Turner dem SPIEGEL am vergangenen Freitag bestätigte.

Manche Kollegen Vogts rätseln nun, ob Markworts Aktion nicht vorschnell gewesen ist. Der Stellvertreter des Chefredakteurs, Uli Baur, ist anderer Ansicht: „Zur Trennung im gegenseitigen Einvernehmen gibt es keine Alternative.“ Die Vertrauensbasis hält er, anders als Markwort, nicht für zerstört, sondern für „erschüttert“. Und: „Ich hoffe für ihn, dass er unschuldig ist.“

GUNTHER LATSCH, GEORG MASCOLO



„Focus“-Bericht über Stasi*: „Noch immer nicht enttarnt“

Westler der DDR als Kundschafter zu Willen waren.

Ironischerweise war es die Entschlüsselung jener Bänder, die dazu führte, dass Vogt nun selbst beschuldigt wird, MfS-Agent gewesen zu sein. Unter dem Decknamen „Pfau“ soll er seit 1982 als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) für die Spionageabteilung der Stasi-Bezirksverwaltung Berlin gearbeitet haben.

Bereits 1994 wurde wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit gegen den Journalisten ermittelt. Doch die Hinweise waren zu dünn.

* Ausriß aus Heft 23/1998.

Werbeseite

Werbeseite

USA

Wahlfavoriten in Bedrängnis

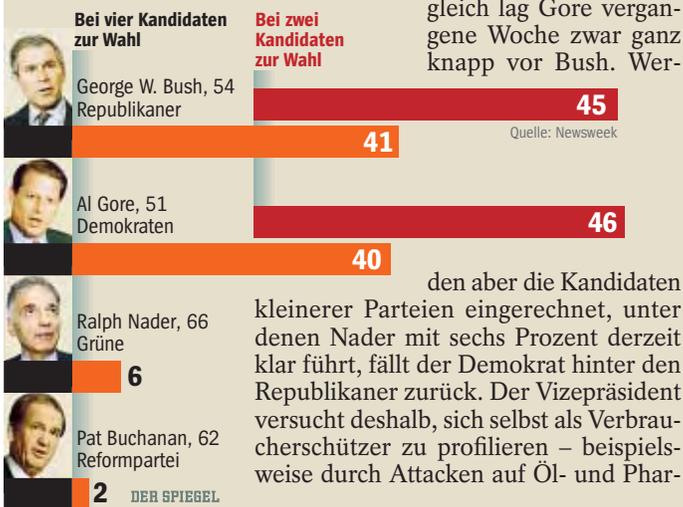
Politische Randfiguren stören im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf den geplanten Zweikampf der beiden großen Parteien und zwingen sie zu einem kräftezehrenden Mehrfrontenkrieg: Sowohl dem Demokraten Al Gore als auch seinem republikanischen Gegner George W. Bush könnten Vertreter kleiner Parteien den Einzug ins Weiße Haus verstellen. Jüngste Umfragen aus Kalifornien schreckten jetzt Gores Strategen auf. Sie fürchten, der populäre Verbraucheranwalt Ralph Nader, Kandidat der amerikanischen Grünen, werde dem amtierenden Vizepräsidenten demokratische Kernwähler ausgerechnet in Schlüsselstaaten streitig machen, die Gore unbedingt in seinem Kampf um die Nachfolge von Bill Clinton gewinnen muss. In direktem Vergleich lag Gore vergangene Woche zwar ganz knapp vor Bush. Wer-



Spitzenreiter Bush, Gore im Wahlkampf

US-Präsidentschaftskandidaten

Stimmverteilung nach aktueller Umfrage in Prozent



den aber die Kandidaten kleinerer Parteien eingerechnet, unter denen Nader mit sechs Prozent derzeit klar führt, fällt der Demokrat hinter den Republikaner zurück. Der Vizepräsident versucht deshalb, sich selbst als Verbraucherschützer zu profilieren – beispielsweise durch Attacken auf Öl- und Phar-

makonzernen, die mit hohen Preisen übertriebene Profite herauschlagen würden. Einziger Trost: Sein Gegner George W. Bush steht vor ähnlichen Problemen. Der erzreaktionäre Populist Pat Buchanan könnte Bush mit Parolen gegen Abtreibung und Einwanderer christlich-fundamentalistische Stammwähler abjagen. Um zu verhindern, dass die Beliebtheit der Außen-seiter weiter wächst, verwehren Gore und Bush ihren Herausforderern, an den landesweit ausgestrahlten Fernsehdebatten teilzunehmen. Nader will dagegen rechtlich vorgehen: Das Medienspektakel, das die großen Parteien organisieren, werde aus Spenden der Großindustrie finanziert und sei mithin ein Verstoß gegen die Gesetze zur Wahlkampffinanzierung.

ITALIEN

Prostituierten-Babys für Deutschland

Albanische Zuhälterbanden nutzen osteuropäische Frauen, die sie in Süditalien zur Prostitution zwingen, offenbar als Lieferanten für den deutschen Babymarkt. Von ihren Freiern geschwängerte Frauen werden kurz vor der Entbindung nach Deutschland gebracht. Dort werden die Neugeborenen für 30 000 bis 70 000 Mark an kinderlose Ehepaare verkauft. Das jedenfalls vermuten italienische Ermittlungsbehörden, die jetzt mit einem offiziellen Rechtshilfeersuchen die deutschen Behörden eingeschaltet haben. Ausgelöst wurden die Ermittlungen durch

ein 20-jähriges Entführungsoffer aus Albanien. Die Frau wurde auf dem italienischen Straßenstrich schwanger. Sie

durfte nicht abtreiben, sondern wurde mit dem Zug „in eine Stadt in der Nähe von Mannheim gebracht“, so ein Poli-



Osteuropäische Prostituierte bei Rimini

zeisprecher. Schriftlich musste sie auf sämtliche Rechte an dem Kind verzichten, das sie nach der Niederkunft auch gar nicht zu Gesicht bekam. Aussagen anderer Frauen und Hinweise, die bei ersten Festnahmen gefunden wurden, belegen den Verdacht, dass die Zuhälter die Straßenmädchen laut Aussage eines Polizeibeamten „gewissermaßen in Zweitwertung“ systematisch zur „Fabrikation von Kindern“ für den Babymarkt im Ausland missbrauchen.



FOTOS: REUTERS



Schlammkatastrophe in Bombay, Helfer beim Bergen der Opfer

DRITTE WELT

Vergebliche Warnung

Schwere Regenfälle und skrupellose kommunale Fehlplanungen kosteten vergangene Woche in zwei Megametropolen Asiens Hunderte Menschenleben. In der philippinischen Hauptstadt Manila brach eine 15 Meter hohe Müllhalde über dem Elendsviertel Lupang Pangako (Gelobtes Land) zusammen und begrub etwa 300 Menschen unter sich. Hilfskräfte und Soldaten bargen bis

zum Wochenende knapp 150 Tote. Dabei sollte das „Gelobte Land“ bereits im vergangenen Jahr aufgelöst werden. Die Ärmsten der Armen, gab Verteidigungsminister Orlando Mercado nun zu, leben auf den täglich um 4500 Tonnen anwachsenden Müllbergen „ständig mit dem Tod“. Dieses Schicksal teilen sie mit den Slumbewohnern der meisten Dritte-Welt-Metropolen. Im indischen Finanzzentrum Bombay, wo mehr als die Hälfte der 15 Millionen Einwohner auf der Straße lebt, wurden 120 Slumbewohner verschüttet, als ihre Hütten und Verschläge in den lehmigen Fluten verschwanden, die ein heftiger Regen von den umliegenden Hängen gespült hatte. Es lagen bereits Pläne vor, die Slums zu räumen. Doch für eine Umsiedlung fehlte es an Geld. Aufforderungen der Behörden, die gefährdete Gegend zu verlassen, blieben unbeachtet, denn, so der Tischler Hassan Ali, „einen anderen Wohnort haben wir nicht“.

GROSSBRITANNIEN

Teurer Pfus

Die angeschlagene staatliche Atomfirma British Nuclear Fuels Ltd. (BNFL) wird an japanische Geschäftspartner wegen vorsätzlicher Fälschung von Messdaten einen Schadenersatz in Höhe von 125 Millionen Mark leisten. Zudem müssen die Briten plutoniumhaltigen Brennstoff, bei dessen Qualitätskontrolle systematisch gefuscht wurde, wieder nach Sellafield zurücktransportieren. Im Gegenzug will Kansai Electric Power, der zweitgrößte Stromkonzern Japans, künftig wieder Brennelemente für Kernreaktoren aus der englischen Atomfabrik abnehmen. Weil die deutschen Energieversorger im Rahmen des Atomausstiegs ihre Verträge für Wiederaufarbeitung mit der BNFL kündigen werden und das US-



P. MARLOW / MAGNUM / AGENTUR FOCUS

Atomanlage Sellafield

Energieministerium einen Auftrag über mindestens 14 Milliarden Mark zurückgezogen hat, hängt das Überleben der britischen Atomfirma am Japan-Geschäft. Doch gegen den interkontinentalen Brennstofftransport unter militärischem Begleitschutz – für dessen Kos-

ten von etwa 190 Millionen Mark der britische Steuerzahler aufkommen muss – regt sich Widerstand. Die Regierungen Neuseelands und anderer Pazifikstaaten, die in der Nähe der Transportrouten liegen, haben scharfen Protest eingelegt.

POLIZEI

Bestialisches Benehmen

Gleich drei Kommissionen sollen in Philadelphia einen neuen Fall von Polizeibrutalität in den USA aufklären und so verhindern, dass es am Schauplatz des Wahlparteitags der Republikaner in zwei Wochen zu Unruhen kommt. Der 30-jährige Thomas Jones war am Mittwoch voriger Woche von einem Dutzend Polizisten in Uniform und Zivil vor laufenden Fernsehkameras zusammengeschlagen worden. Der Schwarze hatte einem Polizisten Waffe und Streifenwagen abgenommen und war nach einem Schusswechsel und anschließender Verfolgungsjagd gestellt worden. Schwarzenführer Jesse Jackson empörte sich über das „bestialische Benehmen“ der weißen und schwarzen



Polizeiübergreif in Philadelphia

Ordnungshüter und wettete gegen dieses „Verbrechen aus Hass“. Nachdem wenig später auch in Atlanta Streifenpolizisten von einem Kameramann bei einem gewalttätigen Einsatz – diesmal gegen einen Weißen – beobachtet wurden, klagten Bürgerrechtsorganisationen über systematische Rechtsbrüche von Polizisten gegenüber Verdächtigen.

GRIECHENLAND

„Regelung erst mit einem Friedensvertrag“



Justizminister Michalis Stathopoulos, 62, über den Streit mit Deutschland um die Entschädigung von Opfern des Massakers von Distomo bei Delphi

SPIEGEL: Nach der Pfändung des Goethe-Instituts in Athen sind die Beziehungen zu Berlin schwer belastet. Wie wollen Sie das Problem beseitigen?

Stathopoulos: Durch eine politische Lösung. Da die Schwierigkeit eher politisch als rechtlich ist, müssen beide Regierungen schnellstmöglich miteinander reden.

SPIEGEL: Wie kann die Lösung aussehen, wenn Deutschland nicht zahlen will?

Stathopoulos: Es gibt eine offene Frage. Wir haben ein Gerichtsurteil, und das können wir nicht einfach ignorieren. Das gilt auch für die historische Tatsache, die dahinter steht. Das ist das Problem und die Basis für Gespräche.

SPIEGEL: Diese Woche steht die Pfändung des Deutschen Archäologischen Instituts in Athen an. Was werden Sie unternehmen?

Stathopoulos: Ich bedaure, dass Kultureinrichtungen von diesem Streit nicht ausgenommen werden, aber ich kann von Amts wegen nichts dagegen tun. Zwar sieht unsere Zivilprozessordnung vor, dass eine Vollstreckung gegen das Vermögen ausländischer Staaten eigentlich der Zustimmung des Justizministers bedarf ...

SPIEGEL: ... aber dazu sieht der Kläger auf Grund internationaler Gesetze und der Menschenrechtskonvention keinen Anlass. Ist diese Auffassung richtig?

Stathopoulos: Das ist seine Rechtsbehauptung, und er hat eine Gerichtsvollzieherin gefunden, die offenbar auch dieser Meinung ist. Jetzt sollte Deutschland als Pfändungsschuldner Widerspruch einlegen, und dann wird die Rechtmäßigkeit von unseren Gerichten entschieden. Nur so kann der Vorgang auf meinem Tisch landen.

SPIEGEL: Die Bundesregierung sieht 55 Jahre nach Kriegsende keine Berechtigung mehr für Reparationsforderungen.

Stathopoulos: Wir haben 1960 ein Abkommen zwischen beiden Ländern geschlossen, und es sind 115 Millionen Mark Entschädigung gezahlt worden. Aber das hat die Frage nicht endgültig geregelt. Der Vertrag sieht vor, dass alle anderen eventuellen Ansprüche erst mit Abschluss eines Friedensvertrags erledigt werden. Nach der Wiedervereinigung haben wir eine Situation, die dem gleichzusetzen ist.

SPIEGEL: Rund 50 000 Klagen drohen. Wie will sich die griechische Regierung da verhalten?

Stathopoulos: Individuelle Ansprüche sind Sache der griechischen Justiz, und die ist unabhängig. Deshalb sollten wir eine politische Lösung anstreben.



Deutsche Truppen in Distomo (1944)

SPANIEN

Sozialisten suchen frischen Schwung

Spaniens Sozialisten wollen sich in dieser Woche von der Lähmung befreien, die sie befallen hat, seit die konservative Volkspartei von Ministerpräsident José María Aznar bei den Wahlen im März die absolute Mehrheit errang. Die Sozialistische Arbeiterpartei PSOE, die einst unter Felipe González 14 Jahre

lang Spanien regierte, verspricht sich frischen Schwung von einem neuen Parteichef. Vier Anwärter bewerben sich um das Spitzenamt, darunter zwei Frauen. Die baskische Europa-Abgeordnete Rosa Díez kann mehr Anhänger mobilisieren als die Ex-Sozialministerin Matilde Fernández, die aus der Gewerkschaftsbewegung stammt. Die findet Rückhalt vor allem bei den Linken, die in Andalusien, Heimat von fast 30 Prozent der Delegierten, den Ton angeben. Der jüngste Anwärter ist José Luis Rodríguez Zapatero. Gemeinsam mit

seiner Gruppe „Neuer Weg für den Wandel“ fordert er den Bruch mit der alten von Skandalen beschädigten Parteiführung. Am Ende einigt sich die in ideologische Lager zersplitterte PSOE aber womöglich auf einen Kompromisskandidaten – den farblosen Anwalt José Bono, der in Kastilien-La Mancha regiert. Er hat als Einziger bereits erklärt, dass er 2004 als Spitzenkandidat für die Parlamentswahl zur Verfügung steht. Dann hätte er es immerhin nicht mehr mit dem erfolgreichen Aznar zu tun – der will nicht wieder antreten.

NAHOST

Gipfel des Konflikts

Die Proklamation Palästinas ist für Autonomie-Präsident Arafat so gut wie beschlossen – egal ob die Friedensverhandlungen zum Erfolg führen oder nicht. Doch Korruption und Menschenrechtsverletzungen lasten als schwere Hypothek auf dem künftigen Staat.



Der Garten des Orienthauses, der Jerusalemer Vertretung der Palästinenser, war für den feierlichen Anlass einladend hergerichtet. Neben dem Rednerpult wehte die palästinensische Flagge im Abendwind, während ein Vorbeter das Publikum mit Koranversen einstimmte. In der ersten Reihe standen die politischen und religiösen Würdenträger, manche mit der Hand auf dem Herzen. Lautstark intonierten sie die palästinensische Nationalhymne.

Die Feierstunde, die am vergangenen Mittwoch in allgemeinem Beifall endete, sollte Selbstbewusstsein demonstrieren und war eine Art Generalprobe für den wohl größten Moment in der Geschichte des palästinensischen Volkes. Denn ganz ähnlich dürfte auch die Proklamation des Staates Palästina verlaufen, die Jassir Arafat für den 13. September – oder ein wenig später – angekündigt hat.

Der Countdown läuft. Dass ihr Palästina so oder so kommt, daran lassen Arafat und seine Offiziellen keinen Zweifel: „Das Jahr 2000 ist das Jahr unseres Staates“, lautet die endlos wiederholte Devise. Für die palästinensische Souveränität, bekräftigte Arafats Jerusalemer Statthalter Feisal al-Husseini bei der patriotischen Soiree im Orienthaus, „gehen wir jeden Weg. Am 13. September weht unsere Fahne überall in Palästina“.

Ob dem Festakt dann auch US-Präsident Bill Clinton und Israels Regierungschef Ehud Barak als Ehrengäste beiwohnen werden, darum wird derzeit nahe Washington hart gerungen. In Camp David, dem Wochenendsitz des Präsidenten, entscheidet sich, ob Israelis und Palästinenser endlich Frieden schließen. Und davon hängt ab, ob der Palästinenserstaat, 53 Jahre nachdem die Uno die Region in einen arabischen und einen jüdischen Staat aufteilen wollten, nun in friedlichem Einvernehmen entsteht – oder in womöglich blutiger Konfrontation mit Israel.

Nach jahrelangen Verhandlungen sind sich die beiden Seiten so „nah wie nie“, behaupten Kenner wie Jair Hirschfeld, der die geheimen Friedensverhandlungen von Oslo 1993 mit einfädelt. Zu allen strittigen

Friedensdemonstration in Jerusalem
„Das Volk wird entscheiden“

Streitpunkte einer Friedenslösung ...

Grenzen Palästinas und Zukunft der jüdischen Siedlungen

Israel lehnt die Forderung der Palästinenser nach einem vollständigen Rückzug aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen auf die Grenzen von 1967 ab. Die Palästinenser fordern die Kontrolle über etwa 150 jüdische Siedlungen in den derzeit besetzten Gebieten oder deren Auflösung. Israel will die größten Siedlungen behalten.

Status Jerusalems

Die Palästinenser beanspruchen Ost-Jerusalem als Hauptstadt ihres künftigen Staates. Israel besteht auf Unteilbarkeit der Stadt.

Schicksal der Flüchtlinge

Israel lehnt die Verantwortung für das palästinensische Flüchtlingsproblem und ein Rückkehrrecht der etwa 3,5 Millionen Heimatlosen ab.

Sicherheit Israels

Die Palästinenser fordern einen in jeder Hinsicht souveränen Staat, Israel verweigert jedoch der Autonomieregierung eigene Truppen, will den Luftraum und das Jordantal kontrollieren.

... und mögliche Kompromisse

Israel könnte als Ausgleich für die Annexion jüdischer Siedlungen im Westjordanland israelisches Staatsgebiet unter palästinensische Kontrolle stellen, etwa durch eine Ausweitung des Gazastreifens.

Israel könnte eine Vergrößerung des Stadtgebiets von Jerusalem vorschlagen. Die einbezogenen palästinensischen Gebiete erhielten dann Autonomiestatus.

Israel könnte sich auf eine Familienzusammenführung einlassen. Im Gespräch sollen 60 000 bis 100 000 Rückkehrer sein.

Israel könnte den bisher zugelassenen 12 000 Polizei- und Sicherheitskräften mehr Kompetenzen zubilligen.

Suche nach der Friedensformel



Gipfelteilnehmer Barak, Arafat, Clinton

Fragen – etwa die Grenzen, die israelischen Siedlungen, selbst die heilige Stadt Jerusalem und das von den Palästinensern verlangte Rückkehrrecht für ihre Flüchtlinge – sind Kompromisse vorstellbar (siehe Grafik). „Es ist fast unmöglich, ohne ein Abkommen zurückzukehren“, meint deshalb der israelische Justizminister Jossi Beilin. „Ein Abbruch ohne jede Einigung wäre für beide Seiten eine Katastrophe“, pflichtet Palästinenservertreter Abdallah Frangi bei.

Doch die Zweifel am Erfolg des Treffens waren Ende voriger Woche noch immer groß. „Man muss stark im Glauben sein“, kommentierte die israelische Tageszeitung „Maariv“, „um zu hoffen, dass diese drei Männer“ – der Christ Clinton, der Jude Barak und der Muslim Arafat – „uns die Erlösung bringen“.

Der „vielleicht schwierigste Konflikt der Welt“ (Clinton) zerrt an den Nerven Arafats und Baraks. Beide stehen unter heftigem Druck. Seit die Koalition des israelischen Premiers mit den Ultraorthodoxen endgültig zusammengebrochen ist, hat er keine parlamentarische Mehrheit mehr.

Hält Barak erst einmal einen Vertrag in der Hand, setzt er auf ein Referendum oder womöglich sogar Neuwahlen. „Das Volk hat mich gewählt, und das Volk wird entscheiden“, hatte der Regierungschef vor seiner Abreise trotzig über die Köpfe der Knesset-Abgeordneten hinweg gerufen.

Dass der Premier eine Volksbefragung über einen Friedensvertrag gewinnt, halten seine Berater für eine ausgemachte Sache, auch wenn rechte und nationalreligiöse Friedensgegner, die kein Land an die Palästinenser zurückgeben wollen, gegen den Gipfel von Camp David Stimmung machen. Die Friedensanhänger wiederum versuchen, mit Gegendemonstrationen die Be-

völkerung für einen historischen Kompromiss zu mobilisieren.

Gegen die Zerrissenheit in Israel mutet die Stimmung bei den Palästinensern geradezu harmonisch an. Einhellig fordern Demonstranten in Gaza und Ramallah Arafat auf, ja keine Konzessionen zu machen. Sie fürchten, dass er unter dem Druck der Amerikaner nur einen Rumpfstaat mit nach Hause bringt, der nicht lebensfähig ist und durch den das begangene Unrecht nicht wieder gutgemacht wird.

Die Begeisterung für den eigenen Staat schrumpft deutlich, seit die Palästinenser erleben, wie ihre Führung „das Volk unterdrückt und dessen Bedürfnisse missachtet“, so der in London lebende Palästinenser Said Aburish. Für den Autor, der sich mit einer kritischen Arafat-Biografie bei der Obrigkeit unbeliebt machte, wurde Arafat vom „Verteidiger“ zum „Diktator“ der Palästinenser.

Palästinensische Menschenrechtsorganisationen, die gegen die Misshandlungen der Besatzer kämpften, beklagen zunehmende Verstöße auf palästinensischer Seite. Sie fordern ein Ende der willkürlichen Verhaftungen und Hausdurchsuchungen, der Haft ohne Anklage und Prozess sowie der Folter. Selbst Justizminister Fureih Abu Midein kritisiert eklatante „Rechtsbrüche“ (siehe Seite 128).

Die Meinungsfreiheit wird systematisch unterdrückt. Mitunter werden „Verdächtige“ zu „Befragungen“ abgeholt und tauchen nie wieder auf. „Die Qualen unter den israelischen Besatzern konnten wir mit Stolz erdulden“, sagt der Menschenrechtler Bassam Eid, „doch es schmerzt mehr, wenn dich dein eigener Bruder foltert.“

Dabei könnte ein unabhängiger Palästinenserstaat Erfolg haben. Die Wirtschaft in den Autonomiegebieten wächst trotz aller Einschränkungen. Sogar das Drängen der Helfer aus dem Ausland auf finanzielle Transparenz zeigt erste Erfolge.

Vergangene Woche gewährte die Autonomiebehörde Einblick in ihre Unternehmensbeteiligungen, unter anderem am florierenden Spielkasino in Jericho. Die Staatsholding mit einem geschätzten Vermögen von 345 Millionen Dollar wurde bisher allein von Arafat und dessen Wirtschaftsberater kontrolliert.

Selbst das palästinensische Ersatzparlament hat „keinen Überblick über die Finanzen“, klagt der Abgeordnete Abd al-Dschawad Salih. „Uns wurde nur gesagt, allein das Kasino bringe Erträge von täglich mehr als einer Million Mark. Aber wo geht das Geld hin?“ Misswirtschaft und Korruption seien für Palästina eine „Frage von Leben und Tod“.

Trotz solcher Missstände will der US-Präsident bei einem Erfolg seiner Blockhüttendiplomatie kräftig zahlen. Barak und Arafat winken Überweisungen aus Washington in Höhe von

womöglich 100 Milliarden Dollar. USA und EU, die bisher Rechtsstaatsdefizite in den Autonomiegebieten mit auffälliger Zurückhaltung hingenommen haben, hoffen darauf, dass die Proklamation eines eigenen Staates der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kräftigen Auftrieb gibt.

Mit Blick auf die große Feierstunde hat Palästinenserpräsident Arafat, der bei der Staatsgründung alle Getreuen an seiner Seite haben will, seinen Ministern für die nächsten Wochen bereits Auslandsreisen untersagt.

ANNETTE GROSSBONGARDT

„Arafat steht unter Druck“

Der palästinensische Justizminister Fureih Abu Midein über Demokratiedefizite und den schwierigen Aufbau einer zivilen Gesellschaft in einem künftigen Staat



Politiker Abu Midein

„Mit der Pistole zur Wache marschiert“

SPIEGEL: Präsident Jassir Arafat will um jeden Preis den Palästinenserstaat ausrufen. Wird das der erste wirklich demokratische Staat in der arabischen Welt?

Abu Midein: Wir wollen eine echte Demokratie – keinen islamischen Gottesstaat wie im Jemen, in Iran oder Afghanistan. Obwohl wir uns beim Entwurf unserer Verfassung derzeit an Ägypten orientieren, kann eigentlich kein arabischer Staat ein leuchtendes Vorbild für uns sein.

SPIEGEL: Wie wäre es mit einem westlichen Modell? Viele Ihrer Landsleute haben in Europa oder den USA studiert und sind mit westlichen Standards groß geworden.

Abu Midein: Die Mehrheit der Akademiker hier in Gaza hat in Kairo studiert. Wir gehören zum Nahen Osten, sind in gewisser Hinsicht sogar Teil der Dritten Welt. Sehen Sie sich den Gazastreifen an. Auf diesem kleinen Stück Land leben 1,1 Millionen Menschen. In drei Jahren haben wir nicht mehr ausreichend Trinkwasser, in zehn Jahren gibt es keinen Platz mehr, um unsere Toten zu begraben. Für unsere Entwicklung hängt so vieles von Israel ab: Wenn wir keinen fairen Frieden bekommen, bezweifle ich, dass wir je zur Normalität finden, zu einer zivilen Gesellschaft.

SPIEGEL: Seit sechs Jahren sind Teile von Palästina autonom. Auf dem Weg zur Demokratie sind Sie dort aber noch nicht weit gekommen. Immer wieder gibt es Vorwürfe wegen Menschenrechtsverletzungen und Misswirtschaft.

Abu Midein: Wir graben hier einen Brunnen mit unseren Fingernägeln, wie eine arabische Redewendung sagt. Bedenken Sie, dass wir eine Gesellschaft aus dem Nichts aufbauen müssen. Das palästinensische

Volk setzt sich aus zwei großen Gruppen zusammen: Die einen harrten hier unter israelischer Besatzung aus, andererseits gibt es die Guerrilleros, die von außen kamen. Sie sind es gewohnt, Pistolen zu tragen. Ihnen fällt es schwer, sich dem Recht zu beugen.

SPIEGEL: Sind Revolutionäre überhaupt in der Lage, einen demokratischen Staat zu führen? Präsident Arafat, ein alter Kämpfer, hält das Recht in seiner Hand. Er entscheidet über Verhaftungen, setzt sich auch über Gerichtsentscheidungen hinweg.

Abu Midein: Arafat hat voll und ganz die Verantwortung für die palästinensische Sache übernommen und kennt nur ein Ziel: Er will unseren Staat ausrufen.

SPIEGEL: Und die Demokratie soll warten?

Abu Midein: Das wird sie müssen. Auch wenn es noch so viele gerichtliche Anordnungen gibt, wird Arafat die Mitglieder der radikalen islamistischen Hamas oder des Islamischen Dschihad nicht aus dem Gefängnis lassen. Er steht unter erheblichem Druck der USA sowie der Israelis und ist nicht frei in seinen Entscheidungen. Entlassen wir einen möglichen Bombenleger, bekommen wir sofort gewaltigen Ärger.

SPIEGEL: Aber weshalb bekommen die Inhaftierten kein faires Verfahren?

Abu Midein: Wir wollen sie einerseits davor schützen, an Israel ausgeliefert zu werden, uns andererseits aber auch nicht vollständig mit der Hamas überwerfen. Deshalb verurteilen wir die Gefangenen eben auch nicht zu lebenslangen Freiheitsstrafen.

SPIEGEL: In einem Rechtsstaat wäre solche Willkür unmöglich.

Abu Midein: Das ist eine politische Entscheidung zum Schutz des inneren Friedens, eine Art Gentlemen's Agreement: Wir parken sozusagen die Militanten im

Gefängnis. Menschenrechtsorganisationen beklagen das, aber die Hamas lebt ganz gut damit.

SPIEGEL: Was für eine Art Recht ist das?

Abu Midein: Das ist Recht auf Palästinensisch – eine völlig neue Art Recht, das gebe ich zu. Immerhin haben wir jetzt zum ersten Mal in unserer Geschichte palästinensische Gesetze. Bislang herrschte immer Besatzerrecht – osmanisches, britisches oder israelisches Recht. Nun müssen wir unseren eigenen Gesetzen Respekt verschaffen. Dazu brauchen wir eine Demokratie, die sich von unten entwickelt.

SPIEGEL: Wie können Sie als Rechtsanwalt und Justizminister damit leben, dass Landsleute willkürlich verhaftet und ohne Anklage oder Prozess festgehalten werden? Das passiert nicht nur Hamas-Mitgliedern, sondern auch mutmaßlichen Kollaborateuren mit Israel oder einfach Kritikern des Systems. In palästinensischen Gefängnissen wird gefoltert. 1999 gab es sogar eine Hinrichtung nach einem Schnellprozess.

Abu Midein: Für diesen Fall empfinde ich bis heute Scham. Der Mann war unschuldig, glaube ich. Wir haben in der Tat noch große Defizite in der rechtsstaatlichen Entwicklung Palästinas. Bei uns gibt es Rechtsbrüche und Menschenrechtsverletzungen.

SPIEGEL: Was tun Sie dagegen?

Abu Midein: Es gibt da einen Witz: Ein verdienter Arafat-Anhänger soll zum Ölminister gemacht werden. Daraufhin sagt er: Aber wir haben doch gar kein Öl. Arafat versteht seinen Einwand nicht: Dein Freund Abu Midein ist doch auch Justizminister, und wir haben keine Gerechtigkeit.

SPIEGEL: Für einen Justizminister ist das ziemlich schwarzer Humor.

Abu Midein: Arafat mag solche Witze auch. Aber im Ernst: Er wartet nicht immer auf meine Rechtsmeinung, er ist der Präsident, der Kommandeur der Sicherheitskräfte, und er handelt.

SPIEGEL: Vor einiger Zeit ist es Ihnen gelungen, einen Journalisten aus dem Gefängnis zu befreien.

Abu Midein: Ja, ich habe mir meine Pistole geschonnt und bin zur Wache marschiert. Dort habe ich gesagt, dieser Journalist hier

Der lange Weg nach Palästina

1947 Uno-Vollversammlung stimmt am 29. November einem Teilungsplan für Palästina zu.

1948 Proklamation des Staates Israel am 14. Mai; am selben Tag De-facto-Anerkennung durch die USA, vier Tage später De-jure-Anerkennung durch die Sowjetunion.

1948/49 Erster arabisch-israelischer Krieg; Angriff Ägyptens, Jordaniens, des Irak, Syriens und des Libanon; die Israelis behalten mehr Land, als der Teilungsplan ihnen zusprach, etwa 700 000 Palästinenser flüchten oder werden vertrieben.

1964 Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO).

1967 Sechs-Tage-Krieg: Israel erobert Westjordanland, Gaza-Streifen, Sinai-Halbinsel, Golanhöhen und Ost-Jerusalem.

1973 Oktober-Krieg: Überraschungsangriff Ägyptens und Syriens, Israel büßt den Mythos der Unbesiegbarkeit ein.

1978 Gipfeltreffen von Camp David zwischen Begin, Sadat und Carter.

1979 Israelisch-ägyptischer Separatfrieden: Israel gibt schrittweise den Sinai an Ägypten zurück.

1980 Israel annektiert Ost-Jerusalem.

1982 Israelische Invasion des Libanon bis Beirut; Vertreibung der PLO.



Palästinenser-Flagge über dem künftigen Parlamentssitz Abu Dis bei Jerusalem: „Neue Ära“

wird ohne Grund festgehalten, und ich gehe erst, wenn er mit mir kommt.

SPIEGEL: Journalisten werden immer häufiger wegen kritischer Artikel verhaftet.

Abu Midein: Ich bin strikt dagegen, sie zu verhaften. Journalismus ist sehr wichtig für uns. Andererseits stacheln Reporter und Kommentatoren ihre Leser auf, indem sie nicht die Wahrheit sagen – etwa wenn sie behaupten, wir hätten in den Verhandlungen mit Israel Jerusalem aufgegeben oder das Rückkehrrecht für Flüchtlinge.

SPIEGEL: Solche Meinungen gehören nun mal zur Pressefreiheit.

Abu Midein: Niemand darf einfach Gerüchte verbreiten. Allerdings: Wir können uns in einem solchen Fall höchstens beschweren, aber wir dürfen niemanden festnehmen. Das ist ein großer Fehler.

SPIEGEL: Waren Sie auch dagegen, die Unterzeichner eines Aufrufs zu verhaften, der die Korruption in der palästinensischen Führung anprangerte?

Abu Midein: Ich habe ihre Verhaftung nicht veranlasst, aber ich war auch sehr empört über die Resolution, denn sie war ein Aufruf zum Bürgerkrieg. Darin wurden die Leute aufgefordert, auf die Straße zu gehen.

SPIEGEL: Vielleicht hat Sie eher der Teil der Resolution gestört, in dem es heißt: „Arafat hat Opportunisten eine Tür geöffnet,

die Korruption in die palästinensische Gesellschaft tragen.“

Abu Midein: Es gibt Korruption in Palästina, das kann ich nicht abstreiten. Allerdings, unser Problem besteht weniger darin, dass Geld aus den öffentlichen Kassen gestohlen würde. Es geht vielmehr um Bestechung. Schmiergeld fließt beispielsweise, um Baugenehmigungen zu bekommen.

SPIEGEL: Aber auch Amtsträger sollen mitunter Geld in die eigene Tasche stecken.

Abu Midein: Spielen Sie etwa auf den Vorwurf an, Informationsminister Jassir Abd Rabbuh habe sich für 1000 Dollar zu Hause eine Klimaanlage einbauen lassen? Das ist doch bedeutungslos. Entscheidend ist vielmehr, dass wir durch Bestechung unsere Glaubwürdigkeit bei Investoren verlieren. Wir sind auf Finanzhilfe angewiesen.

SPIEGEL: Die internationale Gemeinschaft hat ein Recht darauf, dass beim Ausgeben ihrer Milliarden Hilfsgelder alles mit rechten Dingen zugeht.

Abu Midein: Es ist schon vieles besser geworden.

SPIEGEL: Warum zögern Sie längst fällige Kommunalwahlen in den palästinensischen Autonomiegebieten hinaus – aus Angst, die Islamisten könnten gewinnen?

Abu Midein: Ich hoffe, dass sie bei Wahlen nicht mehr als 20 oder 25 Prozent der

über das Westjordanland (Oslo II); Ermordung Rabins am 4. November in Tel Aviv durch jüdischen Extremisten.

1998 Wye-Abkommen zwischen Israel und „Palästina“, Israels Premier Netanjahu verzögert die Ausführung durch immer neue Bedingungen.

1999 Ehud Barak wird israelischer Premier; Zwischenabkommen in Scharm al-Scheich.

2000 Abzug Israels aus der so genannten Sicherheitszone im Südlibanon; am 11. Juli beginnt in Camp David das Gipfeltreffen zwischen Barak, Arafat und Clinton.

1987 Intifada: Palästinenser beginnen Aufstand in den besetzten Gebieten.

1988 Arafat ruft in Algier erstmals Palästinenserstaat (ohne Staatsgebiet) aus; Anerkennung durch über 100 Länder.

1993 Unterzeichnung eines Interimsabkommens für die Autonomie der Palästinenser; Handschlag zwischen Rabin und Arafat vor dem Weißen Haus.

1994 Israel und die PLO unterzeichnen Abkommen über die Autonomie im Gaza-Streifen und in Jericho (Oslo I); Friedensabkommen zwischen Israel und Jordanien.

1995 Rabin und Arafat unterzeichnen Abkommen

Stimmen gewinnen. Glauben Sie mir: Wenn die Islamisten hier gewinnen, wird auch Europa darunter leiden. Auf jeden Fall müssen wir sofort Neuwahlen ansetzen, sobald wir den Staat ausgerufen haben.

SPIEGEL: Wie fit ist Präsident Arafat? Bei öffentlichen Auftritten wirkt er häufig krank.

Abu Midein: Ich wäre froh, wenn ich seine Konstitution hätte. Man darf sich nicht von dem Zittern seiner Lippen irritieren lassen. Das tritt nur auf, wenn er wütend ist. Sein Cholesterinspiegel ist perfekt; er ist 70, und er achtet darauf, gesund zu essen. Abends gibt es nur noch Ziegenkäse mit Melone oder Weintrauben und morgens sowieso nur Obst.

SPIEGEL: Wenn der Gipfel von Camp David scheitert, kehren dann Terror und Gewalt zurück in den Nahen Osten?

Abu Midein: Der israelische Armeechef hat schon mit dem Einsatz von Panzern und Kampfhubschraubern gedroht. Wir haben genug Menschen hier, die bereit sind, als Märtyrer zu sterben. Wir können sogar Katjuschas nach Gaza bringen. Ich hoffe, es kommt nicht so weit. Terror nach Art der Hamas ist der falsche Weg.

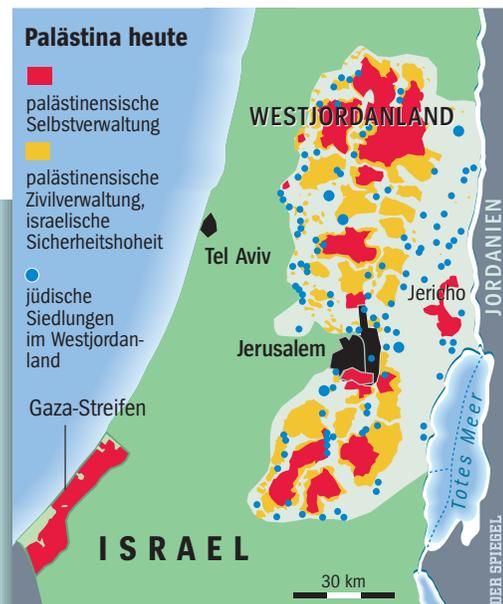
SPIEGEL: Wird Arafat erneut antreten, falls ein Friedensvertrag zu Stande kommt?

Abu Midein: Nein. Arafat ist zum Symbol seines Volkes geworden. Einen wie ihn gibt es kein zweites Mal. Aber seine Ära ist heute. Mit den nächsten Wahlen beginnt eine neue Zeit.

SPIEGEL: Wer wird sein Nachfolger? Arafats Stellvertreter Abu Masin oder der Parlamentspräsident Abu Ala?

Abu Midein: Zum Glück haben wir keinen Baschar al-Assad wie Syrien, der die Macht einfach so erbt. Ich hoffe, dass einer der beiden ein echter Führer wird, in völliger Unabhängigkeit vom Militär. Arafat wird der letzte General sein, der die Palästinenser regiert.

INTERVIEW: DIETER BEDNARZ, MARTIN DOERRY, ANNETTE GROSSBONGARDT





Verschleppter SPIEGEL-Redakteur Lorenz (am vergangenen Donnerstag): „Vielleicht ist es ja möglich, die Verhandlungen zu beschleunigen“

PHILIPPINEN

„Die Ehre des Landes“

Streitigkeiten und Eifersüchteleien erschweren die Freilassung der Entführten auf Jolo. Ein Malaysier kam vorige Woche frei, doch die anderen Geiseln warten weiter. Einflussreiche Scharfmacher in Manila würden am liebsten militärisch durchgreifen.

Der Gefangene schläft auf einer Pritsche aus Bambus. Ein winziges Netz schützt ihn gegen Moskitos und eine Plastikplane vor dem tropischen Regen. „Eine idiotische Situation“, schreibt er, „sinnlos vertane Zeit.“

Morgens erhält er „eine Art Pfannkuchen, mittags Instant-Nudeln und abends Reis, entweder mit Sojaöl oder einer Ölsardine“. Das sei nicht unbedingt ein Speiseplan, „mit dem man zunimmt“.

Am vorigen Donnerstag erreichte die beiden SPIEGEL-Redakteure, die auf der Insel Jolo dem Schicksal ihres verschleppten Kollegen Andreas Lorenz nachgehen, dessen ausführlicher Brief. Es war nach einem knappen Tonband und zwei ebenso kargen Schreiben die vierte Nachricht des Entführten. Er bestätigte darin den Erhalt von Brie-

fen, Zeitschriften, Kleidung und Sanitärartikeln – „eine große Erleichterung“, so Lorenz, der in englischer Sprache schreiben musste.

Vor zwei Wochen war der SPIEGEL-Mann seinen Kidnappern in die Falle ge-

gangen, als er auf Jolo einen Vermittler treffen wollte. Lorenz ist, das stand Ende voriger Woche zweifelsfrei fest, in der Hand von Trittbrettfahrern der Abu-Sayyaf-Guerrilla, die sich als „Lost Command“ bezeichnen und deren Anführer sich Commander Daga nennt – „die Ratte, die Katzen frisst“.

Doch wer ist Daga? Im sechsköpfigen Führungskommando aller Abu-Sayyaf-Gruppen, die insgesamt 39 Geiseln in ihrer Gewalt haben, scheint niemand einen Guerrilla-Führer dieses Kampfnamens zu kennen. „Das muss ein Außenseiter sein“, räsionierte Kommandant Robot Ende vergangener Woche bei Verhandlungen mit zwei Regie-



Präsident Estrada (r.), Gäste*: Reglos im Sessel

REUTERS

* Die Außenminister Erkki Tuomioja (Finnland), Joschka Fischer, Hubert Védrine (Frankreich) am vergangenen Donnerstag in Manila.



W. CALDERON / ASIA PEX

zungemissären, dem ehemaligen libyschen Botschafter Rajab Azzarouk und Präsidentenberater Farouk Hussein. Robot verband damit das Eingeständnis, die Situation nicht mehr vollständig unter Kontrolle zu haben, und warnte: „Es laufen zu viele Lost Commands herum.“

Ähnlich sieht es auch Kommandant Radulan Sahiron, Stabschef der Abu-Sayyaf-Gruppen und Befehlshaber über 70 Kämpfer im unmittelbaren an die Stadt Jolo grenzenden Bezirk Patikul. „Mit dem deutschen Journalisten haben wir nichts zu tun“, schwört der einarmige Fundamentalist.

Gleichwohl hat sich auf seinem Territorium, in einem Dschungelgebiet etwa sechs Kilometer von der Stadtgrenze entfernt, die Ratte Daga eingenistet. Dagas Truppe, angeblich nur neun Mann stark und in der Stadt selbst verankert, wechselt laufend die Verstecke. Mitgeschleppt wird dabei der SPIEGEL-Redakteur. Denn die Kidnapper müssen sowohl den Zugriff von Polizei und Militär als auch eine Aktion der Abu-Sayyaf-Truppe fürchten, die durch Konkurrenz die laufenden Verhandlungen gefährdet sieht.

Mit ruhiger, fester Stimme forderte der Lorenz-Kidnapper, angeblich ein früherer Koran-Schüler namens Azbi, in einem am vergangenen Freitag dem SPIEGEL übermittelten Tonband: „Nehmt schnell Verbindung zu uns auf, dann wird eurem Mann auch nichts geschehen. Ich bin Commander Daga.“ Eine Lösegeldforderung enthält das Tonband nicht.

Die Lage im Geiseldrama war in der vergangenen Woche noch verworrener als zuvor. Die Geiselnnehmer sind unberechenbar, die Vielzahl der Unterhändler sowie Machtkämpfe und Differenzen im Umfeld von Präsident Joseph Estrada verzögern eine Lösung zusätzlich. „Alle, die sich in die Verhandlungen einmischen“, wettete Chefunterhändler Roberto Aventajado am Mittwoch in einem TV-Interview, „sollen endlich damit aufhören. Sie verschärfen das Problem nur noch.“

In der philippinischen Presse wird hingegen der Ruf immer lauter, Aventajado selbst, der zwar bei Estrada wohlgefallen ist, jedoch über keine Hausmacht verfügt, von der Aufgabe zu entheben. Gleichzeitig fordern Teile von Polizei, Militärführung und Medien, die Geiselnahme mit Gewalt zu beenden.

Auch Estrada, ein ehemaliger Action-Schauspieler, scheint einer solchen Lösung nicht mehr abgeneigt, obwohl er öffentlich stets betont, die Sicherheit der Geiseln genieße oberste Priorität. Der „Manila Standard“ tönt bereits: „Wir dürfen nicht länger nach der Musik von Abu Sayyaf tanzen. Die Ehre und das Prestige des Landes stehen auf dem Spiel.“

Nicht nur die Politiker in Manila haben sich in der Geiselsache zerstritten. Auch zwischen den EU-Diplomaten, die sich in der 600 000-Einwohner-Stadt Zamboanga um die humanitäre Versorgung der Gefangenen kümmern, ist es zu einer heftigen Verstimmung gekommen.

Die Beamten hatten ausgemacht, die Hilfspakete mit Toilettenartikeln, Keksen und Gummistiefeln ohne Länderangabe zu verschicken, um Konflikte der Geiseln untereinander zu vermeiden. Doch entgegen der Absprachen auf EU-Ebene hatte die finnische Diplomatin Marja Korhonen alle Lieferungen an die Geiseln einzig mit ihrem Namen versehen. Erst seit Werner Wallert sich bitter darüber beschwerte, er werde nur von den Finnen versorgt, schicken die deutschen und französischen Helfer ihre Pakete jetzt nur noch mit genauer Namensangabe der Sender und nach Ländern getrennt ins Camp.

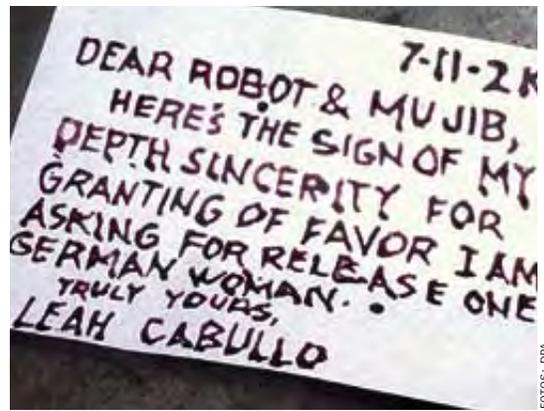
Im Berliner Außenamt waren ebenso wie am Quai d'Orsay in Paris vermehrt Nachrichten aufgelaufen, die philippinische Regierung und das Militär würden nach mehr als 80 Tagen Willkür im Urwald langsam nervös. Am 24. Juli will Estrada in die USA reisen. Bis dahin wolle er die Krise lösen, kabelten Dienste und Diplomaten in die europäischen Metropolen. Estrada und mehr noch seine Militärs würden immer stärker mit einer „philippinischen Lösung“ liebäugeln.

Eine solche Befreiungsaktion wäre in den Augen der Europäer allerdings der politische GAU. Sie trauen der philippinischen Armee keinen erfolgreichen Schlag gegen Kommandant Robots Truppe zu, denn nur einige wenige Soldaten sind für einen solchen Einsatz ausgebildet. Im Dschungel von Jolo wären die ortskundigen Robot-Kämpfer haushoch überlegen; die Geiseln hätten keine Chance. Eine geheime europäische Militärintervention auf philippinischem Staatsgebiet verbietet sich wohl von selbst.

Der Auftritt der drei europäischen Außenminister in Manila, die Estrada am vorigen Donnerstag zu mehr Tempo bei den Verhandlungen drängen wollten, war symptomatisch für die verfahren- und wi-



Geiseln Wallert: Vitamine und Valium



Bittbrief der Autorin Cabullo: Gekappter Ringfinger

FOTOS: DPA

dersprüchliche Situation. Joschka Fischer, zuweilen tief in einen Sessel gedrückt, wirkte häufig wie betäubt. Von Anspannung zeugte allein, dass er unentwegt seine silberne Lesebrille schwenkte. Ihm zur Linken warf sein französischer Kollege Hubert Védrine gelegentlich die Hände in die Luft, wenn er diskutierte. Der Finne Erkki Tuomioja klebte während der andertalbstündigen Debatte fast reglos in seinem Sitzmöbel.

Erst tags zuvor hatte der Deutsche sich entschieden, auf dem Rückflug von Japan, wo er am G-8-Außenministertreffen teilgenommen hatte, noch in Manila Station zu machen. Védrine stieg gleich mit in den Airbus der Luftwaffe und war offenbar auf Entspannung eingerichtet: Er führte eine

Funkelnder Treibsatz

Kriminelle Rebellenbanden finanzieren ihre Bürgerkriege mit Diamanten. Industrielle und Politiker wollen den schmutzigen Handel stoppen.

Peter Hain, Londons Staatsminister für afrikanische Angelegenheiten, ist auf die „ethische Außenpolitik“ verpflichtet, die Britanniens Labour-Regierung kurz nach der Machtübernahme ausgerufen hatte. Folgerichtig möchte er „sicherstellen, dass der Diamant, mit dem man seine Frau beglückt, nicht dazu beigetragen hat, dass einem Kind in Sierra Leone die Hand abgeschlagen wurde“.

Die Befürchtung ist berechtigt. Im westafrikanischen Sierra Leone kontrollieren Banden der Revolutionären Vereinigten Front (RUF) den Abbau der teuren Steine. Um die Menschen in ihrem Herrschaftsbereich einzuschüchtern, haben RUF-Kämpfer Tausende verstümmelt. Jahrelang konnte der – inzwischen verhaftete – Rebellenchef Foday Sankoh seine Macht ausbauen, weil ihm skrupellose Händler Diamanten abkauften oder die Edelsteine gegen Waffen eintauschten.

„Blutdiamanten“ nennen Menschenrechtsorganisationen die Exporte aus den Bürgerkriegsgebieten des Kontinents. Die Gruppe Global Witness aus London berechnet das Geschäft mit den Edelsteinen in Menschenleben statt in Dollar. Angola: 500 000 Tote, 1,7 Millionen Vertriebene; Sierra Leone: 50 000 Tote, eine Million Vertriebene – denn wo Diamanten zu finden sind, werden häufig besonders erbitterte Bürgerkriege geführt; die Erlöse aus dem Verkauf der Steine finanzieren die streitenden Parteien und verlängern das Blutvergießen oft über Jahre hinweg.

Doch nun überlegen auch Händler und Politiker, wie sie Diamanten aus Afrikas Konfliktzonen vom Markt drängen können. In Antwerpen tagt seit Sonntag der Welt-Diamanten-Kongress. Am größten Umschlagplatz für die kostbaren Juwelen hat die Branche erkannt, dass das Symbol für Liebe und Reinheit neuerdings mit Zerstörung und Tod gleichgesetzt wird. Die Pretiosen-Händler fürchten, der ganze Geschäftszweig könnte wie zuvor die Pelzindustrie in eine dramatische Absatzkrise geraten.

Vor allem deshalb wollen die Geschäftsleute mehr Transparenz und Kontrollen im Diamantenhandel erzwingen. Statt der bislang üblichen „Gentlemen's Agreements ohne bindende Wirkung“

Gitarre im Handgepäck. In Manila stieß Tuomioja dazu.

Die Hoffnung, allein der unaufgeforderte Besuch dreier europäischer Politiker von Rang würde helfen, die quälenden Verhandlungen zu beschleunigen, erwies sich indes ebenso als Trugschluss wie die vorzeitig gestreute Erwartung, Fischer würde womöglich die eine oder andere Geisel im Luftwaffenjet mit nach Deutschland zurückbringen. Freigelassen wurde am Freitag lediglich eine malaysische Geisel, der Polizist Abdul Sulawat, 38.

Doch Fischer, Védrine und Tuomioja trieb nicht nur die Sorge um die Geiseln um. Je länger das Drama dauert, umso lauter werden Klagen, die Außenminister schauten tatenlos zu, wie dubiose Entführer ihr undurchsichtiges Spiel mit den Opfern treiben. Andererseits hat keiner der Kritiker irgendein Rezept parat, wie die Krise diplomatisch zu lösen sei.

Auch wenn die Deutschen weiterhin stramm an Aventajado festhalten: Auf die

Deutschen sind gesund, sie haben nur Angst.“

Werner und Renate Wallert waren kürzlich von zehn Abu-Sayyaf-Kämpfern in den kleinen Ort Bandang gebracht worden. Dort, in der Grundschule, warteten zwei Ärztinnen. Der Erdkundelehrer hatte über Schmerzen in der Brust geklagt („Ich hatte einen Herzinfarkt“) und seine Frau über Schüttelfrost; die Ärztinnen rechneten mit Malaria. Doch Wallert sei lediglich unterernährt und schwach, seine Frau habe chronische Panikattacken, meinte Dr. Erma Carpizo nach zweistündiger Untersuchung. Robot höchstselbst nahm Vitamine und Valium mit ins Lager zurück. „Warum soll ich sie laufen lassen?“, fragte er noch.

Auch die bizarre Aktion der philippinischen Autorin Leah Cabullo, die zur „Mutter Teresa von Mindanao“ werden möchte und sich aus Solidarität mit den Geiseln das erste Glied des linken Ringfingers abhackte, rührte ihn nicht. Das gekappte Fingerstück erreichte den Kom-



W. CALDERON / ASIA PX

Philippinisches Militär in Jolo: Nervös nach mehr als 80 Tagen Willkür

Suche nach Handlungsalternativen waren sie gleichwohl gegangen. Schon früh hatte der Krisenstab in Berlin nach eingehender Untersuchung die Idee verworfen, die Geiseln mit einem Militärkommando freizukämpfen. Ein eigens nach Jolo verschiffter Bundeswehroffizier hielt den Plan für viel zu gefährlich. Die Einschaltung von Befreiungsprofis wie etwa die Londoner Firma Control Risk kam ebenfalls nicht in Frage. „Die kochen auch nur mit Wasser“, so ein Delegationsmitglied.

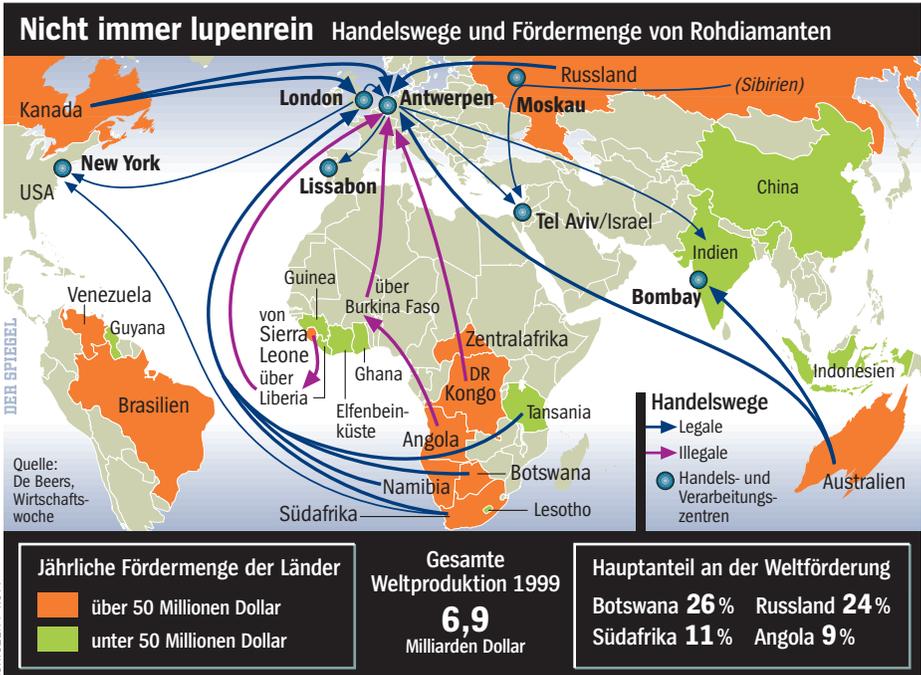
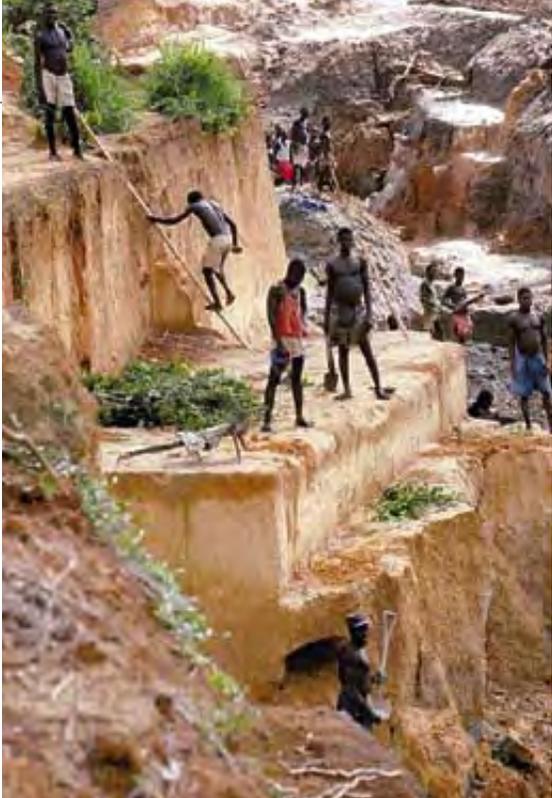
Für die Göttinger Familie Wallert, die zuletzt mit sieben weiteren Geiseln ein Abu-Sayyaf-Lager teilte, war denn auch nach fast zwölf Wochen kein Ende ihrer Dschungelhaft in Sicht. In einem dramatischen Appell hatte Werner Wallert den Präsidenten um Lösegeldzahlung und Freilassung gebeten, doch Estrada ließ mit kühlen Worten ablehnen. Kommandant Robot hatte ohnehin kein Mitleid: „Die

mandanten in einem Hustensaft-Fläschchen, dazu Cabullas Botschaft: „Alle Menschen sollen sich lieben.“ Robots Antwort: „Hast du Geld?“

Am vergangenen Donnerstag, dem Tag des Treffens von Manila, feierte der Gouverneur der Provinz Sulu, Abdusakur Tan, mit viel Prominenz seinen 51. Geburtstag. „Ich wünsche mir von den Geiselnemern Herrn Lorenz“, sagte er. „Wenn sie meine Autorität nicht akzeptieren, akzeptiere ich ihre auch nicht.“ Doch der Abend verging, und die Kidnapper dachten nicht an ein Geschenk für den Gouverneur.

Auf dem Tonband, das den SPIEGEL auf Jolo dann am Freitag erreichte, war auch die fünfte Nachricht des Kollegen Lorenz. „Vielleicht ist es ja möglich, die Verhandlungen zu beschleunigen“, sagte er, „damit ich hier endlich rauskomme.“

KLAUS BRINKBÄUMER, RÜDIGER FALKSOHN, JÜRGEN HOGREFE, OLAF IHLAU, JÜRGEN KREMB



Diamantenmine in Sierra Leone: Erster Schriff für heiße Steine

müsse künftig ein „knallharter Kodex“ das Geschäft mit Edelsteinen regulieren, fordert die Londoner „Financial Times“. Der schwarze Markt mit Diamanten aus Rebellengebieten erscheint dem Blatt als „ein Symptom für die Unregierbarkeit weiter Teile Afrikas“.

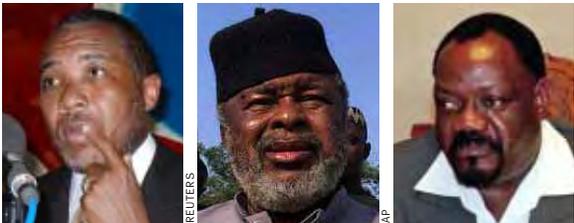
Denn das Geschäft mit den Diamanten vermehrt nicht nur den Blutzoll der Bürgerkriege, es korrumptiert auch scheinbar unbeteiligte Länder. So wird ein Großteil der Produktion von Sierra Leone über das Nachbarland Liberia verkauft, dessen Präsident Charles Taylor als Drahtzieher des tödlichen Geschäfts gilt. Als Anfang des Jahres eine Uno-Studie enthüllte, dass mehrere afrikanische Staatschefs am Export der Konfliktdiamanten profitieren, empfanden die Bloßgestellten das als Angriff der Weltgemeinschaft auf die Souveränität ihrer Staaten.

Um den blutigen Konflikten endlich den funkelnden Treibsatz zu nehmen, wollen am kommenden Wochenende auch die wichtigsten Industriestaaten beim G-8-Gipfeltreffen in Okinawa über den Edelsteinhandel beraten. Großbritannien will einen Plan vorlegen, der den Verkauf von Konfliktdiamanten weltweit eindämmen soll. Vorletzte Woche hatten die Briten im Uno-Sicherheitsrat ein Embargo gegen Diamanten aus Sierra Leone durchgesetzt. Die Verbraucher im eigenen Land hatte die Blair-Regierung schon vor längerer Zeit aufgefordert, keine Edelsteine aus Sierra Leone, Angola oder dem Kongo zu kaufen.

Wie viele Diamanten aus diesen Ländern auf den Weltmarkt gelangen, ist um-

stritten. Nach Schätzungen der US-Regierung machen Konfliktdiamanten bis zu 15 Prozent aller Steine aus. Der traditionelle Marktbeherrscher De Beers – Verkaufsslogan: „Ein Diamant ist unvergänglich“ – spricht dagegen von knapp vier Prozent.

Doch selbst das wäre mehr als genug, um in Afrika Kriege anzufachen. Denn bei einer Weltproduktion von jährlich 6,9 Milliarden Dollar würde sich der Gesamtwert der Diamanten aus den afrikanischen Bürgerkriegsgebieten auf 280 Millionen Dollar belaufen – möglicherweise auch mehr, da Angola und Sierra Leone



Afrikanische Politiker Taylor, Sankoh, Savimbi Drahtzieher des tödlichen Geschäfts?

neben Namibia über die weltweit reinsten Diamanten verfügen.

Obwohl viele Experten daran zweifeln, glauben die De-Beers-Manager, das lukrative Geschäft mit den Konfliktdiamanten ließe sich durch Herkunftsnachweise eindämmen, die jeder Produzent, Aufkäufer, Verarbeiter und Verkäufer auszustellen habe. Neben dieser „Kette von Garantien“ fordert der Konzern mehr Transparenz von den produzierenden Ländern: Fundorte und Gesamtproduktion von Diamanten müssten präzise dokumentiert werden und international überprüfbar sein.

Mit seinen Tochtergesellschaften und Beteiligungen in über 20 Ländern konnte der

südafrikanische Multi Anglo American/De Beers in der Vergangenheit praktisch die gesamte Diamantenproduktion kontrollieren. Inzwischen ist De Beers' Anteil am Welthandel auf gut 60 Prozent gesunken. Heute liefert das Unternehmen seine Steine mit der Versicherung aus, dass sie nicht aus Bürgerkriegsgebieten stammen.

Versuche, den Handel in Konfliktregionen stillzulegen, sind bislang allerdings fehlgeschlagen. Um den Rebellenführer Jonas Savimbi zum Frieden mit der Regierung zu zwingen, hatte die Uno im Juni 1998 ein Embargo gegen Diamanten aus Savimbis Herrschaftsbereich beschlossen. De Beers kaufte daraufhin nur noch angolanische Diamanten mit einem von der Regierung in Luanda ausgestellten Zertifikat.

Bald aber stellte sich heraus, dass dies keine Sicherheit bedeutete. Zwischenhändler gaben heißen Steinen einen ersten Schriff und mischten sie mit Diamanten aus anderen Regionen.

Überdies trugen die Zertifikate über Ursprungsorte weder Namen noch Unterschriften. Transparenz lag nicht im Interesse der Regierung, da Militärs und die Präsidentenfamilie sich seit Jahren kräftig am Diamantenhandel bereichern. Als De Beers daraufhin die Geschäftsbeziehungen abbrach, waren schnell neue Partner zur Stelle.

Auch der Umschlagplatz Antwerpen, der Zertifikate über das Herkunftsland von Diamantensendungen fordert, erlebte Einbußen. Die Kollegen in Tel Aviv dagegen erhielten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 25 Prozent mehr Diamanten als im gleichen Zeitraum 1999. Seit Juli allerdings verlangen auch die Israelis einen Herkunftsnachweis.

HANS HIELSCHER, BIRGIT SCHWARZ

TSCHETSCHENIEN

Pakt mit dem Teufel

Ein Mufti als Zwangsverwalter soll für Moskau die Kriegsregion am Kaukasus befrieden. Doch der Mann entwickelt eigene Ideen.

Jahrelang war der tschetschenische Politiker Schamil Beno, 42, in Moskau als Separatist und Staatsfeind gefürchtet. Zu Anfang der neunziger Jahre amtierte der gelernte Politikwissenschaftler als Außenminister unter dem ersten tschetschenischen Präsidenten Dschochar Dudajew. Vor allem in der arabischen Welt trieb Beno mit Charme und Geschick Spenden für den Unabhängigkeitskampf der Kaukasusrepublik ein.

Heute residiert der früh ergraute Ex-Rebell in einem Büro im 18. Stock eines Hochhauses am noblen Nowy Arbat in der russischen Hauptstadt. Beno ist faktisch der Verwaltungschef für Tschetschenien – als



Präsident Putin, Mufti Kadyrow, russische Truppen in Tschetschenien „Zurück in die Kasernen“

Stellvertreter des von Wladimir Putin eingesetzten Tschetschenien-Administrators, des Muftis Achmed Kadyrow, 49.

Mit Hilfe des „islamischen Faktors“, so hoffen Moskaus Strategen, könne Russland den Kaukasus stabilisieren – der Mufti und sein Vize sollen das Kunststück bewerkstelligen. Die beiden kennen sich seit dem ersten Tschetschenien-Krieg, der 1996 endete. Damals waren sie sich einig in ihrer Position zwischen allen Stühlen: Sie bekämpften nicht nur die Russen, sondern auch die muslimischen Fanatiker. Mit Grausen sahen sie, wie die Islamisten mit Heilsparen und harter Währung aus arabischen Quellen einen Großteil der tschetschenischen Jugend für sich gewannen und einen Gottesstaat ansteuerten.

Beno war 1997 nach Moskau gezogen und hatte sein Geld in Metallgeschäften verdient. Kadyrow blieb in seiner Heimatstadt Gudermes, die er im vorigen Oktober kampffrei der russischen Armee übergab.

Seither gilt der muslimische Würdenträger als Moskau-loyal. Dennoch trauen die Kreml-Herren ihrem neuen Verwalter, dem sie eine Moskauer Wohnung, einen Mercedes und einen Jeep stifteten, nur begrenzt. Ende vergangener Woche hatte die russische Regierung der Kadyrow-Administration trotz dringender Bitten noch kein eigenes Budget zugeteilt.

Denn im Umgang mit Kaukasiern setzen die Moskower eher auf Kontrolle als auf Kooperation. Zwar schwört Kadyrow, er unterzeichne „nicht einen Befehl“ ohne Zustimmung des Kaukasus-Generalgouverneurs Wiktor Kasanzew. Dennoch demonstriert der eigensinnige Geistliche Selbstbewusstsein. So protestiert er gegen die Einkesselung von Dörfern durch die Armee, schließlich sei „die Situation der Republik stabil“.

Doch davon kann keine Rede sein. Bei Selbstmordattentaten mit Sprengladungen kamen am ersten Juli-Sonntag in Tschetschenien 37 russische Soldaten um, 74 wurden verletzt. 10 Gefallene und 53 Verletzte in einer Woche meldete die Armee am vorigen Donnerstag.

Die Rebellen, die sich mit schätzungsweise 2000 bis 4000 Kämpfern in die bewaldeten Berge im Süden zurückgezogen haben, sind nach fast zehn Monaten Krieg allerdings durch Mangel an Waffen, Munition und Medikamenten geschwächt. Die Suizid-Anschläge nach arabischem Muster erscheinen eher als Ausdruck von Verzweiflung denn als Beginn einer Offensive. Freilich vermögen auch die Russen die „Jungs in den Bergen“, wie Kadyrow die Freischärler nennt, nicht zu vernichten.

In dieser Pattsituation will Beno, der sich als Sozialdemokrat versteht, Frieden durch Gespräche „mit allen Tschetschenen“ erreichen, auch mit Präsident Aslan Maschadow – obwohl der ihm als „Volksfeind“ bereits die Hinrichtung angekündigt hat. Sogar mit dem Rebellenkommandeur Schamil Bassajew wollen Moskaus Verwalter reden. Der berüchtigte Scharfmacher inspizierte vergangene Woche zu Pferd Partisaneneinheiten in der Arguner Schlucht.

Von Moskaus Ziel für den Tschetschenien-Feldzug, den Abfall der Republik von Russland zu verhindern, distanziert sich Beno allerdings deutlich. Ob Tschetschenien künftig ein Teil der Russischen Föderation sein oder unabhängig werde, sei noch gar nicht entschieden, behauptet er. Ebenso wie Mufti Kadyrow plädiert er für eine Volksbefragung, um den endgültigen Status der Republik zu klären – vielleicht in zwei Jahren. Solch ein Referendum kann Moskau kaum gewinnen, so groß ist der Hass auf die Eroberer.

Die russischen Soldaten, denen „die Werte einer demokratischen Gesellschaft meist noch fremd“ seien, sollten sich deshalb möglichst schnell „in die Kasernen zurückziehen“, fordert Beno. Auch mit „willkürlichen Verhaftungen“ müsse endlich Schluss sein. Die Ordnung, beteuert er, könne eine örtliche Miliz aufrechterhalten, unter Führung des anderen Kadyrow-Vize Beslan Gantemirow. Dessen Truppe zählt offiziell schon 2214 Tschetschenen.

Gantemirow war einmal Bürgermeister von Grosny, bis er wegen Veruntreuung russischer Gelder verurteilt und später begnadigt wurde. Gegner wie Verehrer nennen ihn nur mit der Anfangsilbe seines Vornamens – „Bes“ ist Russisch und heißt Teufel. Wie viele seiner Gardisten gilt er als wenig verlässlich. Dennoch traf sich Präsident Putin kürzlich mit ihm und schloss schon mal einen Pakt mit dem Milizenchef, der als Rivale des Muftis gilt.

Nach dem Selbstmordmassaker rief Putin seine Generäle zur Ordnung. Danach erklärte auch der Befehlshaber der Bundesstruppen im Kaukasus, General Gennadij Troschew, die Armee könne „sich nicht ewig in Tschetschenien aufhalten“. Sie müsse sich „früher oder später zurückziehen“.

UWE KLUSSMANN



ÖSTERREICH

Auf den Deckel

Vergangenheitsbewältigung nach Wiener Art: Schüssels Kanzleramt streicht einer jüdischen Hilfsorganisation die Zuschüsse zusammen.

Der Bundeskanzler der Republik Österreich gab sich, voller Demut, die Ehre: „Es ist für mich ein Geschenk, dass Sie gekommen sind“, begrüßte Viktor Klima im Juni 1998 gut 70 in Wien geborene jüdische Emigranten, die 60 Jahre nach ihrer Flucht in ihr Geburtsland zurückgekehrt waren – „in ein Land“, so Klima, „das Sie einst so furchtbar enttäuscht hat“.

Furchtbar enttäuscht, und zwar ganz aktuell, sind jüdische und nichtjüdische Österreicher von Klimas Amtsnachfolger Wolfgang Schüssel, dessen konservative ÖVP die Alpenrepublik seit Februar in Koalition mit der rechtslastigen FPÖ des Jörg Haider regiert. Kaum an der Macht, ließ der Kanzler die Mittel für den Jewish Welcome Service (JWS) zusammenstreichen, der seit 1978 von den Nazis vertriebene Wiener Juden als Geste der Versöhnung in ihre alte Heimat einlädt.

„Auf Grund der restriktiven Budgetsituation“, teilte Ministerialrat Dr. Alois Schittengruber dem JWS Anfang April mit, stünden für das Jahr 2000 „leider keine weiteren Mittel mehr zur Verfügung“. Bisher hatte das Bundeskanzleramt jährlich zwei Visiten finanziert, doch nun entfällt das Geld für die zweite Besuchergruppe. Wie es nächstes Jahr weitergehen soll, ist noch völlig ungeklärt.

Dabei hat der Alpenstaat, der sich lange hinter der Legende vom gewaltsamen „Anschluss“ durch Nazi-Deutschland versteckte, noch viel Versöhnungsarbeit zu leisten. Mehr als 130 000 Juden wurden nach 1938 aus Österreich vertrieben; 65 000 wurden in KZ verschleppt, 2000 überleben. Kaum einer von ihnen mochte sich in diesem Land nach 1945 wieder ansiedeln.

Der Welcome Service, seit 1997 in einem kleinen Kontor in den Räumen des Österreichischen Verkehrsbüros direkt am Stephansplatz untergebracht, betreut mit vier festen und vielen freiwilligen Mitarbeitern jährlich 250 bis 300 Emigranten auf ihrer Reise in die eigene Vergangenheit. 4000 sind bisher insgesamt gekommen, schätzt Leon Zelman, 72, Direktor und Mitbegründer des JWS; 600 stehen laut Zelman derzeit auf der Warteliste.

Den durchweg hochbetagten Heimkehrern (Durchschnittsalter: 75 Jahre) beschert die Wien-Reise unweigerlich ein Wechselbad der Gefühle zwischen nostalgischen



JWS-Direktor Zelman (l.), jüdische Emigranten*: Nicht um Geld betteln



Kanzler Schüssel, Haider*: Barrieren gefallen?

Kindheitserinnerungen und der traumatischen Vertreibungserfahrung. JWS-Freiwillige helfen ihnen, die alten Viertel, Schulen oder sogar Wohnungen wieder zu finden. Neue Freundschaften sind so entstanden, abgerissene Verbindungen in die alte Heimat wieder aufgenommen worden. Das Interesse ist nicht nur bei den Emigranten groß. Als der JWS Gastgeber für 200 Enkelkinder von emigrierten Juden suchte, meldeten sich 600 Wiener Familien.

Angesichts der großen Resonanz schmerzt Zelman die Etatkürzung weniger als der symbolische Schaden. „Ich kann nicht um das Geld betteln“, sagt der JWS-Direktor. „Es hat doch einen tieferen Sinn, dass die Republik Österreich ehemals verfolgte Mitbürger einlädt. Es ist eine Frage der Verantwortung, nicht der Finanzen.“ Menschen, die als Juden vom Mob durch die Straßen gejagt wurden, empfinden eine Einladung vom Kanzler des demokratischen Österreich als besonders glaubwürdigen Akt der Wiedergutmachung.

* Oben: beim Besuch im Wiener Rathaus 1998; unten: bei der Pressekonferenz zur Regierungsbildung am 1. Februar in Wien.

Für Zelman, der nach KZ-Aufenthalten in Auschwitz und Mauthausen als „Displaced Person“ in Wien hängen blieb, war der JWS bisher auch ein Instrument, um den Juden in aller Welt zu beweisen, dass nach 1945 „ein neues Österreich“ entstanden sei, das mit seinem antisemitischen Erbe gebrochen habe.

Daran allerdings hat der JWS-Chef inzwischen wieder Zweifel. Denn auch aus der Kanzlerpartei ÖVP sind Töne zu hören, die so schrill bisher allenfalls von Haider's Truppe kamen. „Die Juden treiben's noch so weit, bis sie wieder eine auf den Deckel kriegen“, ließ sich der ÖVP-Politiker Johannes Asamer vorige Woche zitieren. Asamer war von 1973 bis 1982 Bürgermeister des oberösterreichischen Ohlsdorf, unweit des KZ Mauthausen, aus dem Zelman 1945 von den Amerikanern befreit wurde.

„Die Barrieren sind gefallen“, schätzt Zelman denn auch das neue politische Klima ein. „Was bisher nur gedacht wurde, kann heute offen gesagt werden.“

Inzwischen hat sich Bundespräsident Thomas Klestil in den Streit eingeschaltet. Demonstrativ traf sich das Staatsoberhaupt vorigen Mittwoch mit Zelman und sagte seine Unterstützung zu. „Der Bundespräsident wird die ihm gebotenen Mittel sicher nützen“, ließ ein Sprecher Klestils nach dem Termin verlauten.

Wenn es trotz der Intervention von höchster Stelle bei den Kürzungen bleibt, wird das Besuchsprogramm nächstes Jahr stark eingeschränkt werden müssen. Das Kanzleramt wollte den Vorgang vergangenen Freitag gegenüber dem SPIEGEL nicht kommentieren. Dank der Stadt Wien kommen im September noch einmal 70 jüdische Emigranten aus Argentinien, Australien und anderen Ländern. Einen Empfang bei Kanzler Schüssel wird es wohl nicht geben.

HANS MICHAEL KLOTH

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Nein zum Bundesstaat“

Der französische Außenminister Hubert Védrine über die Zukunft Europas, die Erneuerung der Union und seine Sympathie für den deutschen Kollegen Joschka Fischer

Védrine, 52, langjähriger außenpolitischer Berater von Präsident François Mitterrand, nahm großen Einfluss auf den Vertrag von Maastricht. Nach dem Sieg der Sozialisten 1997 wurde der Deutschlandkenner zum Minister ernannt.

SPIEGEL: Herr Minister, vor dem Europaparlament in Straßburg hat Präsident Chirac versichert, die Union werde am Ende der französischen EU-Präsidentschaft nicht mehr ganz dieselbe sein. Ist der Ehrgeiz nicht ein bisschen zu groß?

Védrine: Wir haben es mit einer vielfachen Herausforderung zu tun. Noch nie mussten wir eine Vergrößerung von 15 auf 27 Mitglieder – also praktisch eine Verdoppelung – aushandeln, noch dazu mit so unterschiedlichen Ländern, und zugleich eine so unumgängliche Reform der Institutionen durchsetzen. Und das alles, während sich in ganz Europa eine große Debatte über die fernere Zukunft der Union entwickelt.

SPIEGEL: Die Franzosen und die Deutschen haben sich in dieser Diskussion weit vorgewagt. Droht die Auseinandersetzung um die Bestimmung Europas die konkrete Arbeit, die Sie erledigen müssen, zu erschweren?

Védrine: Das wäre schlimm. Alle unsere Partner in Europa, die Deutschen voran, erwarten von uns einen Erfolg beim Gipfel von Nizza im Dezember. Sonst müssten die Gedanken über die Zukunft müßige Spekulationen bleiben. Aber zugleich ist es ganz normal, dass die Zukunftsdebatte ihre eigene Dynamik entwickelt. Europa steht an einem Scheideweg, die kommende Erweiterung hat eine Gewissenserforschung ausgelöst.

SPIEGEL: Fürchten Sie, dass einige Mitgliedstaaten genervt auf den Ideenwettbewerb über die europäische Zukunft reagieren und deswegen versuchen könnten, die dringenden Reformen zu bremsen?

Védrine: Dieses Risiko besteht, wenn es um die verstärkte Zusammenarbeit einzelner



Außenminister Védrine: „Umverteilung zu Gunsten der Großen“

Mitgliedstaaten geht. Aber wir müssen einem größeren Europa mehr Geschmeidigkeit verleihen. Nur so können Länder, die in bestimmten Gebieten enger kooperieren oder gemeinsam ein Stück vorangehen möchten, dies auch ungehindert tun. Andere, die sich gegen das föderalistische Räderwerk sträuben, können zu der Ansicht gelangen, dass verstärkte Zusammenarbeit gefährlich ist, wenn sie letztlich mehr Integration bringt.

SPIEGEL: Diese Angst könnte ja auch einen heilsamen Druck ausüben.

Védrine: Sicher, denn die widerstrebenden Länder wissen, dass diese verstärkte Zusammenarbeit erst recht kommen wird, wenn wir keine Einigung in Nizza erzielen – dann eben außerhalb der EU-Verträge. Dennoch müssen wir zusehen, dass die langfristige Debatte die gegenwärtige Verhandlung nicht komplizierter macht.

SPIEGEL: Sie müssen vier institutionelle Probleme lösen, die in der Regierungskonferenz noch offen sind. Dabei geht es besonders um die Neugewichtung der Stimmen im Rat.

Védrine: Das Stimmrecht ist heute zu wenig repräsentativ. Zwischen den größten und den kleinsten Mitgliedstaaten besteht ein Verhältnis von 1:200 bei der Bevölkerung, aber nur von 1:5 beim Stimmrecht – zwei Stimmen für Luxemburg, je zehn etwa für Frankreich und Deutschland. Diese Untervertretung der großen Länder würde mit der Erweiterung nur noch krasser. Deshalb brauchen wir eine erhebliche Umverteilung zu Gunsten der Großen.

SPIEGEL: Soll Deutschland, das mit Abstand die meisten Einwohner hat, wegen seines demografischen Gewichts eine herausgehobene Stellung bekommen?

Védrine: Diese Forderung wurde von offizieller deutscher Seite nicht erhoben, auch wenn einige sie verfechten.

SPIEGEL: Sie würden es lieber sehen, wenn die großen Staaten gleich blieben?

Védrine: Man kann sich eine Neugewichtung zwischen Länder-

gruppen vorstellen. Innerhalb dieser Gruppen würden gleiche Stimmrechte gelten. Das Gleichgewicht zwischen den europäischen Staaten wurde nicht allein auf demografischer Basis entworfen.

SPIEGEL: Müssen in der erweiterten EU Mehrheitsentscheidungen zur Regel werden, wenn Europa sich nicht selbst blockieren will?

Védrine: Zur Stunde sind fast alle Länder bereit, die Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit auszuweiten, aber über die Anwendungsbereiche sind sie sich nicht einig. Frankreich würde gern soziale und steuerliche Fragen einbeziehen.

SPIEGEL: Wie steht es denn um das Vetorecht, das jedes Land in Anspruch nehmen kann, wenn es sein vitales nationales Interesse berührt wähnt?

Védrine: Das bleibt unverändert. Es ist eine Notbremse. Ich sehe nicht, wie man ein

Land zwingen könnte, in einer Extremsituation darauf zu verzichten. Allerdings darf dieses Recht nicht missbraucht werden.

SPIEGEL: Dritter Punkt: die Zusammensetzung der Brüsseler Kommission. Selbst wenn die großen Länder auf einen ihrer zwei Vertreter verzichten, gäbe es nach der Erweiterung am Ende mehr als 20 Kommissare. Wo liegt die Grenze?

Védrine: Aus unserer Sicht wäre eine Oberzahl ideal, die deutlich unter 20 liegt, selbst wenn das eine interne Rotation zwischen den Mitgliedstaaten nach sich zieht. Man muss aber auch über eine Hierarchisierung nachdenken.

SPIEGEL: Mit Stellvertretern für die Kommissare?

Védrine: Ja, ein bisschen so wie Minister und Staatssekretäre.

SPIEGEL: Frankreich betont immer, dass die Regierungskonferenz nicht zum Rabattpreis abgeschlossen werden dürfe. Wo liegt für Sie die Messlatte?

Védrine: Das kann ich Ihnen heute nicht mit mathematischer Genauigkeit sagen. Wir sind in der Tat nicht bereit, uns mit irgendetwas zufrieden zu geben, nur um des Vergnügens willen, einen Vertrag in Nizza zu bekommen. Ein gutes Ergebnis bestünde aus einer erheblichen Neugewichtung der Stimmen, einer wirklich veränderten oder hierarchisch organisierten Kommission, der größtmöglichen Ausdehnung von Mehrheitsentscheidungen und einem wichtigen Stück Flexibilität bei der verstärkten Zusammenarbeit. Natürlich sind diese vier Punkte alle miteinander verbunden.

SPIEGEL: Können Sie denn schon sagen, wie viele der 15 EU-Mitglieder bereits eine gemeinsame Linie vertreten?

Védrine: Nein, das Vertrackte daran ist, dass die Fronten kreuz und quer laufen, je nach Sachgebiet.

SPIEGEL: Sind sich denn wenigstens Deutschland und Frankreich einig?

Védrine: Sehr nahe. Es herrscht jedenfalls Einigkeit darüber, dass wir uns einig sein wollen.

SPIEGEL: Was hat den deutsch-französischen Motor wieder angeworfen, nach der Phase einer gewissen Gefühlskälte?

Védrine: Diese Kälte hat es zwischen Joschka Fischer und mir nie gegeben.

SPIEGEL: Aber zwischen dem Kanzler und seinen französischen Partnern?

Védrine: Suchen Sie nicht zu sehr nach psychologischen Erklärungen. Die Regierung Schröder musste sich einarbeiten, praktisch sofort den europäischen Vorsitz während der ersten Jahreshälfte 1999 übernehmen, sich mit der äußerst komplizierten Agenda 2000 auseinander setzen. Die Frage, wie man frischen Schwung in den deutsch-französischen Motor bringen könne, stellte sich erst ab Herbst. Joschka Fischer und ich haben die Bedingungen dafür geschaffen.

SPIEGEL: Was fasziniert Sie so an Fischer? Vielleicht der Reiz eines gewissen Stil-

bruchs mit der klassischen Welt der Diplomatie, die Sie verkörpern?

Védrine: Mein Leben und meine Ausbildung sind ganz anders verlaufen, aber das hindert mich nicht daran, vom Reichtum seiner Persönlichkeit gefesselt zu sein. Joschka Fischer verbindet in sich eine politische mit einer intellektuellen Dimension, er hat eine echte Neigung für die Kultur, für die Geschichte Frankreichs, Deutschlands, Europas. Wir teilen eine



Außenministerium am Pariser Quai d'Orsay
„Ohne Frankreich läuft nicht viel“

Neues Europa Die Kandidaten für die Osterweiterung



Philosophie der Geschichte, die es uns ermöglicht, unsere Gedanken in die Zukunft zu projizieren, auch wenn wir zu verschiedenen Deutungen kommen.

SPIEGEL: Zum Beispiel beim Nachdenken über das Europa von morgen?

Védrine: Es gibt einen Blütenstrauss von Lösungen und Vorschlägen, die im Moment noch sehr verschieden sind. Manche Pisten scheinen mir unbegebar, weil sie zu künstlich oder zu theoretisch sind. So glaube ich nicht, dass sich das klassische Schema des Föderalismus mit dem Ziel eines Bundesstaats auf Europa anwenden lässt. Denn unsere Realität besteht aus der Existenz alter Nationen, die eine sehr starke Eigenart bewahrt haben.

SPIEGEL: Die also nicht alle gemeinsam von einem direkt gewählten europäischen Präsidenten vertreten werden können?

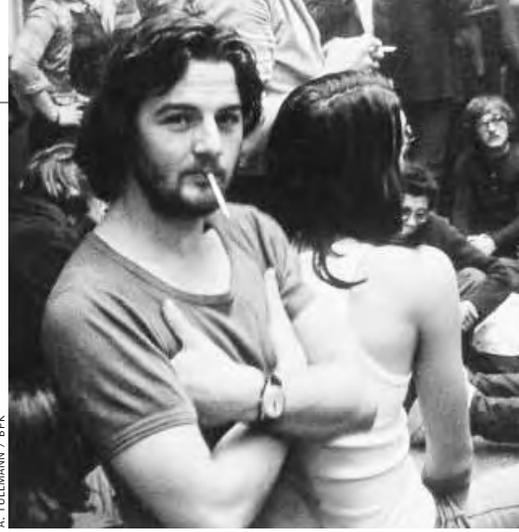
Védrine: Nein, an Vorschläge dieser Art glaube ich nicht. Sie enthalten einen falschen Wagemut. Dahinter steckt eine etwas obsessive Bezugnahme auf die Vereinigten Staaten von Amerika. Aber die USA sind auf einer Tabula rasa entstanden. Ein zu theoretisches Schema würde uns in die Sackgasse führen.



Expo-Besucher Chirac, Ehepaar Schröder
„Wir wollen einig sein“

SPIEGEL: In allen Vorschlägen spürt man dennoch das Bemühen, eine kleine Avantgarde zu schaffen, weil es mit allen gemeinsam nicht mehr vorangeht.

Védrine: Allerdings, und diese kleine Gruppe gibt sich sehr verschiedene Namen, je nach Erfinder: der harte Kern von Lamers und Schäuble, die Föderation der Nationalstaaten von Jacques Delors, das Gravitationszentrum von Joschka Fischer und jetzt auch noch die Pioniergruppe von Präsident Chirac. In Wirklichkeit gleichen sich diese Konzepte keineswegs.



A. TULLMANN / BFK

Fischer in Frankfurt (1973), Védrine als Mitterrand-

SPIEGEL: Die zentrale Frage bleibt: Kann man eine Spitzengruppe schaffen, ohne eine für alle Mal das Europa der zwei Geschwindigkeiten einzuführen und mithin eine neue Teilung zu provozieren?

Védrine: Genau dieser Schwierigkeit wollte Präsident Chirac in seiner Berliner Rede ausweichen. Deshalb hat er seine Pioniergruppe nicht als Ergebnis einer willkürlichen Festlegung vorgestellt, sondern als etwas, das sich nach und nach auf natürliche Weise, durch verstärkte Zusammenarbeit, heranbildet. Die Reaktionen auf seinen Vorstoß zeigen, dass manche Partner trotzdem das Risiko eines Europas der zwei Geschwindigkeiten erkannt haben.

SPIEGEL: Könnte sich aus einer solchen Pioniergruppe später nicht doch noch eine Föderation entwickeln?

Kleiner Schritt oder großer Sprung?

Reformansätze in der Europäischen Union

Stimmengewichtung im Rat

Bisher:	Stimmen pro Land
Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien	10
Spanien	8
Belgien, Griechenland, Niederlande, Portugal	5
Österreich, Schweden	4
Dänemark, Finnland, Irland	3
Luxemburg	2

► **Reformvorschlag:** Stimmenneugewichtung; nicht allein die Mehrheit der Stimmen, sondern auch die dahinter stehende Bevölkerungszahl soll künftig ausschlaggebend sein (doppelte Mehrheit).

Zusammensetzung der Kommission

Bisher: 20 Mitglieder, ein Kommissar je Land; Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien sind mit 2 Kommissaren vertreten.

► **Reformvorschlag:** Weniger als 20 Kommissare. Große Länder sollen einen Kommissar abgeben. Rotation zwischen den Mitgliedstaaten.

Mehrheitsentscheidungen

Bisher: Mehrheitsentscheidungen oder Einstimmigkeit, bei der ein Land durch Veto blockieren kann.

Themen, die Einstimmigkeit erfordern, z. B.:

- Reform der EU-Verträge
- Aufnahme neuer Mitglieder
- wichtige Personalentscheidungen
- Außen- und Sicherheitspolitik

► **Reformvorschlag:** Mehrheitsentscheidungen als Normalfall, vor allem in Außen-, Innen- Rechts- und Sozialpolitik.

Verstärkte Zusammenarbeit

Bisher: Mitgliedstaaten, die an einer verstärkten Integration interessiert sind, können nur mit Zustimmung aller Mitglieder untereinander Vereinbarungen treffen.

► **Reformvorschlag:** Zukünftig sollen einzelne Staaten eine Vorreiterrolle in der europäischen Integration einnehmen können.

Védrine: Es wäre jedenfalls verkehrt, von vornherein eine bestimmte Gruppe zu definieren. Ein ständiger harter Kern wäre nicht hinnehmbar für Länder, die heute eine wichtige Rolle in Europa spielen wollen und die nicht einsehen, weshalb sie von anderen ausgeschlossen werden sollten. Unter all diesen Modellen ist nur solchen eine Zukunft beschieden, die offene Antriebsgruppen mit freiwilliger Beteiligung vorsehen.

SPIEGEL: Aber Deutschland und Frankreich wären in jedem Fall dabei?

Védrine: Man kann tatsächlich denken, dass Frankreich und Deutschland immer zu dieser Gruppe gehören werden, ausgenommen vielleicht, wenn es um verstärkte Zusammenarbeit in bestimmten geografischen Regionen geht.

SPIEGEL: Haben Sie schon eine Liste mit Prioritäten für eine verstärkte Zusammenarbeit im Kopf?

Védrine: Die Logik des Konzepts der verstärkten Zusammenarbeit läuft darauf hinaus, die Lähmung Europas zu verhindern. Wir sind nicht verpflichtet, die spezifischen Bereiche gleich festzulegen. Das würde nur zu endlosen Streitereien führen.

SPIEGEL: Wie viel Zeit wird Europa brauchen, um den Königsweg in die Zukunft zu finden?

Védrine: Wir würden einen schweren Fehler begehen, wenn wir die Diskussion in einen künstlichen Zeitrahmen zwingen wollten. Sie darf nicht zu früh abgeschlossen werden. Denn sie ist nicht allein Sache der Staatsmänner und Experten, sie ist auch kein Monopol der Franzosen oder Deutschen. Diese Debatte geht ganz Europa an, nicht nur die Mitgliedstaaten, sondern auch die Beitrittskandidaten.

SPIEGEL: Trotzdem muss sie eines Tages entschieden werden. Präsident Chirac hat vorgeschlagen, sofort nach Nizza einen Prozess in Gang zu setzen, der innerhalb weniger Jahre zu einer europäischen Verfassung führen könnte.

Védrine: Der Präsident hat inzwischen selbst klargestellt, dass dieser Teil seiner Berliner Rede aus persönlichen Überlegungen zusammengesetzt war. Es bedarf einer genauen Prüfung, bevor man sich wirklich in diesen Prozess hineinbegibt. Das Wort Verfassung hat heute etwas Verlockendes an sich. Es verführt sowohl diejenigen, denen Europa zu weit geht und die ein Stoppschild aufstellen wollen, als auch jene, die mehr Europa verlangen.

SPIEGEL: Chiracs Rede wurde von manchen als Plädoyer für mehr Integration verstanden. Aber gehört er nicht eher zu denen, die Kompetenzen abgrenzen und die Zuständigkeiten von Brüssel beschneiden wollen?

Védrine: Er hat sich hauptsächlich auf die Subsidiarität berufen, also die klarere Abgrenzung der Kompetenzen. Andere würden gern mit einer Verfassung eine postnationale Rechtsordnung in Europa er-

richten. Sie wünschen einen unwiderrufflichen Sprung in den Föderalismus hin zu einer europäischen Regierung. Aber Sie können keine Verfassung formulieren, wenn Sie nicht die Lösung entscheidender Probleme kennen. Wie viel Macht gibt man der Union, wie viel einer eventuellen Föderation von Nationalstaaten? Wie viel Souveränität bleibt den Nationalstaaten erhalten? Wie viel Zuständigkeit haben die Regionen? Handelt es sich um starre oder fließende Kompetenzen? Wie soll die europäische Regierung organisiert werden?

SPIEGEL: Wenn bei all dem das Ziel schon vorher bekannt sein muss, braucht man gar nicht anzufangen.

Védrine: Man muss wissen, wohin man gehen will. Sonst wird die verdutzte europäische Öffentlichkeit einfach eine verfassungsrechtliche Kakophonie zu hören bekommen, deren Missklänge sich jahrelang hinziehen können.

SPIEGEL: Hätten Sie Joschka Fischer geraten, den Begriff Föderation aus dem Spiel zu lassen, um Spaltungen zu vermeiden?

Védrine: Jeder von uns muss in dieser europäischen Debatte seine Meinungsfreiheit behalten dürfen. Man darf sich aber nicht darauf beschränken, eine Idee aufsteigen zu lassen und dann zu warten, wer dafür oder dagegen ist. Dafür ist die Sache zu ernst. Welche Kompetenzen hätte denn der deutsche Kanzler oder der französische Präsident noch in einer Föderation? Bisher habe ich keine wirklichen Antworten auf meine Fragen bekommen, weder in Deutschland noch anderswo – außer dem Hinweis auf das klassische Schema eines Bundesstaats, das, wie ich glaube, nicht funktionieren kann.

SPIEGEL: Gehört zu den Zukunftsfragen, die Europa bald beantworten muss, auch diejenige seiner endgültigen Grenzen?

Védrine: Ja, wir müssen Grenzen setzen, die teils geografisch, teils politisch gezogen werden. Russland zum Beispiel ist nicht dazu berufen, irgendwann zur Europäischen Union zu gehören. Das würde den ganzen Geist des europäischen Aufbauerwerks umstoßen. Ich glaube auch nicht, dass man in Moskau solche Träume hegt. Partnerschaft ja, Mitgliedskarte nein.



Berater (1981), Ehepaare Védrine, Fischer in der Provence*: „Vom Reichtum seiner Persönlichkeit gefesselt“

SPIEGEL: Was ist mit der Türkei?

Védrine: Wenn der Türkei nicht seit 1963 so viele Versprechen gemacht worden wären, hätte man eine strategische Partnerschaft in Betracht ziehen können – so wie mit allen unseren großen Nachbarn im Osten, Südosten und im Süden bis hin zum Maghreb. Aber auf dem Gipfel in Helsinki wurden nun einmal die Konsequenzen aus früheren Verpflichtungen gezogen.

SPIEGEL: Eigentlich sollte Europa jetzt erst einmal innehalten, um wieder zu Atem zu kommen?

Védrine: Innehalten? Nein. Zuerst müssen die Reform der Institution und die schon begonnenen Beitrittsverhandlungen erfolgreich zu Ende geführt werden.

SPIEGEL: Der Andrang ist groß, aber könnte die Europäische Union nicht auch ein Mitglied verlieren, zum Beispiel Österreich? Was geschieht, wenn Wien die Konferenz von Nizza mit allen Mitteln blockiert? Welche Folgen hätte eine Volksbefragung mit einem massiv antieuropäischen Ergebnis?

Védrine: Eine solche Hypothese will ich gar nicht erst ernsthaft in Betracht ziehen. Der österreichische Kanzler Schüssel beteuert unablässig seine guten europäischen Absichten. Wenn die österreichische Regierung jetzt bedauerenswerte Initiativen ergreift, um der öffentlichen Meinung Luft zu verschaffen, dann ist das ihr Problem. Sie hat diese öffentliche Meinung in einem Maße beeinflusst, dass sie jetzt wie der Zauberlehrling dasteht, der die gerufenen Geister nicht mehr loswird.

SPIEGEL: Wenn Sie von vorn anfangen könnten, würden Sie Österreich noch einmal genauso behandeln?

Védrine: Wir haben gehandelt, wie wir mussten.

SPIEGEL: Ohne Frankreich wären die anderen wohl kaum so weit gegangen.

Védrine: Wenn Sie meinen, dass ohne Frankreich nicht viel in Europa läuft – nun gut. Aber es war doch nicht Frankreich,

das allen anderen gegen ihren Willen eine Haltung zu Österreich aufgezwungen hat. Die 14 Partner waren sich im Nu einig. Die Verwarnung der Wiener Regierung und die Selbstverpflichtung der österreichischen Koalition sind für die weitere Entwicklung dieses Landes, für seine Modernisierung, für seine Selbstbetrachtung äußerst wichtig. Mit Blick auf die Vergangenheit und noch mehr auf die Zukunft ist das schon ein beachtliches Ergebnis.

SPIEGEL: Sie haben damit aber auch starke Ressentiments in der österreichischen Bevölkerung geweckt.

Védrine: Das haben wir nie gewollt. Jedes Mal, wenn wir eine Entgleisung bei uns feststellten, zum Beispiel bestimmte Boykottversuche, haben wir dem sofort ein Ende gesetzt. Frankreich hat nie einen Vorstoß auf dieser Ebene unternommen. Die einzigen Maßnahmen, die wir angenommen haben, sind ein Einfrieren der bilateralen Regierungsbeziehungen. Das betrifft in keiner Weise die Funktion der Europäischen Union.



Védrine (r.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Vetorecht bleibt“

SPIEGEL: Dennoch: War es wirklich fair, einen Schüler in die Ecke zu stellen, den man als rabiat verdächtige, der aber die Klasse noch gar nicht gestört hatte?

Védrine: Sie haben Recht, auf dem Unterschied zwischen möglichen bösen Absichten

und tatsächlichen Akten zu beharren. Nach den Klauseln des Amsterdamer Vertrags, nach den Artikeln sechs und sieben, können nur schwerwiegende und anhaltende Verstöße gegen die Menschenrechte mit Sanktionen belegt werden. In dieser Situation befinden wir uns nicht, und deshalb sind ja auch diese Bestimmungen nicht in Gang gesetzt worden. Aber wenn ein Land sich – völlig frei – zum EU-Beitritt entscheidet, übernimmt es damit auch gemeinsame Prinzipien und Werte. Dieser Anspruch geht weiter als üblich in den internationalen Beziehungen zwischen Staaten.

SPIEGEL: Muss das Problem vor der Volksbefragung in Österreich gelöst sein?

Védrine: Nachdem die 14 Partner Österreichs sich darauf geeinigt haben, einen Bericht von drei Weisen zu bestellen, müssen wir jetzt deren Urteil abwarten.

SPIEGEL: Wann wird es kommen?

Védrine: Die Weisen sind gerade erst ernannt worden. Sie werden ihre Arbeit beginnen. Die 14 werden ihren Bericht prüfen, sobald er fertig ist.

SPIEGEL: Wann wird eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik die nationale Außenpolitik Frankreichs, Großbritanniens oder Deutschlands ablösen?

Védrine: Wir haben nie beschlossen, in keinem Vertrag, dass wir eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik betreiben werden. Das ist der Unterschied zur Währungsunion. Wir wollen nicht zu Gunsten eines kleinsten gemeinsamen Nenners auf eine nationale Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik verzichten, die jeweils ihre eigene Tradition, ihre besonderen Beziehungen und ihre solidarischen Bindungen hat. Wir würden dabei ungeheuer viel verlieren, und Europa würde nichts gewinnen. Ich verfechte die These, dass die gemeinsame europäische Außenpolitik von morgen stark sein wird, wenn die nationale Außenpolitik ebenfalls stark bleibt.

SPIEGEL: Der französische Außenminister wird sobald nicht arbeitslos?

Védrine: Das sehe ich nicht, so weit ich vorausschauen kann.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Oben: Fischer-Ehefrau Nicola Leske (l.), Védrine-Ehefrau Michelle (r.); unten: mit Redakteur Romain Leick im Ministerbüro in Paris.

Werbeseite

Werbeseite

GROSSBRITANNIEN

Eiserne Großmutter der Nation

Seit den Bombennächten von London ist die Königinmutter bei ihren Untertanen besonders beliebt. Doch den Ansehensverfall der Windsors kann auch die bald Hundertjährige nicht aufhalten.

London feiert: Eskortiert von Reitern wird die Jubilarin am Mittwoch dieser Woche auf dem Pracht- und Paradeplatz unweit des Buckingham-Palasts vorfahren. Dort führt ihr Enkel, der bereits vom Vorruhestand bedrohte ewige Thronpretendent Charles, dann rund 40 Angehörige der Windsor-Familie mit einem Geburtstagsständchen an. Ein wenig später wird sich der Himmel öffnen, und auf „Königin Elizabeth, die Königinmutter“, regnen eine Million Rosenblätter herab, die zu ihrem pastellfarbenen Outfit passen sollen.

Mit der Hauptstadt feiert die ganze Nation. Denn „Queen Mum“, die tatsächlich erst am 4. August 100 wird, genießt etwas, wovon die anderen Generationen der Windsors nur träumen können: Ansehen bei ihren Landsleuten. Während sich ihre älteste Tochter den stetigen Vorwurf anhören muss, sie habe in fast 50-jähriger Regentschaft das Herrscherhaus in teutonischer Grabeskälte erstarren lassen, während die Generation ihrer Enkel die Blätter mit Liebesleid und Scheidungsschmutz gefüllt hat, gilt die Matriarchin als sakrosankt – eine unangreifbare Großmutter der Nation, die nicht mehr ganz von dieser Welt zu sein scheint.

Ihr, der letzten „Kaiserin von Indien“, haftet noch immer ein wenig Glanz des untergegangenen britischen Empire an. Ihr unbeugsamer Patriotismus, der sie in den Augen ihres Kriegsgegners Hitler zur „gefährlichsten Frau Europas“ machte, mahnt ihre Untertanen an jene guten Zeiten, in denen Kontinentaleuropäer keine EU-Partner, sondern „bloody foreigners“ waren. Gleichzeitig hat sie es meisterhaft verstanden, bei allen Auftritten als Liebenswürdigkeit in Person zu erscheinen. Schaut ihre Tochter mit

zunehmendem Alter immer verbiesterter drein, neigt Queen Mum stets das königliche Haupt leicht zur Seite und lächelt huldvoll.

Kein Wunder, dass die angeschlagenen Windsors ihr bestes Stück immer wieder ausrollen. Es stimmt ja, dass sie – wie jede Hundertjährige – ihre Macken hat, bei familiären Dinners in Toasts auf Margaret Thatcher oder das Apartheidsystem der Buren ausbricht. Doch trotz beidseitiger Implantation künstlicher Hüftgelenke wird sie wohl bis an ihr Lebensende an jenem Band knüpfen, das, nach Ansicht selbst

stocksolider Staatsrechtler, auf magische Weise Monarchie und Volk vereint.

Es ist eine Ironie der britischen Geschichte, dass die Königliche der Windsors die Erste war, die selber nicht aus einem königlichen Haus stammt. Elizabeth Bowes-Lyon wurde am 4. August 1900 als neuntes Kind eines Lords von Strathmore geboren, des Abkömmlings eines alten schottischen Clans.

Als ihre Eltern sie nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in die feine Londoner Gesellschaft einführten, reihte sich in die Schlange ihrer Verehrer auch Prinz Albert ein, der zweitälteste Sohn von König Georg V. Liebe auf den ersten Blick war es offenbar nicht. Zweimal gab sie dem rachitischen, stotternden Kettenraucher einen Korb – bevor sie ihn schließlich doch erhörte.

Über die offenkundig schwächliche Physis ihres Gatten Albert wird bis heute spekuliert. Die amerikanische Autorin Kitty Kelley zitiert in ihrem Buch „Die Royals“ Zeugen dafür, dass die Ärzte mangels königlicher Potenz auf künstliche Befruch-



Windsor-Familie, Königinmutter*: Huldvoll lächelnd, das Haupt leicht zur Seite geneigt

* Vor der Londoner St.-Pauls-Kathedrale am vorigen Dienstag.

tung zurückgreifen mussten. Die spätere Thronfolgerin Elizabeth II. wurde jedenfalls erst 1926, drei Jahre nach der Hochzeit, geboren, vier Jahre später Margaret.

Dass sie unerwartet Königin wurde, war der größte Schock ihres Lebens. Nach dem Tod Königs Georg V. im Januar 1936 hatte ihr Schwager als Eduard VIII. den Thron bestiegen. Doch der hatte sich hoffnungslos in die bereits zweimal geschiedene bürgerliche Amerikanerin Wallis Simpson verliebt. Statt sie aufzugeben und sich eine standesgemäße, jungfräuliche Britin zuzuführen zu lassen, dankte er ab und stürzte die Monarchie in die tiefste Krise des 20. Jahrhunderts.

Nicht zuletzt der schottischen Elizabeth, die im Familienkreis stets „Cookie“, Keks, genannt wurde, haben die Windsors den Thronerhalt zu verdanken. Als Queen machte sie eine blendende Figur. „Sie ist in Wahrheit“, schwärmte selbst ein Labour-Abgeordneter, „eine der erstaunlichsten Königinnen seit Kleopatra.“

Dabei wird gern übersehen, dass Albert (der als Georg VI. den Thron bestieg) und seine energische Ehefrau zunächst die Appeasement-Politik Neville Chamberlains favorisierten und sich sogar eine Besetzung der Insel durch deutsche Truppen vorstellen konnten – solange sie nur selbst auf dem Thron blieben.

Als aber die deutsche Wehrmacht auf dem Kontinent ein Land nach dem anderen überrollte, bekam die Queen von Kriegspremier Winston Churchill ein Revolver geschenkt und nahm Schießunterricht. „Ich werde nicht wie die anderen untergehen“, erklärte sie angesichts der königlichen Kollegen jenseits des Kanals, die vor den Deutschen geflüchtet waren.

Sie dagegen flüchtete nicht einmal vor den deutschen Luftangriffen. Als das Hafen- und Arbeiterviertel East End schon in Schutt und Asche lag, wurde auch der Buckingham-Palast von mehreren Bomben getroffen. „Ich bin froh, dass wir bombardiert wurden“, erklärte Elizabeth einem Polizisten. „Ich habe das Gefühl, dem East End ins Gesicht sehen zu können.“

Nachdem der König 1952 an Lungenkrebs gestorben war, folgte – wie es einer ihrer Hagiografen formuliert – eine „außerordentlich lange und sonnige Witwenschaft“. Einer ihrer wenigen Kritiker, Simon Hoggart vom „Guardian“, schreibt drastisch, was damit gemeint ist: Die „alte, überprivilegierte Fledermaus“ habe in den letzten fünf Jahrzehnten „nicht viel getan, außer für Britannien zu bechern und zu wetten“.

Die Tatsache, dass die lustige Witwe Gin-Tonic trinkt – von Alkoholismus wie bei ihrer jüngeren Tochter, die Whisky bevorzugt, wagt niemand auch nur zu flüsteren –, gibt allerdings nur einen Teilbereich ihrer Vorlieben wieder: Mindestens ebenso sehr schätzt Queen Mum süße Aperitifs und Jahrgangschampagner der Marke Krug.

Der königliche Aufwand addiert sich: Seit der Krönung ihrer Tochter residiert Queen Mum im mit Gemälden und wertvollen Antiquitäten voll gepackten Londoner Clarence House und beschäftigt derzeit ein Dutzend Domestiken. Alle anderen Royals – deren Vermögen auf insgesamt rund 13 Milliarden Mark geschätzt wird – nehmen nur noch einen Teil der ihnen vom Unterhaus bewilligten Subventionen in Anspruch. Nicht so die Queen Mother, die vom britischen Steuerzahler mit jährlich etwa zwei Millionen Mark alimentiert wird. Und auch das reicht keineswegs.

Wenn sie nicht gerade Kriegsdenkmäler einweiht, Brücken eröffnet oder Armee-Einheiten inspiziert, denen sie ehrenhalber vorsteht, besucht sie mit ungebrochener Wettleidenschaft Pferderennen. Ihr eigenes Gestüt, für das sie das Deck-Geschäft bereits bis ins Jahr 2003 festgelegt hat, kann inzwischen fast 440 Siege aufweisen – und hat sie eine Menge Geld gekostet.

Laut „Times“ kommt es durchaus vor, dass Queen Mum den Überziehungskredit ihrer Hausbank von gut zwölf Millionen Mark bis zur Neige ausschöpft. Und wenn es ganz eng wurde, erhielt sie schon mal den freundlichen Rat, doch einfach ein Bild



Elizabeth mit Georg VI. (1949)

Jahrgangschampagner und süße Aperitifs

von der Wand zu nehmen und es zu Sotheby's zu tragen. Zur Not sprang immer wieder mal ihre Tochter Elizabeth II. ein, die zu den reichsten Frauen der Welt gehört.

Doch auch die Ikone des Merry Old England kann den Ansehensverfall der Windsors nicht aufhalten. Laut Umfragen erscheint besonders jungen Briten die Monarchie zunehmend überflüssig. Nur weniger als ein Viertel der Befragten im Alter zwischen 18 und 24 gab an, dass Britannien ohne das Königshaus schlechter dran wäre. Denn seit Dianas Tod die Nation erschütterte, ist längst nicht mehr die „stiff upper lip“ der Windsors angesagt, sondern die Glitzerwelt des Showbusiness. „Die neuen Royals sind die Beckhams“, stellt selbst das königstreue Boulevardblatt „Sun“ fest.

Und jüngst beleidigte ein kleines Häuflein Anarchisten die alte Dame, als es auf Transparenten die wenig feine Aufforderung erhob: „Queen Mum, beeil dich und stirb.“ Das Udenkbare, die Vorstellung nämlich, sie könne eines Tages nicht mehr da sein, ist allerdings nirgendwo intensiver bedacht worden als am Hof selbst. Unter dem Codenamen „Operation Lion“ ist ihr prunkvolles Staatsbegräbnis längst bis in die kleinsten Details geplant.

So weit ist es einstweilen noch nicht. Einen kleinen Beitrag zum weiteren Wohlergehen der eisernen Witwe leistete eine Agentur für ökologische Produkte. Zum Hundertsten schenkte sie der tapferen Trinkerin eine Kiste Bio-Gin.

MICHAEL SONTHEIMER

Königspaar Georg VI., Elizabeth (1940)*: Revolver von Churchill



* Nach einem Angriff der deutschen Luftwaffe auf den Buckingham-Palast.

► 4. Planet Erde – gefährdeter Reichtum

► 4.1. Klima auf der Kippe

► 4.2. Bedrohte Vielfalt: die Rettung von 1,5 Millionen Arten

► 4.3. Schätze im Meer



DAS GROSSE STERBEN

Nie zuvor in der Geschichte des Planeten verschwanden so schnell so viele Spezies von der Erde wie gegenwärtig. Können Schwerpunktprogramme das Artensterben bremsen?

K. GULBRANDSEN / DAS FOTOCARCHIV

Jedes Jahr werden am letzten Tag im Oktober, dem amerikanischen „Halloween“, auf dem großen Rasen im Zoo des New Yorker Stadtteils Bronx lange Reihen von Grabsteinen aufgestellt. Jeder Stein auf diesem „Endangered Species Cemetery“ steht für eine in den letzten fünf Jahrhunderten ausgestorbene Art – und jedes Jahr gibt es neue Grabsteine.

„Die Szenerie“, schrieb der Evolutionsbiologe Andrew Dobson, vermittele „ein unheimlich anmutendes Gefühl des Verlusts, ähnlich jenem, das die Massengrä-

ber der Soldatenfriedhöfe in Flandern und der Normandie hervorrufen“.

Vielleicht, so der Princeton-Professor, würden wir „eines Tages im Rückblick erkennen“, dass der Verlust all dieser Spezies „einen tieferen Einschnitt in die Geschichte der Erde“ darstelle als die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts.

Kein Zweifel, dem Leben auf der Erde droht im ersten Jahrhundert des neuen Millenniums ein gigantisches Artensterben: Kaum je zuvor verschwanden so zahlreiche Spezies in so kurzem Zeitraum vom Planeten.

Der Mensch sei derzeit im Begriff, Arten hundert- bis tausendmal schneller auszurotten, als dies im natürlichen Verlauf der Evolution bislang geschah, erklärte Jane Lubchenco, Zoologin an der Oregon State University, auf einer Fachtagung in St. Louis im Sommer letzten Jahres.

Im gerade angebrochenen Jahrhundert könne sich die Ausrottungsrate nochmals auf das Zehnfache steigern: Dann gingen bis zum Jahr 2100 ein bis zwei Drittel aller auf der Erde lebenden Arten von Pflanzen, Tieren und anderen Organismen verloren – ein Massensterben, vergleich-



A. HOLBRÖCKE / DAS FOTOARCHIV



Walfang vor den Faröer-Inseln, Elfenbeinverbrennung in Kenia, Biologe Dobson
„Unheimliches Gefühl des Verlusts“

bar dem Untergang der Dinosaurier vor rund 65 Millionen Jahren. Der Unterschied: Das Artensterben, das sich damals über einen Zeitraum von Hunderttausenden Jahren hinzog, vollzieht sich jetzt im Zeitraffertempo innerhalb von Jahrhunderten oder gar Jahrzehnten.

In einer von der Uno und der Weltbank finanzierten Studie, die im September auf der Uno-Vollversammlung vorgestellt werden soll, kommen die 197 beteiligten Wissenschaftler zu ähnlichen Ergebnissen. Demnach gingen in den vergangenen 100 Jahren die Hälfte der Feuchtge-

biete auf der Welt verloren und damit der Lebensraum für ungezählte Tier- und Pflanzenarten. Etwa 20 Prozent aller Arten von Süßwasserfischen verschwanden oder sind ebenso vom Aussterben bedroht wie 9 Prozent aller Baumarten. Den Ozeanen, so heißt es in der Studie, würden durch Fischfang mehr Tiere entzogen als auf natürliche Weise nachwachsen – 70 Prozent der als Nahrung dienenden Fischarten seien überfischt.

Schon gibt es in Küstengewässern der Weltmeere, beispielsweise vor der Mississippi-Mündung, 50 ausgedehnte „Todeszo-

nen“, in denen der Mangel an Sauerstoff im Wasser fast alles Leben hat ersterben lassen, fand Jane Lubchenco.

Nahezu die Hälfte der Landfläche des Planeten ist durch Eingriffe des Menschen verändert worden, sei es durch Trockenlegung von Mooren und Sümpfen, die Umwandlung von Wald- und Prärieflächen in Ackerland oder den Bau von Städten und Verkehrswegen.

Am gravierendsten für den Schwund der Biovielfalt erweist sich dabei der dramatische Rückgang der globalen Waldfläche.

Alain Durning vom Worldwatch Institute hat sie in einem zehnmütigen Trickfilm über die letzten 10 000 Jahre Naturgeschichte der Erde eindrucksvoll dokumentiert:

- ▶ Während der ersten sieben Minuten bleibt die Erde fast unverändert, ein blauer Planet, dessen Landfläche zu 34 Prozent von Wäldern bedeckt ist. Dann zeigen sich erste Kahlstellen im Mittelmeerraum.
- ▶ Nach neun Minuten – vor 1000 Jahren – sehen Teile Europas, Chinas, Indiens und Mittelamerikas schon etwas abgetragen aus. Zwölf Sekunden vor dem Ende des 600-Sekunden-Films (vor 200 Jahren) sind weite Teile Europas und Chinas kahl. Sechs Sekunden später verschwinden die Wälder aus dem östlichen Nordamerika, doch noch bedecken Wälder 32 Prozent der irdischen Landfläche.
- ▶ Erst in den letzten drei Sekunden – entsprechend den letzten 50 Jahren – verschwinden riesige Waldgebiete aus Japan, den Philippinen, Mittelamerika, dem westlichen Nordamerika; gewaltige Feuer brennen im Amazonasbecken, die Waldflächen in Nordkanada und Sibirien schrumpfen. Am Ende des Films sind nur noch zwölf Prozent der Landflächen der Erde mit ursprünglichem Wald bedeckt.

„Mehr als die Hälfte der Wälder mit mehr als 50 Prozent der Arten der Erde wurden in einem Zeitraum vernichtet, der etwa der Lebensspanne eines Menschen entspricht“, veranschaulicht der Evolutionsbiologe Dobson das Tempo der Zerstörung.

Viele dieser Arten gingen verloren, bevor noch ein Biologe sie gesehen und beschrieben hätte. So wird die Gesamtzahl aller Tier- und Pflanzen- und Mikrobenarten auf der Erde von den Wissenschaftlern auf mindestens 6 bis 14 Millionen (einige sprechen gar von 30 Millionen) geschätzt, aber nur 1,75 Millionen sind bislang identifiziert,

Ein Fünftel aller Arten von Süßwasserfischen verschwand oder ist bedroht

DIE WELT IM 21. JAHRHUNDERT



DIE WELT IM 21. JAHRHUNDERT

darunter 270 000 in Herbarien katalogisierte Pflanzenarten.

Ursache der weit reichenden Unkenntnis ist nicht zuletzt, dass 80 Prozent der Bio-Systematiker (Taxonomen) in den Industrieländern leben, aber nur ein Fünftel des Artenreichtums der Erde dort zu finden ist. Umso üppiger gedeiht die Vielfalt an Pflanzen und Tieren in den feuchtwarmen Tropenzone.

Auf einem einzigen Hektar Amazonas-Regenwald haben Ökologen über 500 Baum- und Lianenarten gezählt. In Deutschland hingegen beanspruchen gerade mal 5 Baumarten über 90 Prozent der Waldfläche.

3100 Echte Tagfalterarten registrierten Entomologen allein in Kolumbien – doppelt so viele, wie in Nordafrika und auf dem ganzen eurasischen Kontinent nördlich des 30. Breitengrades bekannt sind. Auf Borneo klaubten Forscher aus den Kronen von nur 19 Bäumen 2000 Käferspezies – in ganz Zentraleuropa kennt man gerade etwa viermal so viele.

Doch auch in tropischen Gebieten ist die Artendichte keineswegs überall gleich. Weltweit haben die Experten 25 Areale, so genannte Hotspots, ausgemacht – von Madagaskar über die Küstenwälder an der Ostküste Afrikas bis zu den Philippinen, den tropischen Anden und den Sundainseln –, die sich durch extremen Artenreichtum auszeichnen (siehe Karte). 44 Prozent aller bekannten Arten von Gefäß-

pflanzen und 35 Prozent aller 27 298 bislang registrierten Wirbeltierarten (Fische ausgenommen) sind in diesen Hotspots vertreten, obwohl das Gesamtareal all dieser Spots nur 1,4 Prozent der irdischen Landfläche ausmacht.

Bei dem Versuch, dem weltweiten Artentod Einhalt zu bieten, wird diesen Zentren der Artenvielfalt eine Sonderrolle zukommen. Wissenschaftler sind bestrebt, sie als eine moderne Arche Noah nach dem biblischen Vorbild („Du sollst in die Arche bringen von allen Tieren je ein Paar“) zu Zentren der Arterhaltung zu machen.

Wenn es schon wegen der dafür erforderlichen Geldmittel unmöglich sei, „alle bedrohten Arten zu retten“, dann müsse man „Prioritäten setzen“, schrieb ein britisch-amerikanisches Expertenteam Anfang des Jahres im Wissenschaftsjournal „Nature“. Schon 20 Millionen Dollar pro Hotspot jährlich, eine halbe Milliarde pro Jahr für alle Hotspots weltweit fünf Jahre lang, würden nach Ansicht der Autoren genügen, diese Schatzkammern der Artenvielfalt einigermaßen zu sichern.

Derzeit sind weltweit nur 800 000 Quadratkilometer, 38 Prozent der Gesamtfläche dieser Hotspots, als Naturparks oder Reservate ausgewiesen. Eine Ausweitung dieses Schutzes auf die übrigen 62 Prozent der artenreichsten Areale der Erde wäre nach Meinung der Autoren die effektivste Form einer weitgehenden Bestandssicherung für die nahe Zukunft.

„Wenn wir tatenlos zusehen, wird sich das Artensterben zum größten Problem entwickeln“

Ein umfassendes weltweites Artenschutzprogramm würde dagegen nach einer im letzten Jahr veröffentlichten Berechnung 300 Milliarden Dollar jährlich erfordern – ein Fünftel dessen, was Regierungen jedes Jahr für Subventionen ausgeben, die der Umwelt Schaden zufügen.

Kritiker fürchten, dass in der Mehrheit der Hotspots alle Anstrengungen zum Artenschutz scheitern könnten. In zwei Dritteln der Hotspots liegen Bevölkerungsdichte und -wachstum über dem weltweiten Durchschnitt. Gleichzeitig nahmen dort Verstädterung und der Raubbau an den Urwäldern entsprechend zu.

Die versteinerten Zeugnisse der Massensterben aus prähistorischer Zeit indes lassen keinen Zweifel: Einige Millionen Jahre dauerte es jeweils, bis sich wieder eine vergleichbare Vielfalt von Arten entwickelt hatte wie vor dem großen Exitus.

„Wenn wir dem Massensterben der Arten einfach weiterhin tatenlos zusehen“, so die Autoren der Hotspot-Studie in „Nature“, „werden die Auswirkungen dieses Problems weit anhaltender sein als irgendein anderes Umweltproblem.“

Die Erkenntnis, wie drängend die Frage des Artenschutzes ist, ist offenbar auch bis zu manchen Mächtigen der New Economy durchgedrungen. In einer Erklärung zu dem Uno-Bericht über die Gefährdung der Welt-Ökosysteme sagte Weltbankpräsident James Wolfensohn, Regierungen und Wirtschaft müssten wohl einige grundlegende Annahmen für die Planung wirtschaftlichen Wachstums überdenken. ROLF S. MÜLLER



„Baum der Reisenden“, Lemurenart (Katta),
Schlange* in Madagaskar
Nirgendwo ist der Anteil einzigartiger Spezies höher

ÖKOLOGIE

BLUTENDER KONTINENT

Ausgerechnet in Madagaskar, einem der ausgewählten Hotspots der Artenvielfalt, will einer der weltgrößten Bergbaukonzerne nach Titan schürfen. Ein Küstenregenwald muss dafür weichen. Das Unternehmen verspricht, die zerstörte Natur wieder zu reparieren.

Seit 14 Jahren lassen sich die Forscher im südmadagassischen Wald nun schon von Mücken zerstechen. Unter jedem Palmwedel haben sie nach Fröschen gesucht, haben Schlangen gefangen, Orchideen katalogisiert. Sie pöppeln Schösslinge von Ebenholzbäumen auf, verfolgen Lemuren mit Peilsendern, erkunden die Vorlieben von Bodenwürmern – viel Aufwand, um das Recht zu erlangen, am Ende die Heimat all der untersuchten Tiere und Pflanzen zerstören zu dürfen.

Zwar sieht nicht nach Zerstörung aus, was die rund hundert Arbeiter, Techniker und Forscher im Camp nahe dem Küstenstädtchen Fort Dauphin (Taolagnaro) tun: Sie pressen die Samen aus Lianenfrüchten, analysieren den Kot von Papageien, düngen Akazien mit Sisalschrot. Und doch verfolgt ihr Arbeitgeber – die kanadische Fir-



ma QIT, Tochter des Bergbaugiganten Rio Tinto – nur ein Ziel: Jahr für Jahr will er 125 Hektar des Gebietes in nackten Sand verwandeln, zusammen rund 6000 Hektar im Verlaufe eines halben Jahrhunderts.

Bulldozer sollen alles, was hier lebt, beiseite räumen. Der Boden, in dem dichter Urwald wurzelt, wird im Schlund eines Saugbaggers verschwinden – ein brutaler Angriff gegen einen der schützenswertesten Flecken Natur in der Welt: Madagaskar zählt zu den kostbarsten Hotspots der Artenvielfalt. Nirgendwo sonst ist der Anteil einzigartiger Spezies höher, nirgendwo sonst schwindet ihr Lebensraum schneller als in dem Inselstaat vor der Ostküste Afrikas.

Einstweilen arbeitet das schwere Gerät, das den madagassischen Urwald durchfurchen soll, nur auf den Overhead-Folien von Manon Vincelette, 40. Sie hat in Kanada Forstwissenschaften studiert und musste deshalb für ihren Job auf der Insel erst lernen, was Bergbau und was ein seltsames Mineral namens Ilmenit eigentlich ist.

Inzwischen klärt sie auf Konferenzen ihre Kollegen aus den Ökodisziplinen darüber auf, dass Ilmenit der Stoff ist, aus dem Titandioxid gewonnen wird, ein weißes Farbpigment, von dem der Wohlstands-

* Pseudoxyrhopus kely, eine nachtaktive Schlangenspezies, die ausschließlich in der Umgebung von Fort Dauphin beobachtet wurde.



**Kunstumpf in der Sandgrube,
Samenproben, Ilmenit-Zentrifuge
(Testanlage) bei Fort Dauphin**

„Auch die Frösche kehren zurück“

bürger fast überall umgeben ist. Es findet sich in Zahnpasta ebenso wie in Autolack, in Smarties und in Sonnencreme.

„Ist das nicht paradox?“, fragt Vincelette und lässt dabei den Sand durch ihre Finger rieseln, bis nur noch winzige schwarze Partikel daran haften bleiben. „Aus diesem schwarzen Zeug wird ein weißes Pigment gewonnen.“ Zehn Prozent aller abbaubaren Weltvorkommen, erklärt die Forscherin, wurden von Flüssen aus den Bergen Südmadagaskars hierher, an die Küste bei Fort Dauphin, gespült.

Wie das Mineral abgebaut wird, hat sie sich in Australien und Südafrika angeguckt. Ein wandernder Teich sei das Herzstück der Anlage: „Am einen Ende schlürft ein Saugbagger den ilmenithaltigen Sand ein, am anderen Ende spuckt ein Rohr den entmineralisierten Boden wieder aus.“ Dazwischen übernimmt eine schwimmende Fabrik die Trennarbeit: „Der Sand wird durch Tausende von Zentrifugen geschleudert.“

All das hat die blonde Kanadierin schon vielen Besuchern erklärt, es gehört eben zu ihrem Job. Ihr wahres Interesse aber gilt nicht dem Titanbergbau, sondern jener Welt, die ihm weichen soll: „Nehmen Sie zum Beispiel diesen Baum“, sagt sie und steuert auf einen schlanken Stamm mit glatter Rinde zu. „Am Ende der Regenzeit bildet er schwarze Schoten. ‚Baumbananen‘ nennt man sie hier.“ Schon wenige Kilometer weiter nördlich sei diese Frucht unbekannt: „Denn dieser Baum wächst an keinem anderen Fleck der Erde.“

Auch Vincelettes madagassischer Kollege Jean-Baptiste Ramanamanjato befasst



H. MÜLLER-TEISNER / AGENTUR FOCUS

Madagassen-Familie: Furcht vor dem Bergbau, der das Schilf für Matten und Hüte rauben könnte

sich mit Geschöpfen, die nur im Wald bei Fort Dauphin anzutreffen sind. „Wir haben zum Beispiel einen grünen Gecko mit drei charakteristischen roten Flecken auf dem Rücken entdeckt“, erzählt der Biologe. Das Reptil lebt bevorzugt in der Nähe winziger Pfützen, die sich zwischen Stamm und Fächern einer ganz bestimmten Palmenart bilden – auch sie ein Gewächs, das ausschließlich in dieser Region gedeiht.

Jetzt will Ramanamanjato das bislang unerforschte Tier besser kennen lernen. „Uns interessiert beispielsweise, ob bei dieser Art das Geschlechterverhältnis aus dem Lot kommen kann“, erklärt er. „Denn bei diesen Geckos bestimmt die Temperatur während der Ei-Entwicklung darüber, ob sie männlich oder weiblich werden.“

Insgesamt 50 Millionen Mark hat der Bergbaukonzern bereits in die Erforschung des Ökosystems Küstenregenwald gesteckt. „Früher hätte man einfach etwas Geld in die Hand genommen und dafür jede Schürflizenz gekriegt, die man nur gewollt hätte“, sagt Serge Lachapelle, örtlicher Direktor von QIT. „Aber heute müsste ein international operierender Konzern da eine PR-Katastrophe fürchten.“ Madagaskar, wirtschaftlich einer der zehn ärmsten Staaten der Welt, ist wegen seines biologischen Reichtums nun mal ein heikles Terrain.

Seit 90 Millionen Jahren verharrt der Rest des indo-madagassischen Kontinents vor den Gestaden Afrikas. Die 400 Kilometer

Ozean, die das Eiland von Mosambik trennen, reichten aus, um eine Welt in fast völliger Abgeschiedenheit entstehen zu lassen.

Rund 81 Prozent aller Blütenpflanzen-, 95 Prozent aller Reptilien-, 98 Prozent aller Palmenarten Madagaskars gibt es an keinem anderen Ort der Welt. Die Vielgestaltigkeit der Orchideen übersteigt diejenige Gesamtfrikas; auf einem Hektar Wald tummeln sich mitunter mehr Froscharten als in ganz Europa. Und sechs aller sieben Affenbrotbaumspezies recken nur auf Madagaskar ihr knorriges Geäst in den Himmel.

Die bizarrsten Produkte aus dem madagassischen Evolutionslabor jedoch gibt es nicht mehr – sie sind dem Homo sapiens zum Opfer gefallen. Nur noch Skelette zeugen davon, dass hier einst Halbaffen lebten, die massiger als Gorillas waren. Und Eier, schwer wie sechs Straußeneier, erinnern daran, dass Madagaskar einmal die Heimat der größten Vögel aller Zeiten war.

Heute gefährden nicht mehr die Jäger, sondern in erster Linie die Bauern den Reichtum der Natur. Alljährlich fressen sich die Brandrodungen weiter in die Restwälder vor. „Im Oktober“, erzählt die Forstwissenschaftlerin Vincelette, „kann man in der Hauptstadt Antananarivo oft die Sonne nicht mehr sehen, so viel Rauch hängt in der Luft.“

Ein, zwei Jahre gedeiht auf den gerodeten Flächen Mais oder Reis, anschließend Maniok. Dann hat die Erosion den Boden

ausgelaugt, zurückbleibt unwirtliche Steppe. Madagaskar, so heißt es, ist ein blutender Kontinent: Tief rot gefärbt durch ihre Fracht an fruchtbarer Erde, wälzen sich die Flüsse in den Indischen Ozean. Ökologen haben errechnet, dass dabei Jahr für Jahr Dünger im Gegenwert des gesamten Brutto sozialprodukts verloren geht.

Besonders rasch schrumpften die Regenwälder entlang der Küste. Einst säumten sie den ganzen Osten der Insel, heute sind sie fast vollständig verschwunden – und eines der wenigen verbliebenen Fragmente wurzelt in dem ilmenithaltigen Sand bei Fort Dauphin.

Die Lizenz, nach dem begehrten Mineral zu schürfen, will sich QIT mit einem kühnen, in der Welt in dieser Größenordnung einzigartigen, Versprechen erkaufen: Den Bulldozern und Baggern sollen Forscher folgen, die das zerstörte Ökosystem wieder neu errichten. QIT will Wald in Sand, aber dann wieder Sand in Wald verwandeln. Kann dieses Wunder der Wiederaufstehung gelingen?

„So ein Tropenwald“, gesteht Vincelette, „ist etwas anderes als die Wälder bei uns in Kanada.“ Monokulturen wie in Europa oder Nordamerika gedeihen hier nicht. Stattdessen haben sich Hunderte von Baumarten zu einem komplexen Gefüge zusammengesprochen.

Erste Erfolge kann die Kanadierin trotzdem vorweisen: „Sümpfe sind arm an Arten, deshalb lassen die sich verhältnismäßig leicht wieder anpflanzen“, sagt sie und steigt in den kürzlich angelegten Vorführmorast hinab: Im nackten Sand haben die

Nicht mehr die Jäger, sondern die Bauern gefährden heute den Reichtum der Natur

DIE WELT IM 21. JAHRHUNDERT



G. MENDEL / NETWORK / AGENTUR FOCUS

Affenbrotbäume in Madagaskar: Ein biologischer Reichtum, der in 90 Millionen Jahren Abgeschiedenheit entstand

Forscher eine Grube ausgehoben, bis das Grundwasser knöcheltief darin stand.

Das Schilf, das sie darin ausgesät haben, ist inzwischen fast brusthoch aufgeschossen. „Auch die Frösche kehren zurück“, erklärt Vincelette. Den Kunststumpf haben die Forscher vor allem geschaffen, um den Sorgen der einheimischen Frauen zu begegnen. Denn die fürchteten, der Bergbau werde ihnen das Schilf rauben, aus dem sie Matten und Hüte flechten.

Viel schwieriger ist es, auf dem Sand wieder Wald gedeihen zu lassen. Immerhin: Auf einem kleinen Acker wuchert inzwischen hüfthoch Gestrüpp. Die Forscher haben einen Cocktail von 40 verschiedenen Samen ausgewählt – dass in den ersten acht Monaten neun Zehntel der Pflanzen überlebten, werten sie als großen Erfolg.

„Die Böden hier sind extrem nährstoffarm“, erklärt Vincelette. „Die Bäume können nur überleben, weil ihre Wurzeln in Symbiose mit Bakterien zusammenleben, die den Stickstoff aus der Luft binden.“ Deshalb haben die Forscher ihren Testacker vor der Aussaat mit einer Schicht Waldboden gedüngt. „Wenn die Bagger die oberste Schicht vor der Ausbeutung ab- und nachher wieder auf den Sand auftragen, dann haben wir eine Chance“, erklärt die Forscherin.

Noch allerdings ist vieles unklar: Wird es gelingen, all die Tiere – die Chamäleons, Schleichkatzen und Borstenigel – im neu aufgeforsteten Urwald anzusiedeln? Welche Samen werden von Lemuren, welche von Vögeln ausgebreitet? Wie wichtig sind die Ameisen, die Termiten, die Würmer?

Wie leicht das ehrgeizige Wiederanpflanzungsprojekt scheitern könnte, zeigt sich wenige hundert Meter hinter dem Forschercamp. Dort haben vor wenigen Jahren Flammen eine Schneise ins Dickicht gerissen. Jetzt ist der Boden versauert, Heidekraut hat sich breit gemacht. Der Wald ist für viele Jahrzehnte, vielleicht für immer vertrieben.

Aber selbst wenn ihr Vorhaben gelingen sollte, das ist den Ökolektpnern im Camp bei Fort Dauphin klar, werden sie dem madagassischen Küstenregenwald nur ein bescheidenes Überleben sichern können, gleichsam ein Ticket dritter Klasse in die

„Manchmal kann man durch den Rauch die Sonne nicht mehr sehen“



Projektmanagerin Vincelette

H. MÜLLER-EISENER / AGENTUR FOCUS

zweite Hälfte dieses Jahrhunderts. Jahrzehnte, vielleicht ein ganzes Jahrhundert wird es dauern, bis sich die ursprüngliche Artenfülle wieder zusammengefunden hat.

„Trotzdem ist das besser als nichts“, sagt Jörg Ganzhorn. Ehedem hätte sich der Ökologe von der Hamburger Universität nicht träumen lassen, dass er einmal Forschungsgelder von einem Bergbaukonzern annehmen würde. Doch über 15 Jahre

Feldarbeit in Madagaskar haben ihn gelehrt, wie schwierig Natur- und Artenschutz in diesem Land zu verwirklichen ist. „Die Entwicklungshilfe ist in Madagaskar so hoch wie der Staatshaushalt“, erzählt er. „Und trotzdem schrumpft der Wald Jahr für Jahr weiter.“

Das gilt auch für den Wald bei Fort Dauphin: Von der Stadt aus windet sich die Route Nationale Numéro 12 in Richtung Norden, dorthin, wo die QIT-Forscher ihr Camp aufgeschlagen haben. Auf dieser von Jeep-Reifen durchwühlten Sandpiste schleppen die Einwohner der Stadt nach Hause, was sie tagsüber im Wald geerntet haben: Sie tragen mit der Axt behauene Kanthölzer auf den Schultern und Lianen, aus denen sie Körbe und Langusten-Reusen flechten. Auch der „Baum der Reisen“ ist mehr als nur ein Nationalsymbol des Landes. Er dient als Rohstoff, aus dem Dächer und Wände fast aller Hütten in der Region gebaut sind.

Vor allem aber leben in Fort Dauphin die Familien von 80 Köhlern. Überall im Wald schwelen die von ihnen aufgeschütteten Erdhügel vor sich hin. Zu groß ist der Bedarf nach Brennstoff in der Stadt, als dass der Wald dem standhalten könnte. Jahr für Jahr dokumentieren Satellitenbilder, wie die grünen Flecken kleiner werden.

Nur in die direkte Umgebung des Forschercamps trauen sich die Holz fällenden Köhler nicht. „So paradox es klingen mag“, gibt Ganzhorn zu Bedenken, „wenn das Bergbauprojekt nicht wäre, gäbe es den Wald vielleicht gar nicht mehr.“

JOHANN GROLLE



„Die Menschen haben die moralische Verpflichtung, den Rest der natürlichen Welt zu schützen“

Camping in der Sahara, Ökologe Leopold: Ein Heer von Suchenden, das den ausgetretenen Pfaden entfliehen will

NATUR

DIE MAGIE DES ERHABENEN

Mit dem Verlust der Vielfalt verschwindet auch das Wilde, Ungezähmte von der Erde. Ökopsychologen fragen nach den Folgen für die Seele: Wie viel Wildnis braucht der Mensch?

Everett Ruess war ein Wanderer ohne Ziel, ein von Leidenschaft Besessener. „Meine Einsamkeit ist ungebrochen“, schrieb er ehrfürchtig auf einem seiner Streifzüge durch den amerikanischen Südwesten. „Über mir schimmern die weißen Felshänge märchenhaft gegen den türkisfarbenen Himmel. Wilde Stille hüllt mich widerstandslos ein. Schönheit und Friede sind mit mir, wohin ich auch gehe.“

Allein mit seinem Esel zog der junge Amerikaner Anfang der dreißiger Jahre durch die Weiten Utahs, malte, las und schrieb. Ruess, Romantiker und Einsiedler, liebte die Natur, huldigte den Gipfeln und schroffen Kanten – und bezahlte seine Leidenschaft mit dem Tod. Mit 17 ging der Sonderling erstmals in die Wildnis. Mit 20 verschwand er in den Schluchten und blieb verschollen.

Inzwischen gilt der „Poet der Canyons“ bei Amerikas Jugend als Legende, seine Schriften treffen den Nerv der Zeit. Denn die ewige Sehnsucht nach dem Echten, Urwüchsigen steht wieder hoch im Kurs. Hunderttausende verfallen dem

Lockruf der Wildnis. Sie lesen Bücher über Bergsteiger-Dramen, buchen Expeditionsreisen in die entlegensten Winkel der Erde und decken sich mit Outdoor-Kleidung und Überlebensgerät ein – ein Heer von Suchenden, das auf der Hochebene Tibets oder in der Wüste Australiens den ausgetretenen Pfaden zu entfliehen hofft.

Doch während Ruess jenseits der „ausgestorbenen Ebenen“ noch fand, was er suchte, bleibt heute die Sehnsucht häufig unerfüllt. Denn wo kann der Mensch noch Wildnis finden? Wo gibt es noch das Erhabene, das Verwunschene, das Wilde und Ungezähmte?

„Vielen Menschen wird schmerzhaft bewusst, wie weit sie sich von der Natur entfernt haben und wie schwer es geworden ist, ihre instinktiven Bedürfnisse zu befriedigen“, sagt der amerikanische Ökopsychologe Robert Greenway.

Die große Nachfrage nach Abenteuern und Wildnis, glaubt der Amerikaner, sei weit mehr als eine neue Lifestyle-Droge. „Im Kern“, meint Greenway, „geht es da-

bei um zentrale Fragen unserer Existenz“: Wie viel Wildnis braucht der Mensch? Und: Was geschieht mit den Menschen, wenn das Wilde endgültig verloren geht?

Echte Wildnis wird rar auf dem Planeten Erde. Sechs Milliarden Menschen wollen Häuser bauen, Autos fahren und sich ernähren. In 50 Jahren, so die Prognosen, werden bereits neun bis zehn Milliarden Erdenbürger den Planeten bevölkern – da bleibt kaum mehr Raum für freies Land und dichten Dschungel.

Für die wenigen übrig gebliebenen Flecken unverfälschter Wildnis auf der Erde – etwa die Antarktis und Teile der tibetischen Hochebene oder Zentralbrasilien – sieht der amerikanische Extrembergsteiger Jon Krakauer schwarz. „Es ist zwar heute schwer vorstellbar, dass diese Gebiete je erschlossen werden“, so der Abenteurer. „Doch dasselbe hätte man vor 130 Jahren auch vom Grand Canyon sagen können, als John Wesley Powell als Erster die Stromschnellen des Colorado River hinunterraste.“ Heute sei die Warteliste für diejenigen, die die Schlucht durchfahren wollten,



P. ESSIĆ / AURORA / BILDERBERG

Rafting im Grand Canyon (Arizona): *Wartelisten für Abenteurer*

so lang, dass man als Anwärter „frühestens 2012“ mit einer Erlaubnis rechnen könne.

In Deutschland kann von Wildnis ohnehin kaum mehr die Rede sein. Wo alles abgesperrt oder eingezäunt ist, wo überall Bauern, Förster und Umweltschützer mit strenger Miene lauern, werden Naturerlebnisse praktisch unmöglich. „Nirgends herrscht eine penetrantere Ordnung in Wäldern und Flüssen, nirgends werden die gerade Linie und die Sauberkeit so pervers zelebriert wie bei uns“, schimpft der Ökologe Hubert Weinzierl, Vorsitzender des Bundes Naturschutz in Bayern.

Weinzierl lebt mit seiner Frau im bayerischen Wiesenfelden und ist ein leidenschaftlicher Verfechter des Wildnis-Gedankens. Die Parklandschaft rund um sein Schloss hat er seit 30 Jahren verwildern lassen. Was unter den Dorfbewohnern seither abschätzig „Weinzierls Verhau“ heißt, entzückt den bärtigen Umweltschützer.

„Man muss der Natur nur den kleinen Finger geben, dann kommt sie wieder“, sagt Weinzierl und freut sich über Eisvogel und Mönchsgrasmücke. „Schutzgebiete für Märchen und Träume“ fordert der Naturschützer, Wälder, die durch die Rückkehr eines Luchses „geheiligt“ werden, und Flussufer mit dem „süßen Duft des Geißblattes“. Als naive Naturromantik eines grünen Spinners mag das mancher abtun – doch der Macht und Faszination von Wildnis kann sich kaum jemand entziehen.

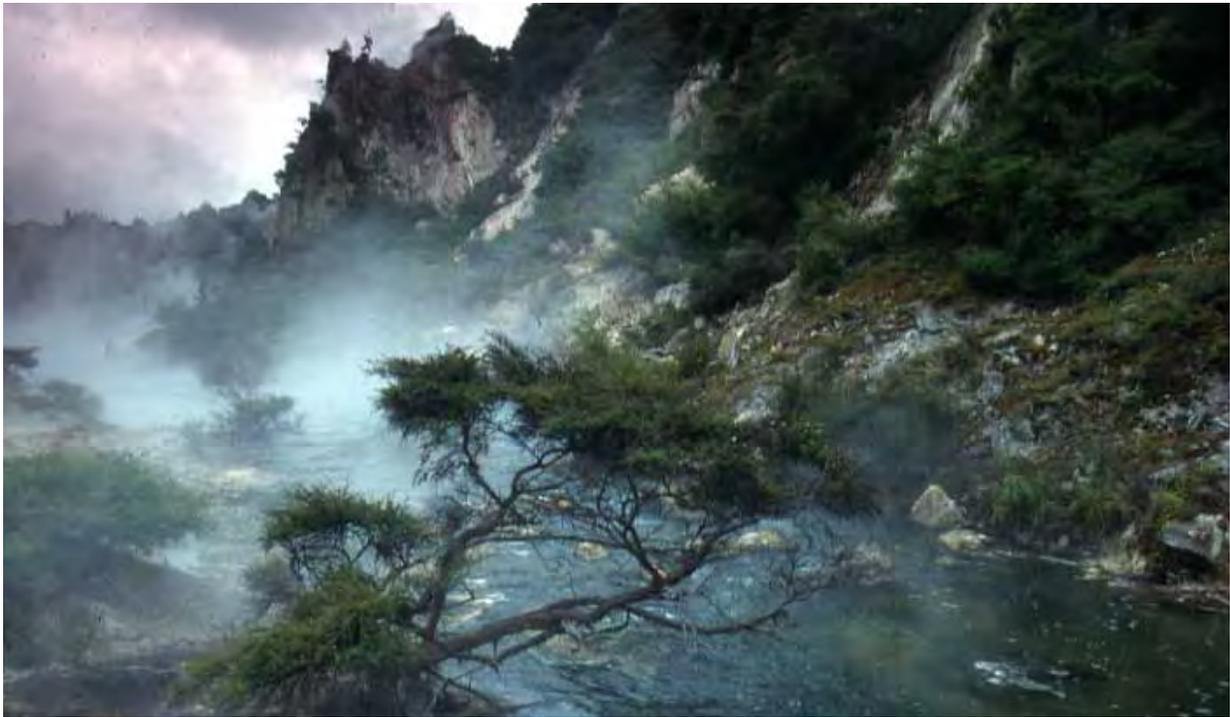
„Wildnis erleichtert es dem Menschen, Kontakt mit den eigenen Gefühlen aufzunehmen“

Wildnis bedeutet Mystik und Gefahr, Faszination und Ehrfurcht. Philosophen haben den Begriff des Erhabenen für die Großartigkeit der Natur geprägt. Immanuel Kant und Edmund Burke beschrieben es als das Gefühl, gleichzeitig fasziniert und abgestoßen zu sein.

Moderne Seelenforscher, die eigens den Zweig der Ökopsychologie begründet haben, suchen gleichfalls dem Wildnis-Gefühl und der Beziehung zwischen Mensch und Natur auf den Grund zu gehen. Die Sehnsucht, die den Menschen in der Wildnis anweht, deuten sie als ein unbewusstes Sich-Erinnern an die Zeit, als er selbst noch uneingeschränkt Natur war.

„Wildnis erleichtert es den Menschen, wieder Kontakt zu ihren eigenen Gefühlen aufzunehmen“, sagt der kalifornische Ökopsychologe Allen Kanner. Den Mut, initiativ zu werden, den Glauben an und das Vertrauen in die eigenen Intuitionen sehen Psychologen durch die Wildnis-Erfahrung gestärkt. „Die Menschen spüren sofort, dass die Natur ein funktionierendes Ganzes ist, das im krassen Gegensatz zu unserer aggressiven Gesellschaft steht“, meint auch der Amerikaner Greenway.

Dramatische Veränderungen hat der Psychologe, der seit 40 Jahren Wildnis-Seminare durchführt, bei Menschen beobachtet, die sich für einige Wochen in freier Natur aufhalten. „Viele von ihnen kommen mit großen Ambitionen zurück und stellen ihr bisheriges Leben vollkommen



G. KREWITT / VISUM

Unberührte Natur in Neuseeland: „Wilde Stille hüllt mich ein, Schönheit und Friede sind mit mir“

in Frage“, berichtet Greenway. „Die Menschen sind so sehr der Natur entwöhnt, dass deren Magie sie völlig durcheinander bringt.“

In Amerika, wo Wildnis noch als Bestandteil des nationalen Selbstverständnisses gilt, argumentierten Denker wie Henry David Thoreau oder John Muir schon vor 150 Jahren, dass die Menschheit sich nur retten könne, wenn sie eins mit der Natur werde. Einhundert Jahre später begründete der Ökologe Aldo Leopold (1887 bis 1948) mit seinem Werk „A Sand County Almanac“ den modernen Umweltschutz. „Wildnis ist eine Absage an die Arroganz des Menschen“, notierte er.

Mit einiger Verspätung ist der Wildnis-Gedanke inzwischen über den Atlantik auch nach Deutschland geschwappt. Als „Prozessschutz“ verklausuliert, zielen Projekte deutscher Naturschützer darauf ab, Teile des Landes in den Zustand der Wildheit zurückzuführen. Im Nationalpark Bayerischer Wald etwa kann sich die Natur seit einiger Zeit wieder frei entfalten. Allerdings: Für viele Deutsche, meint Hubert Weinzierl, sei es „unerträglich, dass ein Stück Natur nicht geordnet ist“.

Der Wald als mystischer Ort, Merlin-Sagen und grüne Labyrinth, in denen sich die Seele verlieren kann – wer sich in die Wildnis begibt, spürt stets die Lust am Wildfremden und zugleich die Sehnsucht nach verlorener Naturverbundenheit.

Doch mit der Rückkehr in ein Paradies hat der Wildnis-Gedanke wenig zu tun – dagegen steht die Geschichte des Homo sapiens: Über Jahrtausende hinweg sah sich der Mensch genötigt, die Wildnis zu zähmen, sie auszugrenzen und zu kontrollieren, um ihr sein Leben abzutrotzen.

Kein Wunder, dass frühere Generationen, die eng mit der Natur lebten, keine so euphorischen Worte für die Wildnis fanden. Im Gegenteil: Wilde Natur ist mit vielen Unwörtern besetzt – als unberechenbar, unübersichtlich, unmenschlich, unheimlich und undurchdringlich wird sie beschrieben. Dämonen, Hexen, Kobolde, Geister und Zwerge tummeln sich im Dickicht.

Die „wilden“ Vorfahren des Menschen waren keine Beschützer, sondern Ausbeuter der Natur

Manche Forscher vermuten, dass die bei vielen Zivilisationsbürgern vorherrschende Abneigung gegen die Wildnis möglicherweise stammesgeschichtlich begründet ist. Bereits die „wilden“ Vorfahren des Menschen seien keineswegs „geborene Naturschützer, sondern geborene Ausbeuter“ der Natur gewesen, glaubt die Kieler Anthropologin Inge Schröder.

Auf dieses Erbe verweisen auch pessimistische Zeitgenossen, die bereits das Ende des Natürlichen heraufdämmern sehen. „Die Natur insgesamt wird untergehen“, sagt der Kölner Philosoph und Soziologe Ben-Alexander Bohnke. Es sei „ein Mythos, dass Menschen ohne Natur nicht leben können“, glaubt er und hofft auf

„Naturersatz“ bis hin zu einer total künstlichen „Technatur“, etwa in Form „sich rhythmisch bewegender Baum-Blumen“ aus Kunststoff. Es sei an der Zeit, meint Bohnke, sich einzugestehen, dass niemand zu Gunsten der Natur auf Wohlstand verzichten wolle. „Der Mensch hat nur zwei Möglichkeiten“, folgert der Philosoph. „Entweder er geht mit der Natur zu Grunde oder er koppelt sich von ihr ab.“

Ist Natur also verzichtbar? Braucht der Mensch keine Blumen mehr, keine Wälder und Wiesen, keine „wilden, gewaltigen Weiten“ und „blauen Berge, die sich aus zinnoberrotem Wüstensand erheben“ (Ruess)?

„Einige wiegen sich in der Illusion, die Menschheit könne auch auf einer biologisch verarmten Erde noch ein angenehmes Leben führen“, schreibt der amerikanische Naturforscher und Vorkämpfer des Artenschutzes Edward Wilson in seinem Buch „Der Wert der Vielfalt“. Viele Anzeichen sprächen jedoch dafür, dass der Verlust der Vielfalt nicht nur das physische, sondern auch das geistige Wohlbefinden des Menschen gefährden könnte.

„Es ist leichtsinnig anzunehmen, dass die Vielfalt abnehmen kann, ohne die Menschheit selbst zu gefährden“, warnt Wilson. In der Wildnis suche der Mensch neue Lebenskraft und „das Urerlebnis des Wunderbaren“. Ziel einer dauerhaften Umweltethik müsse es daher sein, neben der Gesundheit und Freiheit des Menschen noch etwas anderes zu bewahren: „Die Welt, in der der menschliche Geist entstanden ist.“

PHILIP BETHGE



F. HELLER / ARGUM

„Wir müssen versuchen, den Menschen wieder an die Natur heranzuführen“

Professor Josef Reichholf, 55, arbeitet bei der Zoologischen Staatssammlung München und ist Präsidiumsmitglied der Umweltstiftung WWF Deutschland.

Ökologe Reichholf*: „Viele Artenschutzmaßnahmen, die bei uns getroffen werden, sind unsinnig“

SPIEGEL - GESPRÄCH

IST DER UHU IRRE?

Wie kann der Artenreichtum der Welt gesichert werden? Der Ökologe **JOSEF REICHHOLF** plädiert für eine neue Landwirtschaft, den Abschied von alten Umweltideologien und mehr Mut zum Gefühl.

SPIEGEL: Herr Professor Reichholf, nach Schätzungen der Schweizer World Conservation Union sind derzeit weltweit ein Achtel aller Pflanzenarten und ein Drittel aller Säugetierarten vom Aussterben bedroht. Wenn Sie wählen müssten: Welche Arten würden Sie auf jeden Fall zu retten versuchen?

Reichholf: Da kann man mit dem Blauwal genau so beginnen wie mit dem Seychellen-Paradiesschnapper. Letzterer ist heute schon sehr selten und wird ohne konkreten Schutz keine Überlebenschance haben. Im Fall des Blauwals oder auch des Spitzmaulnashorns kommt es eher darauf an, die Wilderei und den Handel mit den Produkten dieser Tiere in den Griff zu bekommen. Allgemein gilt jedoch: Tiere, die uns nahe stehen, empfangen mehr Zuwendung. Also werden Gorillas und Tiger die Zukunft wahrscheinlich eher erleben als seltene Pflanzen, Pilze oder Bakterien.

* Im Hintergrund die Abbildung einer seltenen Molluskenart (Paper nautilus). Das Gespräch führten die Redakteure Philip Bethge und Johann Grolle.

SPIEGEL: Stört Sie dieser emotionale Ansatz?

Reichholf: Überhaupt nicht. Das werden wir Menschen gar nicht anders können. Artenschutz muss sogar ganz entscheidend auf eine emotionale Basis gestellt werden. Im Prinzip geht es doch um Empfindungen. Eine Art wie das Blaukehlchen stufen wir nur deshalb als schützenswert ein, weil wir den Vogel bestaunen wollen. Andere Arten, die den gleichen Lebensraum nutzen, profitieren dann davon.

SPIEGEL: Ökologen sagen ein Massensterben voraus, vergleichbar mit dem Dinosaurien vor 65 Millionen Jahren. Wie schlimm steht es denn wirklich um die biologische Vielfalt?

Reichholf: Da muss man unterscheiden: In den Tropen und Subtropen sind die Befürchtungen nicht übertrieben. Der Tropenwald ist im 20. Jahrhundert etwa zur Hälfte abgeholzt worden. Da hat es mit Sicherheit erheblichen Artenschwund gegeben. Die Arten in den Tropen und Subtropen sind viel empfindlicher als diejenigen in unseren Breiten. Der große Panda

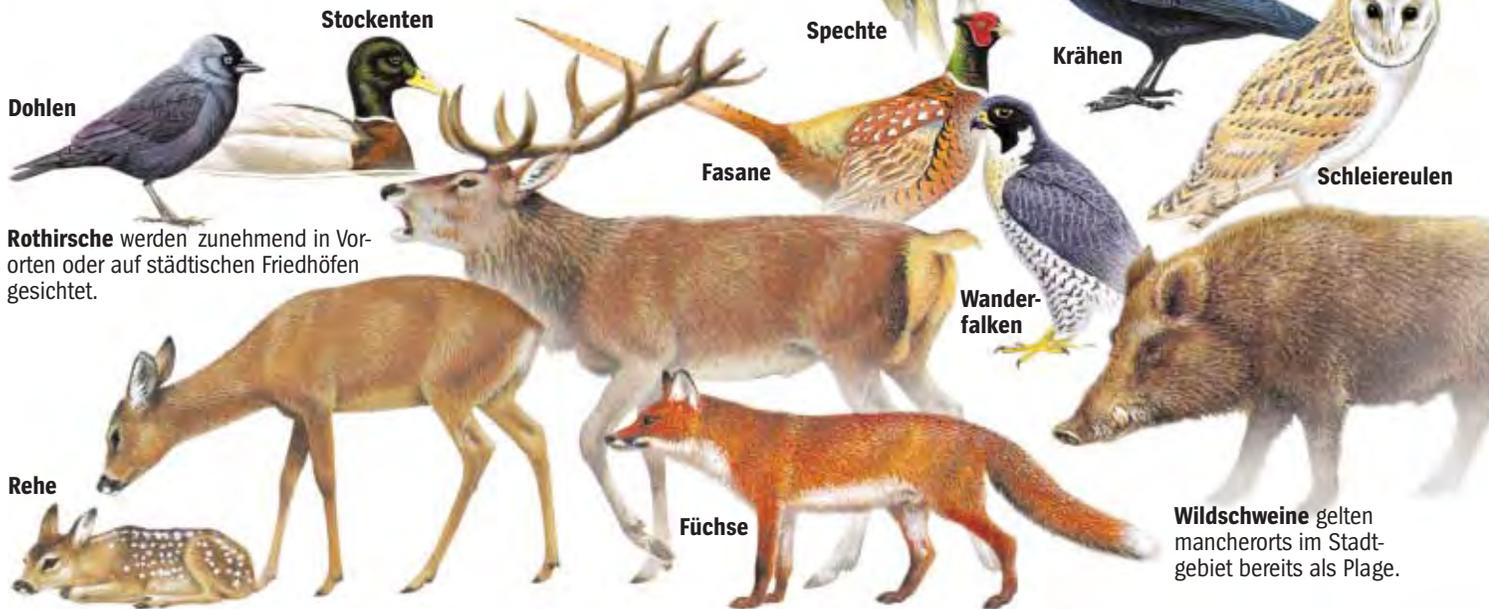
zum Beispiel ist hochgradig von den Bambusbeständen im Südwesten Chinas abhängig, weil er sich von ihnen ernährt. Das Überleben der Waldgiraffe Okapi hängt ausschließlich von der Größe der Regenwaldflächen im Kongogebiet ab. Solche Tiere sind Spezialisten und daher sehr gefährdet.

SPIEGEL: Und in Deutschland?

Reichholf: Bei uns ist die Situation anders. Nur wenige Arten sind vom Aussterben bedroht – schon deshalb, weil praktisch alle Tiere und Pflanzen, die es bei uns gibt, auch andernorts vorkommen. Seit der Wiedervereinigung haben wir allerdings für einige Tiere eine besondere Verantwortung. Vom Rotmilan zum Beispiel leben 50 Prozent des Weltbestandes bei uns. Auch unsere Seeadler-Bestände haben mit rund 300 Brutpaaren internationale Bedeutung. Solche Arten haben natürlich Priorität. Insgesamt hat uns die Wiedervereinigung ohnehin in eine sehr glückliche Situation gebracht: Die Artenzahl nimmt bei uns in fast allen Lebensräumen zu. Vor allem in den Städten

Stadtluft macht frei Neue Artenvielfalt in Ballungsgebieten

Immer mehr Säugetier-, Vogel- und Insektenarten suchen Zuflucht in Städten und finden dort günstigere Lebensbedingungen als auf dem Land. Mittlerweile beherbergt eine europäische Großstadt im Durchschnitt rund 18 000 Tierarten.



Rothirsche werden zunehmend in Orten oder auf städtischen Friedhöfen gesichtet.

Rehe

Fuchse

Wildschweine gelten mancherorts im Stadtgebiet bereits als Plage.

können wir über die Entwicklung nur staunen.

SPIEGEL: Ausgerechnet die Städte sind Inseln der Artenvielfalt?

Reichholf: Ja, eine verrückte Situation. In den Städten leben heute mehr Arten als im Umland. Der Artenreichtum steigt sogar mit zunehmender Größe der Städte. In Berlin brüten etwa zwei Drittel aller Vogelarten, die bei uns als Brutvogelarten vorkommen. Im Stadtgebiet von Nürnberg kommen fast doppelt so viele wild wachsende Pflanzenarten vor wie auf gleich großen Flächen in der Umgebung.

SPIEGEL: Welche Gründe gibt es für diese Entwicklung?

Reichholf: Schauen Sie sich mal eine Stadt von oben an. Zwischen den Häusern wechseln sich Grünflächen mit Baumgruppen und kleinen Gewässern ab. Diese strukturelle Vielfalt kommt vor allem vielen Vögeln sehr entgegen – was die Naturschützer übrigens häufig nur schwer akzeptieren können.

SPIEGEL: Das Land gilt ihnen immer noch als Ort der intakten Natur.

Reichholf: Eine vollkommen irrige Vorstellung. Rund 50 Prozent der Gesamtfläche werden bei uns von der Landwirtschaft genutzt – und dort gibt es riesige Probleme. Ich behaupte, dass die Landwirtschaft in Mitteleuropa weit über 90 Prozent des Artenschwundes verursacht hat. Auch global gehen 80 Prozent des Artenschwundes auf das Konto der Bauern.

SPIEGEL: Was macht die Landwirtschaft zum Artenkiller?

Reichholf: Sie hat ursprünglich reich strukturierte Flächen vereinheitlicht, um ihre Maschinen einsetzen zu können. Außerdem benutzen die Bauern viel zu viel Dünger. Vor allem der auf die Felder ausgebrachte Stickstoff ist zum Erstickstoff geworden. Alle Arten, die auf nährstoffarme Verhältnisse angewiesen sind, werden verdrängt. Dadurch schwindet die pflanzliche Vielfalt und in einer Kaskade von Folgewirkungen die Vielfalt der Insekten und schließlich der Säugetiere.

SPIEGEL: Der wahre Exodus der Arten vollzieht sich aber nicht in Europa, sondern in der Dritten Welt, wo die Landwirtschaft weit weniger intensiv betrieben wird.

Reichholf: Die europäisch geprägte Landwirtschaft ist längst auf Südamerika, Australien und teilweise auch Afrika und Asien übertragen worden. Vor allem die Rinderwirtschaft hat einen immensen Flächenbedarf. Kostbare Lebensräume wie tropische Regenwälder oder Savannen gehen so verloren. In Südamerika sind Flächen von der Größe Mitteleuropas in Rinderweiden umgewandelt worden.

SPIEGEL: Offenbar besteht Bedarf für das Fleisch der Tiere.

Reichholf: Im Prinzip ist gegen die Rinderhaltung auch nichts einzuwenden. Die Rinderwirtschaft müsste jedoch auf die Kapazität des jeweiligen Landes heruntergeführt werden. Ein Drittel der rund 15 Millionen Rinder Deutschlands frisst Futter, das auf südamerikanischen Flächen wächst, die

dafür abgeholzt werden mussten. Das ist absurd.

SPIEGEL: Gerade wir Deutschen treiben gleichzeitig erheblichen Aufwand, um einzelne Arten zu erhalten. An der ICE-Strecke Berlin–Hannover ist für 30 Millionen Mark ein Schutzwall für 67 Großtrappen gebaut worden. Ist das noch verhältnismäßig?

Reichholf: Nein. Viele Artenschutzmaßnahmen, die bei uns getroffen werden, sind absolut unsinnig oder sogar kontraproduktiv. Wir müssen von alten, überholten Umweltideologien endlich Abstand nehmen. Statt so viel Geld in einen Trappenschutzwall zu stecken, wäre es viel sinnvoller, mit demselben

Geld eine große Fläche in der ungarischen Puszta zu kaufen, um sie als Dauersiedlungsgebiet für Trappen zu erhalten. Was in Deutschland fehlt, ist ein sinnvolles Abwägenverfahren. Der Naturschutz hat bei uns in den letzten Jahren sehr viele Fehler gemacht.

SPIEGEL: Sie zeichnen trotzdem ein recht positives Bild von der hiesigen Artenlage ...

Reichholf: Das ist ausschließlich das Geschenk der Wiedervereinigung und nicht das Verdienst deutscher Naturschutzpolitik. Zudem stehen immer noch nur ein paar lächerliche Prozent unseres Landes unter Naturschutz. Die großen Schutzgebiete sind Randgebiete: das Wattenmeer und die Hochlagen der Alpen. Dazwischen gibt es nur Handtuchflächen.

„Jedes dritte der 15 Millionen deutschen Rinder frisst Futter aus Südamerika – das ist absurd“

Türkentauben

Ringeltauben

Sperber

Abbildungen: Parey Buchverlag
im Blackwell Wissenschafts-
Verlag GmbH, Berlin, BLV Verlags-
gesellschaft mbH

Wild-
kaninchen

Steinmarder
suchen besonders
gern Unterschlupf
in den Motorräu-
men parkender Au-
tos, wo sie häufig
Kabel zerbeißen.



Monokultur: „Über 90 Prozent des Artenschwundes hat die Landwirtschaft verursacht“

D. BIERWAGEN / DAS FOTODRACHEN

SPIEGEL: Warum eigentlich müssen die Menschen den zukünftigen Schwund der Arten fürchten?

Reichhoff: Eine sehr schwierige Frage. Artenschutz wird sehr von Emotionen getragen. Bei den Sachargumenten richtet sich das Interesse zurzeit auf die kommerzielle Nutzbarkeit genetischer Information ...

SPIEGEL: ... deren Bedeutung aber oft übertrieben wird, weil es so schön wäre, damit den Artenschutz rechtfertigen zu können ...

Reichhoff: Das stimmt leider. Dennoch: Niemand kann heute abschätzen, welche Möglichkeiten im Erbgut der schier unendlichen Vielfalt von Lebewesen stecken.

SPIEGEL: Was kann denn getan werden, um Artenschutz attraktiv zu machen?

Reichhoff: Wir müssen versuchen, die Menschen wieder an die Natur heranzuführen. Es kann nicht angehen, dass bei uns kein Kind mehr einen Vogel aufziehen oder eine Pflanze abpflücken darf. Das

sind die Erlebnisse, die Kinder und Jugendliche prägen. Das Verhältnis der Deutschen zur Natur ist ohnehin gestört. Alles, was der Mensch verändert, gilt als Katastrophe. Das ist idiotisch. Eine solche Trennung zwischen Mensch und Natur zeigt geistige Begrenztheit. Nehmen Sie wieder das Beispiel Stadt: Wenn ein Uhu einen alten Baum bewohnt, finden das alle toll. Wenn er jedoch in einer modernen Werkhalle sitzt, dann gilt der Uhu gleich als irre.

SPIEGEL: Das klingt nicht gerade sehr hoffnungsvoll. Welche Chance geben Sie der Vielfalt im kommenden Jahrhundert?

Reichhoff: Prinzipiell bin ich Optimist. Die Vielfalt ist zu retten. Als Evolutionsbiologe glaube ich einfach zu sehr an das, was den Menschen als Art geformt hat. Es ist Teil der menschlichen Natur, die anderen Lebewesen zu respektieren. Das wird auch in 50 Jahren noch so sein ...

SPIEGEL: ... wenn wir Eisbär und Tiger nur noch im Zoo bestaunen können?

Reichhoff: Ich wünsche es mir nicht. Aber möglicherweise werden wir Arten wie den Tiger nur noch im Zoo erhalten können, immerhin in so großen Gehegen, dass sie den Verhältnissen heutiger Tigerreservate in Indien gleichen. Viel größere Probleme sehe ich bei den Kleintieren, den Amphibien, Reptilien und Insekten, von denen ein großer Teil heute nicht einmal bekannt ist.

SPIEGEL: Warum sollten wir Geld ausgeben, um einen noch nicht entdeckten Rüsselkäfer aus dem brasilianischen Tropenwald zu retten?

Reichhoff: Gegenfrage: Können wir es uns nicht einfach leisten, Natur als Selbstzweck zu erhalten? Es gibt ein Bedürfnis, Arten zu retten. Andererseits gebe ich mich aber auch keinen Illusionen hin: Wenn wir in 50 Jahren beschließen sollten, dass uns der Rest der Arten egal ist, weil es nur noch um unser eigenes Überleben geht, dann wird die Vielfalt keine Chance haben.

SPIEGEL: Herr Professor Reichhoff, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



IM NÄCHSTEN HEFT:

► 4.3. Schätze im Meer

Ressourcen: Die Weltmeere als Rohstoff-, Energie- und Nahrungsquelle

Forschung: Riesenbakterien am Meeresgrund

SPIEGEL-Gespräch: „Titanic“-Entdecker Ballard über die Rätsel der Tiefsee

Rohstoffe: Methanhydrat – gefrorene Energiereserven



Forschungs-U-Boot „Nautilie“

X. DESMIER / RAPHO / AG. FOCUS

DIE KAPITEL IN DER ÜBERSICHT:

1. Medizin von morgen 2. Bevölkerungswachstum und knappe Ressourcen 3. Das Informationszeitalter 4. Planet Erde – gefährdeter Reichtum 5. Zukunft der Wirtschaft 6. Technik: Werkstätten der Zukunft 7. Globale Politik 8. Die Zukunft der Kultur 9. Künftige Lebenswelten 10. Die Grenzen der Erkenntnis

Werbeseite

Werbeseite

RAUMFAHRT

Wilder Ritt ins All

Wasserstoffperoxid wird oft benutzt, um Menschen blonder zu machen. Brian Walker dagegen will hoch hinaus mit der ätzenden Flüssigkeit. Er bastelt an einer Rakete, die ihn als ersten Privatmann in einem selbst gebauten Gefährt ins All tragen soll. „Ich will die Raumfahrt entmystifizieren“, sagt Walker, 44, der die Kosten für das Vorhaben auf eine viertel Million Dollar schätzt. In einem Schuppen in Oregon bastelt er derzeit sein sieben Meter hohes Gefährt zusammen. Der Treibstoff, drei Tonnen Bleichmittel, wird bei 1380 Grad Celsius durch sechs Düsen ausgestoßen. Die dabei entfachte Schubkraft reicht theoretisch aus, den Hobbyastronauten in 50 Kilometer Höhe zu katapultieren. „Prinzipiell kann ich an dem Plan keinen Denkfehler entdecken“, meint Robert Frisbee vom Jet Propulsion Laboratory, „aber das wird ein wilder Ritt.“ Nach der Stippvisite soll die Astro-Kapsel an einer Art Flugdrachen baumelnd in einer Wüste in Oregon landen. „Ich will ja nicht zum Mond“, sagt Walker. „Wenn mein Treibstoff alle ist, komme ich einfach wieder runter.“



Hobbyastronaut Walker, Raketenmodell

MEDIZIN

„Ganz heiße Spur“

Der Heidelberger Alzheimer-
experte Konrad Beyreuther, 59,
über eine viel versprechende Sub-
stanz gegen die Alterskrankheit
und Früherkennungssysteme

SPiegel: Herr Professor, ein neuartiger Impfstoff der irischen Firma Elan Pharmaceuticals verspricht neue Hoffnung für Alzheimerpatienten. Was ist davon zu halten?

Beyreuther: Das ist eine ganz heiße Spur. In alzheimerkranken Mäusen lässt der Impfstoff die typischen Ablagerungen im Gehirn auf ein Hundertstel schwinden. Eine klinische Studie hat jetzt gezeigt, dass der Impfstoff auch für den Menschen gut verträglich ist. Im nächsten Jahr soll er an 100 Alzheimerpatienten erprobt werden.

SPiegel: Wie wirkt das Mittel?

Beyreuther: Die Substanz besteht aus einer im Labor hergestellten Variante jener Amyloid-Peptide, die das Gehirn der Alzheimerpatienten verstopfen. In den Körper gespritzt, löst sie eine Immunantwort aus. Gesunde Mäuse werden dadurch vor dem Ausbruch



Beyreuther

der Krankheit geschützt. Und bei kranken Versuchstieren beseitigen die aktivierten Immunzellen die Ablagerungen im Gehirn.

SPiegel: Könnte bei kranken Menschen die Geisteskraft ins verkümmerte Denkgorgan zurückkehren?

Beyreuther: Das weiß man noch nicht. Bereits gestorbene Nervenzellen sind nicht mehr zu retten.

Aber ich erwarte, dass sich noch bestehende Neuronen erholen werden. Sie könnten den Schwund ausgleichen.

SPiegel: Welche Menschen kämen für eine vorbeugende Impfung in Frage?

Beyreuther: Bestimmte Eiweißmoleküle im Blut und im Gehirnwasser sind Vorboten von Alzheimer. In meinem Labor arbeiten wir daran, für diese Stoffe Früherkennungssysteme zu entwickeln. Menschen, die zu viele dieser Stoffe im Blut haben, würde man eine Impfung empfehlen. Möglicherweise reicht eine einmalige Injektion aus.

SPiegel: Die Befunde beschränken sich noch auf Mäuse. Wann zeigt sich, ob der Impfstoff Menschen überhaupt helfen kann?

Beyreuther: Die klinischen Studien werden frühestens in zehn Jahren abgeschlossen sein.

TELEKOMMUNIKATION

Knebel für Handys

Nervtötendes Handy-Geklingel in U-Bahnen, Restaurants oder Gotteshäusern könnte bald Lärmbelästigung von gestern sein. Die amerikanische Firma BlueLinx entwickelt derzeit zusammen mit Forschern der australischen University of Adelaide das System „Q-Zone“ – eine Technik, die Mobiltelefone zum Schweigen bringen kann. Betritt ein Handy-Besitzer einen durch „Q-Zone“ geschützten Raum, wird die Klingeleinstellung seines Gerätes automatisch auf eine akzeptable Lautstärke herabgesetzt oder in den Vibrator-Modus umgeschaltet. Beim Verlassen des Raumes stellt „Q-Zone“ die ursprünglichen Einstellungen wieder her. „Es ist sehr einfach, ein Telefon abzuschalten, aber die Leute vergessen es“, sagt BlueLinx-Chef Jeff Griffin. Genervte Theaterbesucher müssen allerdings noch etwa ein Jahr auf den Telefon-Knebel warten: „Q-Zone“ funktioniert mit dem neuen drahtlosen Übertragungsverfahren „Bluetooth“, das in heutigen Handys noch nicht eingebaut ist.



Handy-Nutzerin im Café

MEDIZIN

Billige Hilfe für Tuberkulose-Kranke

Nachdem fünf der weltweit größten Pharmaunternehmen angekündigt haben, billige Aidsmedikamente nach Afrika zu liefern, will jetzt der US-Pharmariese Eli Lilly spezielle Antibiotika verbilligt an Tuberkulosekranke abgeben, und zwar zunächst in Russland. In einer Kooperation mit der Weltgesundheitsorganisation und der Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ plant die Firma ein Pilotprojekt, in dem rund tausend russische Gefängnisinsassen, die an einer gegen herkömmliche Antibiotika resistenten Form der Schwindsucht leiden, behandelt werden sollen. Russland hat ein wachsendes Problem mit multiresistenter Tuberkulose. Besonders stark grassiert die sich über die Luft verbreitende Krankheit offenbar in russischen Ge-



Tbc-Behandlung in russischem Gefängnis

fängnissen. Später soll das Projekt jedoch auch auf andere Länder ausgeweitet werden. „Wegen schlechter Behandlungsmethoden nehmen die Fälle multiresistenter Tuberkulose weltweit zu“, sagt James Orbinski von „Ärzte ohne Grenzen“. Die hohen Medikamentenpreise seien ein sehr großes Problem bei der Kontrolle der Epidemie. Mit wachsendem Nachdruck fordern Regierungen und Gesundheitsorganisationen die Pharmafirmen auf, Medikamente verbilligt an arme Länder abzugeben. Andernfalls, so die Befürchtung, könnten neue Epidemien die politische und wirtschaftliche Lage in den betroffenen Staaten destabilisieren.

EXPEDITION

Nordmänner in Seenot

Vor 1000 Jahren segelte der Wikinger Leif Eriksson von Grönland nach Neufundland und entdeckte so Amerika. Jetzt sind wieder wagemutige Nordmänner unterwegs. Mit dem originalgetreuen Nachbau eines Wikingerbootes hat sich der Isländer Gunnar Marel Eggertsson, ein direkter Nachfahre Erikssons, mit einer achtköpfigen Crew aufgemacht, die Großtat des Ahnen von Island aus zu wiederholen. Seit Mitte Juni segeln die Neuzeit-Wikinger im Langboot „Islandingur“ auf dem Nordatlantik. Ende Juli wollen sie Neufundland erreichen. „Wir machen einen Teil unserer Geschichte sichtbar“, sagt Gudjon Arngrimsson von der Leifur Eiríksson Millennium Commission of Iceland, die den Törn betreut. In den Details lassen es Eggertsson und seine Mannen allerdings an Originaltreue mangeln: Für Notfälle hat die „Islandingur“ einen Hilfsmotor. Während Eriksson lebende Schafe mitnahm und vermutlich nach den Sternen steuerte, gibt es auf dem Nachbau Kühlschränke und modernes Navigationsgerät. Mit den Tücken des Nordatlantiks machten die Isländer dennoch schnell Bekanntschaft. Bei dichtem Nebel gerieten sie kürzlich ins Treibeis. Nur mit Hilfe des Begleitschiffes konnten die Mochtegern-Wikinger der Eisfalle entkommen. „Wäre das Leif Eriksson passiert, läge er auf dem Grund des Ozeans und hätte Amerika nie entdeckt“, bekennt Arngrimsson.



Wikingerboot „Islandingur“

TIERE

Vogel im Netz

Gelangweilte Papageien aufgepasst: „InterPet Explorer“ heißt ein Projekt am Massachusetts Institute of Technology, das Haustieren einsame Zeiten versüßen soll. Erster Kandidat für das „InterPet“ ist der 20 Monate alte Graupapagei Arthur, Hausvogel der Biologin Irene Pepperberg. Arthur kann seit kurzem mittels Joystick zwischen verschiedenen Bildern hin und her surfen und Musik auswählen. Sobald das Tier geübt im Umgang mit seinem neuen Spielzeug ist, wollen Pepperberg und ihre Kollegen das Angebot erweitern. Videospiele oder interaktive Chats von Papagei zu Papagei werden erwogen. Auch ein Videoangebot, etwa vom Herrchen bei der Arbeit oder von Artgenossen in der freien Wildbahn, sei denkbar. „Papageien sind sehr intelligent, werden

jedoch als Haustiere oft allein gelassen und entwickeln neurotisches Verhalten“, sagt Pepperberg. „Wir wollen ihr Leben interessanter machen.“ Zwar zeige Arthur bislang wenig Interesse am neuen Unterhaltungsprogramm. Eigene Internet-Seiten für Papageien seien zukünftig jedoch nicht auszuschließen. Arthurs Betreuer Ben Resner: „Papageien könnten zu intensiven Internet-Nutzern werden – es wäre verrückt, im Netz nichts für sie anzubieten.“



Pepperberg, Papagei Arthur



R. FROMMANN / LAIF (l. S.); WARTENBERG / PICTURE PRESS (u.)



Androloge Schulze, Testosteronsalbe AndroGel: „Der Missbrauch scheint programmiert“

MEDIZIN

Viagra für den ganzen Körper

Eine Testosteronsalbe weckt Hoffnungen, Männlichkeit sei aus der Tube zu haben. Doch hilfreich ist die Creme nur bei Männern mit stark reduziertem Hormonspiegel. Wer sie als Jungbrunnen benutzen will, riskiert Bluthochdruck, Leberschäden oder sogar Prostatakrebs.



Paar beim Liebesspiel: Beim Sex kann die Hormoncreme auf die Haut der nichts ahnenden Partnerin gelangen

Eigentlich hatte sich Kenneth Albrecht, 60, auf seinen Ruhestand gefreut. Nach Jahrzehnten am Schreibtisch in der Gesundheitsverwaltung von Philadelphia wollte er sich jetzt seinen Hobbys widmen.

Daraus wurde nichts. Bleierne Müdigkeit fesselte ihn ans Bett. Kaum war nach dem Essen der Tisch abgeräumt, nickte er schon wieder im Sessel ein. Im Liebesleben tat sich nicht mehr viel.

Die Ärzte eröffneten ihm, warum das so war: Im Blut des antriebslosen Dauerschläfers herrschte Testosteronebbe – ohne das männliche Geschlechtshormon keine Kraft, kein Saft, kein goldener Rentner-Herbst.

Damit ist seit einiger Zeit Schluss. Morgens nach dem Duschen reibt sich Albrecht Schultern und Bauch mit einem geruch- und farblosen Gel ein. Danach, so beteuert er, ist das Tief wie weggeblasen. Ein

Energiestrom prickele 24 Stunden lang durch seinen Körper. Und auch unter der Bettdecke klappt es wieder: „Zweimal pro Woche“, wie Albrecht stolz berichtet.

Die Wiederentdeckung der Lebensfreude verdankt der Rentner einer Art Viagra für den ganzen Körper. Auf die trockene Haut an Schultern, Oberarmen oder Bauch aufgetragen, sorgt „AndroGel“, die Mitte Juni in den USA auf den Markt gekommene Testosteronsalbe der US-Firma Uni-

med Pharmaceuticals, für neue Vitalität bei abgeschlafften Männern.

Während der klinischen Tests mit dem verschreibungspflichtigen Mittel berichtete die Mehrzahl der Probanden von kleinen Verjüngungswundern: Die Triebe der Teilnehmer keimten aufs Neue, die Muskeln schwellen, Fettpakete schmolzen dahin, die Haut straffte sich, die Knochen wurden fester. Auch für geistige Frische und Energie hatte das Gel bei den Männern gesorgt.

Noch ist die Wirksamkeit des neuen Präparats nur bei Patienten nachgewiesen, die unter einer krankhaften Unterproduktion von Testosteron („Hypogonadismus“) leiden. Doch Beobachter sagen dem hormonellen Muntermacher schon jetzt eine Karriere als Lifestyle-Droge voraus: Gestresste Yuppies und Mitglieder der Spaßgeneration, so glauben sie, werden das Gel als Lustelixier entdecken. Alternende Männer hingegen könnten sich von einer Hormonersatztherapie, ähnlich der Östrogensubstitution bei Frauen in den Wechseljahren, einen Jungbrunnen versprechen, der ihnen durch die Dürreperiode jenseits der 50 hilft.

„Der Missbrauch des neuen Präparats scheint programmiert“, warnt der österreichische Hormonexperte Markus Metka. Begeistern werden sich für das Gel „vor allem Leute, die dem Jugendwahn verfallen sind“, glaubt Wilhelm Schänzer, Biochemiker und Leiter des Kölner Doping-Labors.

Was die Hormonkraft aus der Tube für gesunde Jungmänner bringt, die vor Eigen testosterone strotzen, wird sich bald erweisen – wahrscheinlich wenig.

Schon in den achtziger Jahren haben die Mediziner Testosteron als Verhütungsmittel für Männer verschrieben. Das Sexualhormon, um das sich Mythen und Männerphantasien ranken, seit es Mitte der dreißiger Jahre erstmals isoliert wurde, machte die Probanden weder ober scharf noch hyperagil.

Den Grund für das bloße Plätschern im System sehen die Heilkundler in einem „Ceiling“-Effekt: Bei normalem Testosteronspiegel, so vermuten sie, sind die meisten Rezeptoren für den Botenstoff bereits besetzt. Zusätzliche Powermoleküle können nicht andocken und verpuffen wirkungslos.

„Testosteron ist nur dann wichtig, wenn es fehlt“, erklärt Wolfgang Schulze, Androloge an der Hamburger Uniklinik. „Wer einen normalen Spiegel hat, bei dem bringt der Botenstoff gar nichts.“ Die Wirkung, so der Experte für männliche Geschlechtshormone („Androgene“), gleiche der bei einem Auto,

dessen Tank halb leer sei: „Wenn der Wagen voll getankt ist, fährt er auch nicht schneller.“

Dafür wächst die Unfallgefahr. Wenn der männliche Körper mit Extradosen des hormonellen Treibstoffs traktiert wird, die er gar nicht benötigt, kann er die Eigenproduktion drosseln – die Hoden schrumpfen; die Fortpflanzungsfähigkeit leidet, weil die Qualität der Spermien unter dem Hormonbeschuss nachlässt. Bei Jugendlichen, die sich noch in der Entwicklung befinden, kann der Botenstoff vor der Zeit das Knochenwachstum stoppen – sie bleiben kleiner.

Außerdem laufen die Anwender Gefahr, dass ihnen weibliche Brüste wachsen („Gynäkomastie“), denn überschüssiges Testosteron wandelt der Organismus in das weibliche Geschlechtshormon Östrogen um.

Was passiert, wenn das Sexualhormon in die falschen Hände gerät, machte vor kurzem der Fall eines zweijährigen Jungen deutlich, der an testosteronhaltige Creme seines Vaters geraten war. Das Kleinkind begann mehr als zehn Jahre vor der Zeit zu pubertieren: Seine Stimme wurde tiefer, Haare sprossen ihm auf der Brust und an den Genitalien.

Im Herbst wird die neue „Adonis-Droge“ („Sunday Mail“) auch in Großbritannien auf den Markt kommen. Die Angst vor Überdosierungen treibt schon jetzt einige Mediziner auf der Insel um: „Wird jemand“, argwöhnt der Hormonexperte

Robin Leake von der Glasgow University, „bei dem das Mittel wirkt, nicht in Versuchung geraten, beim nächsten Mal etwas mehr und dann noch ein bisschen mehr einzucremen?“

Ähnliche Bedenken plagten Wolfgang Becker-Brüser, Herausgeber des pharmakritischen „Arznei-telegramms“. Es sei nicht abzuschätzen, was passiert, meint er, wenn AndroGel wie eine Bodylotion verwendet und womöglich am ganzen Körper aufgetragen werde: „Man muss mit allen Nebenwirkungen rechnen, die man von den Androgenen her kennt.“

Vor allzu leichtfertigem Umgang mit dem Muntermacher warnt auch AndroGel-Hersteller

Unimed – mit gutem Grund. Denn nur rund zehn Prozent des in dem Präparat enthaltenen Männlichkeitshormons werden im Laufe von 24 Stunden vom Körper absorbiert. Der Rest kann von der eingecremten Haut in die Kleidung oder ins Waschwasser wandern – oder aber auf die Haut der nichts ahnenden Partnerin, bei der das männliche Sexualhormon zwar das Lustempfinden steigert, aber auch zu Vermännlichungserscheinungen wie Bartwuchs, tieferer Stimme, Haarausfall oder Akne führen kann.

Regelmäßigen Benutzern von AndroGel rät die Firma deshalb zur Vorsicht: Sie sollen sich nach dem Eintrocknen der Creme die Hände mit Wasser und Seife waschen und sicherheitshalber ein T-Shirt überstreifen. Schwangere, warnte die US-Arzneimittelbehörde FDA bereits bei der Zulassung des Mittels im Februar, sollten sich vor Männern mit eingecremter Haut in Acht nehmen, denn der Kontakt mit Testosteron kann das Ungeborene schädigen.

Weil AndroGel so leicht von Mensch zu Mensch vagabundiert, malt sich der Hamburger Frauenarzt und Reproduktionsmediziner Ulrich Knuth schon die Balkenüberschriften in der Boulevardpresse aus: „Mann rächt sich an seiner Frau – lässt ihr Bart wachsen.“

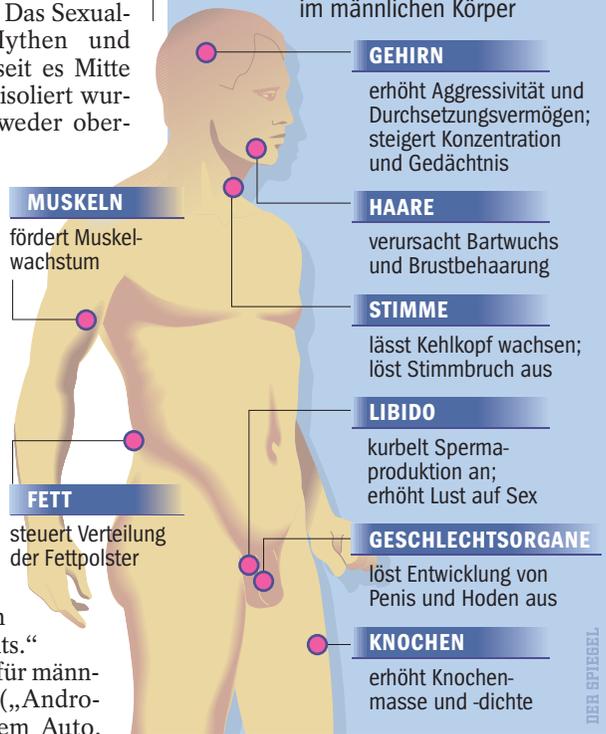
Hilfreich ist die Hormonkur allenfalls für diejenigen Männer, bei denen der Spiegel im Testosterontank im Laufe der Jahre alarmierend gefallen ist. Jeder fünfte 40- bis 60-Jährige steckt nach Schätzungen von US-Altersforschern mitten im Zenit des Lebens in einem hormonellen Altersstrudel: Hoden und Nebennierenrinde produzieren nicht mehr genügend Sexualhormone, die Opfer klagen über Libidoverlust und Antriebsschwäche.

Sie sind schnell erschöpft, leiden unter Depressionen, Schlafstörungen und Hitzewallungen oder tyrannisieren ihre Umwelt durch abrupte Stimmungsschwankungen. Auch „das Gefühl, einsam, unattraktiv und ungeliebt zu sein“, glaubt der Zürcher Psychophysiologe Hans Zeier, gehöre zu

Steht dem Hormongel eine Karriere als Lifestyle-Droge für gestresste Yuppies bevor?

Elixier im Blut

Wirkungen des Testosterons im männlichen Körper



den typischen Eigenarten des „Aging Male“, dessen Testosteronbatterie zur Neige geht.

Aber auch bei dieser Klientel lehnen seriöse Mediziner eine Testosteronersatztherapie bisher im Allgemeinen ab. Nur in Einzelfällen rechtfertigt die Besserung des Wohlbefindens eine Hormonkur. Dazu jedoch muss der Testosteronspiegel der Kandidaten deutlich im kritischen Bereich liegen, Energielosigkeit und Nachlassen der Virilität dürfen nicht bloße Begleiterscheinung des allgemeinen Midlife-Frusts sein.

Die Gelform von Testosteron könnte sich bei solchen Männern dann als Segen erweisen: Sie wirkt gleichmäßiger und setzt die Behandlungsbedürftigen keiner Achterbahnfahrt der Gefühle aus wie die bisher verabreichten Testosteronspritzen, bei denen das Hormon Minuten nach der Injektion in Megadosen anflutet und am Ende des mehrwöchigen Spritzenintervalls nur noch zaghaft tröpfelt.

Die Hormoncreme belastet die Leber weniger als die hoch dosierte Einnahme des Muntermachers in Form von Pillen. Und sie ist diskreter anzuwenden als testosteronhaltige Pflaster, die zudem häufig wegen absorptionsfördernder Hilfsstoffe („Enhancer“) allergische Reaktionen auf der Haut auslösen.

Auch die Forscher wissen nicht genau, wann im Testosterontank Spritmangel herrscht

Für die Mehrzahl der alternden Männer bringt der hormonelle Jungbrunnen dagegen nichts – auch wenn Pharmaindustrie und geschäftstüchtige Urologen den ergrauenden Opfern der Virilitätskrise seit einigen Jahren vorgaukeln, die Existenz „männlicher Wechseljahre“ sei wissenschaftlich erwiesen.

Anders als bei Frauen, bei denen die Östrogenproduktion in den Eierstöcken während der Menopause abrupt versiegt, sinkt der Testosteronspiegel beim Mann eher gemächlich: ab dem 40. Lebensjahr um etwa ein Prozent pro Jahr.

Bei 80-Jährigen ist der Gehalt an freiem Testosteron im Blut immerhin noch halb so hoch wie bei voll im Saft stehenden 30-Jährigen. „Ein Klimakterium virile im analogen Sinne zur Menopause der Frau“, erklärt Bruno Allolio, Endokrinologe an der Uniklinik Würzburg, „gibt es deshalb nicht.“



Muskeltraining im Fitness-Studio: Schon eine halbe Stunde Sport treibt den Hormonspiegel in die Höhe

Schon allein die Feststellung, ab welchen Werten im Testosterontank Spritmangel herrscht, stellt die Mediziner vor eine knifflige Aufgabe. Zwar behaupten selbst ernannte „Anti Aging“-Spezialisten, 55- oder 60-Jährige könnten der hormonellen Alterskrise entgehen, indem sie ihren Testosteronspiegel wieder bis zum Stand eines 25-Jährigen auffüllen.

Doch der Nutzen des Nachschüttens ist mehr als fraglich. „Die Wahrheit ist“, erklärt Stanley Slater, Testosteronexperte beim US-National Institute on Aging, „dass wir nicht wissen, wo der normale Testosteronspiegel für ältere Männer liegt, und dass ebenso wenig klar ist, was der optimale Wert wäre.“

Auch für den Zusammenhang zwischen sinkendem Testosteronspiegel im Alter und männlichen „Wechseljahresbeschwerden“ gibt es keinen schlüssigen Beweis. „Einige leben prächtig mit niedrigen Testosteronwerten“, berichtet Schulze, „andere fühlen sich schlapp, im Bett läuft nichts mehr.“

Wer den Durchhänger um die 50 dennoch mit Hormongewalt bekämpfen möchte, spielt mit seiner Gesundheit russisches Roulette. Den Traum von der ewigen Potenz kann Testosteron ohnehin nicht erfüllen. Denn die Ursache von Erektionsstörungen im Alter sind meist Gefäßverkalkungen oder Diabetes. Nur in jedem 20. Fall zirkuliert zu wenig Lusthormon im Blut.

Dafür mehren sich die Hinweise, dass ein Teil der Kandidaten dem Bad im Jungbrunnen beschädigt entsteigen könnte. Zusatzlicher hormoneller Treibstoff, so wissen

die Mediziner, vergrößert das Risiko von nächtlichen Atemaussetzern („Schlafapnoe“), der Fettstoffwechsel gerät aus dem Lot, die Gefahr von Bluthochdruck und Herzinfarkt wächst, die Leber arbeitet am Rande ihrer Leistungsfähigkeit.

Die größte Gefahr durch die Hormondusche droht der männlichen Vorstehdrüse. Zwar ist bisher beim Menschen noch nicht bewiesen, dass Testosteron Prostatakrebs verursacht (in Tierversuchen ist der Zusammenhang belegt), doch viele Experten halten es für wahrscheinlich, dass der Botenstoff zumindest schlafende Krebsherde wecken könnte.

Bei einem Drittel der 60-jährigen Männer und jedem zweiten 70-Jährigen lauern solche latenten Mikrotumoren stumm in der Vorstehdrüse – für sie, warnt der Hormonforscher Allolio, wäre eine Verjüngungskur mit Testosteron „ein klares Risiko“.

Grund zur Vorsicht vor der Krebsgefahr sieht auch Unimed. Denn bei einer zwölf-



Hormonexperte Allolio
Schlafende Tumoren könnten erwachen

monatigen Nachfolgestudie mit dem männlichen Frische-Gel fielen die Nebenwirkungsraten deutlich höher aus als bei den vorangegangenen klinischen Tests.

So klagten nicht mehr 5, sondern fast 20 Prozent der Langzeit-Anwender, die sich allmorgendlich mit 100 Milligramm AndroGel für den Tag gewappnet hatten, über akute Prostataprobleme. Bei einem der Männer diagnostizierten die Mediziner einen neu aufgetretenen Prostatakrebs, drei andere brachen die Behandlung wegen anderweitiger Beschwerden mit der Vorsteherdrüse ab.

Die Testosteronersatztherapie beim alternden Mann, so warnen Mediziner, könnte in einem ähnlichen Debakel enden wie die Östrogensubstitution bei der Frau. Auch über die angeblichen Segnungen des Hormonausgleichs in den weiblichen Wechseljahren haben die meisten Heilkundigen jahrzehntelang mehr schwadroniert als gewusst. Die Frauen, so tönnten sie, fühlten sich dank regelmäßiger Östrogendosen nicht nur besser, sie lebten auch länger und würden seltener zum Opfer von Herzinfarkten oder Knochenbrüchen.

Seit die Ergebnisse von Langzeitstudien vorliegen und bekannt ist, dass die Östrogenkur das Brustkrebsrisiko der Anwenderinnen erhöht, haben sich fast alle diese Versprechungen in Luft aufgelöst – zum Spott der Kritiker, die schon vor Jahren ein solches Ende prophezeit hatten.

„Wir haben diesen Reinfluss beim Östrogen erlebt“, moniert John McKinley, Autor der weltweit größten epidemiologischen Studie über die Probleme des „alternden Mannes“. Doch die Firmen hätten daraus nichts gelernt: „Die Pharmaindustrie“, grollt der Forscher, „ist offenbar wild entschlossen, die Erfahrungen mit der Östrogenersatztherapie zu ignorieren und die gleiche Geschichte jetzt mit Testosteron beim Mann zu wiederholen.“

Das allmähliche Versickern des männlichen Sexualhormons im Alter ist nicht der Grund dafür, dass Männer eher sterben als Frauen, wie es Verfechter der Substitutionstherapie gern behaupten. Andere Faktoren, so haben Altersforscher erkannt, spielen bei der geringeren Lebenserwartung eine viel größere Rolle: Die Angehörigen des starken Geschlechts gehen seltener zur Vorsorge, treiben öfter Raubbau mit ihrer Gesundheit, sündigen bei der Ernährung und treiben zu wenig Sport.

Wer dennoch nicht tatenlos hinnehmen möchte, wie der Quell der Männlichkeit ab der Mitte des Lebens allmählich ver rinnt, für den gibt es ungefährlichere Methoden, die Hormonbatterie nachzufüllen: Schon eine halbe Stunde Joggen etwa treibt den Testosteronspiegel im Blut um rund ein Drittel in die Höhe.

Noch voller wird der Tank durch guten Sex – der Pegel des Lusthormons steigt dadurch über Tage hinweg um satte 50 Prozent.

GÜNTHER STOCKINGER

ARCHÄOLOGIE

Gottkönig im Keller

In einem Münchner Museum ist ein geklauter Pharaonensarg versteckt. Ein Berliner Ägyptologe wirft den Verantwortlichen Gaunerei vor.



Restaurierte Sargwanne, Sargdeckel aus dem Königsgrab KV 55: *Phantom aus der Gruft*

Wenn 300 Deutsche am Neckar sitzen und vom Nil schwärmen, kann es sich nur um Ägyptologen handeln.

Nahezu die gesamte Zunft – Uniprofessoren, Museumsleiter, Studenten – war am vorvergangenen Wochenende zum alljährlichen „Hauptlingstreffen“ nach Heidelberg gereist. Am Samstagabend standen die Institutsfürsten bei bester Laune auf einer Dachterasse und bestaunten ein Feuerwerk über der Altstadt.

Am Sonntag schlug die Stimmung um. Sichtlich angespannt trat gegen 12 Uhr der Berliner Rolf Krauss ans Podium. In den eigenen Reihen werde mit „Diebesgut“ und „heißer Ware“ gehandelt, donnerte er. Deutsche Museumschefs seien in krumme Geschäfte verstrickt.

Dann legte der Störenfried eine Resolution vor, in der er die Kollegen aufrief, sich vom „gaunermäßigen und international geächteten Diebstahl, Schmuggel und Handel von Kulturgütern zu distanzieren“. Er ertete Applaus.

Mit seinem Appell hat Krauss eine Affäre zum öffentlichen Skandal gemacht, die in der kleinen Archäologen-Gemeinde seit Monaten für Unruhe sorgt. Streng verborgen im Keller der Staatlichen Sammlung Ägyptischer Kunst (SSÄK) in München liegt der Sarg eines Gottkönigs. Das Prunkstück wurde vor 70 Jahren gestohlen.

beamten ins kriminelle Milieu und prangerte sie als Schieber an. Entrüstet wiesen die Münchner die Vorwürfe zurück: Krauss führe „einen Privatkrieg“ in der Pose eines „Großinquisitors“.

Anlass des Streits sind Teile einer 3300 Jahre alten Sargwanne, die aus dem Tal der Könige stammt. Im Jahr 1907 entdeckte der englische Forscher Edward Ayrton auf dem Friedhof von Theben eine unberaubte Grabkammer. Sie liegt direkt neben dem Totenglass von Tutanchamun und wird KV 55 genannt.

Mit Hammer und Pickel drangen die Ausgräber in das Königsgrab ein. Dort bot sich ihnen ein Bild der Verwüstung. Kanopen, Holzbretter und Goldpartikel lagen zerstreut auf dem Boden. Aus dem Sarg lugte eine halb verwesene Leiche. Alles gamelte und muffte.

Vom Sarkophag war nur der Deckel gut erhalten. Sein Unterteil, die hölzerne Sargwanne, lag nahezu verrottet auf dem Boden. Nur der äußere Zierrat, wunderschöne Goldbänder, hatten die Zeiten überdauert.

Diese glitzernden Folien wurden vermutlich zwischen 1915 und 1931 aus dem Museum in Kairo gestohlen. Der Dieb ist unbekannt; der Fund galt als verschollen. Erst im letztem Oktober wurde das Rätsel um das verschwundene Geschmeide gelöst: Es liegt seit 20 Jahren in einem Magazin der SSÄK in der Meiserstraße 10.

Als das Versteckspiel aufflog, brach eine Welle der Empörung über München herein. Das ägyptische Wochenmagazin „Rose al-Jussuf“ verglich die Geheimniskrämer der SSÄK mit „italienischen und russischen Mafia-Banden“.

Flugs gingen die Beschuldigten zur Vorneverteidigung über. Gemeinsam mit dem Bayerischen Kultusministerium wandten sie sich an die Öffentlichkeit. Ein „europäischer Privatsammler“, so beteuerten sie, habe dem Museum das Prunkstück geschenkt. In bestem Einvernehmen mit den ägyptischen Behörden habe man es aufwendig restauriert.

Doch die Rechtfertigung beruht auf Halbwahrheiten: Hinter dem freigebigen Privatier steckt in Wahrheit der Kunsthändler Nicolas Koutoulakis, der bis zu seinem Tod im Jahr 1997 in Genf einen schwindehaften Handel mit Aegyptiaca betrieb.

Vermutlich gelangte Koutoulakis um 1950 in den Besitz der KV-55-Artefakte und schloss sie zunächst weg. Erst Mitte der siebziger Jahre – nach europäischem Recht war der Diebstahl verjährt – ging der Schweizer Händler gezielt auf Kundensuche. Zuerst bandelte er mit einem Interessenten in New York an. Der Deal platzte.

Schließlich, 1980, biss Wildung an und übernahm die „zusammengeknüllten Goldfolien, Einlagen aus Halbedelsteinen in Hieroglyphenform und mehrere Fragmente aus Holz“.

Auch den Mann, der hinter den Kulissen die Fäden zog, nannte Krauss. Es ist sein eigener Dienstherr, der Direktor des Ägyptischen Museums Berlin, Dietrich Wildung.

Ein Eklat, keine Frage – und ein mutiger Schritt. Wildung gehört zu den mächtigsten Männern seiner Zunft. 15 Fachleute sind ihm untertan. In den Schauräumen stehen 2000 Meisterwerke, darunter die weltberühmte Büste der Nofretete.

Doch auch zur SSÄK, dem zweitwichtigsten Pharaonenmuseum Deutschlands, hat Wildung allerbeste Kontakte: Die Chefin Sylvia Schoske ist seine Ehefrau.

Dieses mächtige Doppelgespann steht nun im Ruch, sich auf dunkle Geschäfte eingelassen zu haben. Unverblümt rückte Krauss die beiden hochrangigen Staats-

Das Geschmeide sei seinem Haus damals geschenkt worden, behauptet Wildung. Auch das stimmt nicht ganz. Die Übereignung erfolgte erst 14 Jahre später. In einem hektischen Briefwechsel gelang es, die Koutoulakis-Tochter Daphne zu beschwätzen: Am 22. April 1994 übertrug sie ihr Eigentum dem Museum.



Pharaonen Echnaton, Semenckare, Tutanchamun*: Giftmorde im Königshaus?

Damals planten Schoske und Wildung ein Tauschgeschäft. Mehrfach reisten die beiden nach Kairo, um die Goldgitter gegen eine „Dauerleihgabe an die SSÄK“ auszutauschen, wie Schoske erzählt. „Am liebsten“, so ein Insider, „hätten sie das Raubgut gegen kostbare Kanopengefäße eingewechselt.“ Doch den Ägyptern erschienen die Forderungen als zu unver schämt.

Das Vorgehen des Ehepaars wirft Fragen auf: Wollten Staatsbeamte und Museumsleiter zwielichtige Ware durch Transaktionen weißwaschen und aus dem Geschäft noch Kapital schlagen? Nach dem Krauss-Vortrag vorvergangenen Sonntag in Heidelberg war die Betroffenheit groß: „Was da in Bayern abläuft“, sagt der Göttinger

Ägyptologe Friedrich Junge, „ist nicht akzeptabel.“

Ärgerlich sind die Vorgänge auch aus wissenschaftlichen Gründen. Um keine andere Gruft ranken sich mehr Mysterien als um die Rumpelkammer KV 55.

Einige Forscher vermuten, dass sie die Leiche von Nofretete beherbergte. Andere tippen auf ihren Gatten, den Ketzer-König Echnaton (1353 bis 1336 v. Chr.), der als erster Monotheist der Weltgeschichte eine religiöse Revolution im Nil-Reich auslöste und Götterstatuen stürzte.

Eine neue Untersuchung der Mumie (sie liegt im Nationalmuseum von Kairo) hat diese Vermutungen nun zu Fall gebracht.

* Von links: Kopf einer Kolossalstatue aus Karnak, Gesichtsrekonstruktion auf Basis der Mumie aus dem Grab KV 55, Sarg aus dem Tutanchamun-Grab.

Das Skelett, an dem noch Hautfetzen hängen, gehört einem Mann, der 18 bis 22 Jahre alt wurde. Wie Tutanchamun besaß er die seltene Blutgruppe A2. Sein Name lautet Semenckare – ein Phantom-Pharao, der in keiner Königsliste auftaucht.

Derzeit wird in der Zunft folgendes Szenario diskutiert: Nach Echnatons Tod bestieg sein Sohn Semenckare den Thron. Dann folgte der kleine Bruder Tutanchamun. Beide Zöglinge starben früh. Womöglich fielen sie Giftanschlägen der Amun-Priester aus Theben zum Opfer, die jede Erinnerung an den ketzerischen Vater tilgen wollten.

Doch das sind Hypothesen. Die dramatischen Wirren der Echnaton-Ära sind bis heute ungeklärt. Nur zu gern würden die Forscher deshalb jene Hieroglyphen entziffern, die auf der glitzernden Sargwanne von KV 55 stehen. Nur wie?

Schoske lässt keinen Experten ins Magazin. Sie selbst hat die Schriftzeichen auf den Goldbändern zwar entziffert. Eine Publikation ihrer Forschungsergebnisse hält sie jedoch bis heute zurück. MATTHIAS SCHULZ



Birkenpollen

„Erhebliche Kenntnislücken“

BOTANIK

Feind am Straßenrand

Ein US-Forscher untersuchte die allergene Wirkung von Bäumen und Sträuchern. Sein Fazit: Mit wenig Aufwand könnten Stadtgärtner das Elend der Allergiker lindern.

Grau ist die Stadt, von der die Heuschnupfengeplagten träumen. Alle Grünflächen sind zubetoniert; weit und breit kein Baum, kein Strauch, der juckende Pollen ausstäubt.

Es gäbe eine elegantere Lösung, sagt US-Allergieforscher Thomas Ogren. Die Stadtgärtner müssten nur wissen, was sie anpflanzen dürfen und was nicht: Viele Bäume, zum Beispiel Kastanien oder Linden, lösen nur selten Allergien aus.

Aber auch berühmte Juckpulver-Fabrikanten wie Esche, Pappel, Ahorn und Weide sind nicht durchweg von Übel. Manche Exemplare werfen zeitlebens kein einziges Pollenkorn ab. Denn diese Sorten sind, wie Botaniker sagen, zweihäusig: Jeder Baum hat entweder männliche oder weibliche Blüten; und nur die männlichen produzieren Pollen. Man nehme also, sagt Ogren, einfach die weiblichen Bäume, und die Allergiker haben Ruhe.

Offenbar schert sich nur niemand darum. Das verwunderte den gelernten Agrarwissenschaftler Ogren schon vor vielen Jahren – umso mehr, als seine Frau und seine Schwestern an schwerem Heuschnupfen leiden. Deshalb machte der Forscher sich auf eigene Faust an die Arbeit. Er nahm sich vor, möglichst viele Pflanzen auf ihre allergene Wirkung hin zu überprüfen.

Allergologen beschränkten sich bislang auf ein gutes Dutzend Gewächse, die den meisten Patienten Beschwerden machen, darunter Erlen, Gräser und Roggen. Ogren dagegen studierte Hunderte von gebräuchlichen Sträuchern, Bäumen und



Allergietest: Eine Note für jedes Gewächs

Gartenblumen. Er ritzte allen Bekannten, die er zu fassen bekam, die Haut auf und rieb sie mit Pollenproben ein.

Ogren beobachtete nicht nur, wie heftig seine Versuchspersonen auf den Blütenstaub reagierten. Er bedachte auch, wie lange die geprüften Pflanzen blühen und wie weit ihre Pollen fliegen – wie stark sie also ganze Stadtquartiere belasten. Am Ende bekam jedes Gewächs eine Note zwischen 1 und 10. Dabei steht „1“ für „harmlos“, „5“ für „kurzfristig oder nur in nächster Nähe lästig“ und „10“ für aggressive Pollen, die im weiten Umkreis die Heuschnüpfler monatelang peinigen.

In einem Handbuch, das gerade erschienen ist, stellt Ogren seine Bewertungsskala nun vor*. Die städtischen und privaten Gärtner, so wünscht er sich, mögen künftig ihre Gewächse aus dem unteren Bereich wählen. Hie und da ein Exemplar mit dem Index 5 oder 6 sei erträglich, aber höher sollte tunlichst niemand greifen.

Zum Glück sind die verträglichsten Pflanzen meist auch am schönsten anzusehen: Prachtvolle Blüten locken Insekten an, die den Pollen gezielt weitertragen. Dagegen gehören die Windbestäuber mit ihren meist winzigen, unscheinbaren, eher grünlischen Blüten zu den Hauptfeinden der Allergiker: Sie streuen ihren Blütenstaub wahllos und massenhaft in die Lüfte.

Das Landwirtschaftsministerium der USA erforscht seit einigen Jahren in einem

* Thomas L. Ogren: „Allergy-Free Gardening“. Ten Speed Press, Berkeley; 268 Seiten; 19,95 Dollar.



Birkenallee: „In unseren Breiten

Computermodell, wie sich die Vegetation in den Städten auf die Lebensqualität der Bewohner auswirkt. Demnächst soll in dieses Modell probeweise Ogrens Index eingebaut werden.

In Deutschland kümmert sich bisher kaum einer um die allergene Wirkung der Gewächse in Wohngebieten. Die Gartenämter in den Städten richten sich nach einer gemeinsam verfassten Liste von tauglichen Straßenbäumen, auf der

sich die ganze Schar der Sünder findet: Eichen (Ogren-Index 8 bis 9), Baumhasel (8), Erlen (9), Eschen (bis zu 9, je nach Art), Ahorn (7 bis 8) und die Platane (9), die immer beliebter wird, weil sie wenig schmutzt.

Kastanien dagegen, die Allergikern wenig Probleme machen, seien nicht so ideal, sagt Hartmut Tauchnitz, Sprecher des „Arbeitskreises Straßenbäume“ der Gartenamtsleiter. Kastanienbäume lassen ihre Früchte auf geparkte Autos fallen. Die Birke wiederum, Hauptfeind der Triftnasen, „ist nach wie vor ein von der Bevölkerung geliebter Straßenbaum“, sagt Tauchnitz.

Die Sandbirke ist sogar zum Baum des Jahres 2000 erkoren worden. Nun werden landauf, landab feierlich Birkenhaine und Birkenalleen angepflanzt. Nur das Gartenamt in Freiburg verzichtet in den neuen Wohngebieten Rieselfeld und Vauban möglichst auf Bäume, die den Anwohnern beschwerlich sein könnten.

Stadtgärtner Tauchnitz findet das übertrieben. „Ich kann ja nicht in jeder Straße auf die drei Allergiker Rücksicht nehmen, die da vielleicht wohnen“, sagt er. „Die leiden sowieso.“

In der Tat zeigen Messungen, dass Birkenpollen oft kilometerweit durch die Luft wehen. Das schließt aber nicht aus, dass der Hauptteil doch im Umkreis des Baumes niedergeht. Der Pollenforscher Ogren hat festgestellt, dass unter allein stehenden Birken auf Asphaltplätzen zur Blütezeit der Boden gelb war von Pollen. Wenige Meter vom Baum entfernt fanden sich dagegen schon keine Spuren mehr.



Hauptauslöser von Allergien“

R. JANKE / ARGUS

benebelung von überall her? „Erhebliche Kenntnislücken“ beklagt das jüngste „Sondergutachten Umwelt und Gesundheit“, das eine Expertengruppe im Auftrag von Umweltminister Trittin erstellt hat.

Klar ist nur: Je mehr Pollen fliegen, desto heftiger die Reaktionen. Als in diesem Frühjahr die Birken besonders üppig blühten, kam „eine ganze Welle von neuen Patienten, die früher keine Probleme hatten“, berichtet der Bochumer Allergologe Gerhard Schultze-Werninghaus. Solange aber bestimmte Schwellenwerte nicht überschritten werden, haben auch notorische Allergiker kaum Beschwerden.

Viele Fachleute plädieren deshalb für Umsicht bei der Begrünung: „Absoluter Schwachsinn“ sei es, so der Wiener Allergologe Friedrich Horak, mutwillig neue Birken zu pflanzen. Horak leitet das Wiener Allergiezentrum, wo die Messdaten der europäischen Polleninformationsdienste zusammenlaufen. „Der Hauptauslöser der Allergien in unseren Breiten ist nun einmal die Birke, und dann kommt lange nichts.“

In Nordamerika hingegen leiden die Allergiker vor allem unter einem Unkraut namens Ragweed. Diese Pflanze, zu Deutsch Traubenkraut, verpestet im August und September mit aggressiven Pollen die Luft des Kontinents – mit Ausnahme eines Landstrichs in Kanada: Die Halbinsel Gaspé in der Provinz Quebec ist frei von

den lästigen Gewächsen der Gattung Ambrosia.

Dort hatte in den dreißiger Jahren der Aerobiologe Elzéar Campagna einen siegreichen Feldzug gegen das Unkraut unternommen. Scharen von Helfern, teils mit Flammenwerfern bewaffnet, durchstreiften die Landzunge; Tausende von Schulkindern rupften Traubenkraut. Heute gilt die Halbinsel als Urlaubsparadies für Heuschnupfentouristen.

Deutschland dürfte bald vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Das allergene Traubenkraut breitet sich gerade in Europa aus. In Frankreich, rund um Lyon, hat es schon Fuß gefasst. „Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die ersten Pflanzen über die Donau nach Bayern vordringen“, sagt der Botaniker Siegfried Jäger, ein Mitarbeiter von Horak in Wien.

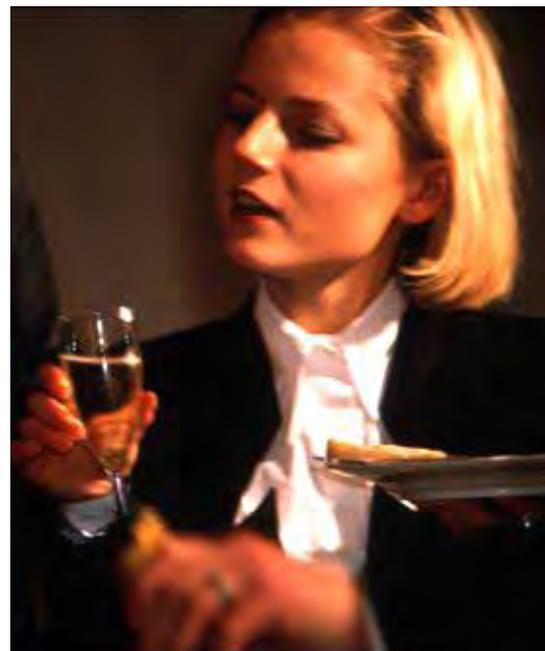
Osteuropa ist bereits so gut wie erobert. Und in Ungarn, wo über 20 Prozent der Bevölkerung an Heuschnupfen leiden, hat der Schreck über die Invasion der Pollenschleudern eine nationale Kampagne entfacht: Der Bürgermeister von Budapest lässt Schafherden auf den Wiesen um die Stadt weiden, damit die Tiere das Traubenkraut abfressen. Und im ganzen Land werden Volksläufe neuen Typs veranstaltet: Gewonnen hat, wer als Erster mit 100 ausgerupften Unkrautstauden zurückkehrt.

MANFRED DWORSCHAK

UMWELT

Störfall im Weinberg

Eine rätselhafte Rebstock-Bleiche sucht Frankreichs Champagner-Region heim. Noch ist unklar, warum das Weinlaub vergilbt und die Trauben verkümmern. Unter Verdacht steht ein neues Pflanzengift. Nun bangen die Hersteller des Luxus-Schaumweins um ihr Image.



Winzer Clément, Champagner-Trinkerin: „Wem soll man noch vertrauen?“

Als Sylvie Moreau aus dem Champagner-Dörfchen Ste. Euphraise im Mai ihre Weinstöcke vergilben sah, dachte sie an nichts Böses. Sie würde es wie immer machen: den Boden mit ein wenig Eisen düngen, und das verblichene Laub würde sich wieder sattgrün färben. Seit Generationen leben die Winzer der Champagne mit diesem vergleichsweise harmlosen Phänomen, das Biologen als Chlorose bezeichnen.

Doch in diesem Jahr wartete Sylvie vergeblich. „Seit Anfang Juni haben wir Angst um die Weinstöcke“, sagt die resolute Winzerin und befühlt mit ihren von der Arbeit roten Händen sorgenvoll Trauben, die bei Stecknadelkopfgroße einfach aufhörten zu wachsen. Viele Blätter haben braune Ränder und Flecken. „Das kann den Ausfall von zwei Ernten bedeuten oder sogar den Tod des Weinstocks.“ Nicht alle Stöcke sind von dem rätselhaften Phänomen betroffen, aber Sylvies materielle Existenz hängt an weniger als zwei Hektar. Da schmerzt jeder Verlust.

Ein paar Tage, nachdem Sylvie und ihr Mann erstmals stutzig geworden waren, hatte das ganze Dorf nur noch ein Gesprächsthema. Es war gar nicht

zu übersehen: Auch die Weinhänge der Nachbarn am Hügelkamm von Ste. Euphraise wollten ihr hässliches Pipi-Gelb nicht verlieren. War womöglich die ganze Champagner-Ernte in Gefahr?

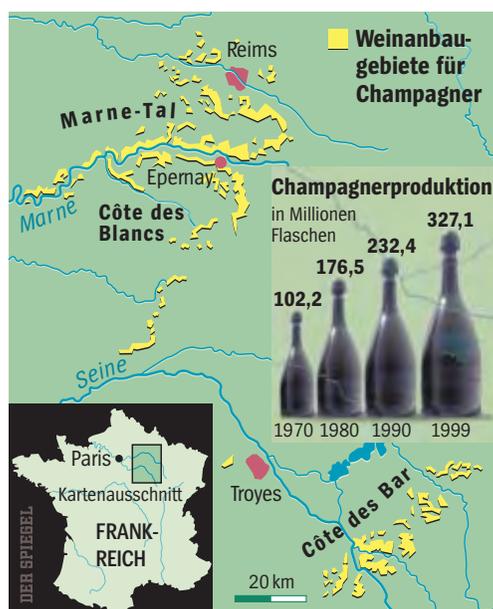
Am 22. Juni fand im Festsaal von Ste. Euphraise eine Versammlung statt.

Diesmal floss, anders als sonst, kein Champagner; die Stimmung war aufgeheizt. 80 wütende Winzer verlangten Aufklärung über die Ursache der rätselhaften Reben-Bleichsucht.

Auf dem Podium saßen die besorgten Abgesandten des mächtigen Champagner-Dachverbands CIVC, der die Interessen der 15 000 Winzer vertritt und die der 250 Champagner-Häuser, darunter so wohlklingende Namen wie Veuve Clicquot, Roederer, Taittinger oder Moët&Chandon. Sie mahnten zur Besonnenheit. Neben ihnen rutschten zwei Herren mit unglücklichen Mienen auf ihren Stühlen herum. Gesandt hatte sie die Chemie-Firma Zeneca-Sopra, die Pflanzenschutzmittel herstellt.

Die Menge im Saal bedrängte die beiden mit Fragen. Denn die Winzer mit den bleichsüchtigen Weinbergen hatten eine Gemeinsamkeit entdeckt: Fast alle hatten sie ein neues Unkrautvernichtungsmittel benutzt, das Sopra aus Marketinggründen gleich unter zwei Namen in diesem Frühjahr auf den französischen Markt gebracht hatte: „Mission“ und „Katana“.

Zur Aufklärung konnten die Herren von der chemischen Industrie nichts Wesentliches beitragen. Am Ende des Abends war nur so viel klar: Niemand wusste mit Si-



cherheit zu sagen, warum schätzungsweise 5000 Hektar der edlen Rebstöcke vom Vergilben betroffen waren, 3000 davon schwer – in einem kleinen Anbaugebiet von gerade mal 32000 Hektar kein Pappenstiel.

Der Wirkstoff Flazasulfuron, der in Mission und Katana steckt, greift tief in den Stoffwechsel von Unkräutern wie Malve, Luzerne, Wilde Möhre oder Wicke ein. Nur 50 Gramm der Substanz pro Hektar – etwa das Gewicht von fünf Champagner-

Kilogramm Trauben pro Hektar ab, doppelt so viel wie noch vor 20 Jahren. 1999 ratterten 327 Millionen Flaschen der Luxusbrause durch die Abfüllanlagen, macht 24 Milliarden Francs.

Die enorme Ertragssteigerung kam zustande, indem sich die Winzer zunehmend selbst entmündigten. Alle acht oder zehn Tage klingelt in ihren Wohnstuben das Fax. Dann surren die Verordnungen des Pflanzenschutzdienstes aus den Apparaten mit Empfehlungen wie diesen: „Schädling:

Schadensersatzprozess gegen den Hersteller vor.

Etwas pikant: Der Verband selbst hat Mission und Katana in seinem Unkrautvernichtungs-Strategiepapier für das Jahr 2000 wärmstens empfohlen. Jetzt muss Moncomble hinter seinem nagelneuen Massivholztisch im eben fertig gestellten CIVC-Palast reihenweise wütende Winzer beschwichtigen, die ihm händeroll Mickertrauben als Beweisstücke in sein lichtiges Büro mitgebracht haben.

Doch bald, so hofft er, wird es Klarheit geben, denn die Ursachensuche laufe auf Hochtouren. In den Labors von Sopra kreiseln Krümel von tonhaltigem Champagne-Boden in Erlenmeyer-Kolben. Die Chemiker des Champagner-Dachverbands sezieren Blätter, Wurzeln und Trauben, um eine Erklärung für die Rebenbleichsucht zu finden. In dieser Woche sollen Flugzeuge mit Luftaufnahmen im Marne-Tal und in der Côte des Bar ein präziseres Bild des Flickenteppichs liefern, den die angegelbten Weinstöcke bilden.

Für die betroffenen Winzer hingegen ist die Sache längst geklärt: „Katana, c'est la cata“ – Katana ist die Katastrophe.

Auch bei Veuve Clicquot wurde das neue Flazasulfuron eingesetzt. „Aber nicht auf der ganzen Fläche“, sagt Christian Renard, der rauschebärtige Weinbergdirektor in Verzy, „wir wollten das

Mittel lieber erst mal beobachten.“ Der Schaden auf den behandelten Flächen halte sich zum Glück in Grenzen. „Aber wir haben 260 Hektar. Wer nur zwei, drei Hektar bewirtschaftet, der hat ein Problem.“

Auf die Frage nach dem Schuldigen dreht sich Renard erst mal eine neue Zigarette. Man müsse die Analysen abwarten, sagt er dann. „Wer sich im Weinbau auskennt, der weiß, dass man unmöglich vorher alles testen kann. Jeder Quadratmeter Boden ist anders, und wir haben keine zwei Jahre mit demselben Klima.“

Bestätigt sich jedoch der Verdacht, wäre der Image-Schaden für Sopra kaum abzu sehen. „Bis jetzt gibt es keinen wissenschaftlichen Beweis für den Zusammenhang zwischen der Gelbfärbung und der Anwendung von Mission und Katana“, beteuert Rosane Le Roux, die Pressesprecherin des Unternehmens. „In der Testphase gab es keinerlei Auffälligkeiten. Es könnte sein, dass geschwächte Rebstöcke von Herbiziden zusätzlich gestresst wurden. Wir gehen aber von einem Zusammentreffen misslicher, unvorhersehbarer Umstände in diesem Jahr aus.“

Und wirklich sah es bisher nicht nach einem großen Jahrgang 2000 aus: im Frühjahr mörderische Hitze, dann wochenlang



B. RAJAU / EDITING / AGENTUR FOCUS (ILL. U. RE.); H. J. ELLERROCK / BILDBERG (M.)

Champagner-Keller von Veuve Clicquot (in Reims): Diskrete Marzipannase und mineralische Struktur

Korken – reichen aus, um lästige Konkurrenten um Nährstoffe schon im Keim zu ersticken. Flazasulfuron ist giftig für mancherlei Wassergetier, ein Mensch müsste den Stoff aber löf felweise essen, um ernsthaft Schaden zu nehmen.

Die Substanz war von der zuständigen EU-Behörde und dem französischen Landwirtschaftsministerium nach fünf Jahren Entwicklungszeit und zahlreichen Tests für den französischen Markt zugelassen worden. Die Aktenordner voller Testberichte und Gutachten würden ausreichen, einen Kleinlastwagen zu füllen.

„Hat das etwa keiner richtig gelesen?“, fragt James Clément, Vorsitzender der Winzerkooperative von Reuil. Auf seinen Weinbergen hat er beim Spritzen mit Mission die Wegränder ausgelassen. Prompt stehen dort jetzt die einzigen tadellosen Reben. „Wem soll man denn sonst vertrauen, wenn nicht den staatlichen Zulassungsstellen?“

Bisher funktionierte die Zusammenarbeit reibungslos wie eine elektrische Traubenpresse. Von Jahr zu Jahr klimperte es in den Geldbeuteln der Champagne-Winzer lauter – auch dank der Unterstützung durch die chemische Industrie. Die mageren Böden werfen heute im Schnitt 10000

Cochylis. Vorbeugend: Eiabtötende Mittel (Inségar, Lufox). Côte des Blancs, Région d'Épernay, Perthois, Einsatz 26-28 Juni, siehe Memo 2000, Seite 22-25.“ Prompt steigen die Winzer in ihre Keller und rühren in bunten Bottichen an, was der Schutzdienst empfiehlt.

„Man muss nichts mehr über den Wein und den Boden wissen; der Weinberg funktioniert wie ein Metronom“, klagt Ökwinzer Jérôme Prévost. „Tack, tack, tack, jedes Jahr gleich. Manche legen das ganze Jahr über die Füße hoch und sehen ihren Weinberg nur noch zum Spritzen.“

Jahrelang ging alles gut. Jetzt scheint es, als sei zum ersten Mal etwas gründlich schief gegangen, und plötzlich sind Empörung und Ratlosigkeit gleichermaßen groß. Für einen heftigen Hagel kann man bestenfalls Sankt Vizenz verantwortlich machen, den Schutzheiligen der Winzer. Aber wer ist für den unseligen Missionseinsatz haftbar?

Dominique Moncomble, Technischer Direktor des CIVC in Épernay, hält sich mit Vorwürfen noch zurück: „Wir sind sicher“, sagt er, „dass das Herbizid eine Rolle spielt, aber wir wissen nicht, welche.“ Vorsichtshalber bereitet sich der Verband mit seinen Anwälten aber schon einmal auf einen

nichts als Regen. Schließlich prasselte der erste Hagel seit Jahrzehnten aus den Wolken, ausgerechnet als die Franzosen vor dem Fernseher mit ihrer Equipe im EM-Endspiel fieberten. Während dann in ganz Frankreich die Champagner-Korken knallten, stapften die Winzer aus Reims und Epernay in Gummistiefeln und Anoraks durch die matschigen Weinberge und sahen nach, was die pingpongballgroßen Eisklumpen von den Reben übrig gelassen hatten.

Nach zwei Rekordjahren gehen Experten zudem von einer gewissen Erschöpfung der Böden und der Stöcke aus, auf denen Pinot Noir, Pinot Meunier und Chardonnay-Trauben für den Prestige-Schaumwein gedeihen. Zudem attackierten Pilze und Insekten die Weinberge.

Warum geht man in so einem schwierigen Jahr auch noch das Risiko eines neuen Herbizids ein? „Na ja!“, erklärt Moncomble den Mut zum großflächigen Einsatz, „wir achten in der Champagne sehr auf die Umwelt, und den Gutachten und den Angaben des Herstellers zufolge hat das Produkt ein gutes ökologisches Profil.“

Gerd Heidler vom Institut für Unkrautforschung der Biologischen Bundesanstalt in Braunschweig ärgert sich über solche Reklamesprüche. An ein Ökoherbizid zu glauben sei Augenwischerei. Die Chemiefirmen, so Heidlers Erfahrung, machten mit solchen Argumenten „enormen Druck“, um ihre Entwicklungskosten von schätzungsweise 200 Millionen Mark pro Wirkstoff möglichst schnell wieder hereinzuholen. „Die stürmen auf den Markt, und dann sind die Schäden da.“

Im Fall Mission/Katana war die Markterstürmung verblüffend erfolgreich. Auch Experten der regionalen Landwirtschaftskammern und staatlichen Pflanzenschutzdienste äußerten sich in Fachzeitschriften lobend über das angeblich besonders umweltverträgliche und dennoch effektive Produkt. Im ersten Verkaufsjahr besprühten die Winzer der Champagne 15 000 Hektar, immerhin fast die Hälfte der gesamten Anbaufläche, mit dem neuen Produkt.

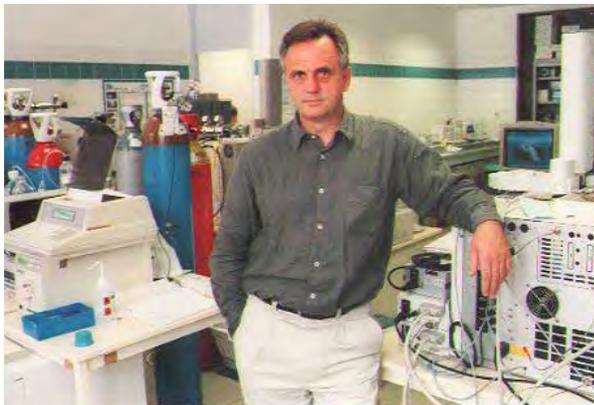
Gemessen daran werden die Schäden vermutlich zu verkraften sein. Die Ernte-



Weinstöcke mit (l.) und ohne „Mission“: Widriges Wetter?



Bleichsüchtiges Weinlaub: Sorge um die Ernte



Weinforscher Moncomble: Welche Rolle spielt „Mission“?

verluste gehen für die meisten Winzer nicht an die Substanz.

Der Mythos des Luxusgetränks Champagner könnte trotzdem Schaden nehmen. Denn das Malheur offenbart die Schwachpunkte einer agroindustriellen Produktionsweise, die der Gourmet gemeinhin nicht mit dem Image von Luxus, Exklusivität und finessenreichen Aromen verbindet.

Der wahre Fehler, meint Anselme Sello, Ökoinwinzer in Avize, sei in den Köpfen vieler Kollegen zu suchen, die die Verantwortung für ihre Weinberge freiwillig in die Hände der Landwirtschaftsfunktionäre gelegt haben. „Viele Weinbauern haben längst den Kontakt zum Boden und zum Handwerk verloren.“ Auch die Kunden hätten bedauernd wenig

Interesse an der Weinkultur der Champagne, fügt Sello Winzerfreund Prévost hinzu: „Die haben was zu feiern, dann muss Champagner her. Egal was, Hauptsache teuer.“

Würden Genießer, die weltläufig über die diskrete Marzipannase und die komplexe mineralische Struktur eines Cuvées parlieren, sich der Anbaupraxis zuwenden, so stünden ihnen mancherlei Überraschungen bevor. Zum Beispiel ahnt kaum einer von ihnen, worauf viele der edlen Rebstöcke wurzeln: auf Müll.

Vor 30 Jahren waren Weinfunktionäre auf die Idee gekommen, den unsortierten, kleingeschredderten Inhalt Pariser Abfalleimer die Marne herunterzuschippeln und auf den Weinbergen abzuladen. Anfangs mögen hauptstädtische Kartoffelschalen und Apfeligriebe als Dünger noch eine Bereicherung gewesen sein, aber im Laufe der Jahre tauchten immer mehr zerkleinerte Plastiktüten und Joghurtbecher, später auch Batterien, Medikamente und Spritzen auf den Weinbergen auf.

Seit drei Jahren ist diese Form des Müllversands zwar verboten. Doch Tausende von Müllsackschnipseln, die den Boden mancherorts von weitem leicht blau getönt erscheinen lassen, führen jedem Besucher anschaulich vor Augen, dass Plastik nicht verrottet. Weil Touristen von dem Anblick geschockt sind, überdecken einige der Winzer den Unrat neuerdings unter gehäckelter Baumrinde.

„Und dabei ist das, was man sieht, noch das Geringste“, klagt Sello. „Die Chemie hat keine Farbe. Da draußen stehen 20, 30 Jahre alte Weinstöcke. Die Hänge sind zum Teil voll gepumpt mit den Giften mehrerer Generationen.“ Vielleicht, überlegt Sello und zerreibt bedächtig eine Handvoll feuchten Boden zwischen den erdgeschwärzten Fingern, waren Mission und Katana der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.

Auch Sylvie Moreau hat sich immer auf die Faxen vom Pflanzenschutzdienst verlassen. Zwar schöpft sie mittlerweile doch wieder ein bisschen Hoffnung. Denn einige der vergilbten Weinstöcke scheinen langsam wieder grün zu werden. Nun macht sie sich Mut: „Solange den Blättern noch ein Fitzelchen Grün bleibt, ist ein Weinstock noch nicht verloren.“

In jedem Fall aber bleibt die Empörung: „Bis jetzt hat uns niemand eine Antwort auf unsere Fragen gegeben“, sagt die Winzerin. „Wir wollen eine Erklärung.“ Sie kramt eine alte Winzerfachzeitung hervor, in der Sopra mit einem lachenden Säugling für den neuen Unkrautkiller wirbt. „Man hat uns eingeredet, damit etwas Gutes für die Umwelt zu tun“, sagt Sylvie. „Auf wen sollen wir jetzt eigentlich wütend sein? Auf Sopra und auf die ganze Welt?“ Dann aber fügt sie kleinlaut hinzu: „Wohl doch auch auf uns selbst.“

BEATE LAKOTTA



Havariertes Hapag-Lloyd-Jet auf dem Wiener Flughafen: „Verfall an Unternehmenskultur“

LUFTFAHRT

Null Schub

Mit leeren Tanks machte ein Airbus-Pilot von Hapag-Lloyd in Wien eine Bruchlandung. Beeinflusste die Firmenpolitik das Verhalten des Kapitäns?

In den jüngsten „PV-News“, dem Informationsblatt der Personalvertretung bei Hapag-Lloyd, rügt ein Kapitän den „zur Perfektion getriebenen Sparwahn“ des Managements der Fluggesellschaft. Die Knauserei gehe zu Lasten der Crews und der Sicherheit. „Wir dürfen gespannt sein“, so der Pilot, „welche Erlebnisse der laufende Sommer noch so für uns bereithält, und kaum einer glaubt wohl, dass der langweilig wird.“

Am Mittwoch vergangener Woche erlebten Besatzung und Fluggäste des Hapag-Lloyd-Fluges 3378 von Kreta nach Hannover den ultimativen Nervenkick. Gut eineinhalb Stunden nach dem Start mussten Kapitän Wolfgang Arminger und sein Co-Pilot den zweistrahligen Jet vom Typ Airbus 310 mit 150 Personen an Bord auf dem Flughafen von Wien notlanden.

Kein Sprit im Tank, null Schub in den Triebwerken, ohne Landeklappen, zu schnell und zu tief, schwebten die Piloten um 13.30 Uhr auf die Bahn 34 zu. Weil sie fürchteten, mit den Masten der Bahnbeleuchtung zu kollidieren, setzten sie den Jet auf die breite Grasfläche neben der Betonpiste. Der A 310 wurde schwer beschädigt, die Insassen blieben bis auf leichtere Blessuren unverletzt.

Kurz nach dem Start in Chania bemerkte die Crew, dass sich das Fahrwerk ihrer Maschine nicht einfahren ließ. In Absprache mit der Hapag-Basis in Hannover setzte der Kapitän den Flug fort. Die Maschi-

ne sollte, so Hapag-Flugbetriebsleiter Friedrich Keppler, „einen Flughafen mit den nötigen technischen Einrichtungen erreichen“. Das Ziel war München, dort unterhält Hapag-Lloyd eigene Wartungscrews.

Doch schon in Wien endete der wohl längste Flug eines Passagierjets mit ausgefahrenem Fahrwerk. Gut 1500 Kilometer nach dem Start, 20 Kilometer vor dem Flughafen, hatten die Hapag-Piloten den letzten Tropfen aus den Tanks gequetscht. Aus 2500 Meter Höhe schwebte der Jet antriebslos zur Landung ein.

Der Sprit-Poker entsetzt Berufspiloten. Wären die Tanks nur wenig früher trocken gefallen – der Airbus hätte den rettenden Flughafen nicht mehr erreicht.

Verkehrsmaschinen müssen stets ausreichend Treibstoff führen, um neben dem Ziel- auch einen Ausweichflughafen ansteuern zu können. Zusätzlich müssen sie über eine Reserve verfügen, um über dem Airport Platzrunden drehen zu können.

Es gab bereits mehrere Fälle, in denen Airline-Piloten aus Schusseligkeit ihre Tanks leer flogen. Einer Air-Canada-Besatzung etwa ging 1983 der Sprit in 12 500 Meter Höhe aus. Sie landete die Boeing 767 nach einem Segelflug von über 100 Kilometern leicht beschädigt auf einem stillgelegten kanadischen Militärflugplatz.

Noch keine Crew aber flog ihre Tanks mit ausgefahrenem Fahrwerk leer. In diesem Zustand verdoppelt sich der Spritdurst. Der Jet hätte, so der Vorwurf des früheren Rennfahrers Niki Lauda, heute Chef der Lauda Air und selbst Pilot, „wesentlich früher landen müssen“.

An Ausweichflughäfen mangelte es auf der Route von Kreta nach Norden nicht. Die Sicherheit hätte es unbedingt verlangt, den gehandikapteten Airbus zu landen, solange die Triebwerke liefen.

Bei totalem Schubausfall können die Landeklappen mangels Hydraulik nicht ausgefahren werden – der Jet muss deutlich schneller einschweben als bei gesetzten Klappen. Auch die vertikale Geschwindigkeit wächst, weil die Sinkrate nicht reduziert werden kann, ohne die für den Segelflug erforderliche Mindestgeschwindigkeit zu halten.

Beim Vabanquespiel der Hapag-Flieger, vermutete das Fachblatt „Pilot und Flugzeug“ im Internet, ging es wohl darum, „Kosten bei fremden Wartungsbetrieben“ und für die „Versorgung der gestrandeten

Passagiere“ zu sparen. Hapag-Lloyd ist nach Angaben von Geschäftsführer Dieter Schenk stolz darauf, die „mit Abstand bestverdienende Ferienfluggesellschaft Deutschlands“ zu sein.

Die Stimmung in der Belegschaft erhärtet den Verdacht, dass wirtschaftliche Erwägungen das Verhalten der Bruchpiloten beeinflussten. In den firmeninternen „PV-News“ beklagen Crews hohen Arbeitsdruck und einen „Verfall an Unternehmenskultur“. Mal unterblieben nötige Reparaturen aus Mangel

an Arbeitskräften, mal, weil Ersatzteile fehlten.

Das „opportunistische Streben“ nach „Supergewinnen“, orakelte ein Pilot wenige Tage vor der Bruchlandung, könne „zu heftigen Problemen führen“.

ULRICH JAEGER

Mögliche Ausweichflughäfen für Hapag-Lloyd-Flug 3378



Werbeseite

Werbeseite

REGISSEURE

„Lass gut sein, Fanny“

Die kanadische Regisseurin Patricia Rozema, 41, über ihre umstrittene Verfilmung von Jane Austens Roman „Mansfield Park“

SPIEGEL: Ms. Rozema, die Heldin von „Mansfield Park“ gilt als dröges, prüdes, humorloses Mauerblümchen ...

Rozema: Stimmt, mir ging Fannys Selbstgerechtigkeit am Ende des Romans auch furchtbar auf die Nerven: Ich habe lauter Bemerkungen wie „Lass endlich gut sein, Fanny!“ an den Rand gekritzelt. Was auf Papier noch erträglich ist, würde aber auf der Leinwand zur Quälerei. Da sich die Zuschauer geradezu in der physischen Gegenwart dieser Figur befinden, muss ich sie halbwegs sympathisch erscheinen lassen.

SPIEGEL: Darum haben Sie Fanny Price, gespielt von Frances O'Connor, quasi neu erfunden – als eine Art Jane Austen: temperamentvoll, selbstbewusst, scharfzüngig und dauernd Prosa fabrizierend. Ihnen ist vorgeworfen worden, dass Sie dadurch „Mansfield Park“ völlig verfälschen.

Rozema: Im Vorspann steht, dass der Film auch auf Austens Jugendschriften und Briefen beruht. Das ist sehr wichtig, weil es klar macht, dass es sich nicht um eine



„Mansfield Park“-Regisseurin Rozema, Schauspielerin O'Connor

buchstabengetreue Verfilmung handelt. Nachdem ich alles Mögliche von und über Jane Austen gelesen hatte, fand ich es viel wahrhaftiger, alles einzubeziehen, was wir als Leser heute über die Schriftstellerin wissen. Das war mein Tor zur Freiheit.

SPIEGEL: Unter anderem haben Sie Themen wie Sklaverei und Sex, die Austen allenfalls andeutet, drastisch bebildert.

Rozema: Das Thema Sklaverei musste Austen nicht ausführlicher behandeln, weil es damals Tagesgespräch in England und ihren Lesern höchst vertraut war. Und was den Sex angeht: Der Ro-

man strotzt vor Sexualität, ganz anders als sonstige Austen-Werke. Er spielt in einer geradezu perversen, lüsternen Atmosphäre.

SPIEGEL: Besonders lüstern ist der Hausherr, eindrucksvoll gespielt vom englischen Dramatiker Harold Pinter. Wie haben Sie ihn gewinnen können?

Rozema: Wir haben zusammen Mittag gegessen, und er hat gleich ja gesagt. Er war traumhaft. Meine große Sorge war natürlich, dass er das ganze Drehbuch umschreiben würde. Aber er tat alles, was ich ihm sagte.

KUNST

Zartheit und Gewalt der Maler-Hosen

Am Ende war das ganze Atelier des französischen Malers Eugène Leroy farbüberkrustet, ähnlich wie seine Leinwände von schweren, schrundigen Ablagerungen bedeckt sind: Motive wie „Rote Landschaft“ oder „Kleiner Torso“ lassen sich kaum erkennen, es triumphiert ein nahezu abstraktes Gewoge von „Gewalt und Zartheit“ –

für Leroy untrennbare Merkmale der Kunst. Vor seinem Tod in diesem Frühjahr hatte der fast Neunzigjährige noch selbst eine erste große Ausstellung in Deutschland geplant. Nun wird die Schau beim Düsseldorfer Kunstverein (23. Juli bis 10. September) zur Gedenkfeier. Spät kam der Provinzler von der belgischen Grenze zu Ruhm, 1992 auch zu einer Documenta-Teilnahme. Aber schon 1959 hatte der junge Georg Baselitz Leroy-Bilder in einer Pariser Galerie bestaunt: „Als würden alle Malhosen der Maler am Haken hängen und die Geschichte vom unbekanntem Meisterwerk erzählen.“



Leroy-Gemälde „Rote Landschaft“ (1986)

POP

Sanfte Hit-Balladen

Im Grunde hatte David Gray seine Pop-Karriere längst abgeschlossen – melancholische Liedermacher schienen im Musikgeschäft der Gegenwart chancenlos. Trotzdem ist „White Ladder“ (Eastwest/Warner), das neue Album des Engländers, nun in Großbritannien ein Tophit und die Überraschung der Saison. Mit sanften Gesängen von vergeigten

Liebschaften und anderen Abstürzen gelingt Gray, 30, eine Attacke auf den coolen Zeitgeist und, so der „Observer“, ein „Triumph über die zynischen Machenschaften der Musikindustrie“.



Gray

Kino in Kürze

„**Glauben ist Alles!**“, glauben zwei modebewusste, brillante, von Erfolg verwöhnte junge Gottesmänner in New York. Der eine ist Rabbi, der andere katholischer Priester, dennoch sind sie seit Sandkastentagen die dicksten Freunde, bis ihnen passiert, was sie nie geglaubt hätten: Sie verlieben sich Hals über Kopf in dieselbe glamouröse Blondine. Diesen knalligen Komödienstoff hat sich der Schauspieler Edward Norton für sein Regiedebüt ausgesucht und ihn angemessen knallig mit Ben Stiller als Rabbi, Jenna Elfman als Blondine und sich selbst als Priester inszeniert: Leider sind die drei voll damit beschäftigt, sich selber prima zu finden.

„**The Impostors**“ sind, wörtlich übersetzt, nichts anderes als Betrüger und Hochstapler, doch in diesem 1998 gedrehten Lustspiel wird, was Witz und Verve angeht, eher tiefgestapelt. Der Amerikaner Stanley Tucci, als Darsteller gut im Geschäft, frönt in seiner zweiten Regiearbeit (nach der appetitanregenden Kochkunst-Hommage „Big Night“) einer offenbar unerwiderten Liebe zu den großen Klau-

mank-Teams der Filmgeschichte, nicht zuletzt Dick und Doof und den Marx Brothers. Zwei tumbe, arbeitslose New Yorker Schauspieler (dargestellt von Tucci selbst und dem sonst so wunderbaren Oliver Platt) stolpern durch zahlreiche Slapstick-Verwicklungen auf einem Dreißiger-Jahre-Traumschiff, das von lauter fabelhaften Darstellern – darunter Steve Buscemi, Lili Taylor, Campbell Scott und Billy Connolly – in platschdummen Rollen bevölkert wird. Als Hommage gedacht, beweist das ungelenke Leinwand-Imitat in der Tat, wie fabelhaft die großen klassischen Komiker ihr Metier beherrschten – und wie schwer es ist, leichtfüßig über einen Koffer zu stolpern.



Szene aus „The Impostors“

KULTURPOLITIK

„Leise, aber beharrlich“

Joachim Sartorius, 54, derzeit noch Generalsekretär des Goethe-Instituts und designierter neuer Chef der Berliner Festspiele, über seine Pläne

SPIEGEL: Herr Sartorius, Sie sind der Kandidat von Kulturstaatsminister Naumann und Berlins Kultursenator Stölzl für den Chefposten der Berliner Festspiele. Was werden Sie ändern?

Sartorius: Sollte ich gewählt werden, möchte ich die Festwochen konzentrieren und als bedeutendes europäisches Festival zwischen Wien und Paris positionieren. Sie dauern jetzt in einem unendlichen Strom von Konzerten und Veranstaltungen bis zu vier Wochen, könnten meiner Meinung nach aber auf zehn bis zwölf Tage begrenzt werden. Dafür sollten sie aber mit einem erstklassigen innovativen Programm glänzen.

SPIEGEL: An was denken Sie?

Sartorius: Ich könnte mir zum Beispiel interdisziplinäre Projekte vorstellen. Etwa dass die Künstlerin Rebecca Horn

mit dem Theatermann Luc Bondy arbeitet oder dass der Brite Damien Hirst einen „Don Giovanni“ ausstattet. Ich möchte, dass sich Leute aus Lyon oder London nach Berlin aufmachen, weil hier ein Spitzenfestival stattfindet.

SPIEGEL: Es gibt Befürchtungen, dass Sie das Theatertreffen abschaffen wollen.

Sartorius: Das ist Unsinn. Als nationale Leistungsschau hat es sich bewährt und ist ein Publikums-erfolg.



Sartorius

Goethe-Institut mit einem Etat von 440 Millionen Mark gerade die Fusion mit Inter Nationes zu einem guten Ende zu bringen. Da geht es um ganz andere Größenordnungen. Ich bin ein Manager, der jetzt wieder künstlerisch gestalten möchte.

SPIEGEL: Viele sprechen Ihnen, dem Diplomaten und Lyriker, die Qualifikation ab. Quälen Sie Selbstzweifel?

Sartorius: Warum? Eine leise Stimme kann sehr beharrlich sein. Außerdem habe ich beim



VERFILMUNGEN

Beckett vor der Kamera

Weltbekannte Regisseure verfilmen derzeit alle 19 Theaterstücke des irischen Dramatikers Samuel Beckett (1906 bis 1989). Erdacht wurde dieses Großprojekt vom Dubliner Theaterdirektor Michael Col-

VERLAGE

Aufbau bleibt in Berlin

Der einstige Renommier-Verlag der DDR, der 1945 gegründet und 1991 vom ehemaligen Frankfurter Immobilienhändler Bernd F. Lunkewitz übernommene Berliner Aufbau-Verlag, wird vorerst nicht an den Main umziehen. Allerdings sollen Abteilungen wie das Marketing und die Verlagstochter Rütten & Loening abgezogen werden. Verleger Lunkewitz, 52, ist über Berlin verärgert („Ich kann da nicht expandieren“): Seinem Wunsch, ein an die Aufbau-Immobilie grenzendes Grundstück zu erwerben, wurde vom Senat nicht entsprochen. Ein Brief, in dem Lunkewitz Bürgermeister Diepgen androhte, „die Standortfrage neu zu überdenken“, blieb wochenlang unbeantwortet. Der Verleger sieht darin eine „aktive Politik gegen die Interessen des Aufbau-Verlags“. Doch Lunkewitz („Ich bin kein Trotzkopf“) will nichts überstürzen: Berlin darf vorerst weiter auf Aufbau bauen.

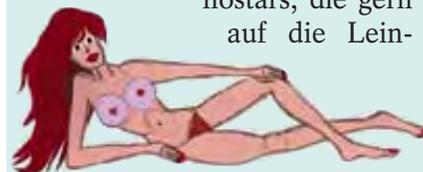


Lunkewitz

Am Rande

Helden der Kunst

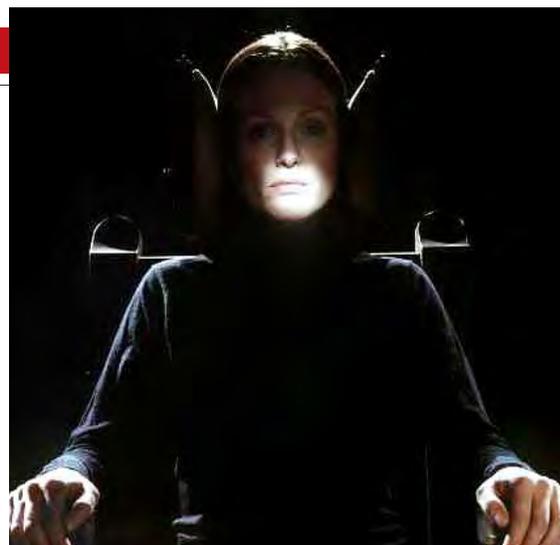
Sexualität führe zu nichts, Snotierte 1942 der französische Schriftsteller Albert Camus. „Sie ist nicht unmoralisch, sondern sie ist unproduktiv.“ Stimmt so nicht. Sexualität führt zum Beispiel zur Produktion eines Films wie „Baise-moi“ (Fick mich). Und sie führt derzeit – in Frankreich – zur Debatte darüber, ob solche Filme ins Filmtheater gehören oder doch eher ins Pornokino. Das Problem dabei: Es gibt kaum noch Pornokinos, seit jede Provinz-Videothek die entsprechende Ware fürs Heimkino bereithält. Was also machen Pornostars, die gern auf die Lein-



wand wollen? Sie müssen sich wie Rocco Siffredi („Romance“) oder Karin Bach und Raffaella Anderson („Baise-moi“) zu regulären Kinostars aufbauen lassen – am besten von seriösen Regisseurinnen, die deren Körperkunst mit gesellschaftskritischer Verve auf die Leinwand bringen. Man dürfe die „explizite Darstellung“ der Sexualität nicht dem Pornokino überlassen, befand „Romance“-Schöpferin Catherine Breillat in einem Interview, es gelte, die „Grenzen des Kinos“ aufzusprengen, das eine „ganz und gar bourgeoise Kunst“ geworden sei. Im Übrigen: „Die Identität einer Frau ist immer sexuell, es gibt keine andere.“ Das könnte jenes Problem sein, vor dem Camus die Flucht ergriff: „Das Geschlechtsleben wurde dem Menschen geschenkt, um ihn von seinem eigentlichen Weg abzulenken.“



FOTOS: P. REDMOND



Beckett-Interpreten Damien Hirst, Julianne Moore

gan, der unter anderem den Briten Anthony Minghella („Der englische Patient“), den Iren Neil Jordan („Interview mit einem Vampir“), den Amerikaner David Mamet („Oleanna“) und den Kanadier Atom Egoyan („Felicia, mein Engel“) dafür gewinnen konnte, Werke des kryptischen Nobelpreisträgers auf Film zu bannen. Vor der Kamera agieren Stars wie John Gielgud (in seiner letzten Rolle), Jeremy Irons und Kristin Scott Thomas. Mehr als die Hälfte der Adaptionen ist schon abgedreht, darunter Jordans „Not I“, eine 13-minütige Tour de Force, in der ununterbrochen der Mund der US-Schauspielerin Julianne Moore in Großaufnahme zu sehen ist. Becketts Nachlassverwalter stimmten dem Projekt nur unter der Bedingung zu, dass die Originaltexte und auch die Regievorgaben des Autors streng beachtet würden. „Wenn Beckett ‚Strand‘ sagt“, sagt Colgan, „dann muss es einen Strand geben.“ Bis zum Jahresende soll die einzigartige Leinwandbibliothek (Gesamtbudget rund sechs Millionen Dollar) komplett sein. Geplant sind TV-Ausstrahlungen, aber auch die Auswertung auf der Leinwand, bei Film- und Theaterfestivals und auf Video.

LITERATUR

Mit dem Bleistift

Sommer 1941: Wenige Tage nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion wird in der litauischen Stadt Kaunas Helene Holzmanns Ehemann Max verhaftet, der eine angesehene Buchhandlung geführt hat. Er gehört zu den Opfern der ersten Massenerschießung von Juden im – damals sowjetischen – Litauen. Die ältere Tochter Marie,



eine Pazifistin, wird als „Kommunistin“ inhaftiert und nach einigen Monaten umgebracht. Von einer Ärztin besorgt die Mutter Gift für sich und die jüngere Tochter Margarete, um den Mördern bei einer Verhaftung nicht lebend in die Hände zu fallen. Doch die beiden entgehen dem Todesghetto, nicht zuletzt dank der selbstlosen und mutigen Hilfe einiger Russinnen, die die Gejagten bei sich verstecken. Kurz nach ihrer Rettung vor dem mörderischen Arier-Wahn

hat die Malerin, Kunst- und Deutschlehrerin Helene Holzman (1891 bis 1968) mit Bleistift die Schrecken festgehalten, deren Zeugin sie wurde: Jüdische Frauen müssen unter den Augen der Gestapo verwahrloste Klosetts mit ihren eigenen Kleidern putzen, da ihnen Scheuerlappen verweigert werden; Kinder werden zu Tode gequält; ständig gibt es Hinrichtungen.

Mit ihrer ebenfalls überlebenden Tochter Margarete siedelte die Autorin 20 Jahre später, im Jahr 1965, nach Deutschland über – doch erst jetzt, weitere 35 Jahre danach, wurden ihre Erinnerungen an das Schicksal der litauischen Juden zum Buch. Die drei Jahre umfassende Chronik ist klar und nüchtern geschrieben, die Autorin verzichtet auf Stereotype wie „die“ Deutschen und hält ihre Gefühle unter Kontrolle, so schwer ihr das auch gefallen sein muss. Der Titel „Dies Kind soll leben“ bezieht sich nicht nur auf die Tochter der Autorin (die jetzige Mitherausgeberin), er gilt auch allen anderen Menschen, die Helene Holzman und ihre Freundinnen – Litauerinnen, Russinnen, Deutsche – unter Lebensgefahr retten konnten.

Reinhard Kaiser und Margarete Holzman (Hrsg.): „Dies Kind soll leben. Die Aufzeichnungen der Helene Holzman 1941-1944“. Verlag Schöffling & Co., Frankfurt am Main; 384 Seiten; 44 Mark.

KULTURPOLITIK

Das Theater als Behörde

Die Bühnen der deutschen Hauptstadt sind das kostspieligste Stück Staatskultur der Republik. Berlins Kultursenator Christoph Stözl schlägt in einer neuen Studie nun gründliche Reformen vor, um den Subventionswirrwarr zu lichten.



Berliner Subventionsspektakel*: In der Welt bietet kaum eine Metropole ein vergleichbares Kulturangebot – 17 Sprechtheater, 3 Opernhäuser,

Eines immerhin hat Claus Peymann geschafft: In der Kulturszene Berlins ist sein Haus wieder Gesprächsthema. Das verdankt er weniger seiner künstlerischen Arbeit, auch wenn seine jüngste Inszenierung von Shakespeares „Richard II.“ nun den lang ersehnten Beifall fand. Der Ruf des Berliner Ensembles gründet sich auf eine Baumaßnahme.

Zum Dienstantritt hat der Theaterleiter eine neue Chefetage errichten lassen, ein elegantes Dachgeschoss mit viel Glas und Stahl. Insgesamt 10 Millionen Mark hat ihm der Senat für Umbauten der ehemaligen Brecht-Bühne bewilligt, gut 1,5 Millionen flossen in die Büroräume der Intendanz – Kosten für den Hydraulikaufzug, der die Leitungskräfte jetzt geräuschlos ins Obergeschoss befördert, nicht eingerechnet.

Zwar haben die neuen Toiletten im Berliner Ensemble (BE) keineswegs Adlon-Niveau erreicht, wie derzeit gern kolportiert wird. Auch das frisch verlegte Parkett sieht schon wieder ein wenig abgetreten aus. Doch angesichts der Tatsache, dass alle in Berlin das Spardiktat der Finanzverwaltung beklagen, wirkt die weithin sichtbare Dach-

konstruktion wie eine Provokation, wie die trotzige Behauptung eines Subventionsanspruchs, der aus der Höhe der Zuwendungen die künstlerische Bedeutung ableitet.

Keine Frage, die Stadt hat es gut gemeint mit dem ehemaligen Burgtheater-Intendanten, der in Berlin der Rente entgegenarbeitet. Sie hat ihm ja nicht nur die aufwendige Renovierung der neuen Spielstätte finanziert, sie hat auch seiner Forderung nachgegeben, mehr zu verdienen als jeder andere Theaterchef am Ort. Sie hat ihm sogar den Etat um 25 Prozent aufgestockt, sehr zum Verdross der Alteingesessenen, die genau wissen, dass jede Mark

mehr für Peymann den Verteilungsspielraum für sie selber einengt.

Schon komisch darum, dass nun ausgerechnet der Subventionskünstler Peymann die Rolle des armen Theatermachers gibt. Kaum jemand deklamiert derzeit so inbrünstig den Text vom hässlichen Monopolkapitalismus und dem verzweifelten Überlebenskampf linker, also widerständiger Kunst. „Aktive Sterbehilfe“ sei das, was ihm der Senat an Geldern zubillige.

Das Verblüffendste: Niemand bricht in schallendes Gelächter aus, wie man es doch erwarten sollte gegenüber einem, der erst einmal 26 Millionen Mark einsackt, bevor



Deutsches Theater

38,0 Mio. Mark Subventionen
4,9 Mio. Mark Eigeneinnahme*
8,3 Mio. Mark Schulden**
339 fest angestellte Mitarbeiter

*Prognose 2000

**Stand 1999



Berliner Ensemble

26,5 Mio. Mark Subventionen
3,1 Mio. Mark Eigeneinnahme*
 Schulden: keine Angaben
185 fest angestellte Mitarbeiter

* „Nabucco“ in der Deutschen Oper, „Don Giovanni“ mit Eldar Aliev und Cecilia Bartoli in der Staatsoper Unter den Linden.



FOTOS: DRAMA

3 Musiktheater und 4 Orchester

er das große Wort führt. Nein, alle klagen mit, auch die Intendantenkollegen, die sich eben noch mit beißendem Spott über die Luxusausstattung des aus Wien zugereisten Altmeisters verbreitet haben.

Ist die Hauptstadt tatsächlich auf dem besten Wege, ihr Kulturleben abzuwickeln? Was ist geschehen? Zunächst nicht mehr, als dass Berlin zu rechnen angefangen hat. Anderes bleibt einer Stadt, die fürs kommende Jahr mindestens 4,4 Milliarden Mark Defizit erwartet, auch kaum übrig. Keine deutsche Kommune hat so lange so gründlich über ihre Verhältnisse gelebt, keine andere muss nun so rigoros sparen.

Im Einzelnen bedeutet das: Die Stadtregerung lässt Schulen verfallen und streicht Bibliotheken das Geld für neue Bücher zusammen; sie hat ganze Krankenhausabteilungen dichtgemacht und die Zahl der Kindergärtnerinnen und Universitätsbediensteten deutlich begrenzt. Die Theater, das ist die eigentliche Sensation, sind dabei glimpflich davongekommen – schmerzhaft war allenfalls die Schließung des Schiller Theaters vor sieben Jahren.

Doch nicht nur das eigentümliche Missverhältnis zwischen öffentlicher Klage und still bezogener Zuwendung wie im Fall Peymann weckt Zweifel an der These vom dro-

henden Kulturkahlschlag. Der Haushaltsplan des Landes Berlin belegt: Alle großen Bühnen der Stadt erhalten dieses Jahr mindestens so viel Geld wie im Jahr zuvor; bei etlichen Theatern haben sich die Zuwendungen seit 1991 nahezu verdoppelt.

Noch immer macht der Kulturetat der hoch verschuldeten Stadt knapp 950 Millionen Mark aus. Hinzu kommen die Bundesmittel, die im Rahmen des Hauptstadtvertrags der Berliner Kultur zufließen, allein in diesem Jahr 100 Millionen Mark.

Tatsächlich gibt es in der Welt kaum eine Metropole, die den Bürgern ein vergleichbares, öffentlich gefördertes Kulturangebot macht: 17 Sprechtheater, 3 Opernhäuser, 3 Musiktheater, 4 Orchester dürfen auf öffentliche Förderung vertrauen, die bei den großen Häusern bis zu 90 Prozent des Etats deckt. Daneben hängen auch viele der unzähligen Off-Theater und so genannten freien Spielstätten am Tropf der Kulturverwaltung.

Warum also die Aufregung?

Vielleicht liegt es ja an solchen Sätzen: „Ich kann verstehen, wenn ein Herr Peymann oder ein Herr Barenboim nur zu bestimmten finanziellen Bedingungen arbeiten wollen“, sagt Klaus Wowereit, der bei der Berliner SPD für Theater zuständige Haushaltspolitiker. „Mir fehlt aber jedes Verständnis, dass Intendanten erst einen Vertrag mit der Stadt über eine genau definierte Summe abschließen und dann vors Mikrofon treten und sagen, das reicht aber nicht.“ Die Kurzform dieser freundlichen Aufforderung zur Vertragstreue geht so: „Entweder arbeitet Herr Barenboim zu unseren Bedingungen oder gar nicht.“

Der letzte Satz ist vor vier Monaten im Abgeordnetenhaus gefallen, am Ende einer erstmals jedermann zugänglichen Befragung der Theatermacher zu ihren Wirtschaftsplänen für 2001. Er markiert einen Wendepunkt in der Kulturpolitik der Stadt.

Noch heute ist den zum Rapport Geladenen die Erschütterung über die zwei Tage im März anzumerken. Darüber, dass sie zum ersten Mal detailliert ihre Zahlen begründen mussten. Dass sie mit ihren zum Teil sehr üppigen Nachforderungen auf eisiges Schweigen stießen. Dass alle Drohungen, dann eben woanders anzu-



DRAMA

Volksbühne

26,2 Mio. Mark Subventionen
3,4 Mio. Mark Eigeneinnahme*
 Schulden: keine Angaben
266 fest angestellte Mitarbeiter



M. PRIETZNER / OSTKREUZ

Deutsche Staatsoper

83,2 Mio. Mark Subventionen
30,6 Mio. Mark Eigeneinnahme*
6,2 Mio. Mark Schulden**
813 fest angestellte Mitarbeiter



A. MUIHS / OSTKREUZ

Deutsche Oper

80,6 Mio. Mark Subventionen
13,4 Mio. Mark Eigeneinnahme*
11,2 Mio. Mark Schulden**
747 fest angestellte Mitarbeiter

heuern, mit Achselzucken quittiert wurden.

Und erstaunlich: Als sei ein Bann gebrochen, beginnen sich plötzlich nicht mehr nur Finanzexperten, sondern auch die Feuilletons dafür zu interessieren, weshalb beispielsweise das Deutsche Theater (DT), das höchst subventionierte Schauspielunternehmen der Stadt, Jahr für Jahr seinen Etat überziehen konnte, ohne dass dies nennenswerte Konsequenzen hatte.

In Wahrheit steht in der Hauptstadt nicht das Subventionstheater zur Disposition, wie die Lokalmatadoren immer behaupten; in Frage steht ein Subventionsdenken, das Schulden stets als selbstverständlich betrachtete und deren prompten Ausgleich als Bringschuld der Gesellschaft. Dass dies nicht mehr anstandslos hingenommen wird, ist auch das Verdienst von Leuten wie Klaus Wowereit.

Seit fünf Jahren sitzt der Jurist im Unterausschuss Theater, jener parlamentarischen Kontrollleinrichtung, deren bloße Nennung bislang Heiterkeitsstürme bei allen Kulturschaffenden auslöste, weil bereits der Titel so herrlich popelig klingt. Drei Jahre lang war der Berliner SPD-Fraktionschef Vorsitzender des Gremiums, und wenn er heute zurückblickt, fällt sein Fazit ernüchternd aus.

Für Wowereit ist das Problem der Theater nicht deren Unterfinanzierung: „Natürlich kann man mit 83 Millionen Mark vernünftige Oper machen, und natürlich braucht ein Theater nicht 26 Millionen, um seinen Kulturauftrag zu erfüllen.“ Das Problem sei, dass jahrelang jede Frage nach Einsparungen, Reformen und effizientem Management als Angriff auf die künstlerische Freiheit denunziert wurde.

Diese Sorglosigkeit ist nur vor einem Hintergrund verständlich: Kulturpolitik



Kultursenator Stözl
„Leitung disziplinieren“



FOTOS: DRAMA

Volkstheater-Aufführung „Das obszöne Werk: Caligula“, Intendant Castorf: Blut und Speichel

in Berlin war stets Frontstadt-Theater. „Schaufenster des Westens“ zu sein, das war der Auftrag, eine ziemliche Protzveranstaltung auch im Kulturellen, die gut zur sprichwörtlichen Wurschtigkeit der Berliner passte und die so lange gut ging, solange die Rechnung immer an andere weitergereicht werden konnte – an die reichen Westländer oder die Bundesregierung.

Was ehemals Beteiligte von den Etatverhandlungen mit der Kulturverwaltung berichten, hört sich an wie ein Witz: Trefen sich zwei Intendanten, um über ihre Strategie zu beraten. Fürs nächste Jahr brauchen wir 22 Millionen, sagt der eine. Also lass uns 24 Millionen fordern, sagt der andere. Darauf einen Tag später der Kultursenator: Was, ihr wollt nur 24 Millionen? Ich dachte, ihr verlangt 26. Man einigte sich auf 25 Millionen.

Dass mit dem Fall der Mauer der Zeitpunkt gekommen wäre, auch kulturell abzurüsten, ging im allgemeinen Freudentaumel irgendwie unter. Stattdessen wandelte man auch Ostbühnen wie das Deutsche Theater oder das Maxim Gorki Theater in Staatsbetriebe/West um und gab jedem Mitarbeiter einen BAT-Vertrag.

Der Kulturetat stieg weiter, allerdings immer langsamer, bis er 1995 erstmals gerin-

ger ausfiel als im Vorjahr. Auch das wäre zu verkraften gewesen, wenn sich die Verantwortlichen nicht so verhalten hätten, als lebten sie noch in einer Phase kultureller Hochrüstung.

Die Folgen dieser Politik sind in Zahlen ablesbar. Allein bei den Landesbühnen, den sieben öffentlich-rechtlich geführten Theatern, beträgt das Defizit 17,6 Millionen Mark, und das sind nur die Schulden, die voraussichtlich in diesem Jahr auflaufen. Gerade hat der neue Kultursenator Christoph Stözl hochrechnen lassen, was geschähe, wenn nichts geschieht: Das Gesamtdefizit der Berliner Bühnen, alle alten und neuen Schulden zusammen, stiege bis zum Jahr 2002 auf 73 Millionen Mark.

Tatsächlich ist die Haushaltslage einiger Häuser mittlerwei-



le so prekär, dass schon eine normale Tarifsteigerung in die Zahlungsunfähigkeit führen kann. Bei einem personalstarken Unternehmen wie etwa der Staatsoper macht jedes Prozent mehr Gehalt umgerechnet 960 000 Mark aus – so dass überall, wo im Budget keine entsprechenden Rücklagen gebildet wurden, die laufenden Kosten bereits vor Jahresende die Zuschüsse aufgezehrt haben.

Das ganze Ausmaß der Misswirtschaft erschließt sich freilich erst aus den Haushaltsberatungen im Abgeordnetenhaus: Offenbar wurden alle Kontrollmechanismen systematisch unterlaufen. Denn selbst in Berlin kann der Kultursenator ja nicht nach Gutdünken seine Gelder verteilen. Nur wenn die zuständigen Haushalter bei der jährlichen Vorlage der Wirtschaftspläne den beantragten Budgets zustimmen, also ein vernünftiges Verhältnis von Ausgaben und Einnahmen testieren, darf der Senator die in Aussicht gestellten Subventionen tatsächlich überweisen.

Nur wie soll ein Ausschuss die wirtschaftliche Seriosität prüfen, wenn die Leiter maroder Theaterbetriebe plötzlich ihre Bilanzen schönen und sich im Moment der Befragung künstlich reichrechnen? Wenn sie einfach die Einnahmen erhöhen, indem

sie fiktive Preiserhöhungen zu Grunde legen und dazu noch willkürlich die Ausgaben reduzieren? Wenn sie den Gästetat zusammenstreichen, obwohl sie längst bindende Verträge mit auswärtigen Künstlern geschlossen haben? Wenn sie auf dem Papier munter Personal abbauen, hinter eine Reihe von Stellen einen so genannten KW-Vermerk („künftig wegfallend“) setzen, wohl wissend, dass die betreffenden Kollegen praktisch unkündbar sind?

In der freien Wirtschaft heißt so etwas Konkursverschleppung. Doch Staatstheater sind eben keine Wirtschaftsunternehmen. Sie können sich darauf verlassen, dass am Ende immer der Staat für sie geradesteht. Deshalb ergeht es ihnen im schlimmsten Fall wie dem Deutschen Theater.

Kein Sprechtheater in Berlin hat in den vergangenen Jahren so aus dem Vollen schöpfen können wie das ehrwürdige Renommierhaus an der Schumannstraße. Kein anderes hat zugleich seine Budgets so schamlos überzogen. Es hat ja schließlich

frisch bestellte Kultursenatorin, die aus Bonn nach Berlin gewechselte Volkswirtin Christa Thoben, auch ordentlich beeindruckt ist, droht ihr der Intendant, notfalls den Spielbetrieb einzuschränken.

Beinah hätte Thomas Langhoff mit seiner Kulissenschieberei auch diesmal Erfolg gehabt. Doch dann trat erst die etwas nervenschwache Senatorin zurück, eine Woche später musste seine Geschäftsführerin gehen; zum Verhängnis waren ihr nicht die schlechten Zahlen geworden, sondern eine verheimlichte Stasi-Mitarbeit. Heute ist das Deutsche Theater das einzige Schauspielunternehmen der Republik, das von einem Sparkommissar verwaltet wird. Vorläufige Haushaltswirtschaft – das bedeutet, jede Anschaffung, selbst eines Bleistifts, muss extern genehmigt sein. Sicher, der Senat hätte Grund genug gehabt, den Intendanten abzusetzen und das Haus gleich ganz dichtzumachen. Doch was wäre damit gewonnen?

es, gar nicht mehr zu spielen“, sagt Staatsopernintendant Georg Quander.

Beim Deutschen Theater ist man diesem Radikalkonzept jetzt einen großen Schritt näher. Der Spielplan für die nächste Saison sieht nur noch zwei aus öffentlichen Mitteln bezahlte Premieren im großen Haus vor. Und Langhoff selbst, dessen Vertrag am 31. Juli 2001 endet, wird nach dem jetzigen Stand wohl nicht mehr inszenieren.

Wer den Intendanten in seinem schönen, holzgetäfelten Dienstzimmer besucht, in dem schon sein Vater 17 Jahre residierte, der trifft einen erstaunlich heiter gestimmten Menschen. Es ist ja nicht so, dass Langhoff als Künstler gescheitert ist. Das Publikum war dem peniblen Interpreten der Klassiker immer zugetan.

„Ich habe mich halt nie für Zahlen interessiert, ich war nie der Typ des Mana-



BE-Intendant Peymann
Geräuschlos ins Obergeschoss

jahrelang funktioniert: je höher die Schulden, desto größer der Druck auf die Politik, der bedrängten Bühne beizuspringen.

Beim DT lief das Spiel so: 1998 meldet die Intendanz ein Defizit von vier Millionen. Darauf Protest des Haushaltsausschusses. Das Theater legt neue, freundlichere Zahlen vor, verspricht in einer „Zielvereinbarung“ dem Senat, die Kosten so weit zu senken, dass am Ende des Jahres ein Fehlbetrag von maximal 1,3 Millionen steht. Und dann? Dann schließt das Schauspielhaus mit einem Defizit von 4,7 Millionen Mark ab, Ende 1999 ist der Schuldenberg auf mehr als 10 Millionen gewachsen, und schon im darauf folgenden Frühjahr wird ein neues Etatloch verkündet, diesmal von 2,4 Millionen Mark. Damit die gerade



Dirigent Barenboim
Arbeiten zu Berliner Bedingungen?

Es ist ja ein Trugschluss zu glauben, dass ein Theater, das nicht mehr spielt, kein Geld kostet. 43 Millionen Mark umfasst voraussichtlich der diesjährige Gesamtetat des Deutschen Theaters, gut 85 Prozent davon verschlingt das stehende Heer von Schauspielern, Bühnentechnikern, Beleuchtern, Gewandmeistern, Inspizienten – 36 Millionen an Fixkosten, ohne dass sich auch nur eine Hand rührt.

Nun rächt sich, dass die Politik es beizzeiten versäumt hat, Staatstheater wie das DT, deren Tarifverträge nach 15 Jahren unkündbar werden, in privatrechtlich organisierte Unternehmen umzuwandeln. Und weil auch das Management wenig Anstalten gemacht hat, den Apparat durch Abfindungen zu verkleinern, gleichen die öffentlich besoldeten Kultureinrichtungen zunehmend Dinosauriern, die langsam unter der eigenen Last erstarren.

Die Staatsoper beispielsweise, auf der Liste der Kostgänger ebenfalls ganz oben, hat in den vergangenen Jahren ihre Auführungen um 60 reduziert, weil schließlich jede Produktion weniger zunächst Geld spart: für Material, Gastkünstler, Bühnenbild. „Der einfachste Weg, zu einem ausgleichenen Haushalt zu kommen, wäre



DT-Intendant Langhoff (M.) bei der Probe
Erstaunlich heiter gestimmt

gers“, sagt Langhoff, und dass eben dies nicht mehr zeitgemäß ist, dass man ihn getrost als „Fossil“ bezeichnen kann, darüber spricht er ganz unbekümmert.

Langhoff weiß, dass heute ein anderer, finanziell risikobewusster Typ des Theaterdirektors nötig wäre, um eine Bühne wie das DT lebensfähig zu halten, dass die Erstarrung zum Beamtenapparat, die allgemeine „Ermüdung und Ermattung“ des Personals, das eigentliche Übel ist. „Wir müssen Zirkus sein und nicht öffentlicher Dienst“, sagt Langhoff.

Es ist ja wahr: Ausgerechnet dort, wo angeblich das andere, bessere Leben aufscheint, wo es wild und romantisch zugehen soll, hat der Sozialstaat zu sich selbst gefunden. Rund 45 Seiten und 3 Anlagen umfasst allein der derzeit geltende Tarifvertrag für Orchestermusiker – nur einer von insgesamt acht Tarifverträgen, die zum Beispiel an der Deutschen Oper gelten und über deren Einhaltung insgesamt sechs Gewerkschaften wachen.

Es gibt ja auch genug zu kontrollieren. Im Arbeitsvertrag für Musiker etwa ist nicht nur geregelt, wie viele Dienste ein Tuttigeiger oder ein Erster Cellist pro Woche zu absolvieren hat (nicht mehr als acht Einsätze

zu je drei Stunden). Es ist auch auf die Minute genau festgelegt, wie viele Ruhezeiten dem Musiker zwischen den einzelnen Auftritten zustehen und welche Dienste wegen besonderer Härten extra zu vergüten sind. Ein Chorsänger wiederum hat Anspruch auf Sonderzulagen, wenn er in einer fremden Sprache singt, schwerere Gegenstände tragen muss oder mehr als sechs Worte Text sprechen soll – also eigentlich bei jeder anspruchsvolleren Inszenierung.

Den einzigen Ausweg aus dieser strangulierenden Tarifstruktur böte eine Änderung der Rechtsform. Nur wenn die Staatstheater Privattheater werden, wenn sie leistungsorientierte Haustarife abschließen können und überflüssige Mitarbeiter an die Luft setzen dürfen, nur dann, da sind sich alle Fachleute einig, lassen sich die Häuser dauerhaft sanieren. Vor allem aber: Nur dann müssten Intendanten bei erwiesenem Missmanagement mit Konsequenzen rechnen, am Ende gar für ihre Versäumnisse haftbar gemacht werden. „Eine Änderung der Rechtsform ist schon deshalb geboten“, sagt Kultursenator Stölzl, „weil sie die Leitung extrem diszipliniert.“

Stölzl ist der Mann, der alle Fehler, die seinen Vorgängern angelastet werden, nun zügig korrigieren soll. Sein Vorteil ist, dass er als offen und undogmatisch gilt. Lange Jahre Leiter des Deutschen Historischen Museums, muss er niemandem Kunstver-

stand beweisen. Er verfügt über die nötige Härte und Durchtriebenheit, die man im politischen Geschäft braucht. Der Nachteil: Er soll die Berliner Theaterlandschaft so erhalten, wie sie ist, also möglichst komplett.

Zunächst hat Stölzl deshalb das Gleiche getan wie alle Kultursenatoren vor ihm auch: Er hat 20 Millionen Mark an Lottogeldern losgeleitet, um die ärgsten Lücken zu schließen. Doch dass er nicht bloß Pflaster auflegen will, hat er den Theaterleuten spätestens Anfang des Monats deutlich gemacht. Knapp hundert Seiten umfasst sein „Bericht zur Bühnenstruktur“ – ein erster Versuch, wirkliche Reformen zu wagen.

Stölzl will aktiv Personal reduzieren, einen Abfindungsfonds schaffen und einen so genannten Stellenpool, um den einzelnen Bühnen die Kündigung eigentlich unkündbarer Mitarbeiter zu erleichtern. Zudem sollen die Theater ihre laufenden Kosten senken, indem sie Marketing und Vertrieb straffen und überflüssige Parallelstrukturen beseitigen.

Keine Frage, viele Vorschläge sind nicht neu. Der Geschäftsführende Direktor der Deutschen Oper, André Schmitz, hat kürzlich einmal vorgerechnet, was die Zusammenlegung der drei Berliner Opern zu ei-



„What next?“-Produktion in der Staatsoper Unter den Linden:

ner GmbH brächte. Gut 28 Millionen Mark ließen sich einsparen, glaubt der Manager, wenn die Opernhäuser etwa ihre Werkstätten oder die Verwaltung zentralisieren würden.

Der eigentliche Sprengsatz von Stölzls Papier steckt in einem kurzen Satz auf der letzten Seite. „Bei den Sprechtheatern ist ein Vergleich mit Bühnen außerhalb Berlins eingeleitet“, heißt es dort.

Für ein solches „Benchmarking“ braucht man einheitliche Kennzahlen – etwa über die Qualität des Angebots und die Attraktivität der Einrichtung, den Geldbedarf pro Besucher oder die Produktivität der Beschäftigten. Keine Frage, künstlerische Qua-



Die laufenden Kosten zehren die Zuschüsse auf

lität ist nur schwer zu messen. Aber ein Versuch, wie in der Wissenschaft zu Vergleichszahlen zu kommen, wäre lohnend: Denn anhand der Daten ließe sich erstmals beurteilen, ob beispielsweise die Münchner Oper mit ihren 100 Millionen Mark Subventionen der richtige Vergleichsmaßstab ist (wie die Berliner Intendanten immer behaupten) oder doch eher die Stuttgarter, die in der Kritikergunst ebenfalls ganz oben steht, obwohl sie mit rund 56 Millionen Mark Förderung auskommt. Klar, dass gerade dieser Reformvorschlag bei den Theatermachern auf heftigen Widerstand stößt.

Bedürfte es noch eines Gegenbeweises für die These, nur großes Geld bringe

großes Theater, dann liefert ihn in Berlin Frank Castorf. Seit 1992 leitet der Sohn eines Eisenhändlers die Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, mit 820 Plätzen das größte Schauspielhaus der Stadt.

Manchem Kritiker geht das Ensemble etwas zu freigiebig mit Blut und Speichel um. Aber Castorf ist der einzige Intendant der Stadt, der dieses Jahr zum Theatertreffen in Berlin eingeladen wurde. Und er hat sich in all den Jahren streng an seinen Etat gehalten. Ausgerechnet die Volksbühne, Heimstatt anarchistischer Agitprop-Kultur, zeigt, wie verant-

wortungsbewusstes Theatermanagement aussehen kann.

Die Geschäftsleitung kalkuliert jede Produktion im Detail vor und erlässt genaue Budgetvorgaben. Mehr als 200 000 Mark darf keine Inszenierung kosten, sechs Wochen Probenzeit sind das Maximum. Wer die Planzahlen missachtet, wird erst ermahnt und dann mit einer internen Haushaltssperre belegt.

Natürlich würde er gern mehr große Namen von außerhalb beschäftigen, sagt Castorf: „Nur, wenn man weiß, dass die sich an kein Budget halten, dann geht das eben nicht.“ Und natürlich hätte die Volksbühne gern die marode Hubbühne von

1914 erneuert. Aber weil das bislang niemand finanzieren wollte, hat man das herzweichend ächzende Relikt eben zum Teil des ästhetischen Konzepts gemacht.

Castorf ist einer der wenigen, die sich ein Leben außerhalb der Stallhaltung des öffentlichen Subventionstheaters überhaupt noch vorstellen können, einer, der künstlerische Freiheit auch als eine Freiheit der Lebensplanung begreift. Im Grunde, sagt er, wäre er gern unabhängig von staatlicher Alimentation. Und so erschließt der Volksbühnen-Chef laufend neue Geldquellen, denkt über Filmproduktionen nach und die Vermarktung seines Theaters im Internet.

Vielleicht hängt diese Unternehmerge-sinnung damit zusammen, dass Castorf der Sohn eines Kaufmanns ist, eines Mannes also, der genau wusste, was eine Bilanz bedeutet. Vielleicht aber auch damit, dass Castorf mittlerweile einen ziemlich nüchternen Blick auf das Theater und seine Protagonisten hat, auf diese „staubigen Verwaltungsinstitute“, die vom Anspruch zehren, Weltkunst zu liefern, sich aber meist in einer „endlosen Reproduktion von Bürokratie“ erschöpfen.

„Ach ja, das Theater“, sagt Castorf. „Wenn mich ein Taxifahrer fragt, womit ich mein Geld verdiene, wird es schon peinlich. Theaterregisseur, das ist doch für einen erwachsenen Menschen kein Beruf.“

JAN FLEISCHHAUER

AUTOREN

Pizza, Paten, Polizisten

Ein Mafia-Ganove erzählt: In seinem ersten Roman „Pericle der Schwarze“ lässt der Italiener Giuseppe Ferrandino Neapels Unterwelt zu Wort kommen. Von Matthias Beltz

Beltz, 55, lebt als Kabarettist und Autor in Frankfurt am Main; zuletzt veröffentlichte er die Moralsatire „Eigenes Konto“.

Einige behaupten, die Mafia sei die höchste Form der Marktwirtschaft, andere glauben, Helmut Kohl habe ein mafioses System errichtet in Staat und Partei, Dritte sagen, die Mafia sei in der Krise wie die katholische Kirche, weil es keine Ehre und keinen Glauben mehr gebe. Gut, sie mögen alle Recht haben.

Aber was wissen wir Nordlichter schon von dieser einerseits globalen, aber auch wieder sehr südländisch geprägten Kriminalkultur? Gewiss, man kann in den Süden fahren und vor Ort recherchieren, bis einem die Bleikugeln um die Ohren fliegen. Friedlicher ist dagegen das Angebot der Literatur, die uns nie im Stich lässt, wenn wir neugierig sind. Giuseppe Ferrandino, 42, Autor beliebter italienischer Comics des schwarzen Humors, hat unter Verwendung seiner dort gelernten verdichtenden Fähigkeiten ein Mafia-Buch geschrieben, sein Debüt: „Pericle der Schwarze“*.

Worum geht es? Pericle Scalzone, 38, lebt in Neapel und geht einer geregelten Tätigkeit nach. Er fährt Vespa, vertraut auf die Madonna und ist eine gemeine Sau, wenn's beruflich sein muss. Er arbeitet für Luigino, den Chef eines Clans. Doch die Verhältnisse sind wirr in Neapel, denn der Oberboss, Don Ermenegildo, ist an Zucker gestorben, und seine Schwester, Francesca Coppola, eignete sich nicht als oberste Autorität, kurz, es herrscht Übergangs-anarchie im Mafia-Land, hier Unterabteilung Camorra. Da ist jeder Arbeitsplatz auch eine Risikostelle.

Worin aber besteht die Tätigkeit unseres Helden im Dienstleistungssektor? Seine Aufgabe ist es, wie der Roman drastisch beschreibt, Leute rektal zu penetrieren. „Ich betäube den Betroffenen mit einem kleinen Sandsack, fessele ihn mit den Handgelenken an den Füßen rittlings

auf einen Stuhl oder auf einen Tisch und benutze dann eine antibiotische Gleitcreme ...“

Scalzone tötet nicht, er demütigt die Geschäftspartner – man soll nicht immer gleich von Feinden reden, wenn es bloß um Unstimmigkeiten geht – seines Chefs. Demütigung ist ein altes machtpolitisches Kommunikationsmittel im christlichen Abendland. Jesus wurde mit der Dornen-

Mit dieser Bobachtung beginnt eine herbe, eine wunderschöne Liebesgeschichte. „Sie kommt öfter. Sie ist Polin. Sie trinkt nichts, und sie lässt sich nicht einladen.“ Sagt ein Mann an der Bar, weshalb Pericle knapp antwortet: „Kümmere dich um deinen Dreck.“ Die verheiratete Nastasia arbeitet in einer Reifenfabrik, Pericle ist auf der Flucht, doch beide kommen zusammen, haben Sex, essen Nudeln und erleben Tiefpunkte, wie wir sie alle kennen: „Da habe ich kapiert, dass sie sich langweilte und nicht den Mut hatte, es zu sagen. Auf der Stelle habe ich gedacht: Na wenn schon, ich langweile mich auch.“ Vom Ende des Buches, bei dem auch eine Maschinenpistole eine Rolle spielt, soll nichts verraten werden.

Ferrandino hat nicht nur eine Gangstergeschichte erfunden, sondern eine Angestelltennovelle. Die Verhältnisse knapp klärend, lautet der erste Satz: „Mein Chef



Kabarettist Beltz
Liebe und Mord



Autor Ferrandino: Recherchieren, bis einem die Kugeln um die Ohren fliegen

krone erniedrigt, Heinrich IV. tat solches selbst sich an bei seinem Gang nach Cannossa, und an den deutschen Fußballnationalspielern wurde nach der EM vortrefflich demonstriert, was Demütigung in der Mediengesellschaft bedeutet. Scalzone aber ist nur ein kleines Licht und macht seine Bestrafungen auch nicht publik, doch sie wirken, denn seine Opfer sind beschämt und wehren sich nicht.

Eines Tages begeht er einen Fehler, vergeht sich am falschen Objekt, muss verschwinden, wird gejagt, Mitglieder seiner Familie werden ermordet. Pericle erkennt, dass er selber der Gefickte ist, und steigt aus. Er taucht unter und beobachtet gelangweilt seine fremde Umgebung, unter anderem eine Frau in einer Bar. „Sie mochte um die fünfundvierzig sein. Sie hatte straffes, zu einem Knoten zusammengebundenes Haar und trug einen Rock.“

ist Luigino Pizza, den alle wegen der Pizzerien so nennen.“ Und Pizzaverkaufen ist ein hartes Geschäft. Es geht weniger um die Front zwischen Verbrechen und Polizei, sondern um innerbetriebliche Querelen in der Organisierten Kriminalität, die bekanntlich einen Großteil unseres Brutto-sozialprodukts hervorbringt.

Nun ist diese Schattenwirtschaft durch die effesselte freie Marktwirtschaft und die Tricks der New Economy ganz schön in die Krise geraten. Man kennt das schon länger aus dem Kino. In der Trilogie vom „Paten“ und in der „Ehre der Prizzis“ jammern die Dons über die Schnelligkeit der modernen Märkte, die unbarmherzigen Strategien der Weltkonzerne und Multis und über den Werteverlust bei der Jugend, die sich lieber einen schönen Lenz macht, als die Familienehre mannhaft zu verteidigen. Da ist es nicht einfach für den kleinen Mann, der doch auch bloß überleben will.

* Giuseppe Ferrandino: „Pericle der Schwarze“. Aus dem Italienischen von Max Looser. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main; 160 Seiten; 34 Mark.

Ferrandino erzählt auch die Geschichte eines Mitläufers im kriminellen Mittelstand, dessen Rebellion gegen Ausbeutung und Selbsterniedrigung die Welt nicht bewegt und nicht verändert. Unerhört sind diese Begebenheiten nicht wegen der Dramatik von Liebe, Mord und Sodomie,

unerhört ist, wie wir den schwarzen Pericle lieben lernen beim Lesen.

Die Moral der Geschichte liegt in ihrer Sprache, in diesem reduzierten und vollkommenen Slang, in dem jedes Wort genau die Bedeutung hat, die vom anderen verstanden wird: ein kleines Weltbuch. ♦

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „Buchreport“

Belletristik

1 (1) Joanne K. Rowling Harry Potter und der Stein der Weisen *Carlsen; 28 Mark*

2 (2) Joanne K. Rowling Harry Potter und die Kammer des Schreckens *Carlsen; 28 Mark*

3 (3) Joanne K. Rowling Harry Potter und der Gefangene von Askaban *Carlsen; 30 Mark*

4 (4) Henning Mankell Mittsommermord *Zsolnay; 45 Mark*

5 (5) Donna Leon In Sachen Signora Brunetti *Diogenes; 39,90 Mark*

6 (7) Bernhard Schlink Liebesfluchten *Diogenes; 39,90 Mark*

Verzweifelte Seitensprünge, kühne Aufbrüche: sieben Geschichten über die Liebe



7 (6) John Grisham Das Testament *Heyne; 46 Mark*

8 (8) Michael Crichton Timeline *Blessing; 44,90 Mark*

9 (9) Paulo Coelho Veronika beschließt zu sterben *Diogenes; 34,90 Mark*

10 (11) Sándor Márai Die Glut *Piper; 36 Mark*

11 (10) Noah Gordon Der Medicus von Saragossa *Blessing; 48 Mark*

12 (14) Frank McCourt Ein rundherum tolles Land *Luchterhand; 48 Mark*

13 (12) Petra Hammesfahr Die Mutter *Wunderlich; 39,80 Mark*

14 (-) Paulo Coelho Der Alchimist *Diogenes; 32,90 Mark*

15 (15) Doris Dörrie Was machen wir jetzt? *Diogenes; 39,90 Mark*

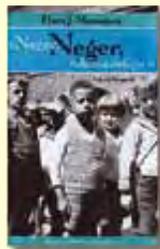
Sachbücher

1 (1) Marcel Reich-Ranicki Mein Leben *DVA; 49,80 Mark*

2 (2) Bodo Schäfer Der Weg zur finanziellen Freiheit *Campus; 39,80 Mark*

3 (4) Dietrich Schwanitz Bildung *Eichborn; 49,80 Mark*

4 (3) Hans J. Massaquoi Neger, Neger, Schornsteinfeger! *Fretz & Wasmuth; 39,90 Mark*



Als dunkelhäutiges Mischlingskind in Nazi-Deutschland: eine Erinnerung

5 (6) André Kostolany Die Kunst über Geld nachzudenken *Econ; 39,90 Mark*

6 (5) Florian Illies Generation Golf *Argon; 34 Mark*

7 (7) Dale Carnegie Sorge dich nicht, lebe! *Scherz; 46 Mark*

8 (8) Sigrid Damm Christiane und Goethe *Insel; 49,80 Mark*

9 (9) Joschka Fischer Mein langer Lauf zu mir selbst *Kiepenheuer & Witsch; 29,90 Mark*

10 (12) Guido Knopp Hitlers Kinder *C. Bertelsmann; 46,90 Mark*

11 (11) Pascale Noa Bercovitch Das Lächeln des Delphins *Ullstein; 36 Mark*

12 (13) Bodo Schäfer Money oder das 1x1 des Geldes *Herbig; 29,90 Mark*

13 (10) Malika Oufkir/Michèle Fitoussi Die Gefangene *Marion von Schröder; 39,90 Mark*

14 (15) Gertrud Höhler Wölfin unter Wölfen *Econ; 39,90 Mark*

15 (-) Erik Larson Isaacs Sturm *S. Fischer; 39,80 Mark*

ARCHITEKTUR

Hort der Widersprüche

Am Dienstag dieser Woche wird die neue britische Botschaft in Berlin eröffnet. Architekt Michael Wilford hat sich mit dem Bau ein echtes Narrenstück geleistet.

Über die Auftritte und modischen Vorlieben der britischen Königin Elizabeth II. wissen die Illustrierten fast alles, von den Gefühlen der Queen aber fast nichts. Nur einmal gab Ihre Majestät einen Anhaltspunkt und bekannte,

„not amused“ zu sein. Seither analysieren die Hofberichterstatter bei jeder Gelegenheit, ob sie „amused“ wirke oder mal wieder „not amused“.

Am Montag dieser Woche reist die Queen nach Berlin. Es ist ihr fünfter Be-

such in dieser Stadt, und diesmal kommt sie, um die neue britische Botschaft einzuwieihen. Das Gebäude steht in der Nähe des Brandenburger Tors, in der Wilhelmstraße, also an exakt jenem Ort, an dem schon einmal eine Botschaft des Vereinigten Königreichs stand; sie wurde im Krieg durch – britische – Bomben zerstört.

Das neue Gebäude und seine Entstehungsgeschichte dürfte – da können die Hofberichterstatter ganz beruhigt sein – die Queen in jeder Hinsicht amüsieren. Der Architekt Michael Wilford, Untertan der Königin, hat sich damit ein echtes Narrenstück geleistet.

Weil Wilford, 61, bekannt ist für fröhliche Streiche (das kunterbunte Wissenschaftszentrum am Berliner Kulturforum ist eben-



Britische Botschaft: Aus der schlichten Außenhaut lacht das Gebäudeinnere heraus



Architekt Wilford
Trickreiche Spiele

falls von ihm), war die Baubranche überrascht, dass ausgerechnet er 1995 den Zuschlag für die Errichtung des Repräsentationsbaus bekam. Denn der Standort unterliegt ungewöhnlich harschen Vorschriften: strikte Orientierung am Blockrand, Sandsteinfassade, Mansardendach, Traufhöhe von 22 Metern – der Senat lässt bei all dem nicht mit sich scherzen.

Doch der soeben fertig gestellte 75-Millionen-Mark-Bau erfüllt tatsächlich alle Vorschriften. Er schließt brav ans benachbarte Hotel Adlon an, ist genauso hoch und trifft mit seiner Fassade exakt den Adlon-Sandsteinton. Und dennoch erweist sich die Anpassung an die Senatsbestimmungen als – im wahrsten Sinne des Wortes – vordergründig.

Denn Wilford hat die schlichte Außenhaut aufgeschnitten. In der Mitte klafft ein riesiges fast rechteckiges Loch, aus dem das Gebäudeinnere herauslacht. Zwei Säle, der eine dreieckig, der andere rund, zeichnen sich unübersehbar in der Fassade ab. Sie sind mit kräftigen Farben markiert: mal türkis, mal lila – ungewohnt grelle Tupfer in all der Sandsteinstillen.

Das trickreiche Spiel zwischen Anpassung und Eigensinn setzt Wilford munter fort. Im Innenhof des Gebäudes steht eine Eiche. Die Nachricht, dass ein Baum mit urdeutschem Image die britische Botschaft schmücken soll, wurde von den Berliner Tageszeitungen freudig aufgegriffen und als Kompliment für Deutschland gewertet. Doch der Architekt und alle Verantwortlichen werden nicht müde zu betonen, dass die Eiche genauso ein Symbol für England sei, die Deutschen sich also nicht allzu viel auf das Grünzeug einbilden sollten.

Das ganze Botschaftsgebäude erweist sich als Hort gezielt gesetzter Widersprüche. Der großzügige Treppenaufgang etwa, der zu einem überlasteten Empfangssaal führt, ist seriös in graublauem Stein gehalten. Eine Farbe, die ganz vorzüglich zur vornehmen Business-Kleidung der Damen und Herren Botschafter passen dürfte. Doch die Decke, die über der Treppe schwebt, leuchtet knallrot – wehe dem, der hier keine Kontraste mag.

„Es gibt Regeln, und es gibt die Möglichkeit, Regeln zu interpretieren“, kommentiert der Architekt seine vielen Verwirrspiele. Er lächelt dabei listig und streicht seine Krawatte zurecht. Die ist bonbonbunt gestreift, Wilford trägt sie zu einem edlen beigefarbenen Anzug, beigefarbenen Schuhen und – feuerwehrroten Socken. Der Mann meint seine Späße ernst.

SUSANNE BEYER

THEATER

Fäuste in den Hosentaschen

Samuel Weiss gilt als junger Star unter Deutschlands Schauspielern.

Nun tritt er bei den Salzburger Festspielen an: in der Titelrolle von Shakespeares „Hamlet“.

Der Typ ist eine Nervensäge. In einer Welt, in der sich alle bequem eingerichtet haben, nervt er seine Mitmenschen mit moralischen Bedenken, verdirbt der Mutter den Honeymoon, legt sich mit dem Stiefvater an – und schickt ohne jeden ersichtlichen Grund seine Freundin in die Wüste: ein merkwürdiger Irrer, der sich offenbar selbst nicht leiden kann.

Selten aber hatte der Wahnsinn so viel Methode wie bei Samuel Weiss. Sein Hamlet, so zeigen schon die Proben, ist ein cooler Rebell gegen die Satttheit einer wertefreien Gesellschaft, abgeklärt, entschlossen, sarkastisch und aggressiv. Romantisch ist dieser Held allenfalls, weil letztlich jeder Einzelkämpfer ein Romantiker ist.

Wenn Weiss, 33, am Mittwoch nächster Woche zur Premiere des Shakespeare-Klassikers bei den Salzburger Festspielen auf die Bühne steigt, ist das der bislang größte Auftritt des in der Schweiz geborenen Schauspielers. Zwar wird Weiss für seine Arbeit am Staatstheater Stuttgart – er hat hier unter anderem Camus' „Caligula“ gespielt und den Leonce in Büchners „Leonce und Lena“ – von den Kritikern längst als Star unter den jüngeren Schauspielern gefeiert, trotzdem steht er, wie die meisten „Hamlet“-Beteiligten, nun unter enormem Druck.

Die Shakespeare-Produktion ist zugleich das Salzburg-Debüt des Regisseurs Martin Kušej, 39. Und es ist der erste „Hamlet“ bei den Festspielen seit 1970. Weiss gibt sich dennoch ungekürrt. Wie er an die große Rolle herangehe? „Text lernen, hinstellen, spielen“, sagt er nur.

Ähnlich furchtlos scheint der Regisseur ans Werk zu gehen. Jedenfalls lassen schon die Proben ahnen, dass sich Kušej beim konservativen, auf kulinarischen Genuss hoffenden Teil des Salzburger Publikums keine Freunde machen dürfte. Er

Weiss (r.) in „Gesäubert“
Eiskalter Todesengel

hat, wie er das zuletzt mit Horváths „Geschichten aus dem Wienerwald“ und Strindbergs „Gespenster-sonate“ am Hamburger Thalia Theater schon sehr erfolgreich tat, im Stück erst mal aufgeräumt; hat das Drama wie einen Film umgeschnitten, gekürzt und einige wichtigere Figuren hinausgeworfen. Kušej setzt auf Strenge, Kühle und atmosphärische Dichte.

In seinem Hauptdarsteller Samuel Weiss hat der Regisseur für diese Interpretation offenbar den idealen Partner gefunden. Weiss, der am Wiener Reinhardt-Seminar ausgebildet wurde und 2001 zu Tom Stromberg ans Hamburger Schauspielhaus wechselte, gehört zu einer neuen Generation von Schauspielern: Ohne jedes Pathos und ohne große Worte bekennt er sich zu seiner Theaterbegeisterung – und sucht sich seine Vorbilder dennoch eher im Kino. Tim Roth, den struppigen britischen Outlaw-Darsteller, zählt Weiss zu seinen Helden.

Tatsächlich ist Weiss' Hamlet den Roth-Figuren nicht unähnlich: Mit seinen kurz geschorenen Haaren, in schwarzen Alltagsklamotten lungert er auf der Bühne – und vermittelt sofort: Dieser Hamlet ist von heute. Seine Gesten sind sparsam und kraftvoll, er verlässt sich auf die Intensität seiner Stimme und seines Blicks. Selbst wenn er von „Sein oder Nichtsein“ spricht, hat er die Fäuste in den Hosentaschen und steht reglos. Klar, dass man so einem Hamlet nicht mit Geistern kommen kann: Der untote Vater ist hier nur eine Halluzination. Hamlet



Schauspieler Weiss
„Lernen, hinstellen, spielen“

krümmt sich dabei auf dem Boden, als sei er auf einem schlechten Trip.

Wirklich sympathisch sei ihm die Hamlet-Figur nicht, sagt Weiss. „Er hat kein Talent zum Glück, und er ist natürlich ein Fanatiker in seinem Kampf um die Wahrheit. Damit nervt er die anderen und sich selbst.“ Dennoch suche er in seinen Rollen immer nach autobiografischen Momenten – „ich wüsste nicht, wo ich es sonst hernehmen soll“. An Hamlet komme ihm vor allem das Gefühl vertraut vor, „dass einen niemand versteht, aber es auch niemandem geben darf, der in einen reinschaut und merkt, was für ein elender Zwerg man ist“.

Auch die undiplomatische Art und einen fast rücksichtslosen Individualismus scheint er gemein zu haben mit seiner Figur – Weiss redet sich häufiger mal um Kopf und Kragen. Auf diese Art hat er auch den Regisseur Kušej kennen gelernt: Bei einer Ensembleversammlung in Stuttgart gab es Streit wegen Kušej's Projekt „Kill Pig Devil Passion Finish God“ nach dem sadistischen Killer-Roman „American Psycho“ von Bret Easton Ellis. „Die anderen fanden das amoralisch, so was auf der Bühne zu zeigen, es war ihnen zu radikal“, sagt Weiss. „Bei mir war's umgekehrt. Das war für mich ein Kultbuch, und was Kušej draus gemacht hat, war mir viel zu wenig, zu geschmacklos. Das habe ich ihm gesagt.“

Danach herrschte erst mal Funkstille zwischen Schauspieler und Regisseur. „Und dann hat Kušej mir auf einmal die Titelrolle in Henry Purcells

„König Arthur“ angeboten“, berichtet Weiss. Erst wollte er ablehnen: „Ich dachte, der will mich jetzt fertig machen.“ Dann spielte er doch mit – für beide wurde es ein Triumph.

Auch die letzte gemeinsame Arbeit wurde von den Kritikern heftig gelobt: In Sarah Kanes Liebes-Horror-Drama „Gesäubert“, das im vergangenen Sommer in Stuttgart herauskam (SPIEGEL 29/1999), spielt Weiss den verklemmten und eiskalten Anstaltsarzt Tinker, der scheinbar erbarmungslos seine Patienten foltert. Die perfekte Vorbereitung für seine aktuelle Rolle? „Hamlet ist schon irre“, sagt Weiss, „aber einliefern würde ich ihn nicht.“

ANKE DÜRR





Nolte, Murphy in „Nur 48 Stunden“ (Regie: Walter Hill); **Überraschungserfolg** des Jahres 1982



Nolte in „Zoff in Beverly Hills“ (1986; Regie: Paul Mazursky); Nominierung für den **Golden Globe** als beste Komödie

SPIEGEL - GESPRÄCH

„Von Gespenstern lernen“

US-Schauspieler Nick Nolte über weibliche Dämonen, die Dreharbeiten zu „Investigating Sex“ in Deutschland und die Macht des Geldes in Hollywood

SPIEGEL: Mr. Nolte, Sie sind dafür berüchtigt, dass Sie manchmal Geschichten über sich erzählen, deren Wahrheitsgehalt sehr umstritten ist. Mit welcher hatten Sie bisher am meisten Erfolg?

Nolte: Als mich der Moderator Bryant Gumble im Frühstücksfernsehen gefragt hat, ob ich jemals eine der typischen Hollywood-Schönheitsoperationen habe machen lassen.

SPIEGEL: Und – haben Sie?

Nolte: Nein, keine der üblichen, aber dafür eine ganz neue Operation: Hoden-Lifting.

SPIEGEL: Bitte?

Nolte: Nun, wenn man älter wird, werden die Hoden schlaff. Warum sollte man das nicht operieren lassen? Aber als ich das Gumble erzählt habe, hat er mir das Wort abgeschnitten. Anschließend haben doch tatsächlich einige Leute geglaubt, ich hätte da unten an mir rumschneiden lassen.

SPIEGEL: Dann gibt es noch das Gerücht, Sie hätten ein halbes Jahr in einem mexikanischen Bordell gewohnt.

Nolte: Das ist der sicherste Platz der Welt für einen Schauspieler.

SPIEGEL: Wissen Sie das aus eigener Erfahrung?

Nolte: Na ja, ein halbes Jahr am Stück habe ich dort noch nicht verbracht. Aber ein Schauspieler, der einen gewissen Ruhm erlangt hat, kann sich einfach nicht mehr frei bewegen. Bloß in einem Bordell ist er einfach nur ein Kunde. Man sitzt herum ...

SPIEGEL: Jetzt untertreiben Sie.

Nolte: ... und niemand fragt einen was – jeder weiß, warum man da ist.

SPIEGEL: Sie haben gerade unter der Regie von Alan Rudolph „Investigating Sex“ abgedreht; das Drehbuch basiert auf den Erlebnissen einer Gruppe französischer Surrealisten, die nächtelang mit wissenschaftlicher Neugier über Sex diskutiert haben. Haben Sie dabei irgendetwas über Sex erfahren, was Sie vorher noch nicht wussten?

Nolte: Darüber möchte ich mich auf diesem Wege wirklich mal beschweren: Nein, gar nichts! Aber wir haben im Team sehr offen über das Thema gesprochen: über den Orgasmus etwa und wie lange er dauert – oder eben nicht dauert.

SPIEGEL: Sie spielen den Gastgeber, auf dessen Anwesen die Gespräche stattfinden, der aber natürlich auch selbst heftig mitdiskutiert. Wie haben Sie sich auf diese Rolle vorbereitet?

Nolte: Theoretisch, meinen Sie? Indem ich mich mit Psychologen unterhalten und viel gelesen habe, vor allem über den Sukkubus.

SPIEGEL: Sukkubus sind weibliche Dämonen, die mit Männern in sexueller Beziehung stehen. An solche Buhlteufel glaubten die Menschen im Mittelalter. Hat sich seitdem nichts geändert im Verhältnis der Geschlechter?

Nolte: Nicht, wenn es um die psychische Energie geht, die Frauen auf Männer aus-

üben. Heute wie damals überkommen einen Mann im Schlaf Erscheinungen und sorgen für feuchte Träume. Das Besondere an einem Sukkubus ist, das er am Anfang aussieht wie eine schöne Frau, die nachts den Mann besucht, um ihm seine wertvollen Körperflüssigkeiten zu rauben. Aber dann verändert das Gespenst allmählich seine Gestalt. Am Ende hat es sich in eine sehr düstere Kreatur verwandelt.

SPIEGEL: Glauben Sie an solchen Hokuspokus?

Nolte: Es gibt Psychologen, die behaupten, dass es zu psychischen Störungen führen kann, wenn die Energie eines Sukkubus mit Gewalt unterdrückt wird. Einige vermuten sogar, dass darin das Motiv einiger Serienmörder zu finden ist. Für einen Schauspieler kann es jedenfalls sehr hilfreich sein, auch von solchen Dämonen zu lernen.

SPIEGEL: Sonst arbeiten Sie eher nach den Methoden des Schauspielers Stanislawski: Es heißt, dass Sie sich während der Dreharbeiten zu „Zoff in Beverly Hills“, als

Sie einen Penner spielten, wochenlang nicht gewaschen haben.

Nolte: Es war nur das, was ich bei diesen Typen beobachtet hatte: Sie putzen sich nicht die Zähne, baden nicht und essen Hundefutter.

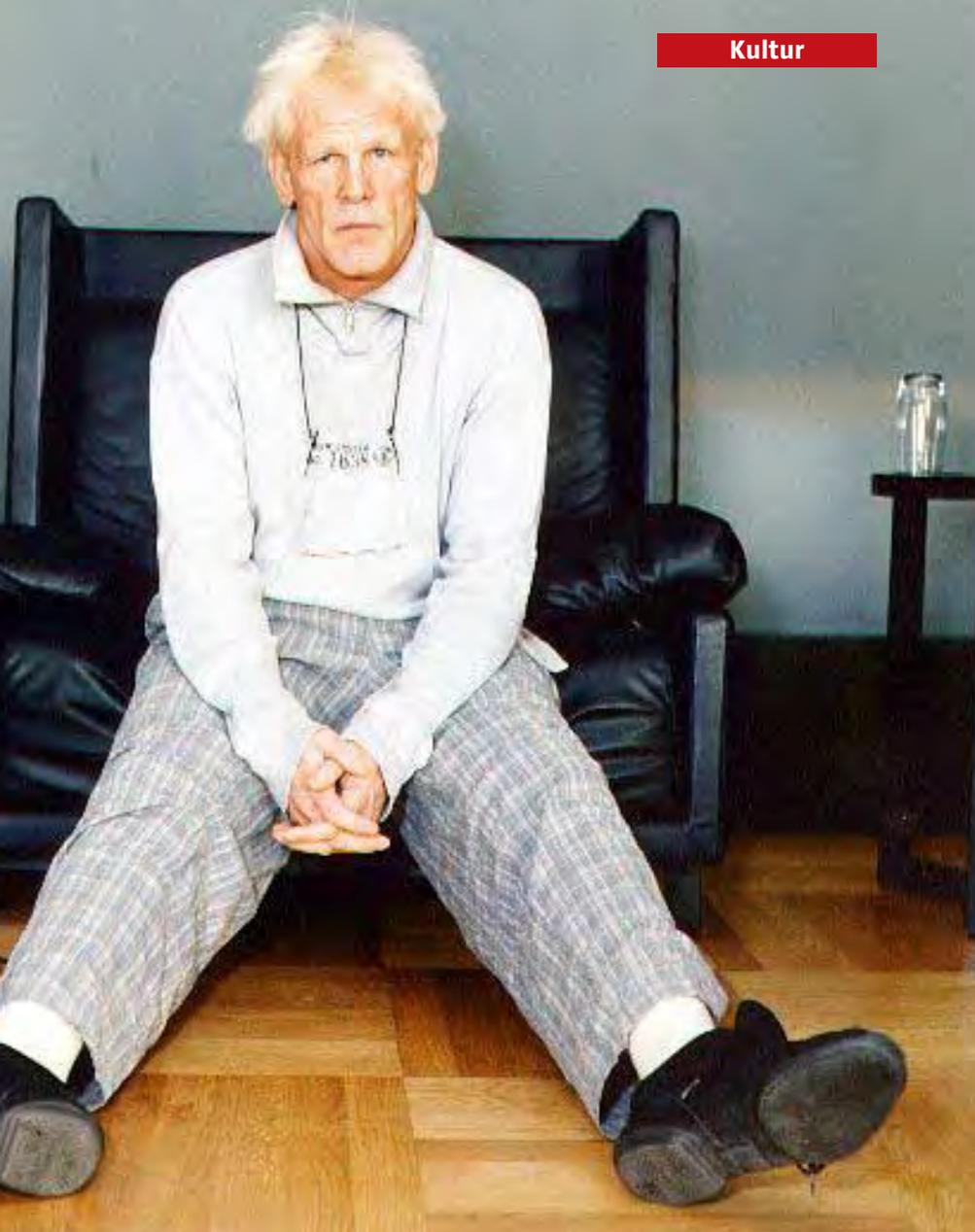
SPIEGEL: Vermutlich erzählen Sie jetzt gleich, dass Sie tatsächlich Hundefutter gegessen haben.

Nolte: Ja, sicher.

SPIEGEL: Welche Sorte können Sie empfehlen?

Nolte-Filmpartnerin Sharon Stone in „Simpatico“ „Feuchte Träume“





Nolte (r.) in „Der schmale Grat“ (Regie: Terrence Malick); **Goldener Bär**, Berlinale 1999

Nick Nolte

hat alles hinter sich, was einen echten Hollywood-Haudegen auszeichnet: drei Ehen, viele alkoholbedingte Krisen und noch mehr Comebacks. Vor allem aber prägte er rund 50 Filme – darunter den Reporterthriller „Under Fire“ (1983), das Liebesdrama „Herr der Gezeiten“ (1991) und das Kriegsepos „Der schmale Grat“ (1998). Zweimal war Nolte, 59, für einen Oscar als bester Schauspieler nominiert; mittlerweile arbeitet er auch als Produzent. Zuletzt stand Nolte in der Nähe von Potsdam für „Investigating Sex“ vor der Kamera, einer Verfilmung von Protokollen der um 1930 geführten Sex-Diskurse französischer Surrealisten („Recherchen im Reich der Sinne“, SPIEGEL 20/1993). Zurzeit ist Nolte neben Sharon Stone und Jeff Bridges in den deutschen Kinos im Pferdewetten-Krimi „Simpatico“ zu sehen.

Nolte: Zunächst einmal müssen Sie natürlich nach Beverly Hills fahren, wo Hunde sehr verehrt werden. Dort bekommt man Hundefutter, dessen Zutaten mit Sicherheit besser sind als bei den gewöhnlichen Dosen.

SPIEGEL: Wir werden diesen Einkaufstipp weitergeben.

Nolte: Seien Sie vorsichtig! Meine damalige Frau hatte einige Dosen gekauft; ich habe erst mal nur daran gerochen. Die meisten haben schrecklich gestunken. Aber schließlich habe ich das Gourmet-Pup-Dosen-Hundefutter entdeckt, das wirklich vorzüglich schmeckt.

SPIEGEL: Das hat man gesehen: Es gibt eine Szene in „Zoff in Beverly Hills“, in der Sie mit einem Hund aus dessen Napf fressen.

Nolte: Das war schwieriger, als es aussieht – denn der Hund war in Wirklichkeit Vegetarier und hat nur Mais und Bohnen gegessen. Also wurde der Napf geteilt: auf seiner Seite Bohnen und Mais, auf meiner das Hundefutter.

SPIEGEL: Sie haben Penner gespielt, Reporter, Soldaten und Anwälte. Welche Rol-

le kommt Ihrem wahren Charakter am nächsten?

Nolte: Weiß ich nicht, und es interessiert mich auch nicht. Die Schauspielerei ist etwas für Leute, denen das wirkliche Leben ein bisschen zu schwierig ist – vielleicht, weil sie nicht genug eigene Identität besitzen. Außerdem sind sie privat oft sehr schüchtern und bekommen nicht so recht mit, was in der Welt los ist. Das hat ernste Folgen. Ich habe mal etwas gelesen über ein Experiment mit Mäusen: Eine Maus wurde in einen Käfig gesperrt und bekam alles, was sie zum Leben brauchte – Futter, Wasser, alles. Sie musste nichts dafür tun. Eine andere Maus bekam nur dann etwas zu fressen, wenn sie sich in ihrem Laufrad bewegte. Später wurde untersucht, wie sich die Mäuse verändert hatten. Das Gehirn der Maus, die alles hatte, war überhaupt nicht gewachsen – im Gegensatz zu dem der Maus im Laufrad.

SPIEGEL: Schauspieler, denen alles in den Schoß fällt – Rollen, Geld, Frauen –, sind also nicht unbedingt die hellsten?

Nolte: Ja, ich glaube, dieser Schluss ist zulässig. Diejenigen Schauspieler, die wirklich kämpfen müssen, erweitern ständig ihre Möglichkeiten. Ich war immer ein Rebell, aber wenn dir für irgendwelchen Mist 10 oder 15 Millionen Dollar geboten werden, fällt es wirklich schwer, Nein zu sagen. Die meisten nehmen das Geld, weil sie diese Toiletten-Träume haben.

SPIEGEL: Was bitte ist ein Toiletten-Traum?

Nolte: Kennen Sie das nicht? Jeder hat doch seinen Toiletten-Traum. Man sitzt auf dem Klo, blättert in einem Magazin, guckt und sagt sich: Das hätte ich gern, und das und das auch. Und wenn man es sich leisten kann, kauft man es eben.

SPIEGEL: Von was für Magazinen reden Sie jetzt? Dem „Playboy“? Autozeitschriften? Oder „House & Garden“?

Nolte: Es kann alles Mögliche sein – selbst Kataloge bringen oft viel Spaß. Mal angenommen, Sie interessieren sich für Sägen. Dann gibt es nichts Schöneres, als einen Katalog voller Sägen durchzublättern und auszusuchen: diese Handsäge, jene Tischsäge und so weiter. Der materialistische Aspekt ist sehr wichtig, wenn man nicht so eine tolle Kindheit hatte. Das Problem ist

G. WESTRICH (ILL.); 20TH CENTURY FOX (RE.)

nur, dass man das Geld nicht bekommt, um irgendein schauspielerisches Risiko einzugehen – sondern nur, damit man wiederholt, womit man schon einmal Erfolg hatte. Einige Schauspieler merken schnell, was von ihnen erwartet wird, und dann können sie sich eben jede verdammte Säge kaufen, die es gibt.

SPIEGEL: Mal konkret: Sie haben 1982 mit Eddie Murphy den Krimi „Nur 48 Stunden“ gedreht. Der Film hat in den USA gut 30 Millionen Dollar eingespielt – das reicht für ein paar sehr schöne Sägen.

Nolte: Eddie war damals Anfang 20 und hatte nicht mal einen Manager; es gab nur einen Typen, der sich als solcher aufspielte. Eddie kam zu mir und fragte mich: Wie werde ich diesen Kerl los? Weil der nicht gehen wollte, musste ich ihn rausschmeißen.

SPIEGEL: Das hat offenbar nichts genützt.

Nolte: Nein, kurze Zeit später hat Eddie bei Paramount unterschrieben: 15 Millionen Dollar für fünf Filme wie „Beverly Hills Cop“ Teil 1 bis 3 und so weiter. Ich konnte schlecht einem jungen Mann sagen: Lass es – schließlich kann er sich seitdem bestimmt jedes dämliche Spielzeug kaufen, das Sie sich denken können.

SPIEGEL: Was haben Sie sich von Ihren ersten Gagen gekauft?

Nolte: O Gott, ein paar Autos, glaube ich, und ich bin überall hingeflogen. Am Anfang findet man das toll. Aber irgendwann kommt die nächste Phase: Frauen.

SPIEGEL: Phase ist gut: Sie waren dreimal verheiratet.

Nolte: Das Eheversprechen „Bis dass der Tod uns scheidet“ ist heute nur sehr schwer zu halten. Früher war das einfacher: 1776 wurde eine Frau im Durchschnitt 23 Jahre alt, ein Mann vielleicht 40. Eine Durchschnittshe dauerte sieben Jahre, weil die Frauen so früh starben, meistens an Kindbettfieber. Deshalb mussten Männer oft drei- oder viermal heiraten.

SPIEGEL: Verzeihung, aber das klingt wie das Lamento eines alternden Machos.

Nolte: Ich beklage mich nicht. Ich war mein ganzes Leben lang verheiratet und deshalb gewissen Beschränkungen unterworfen. Aber es gibt ja genug Beispiele aus der Branche. Der Regisseur Howard Hughes etwa war berüchtigt für seine – wie soll man sagen – Jagd nach Frauen. Doch irgendwann ist man erschöpft und verbraucht, und das Einzige, was bleibt, sind Drogen und der Suff.

SPIEGEL: Als der erste Erfolg beim Film kam, sollen Sie Kneipentouren per Flugzeug unternommen haben – einfach irgendwohin und in die nächste Bar, bis Sie nicht mehr wussten, wo Sie waren.

Nolte (r.) beim SPIEGEL-Gespräch*
„Was bleibt, ist der Suff“



Nolte in „Investigating Sex“: „Ein Ameisenfresserfilm“

Nolte: Da wird es dann unheimlich. Zumal einem kein Geld der Welt aus so einer Situation wieder heraushilft. Vielmehr sollte man sich fragen: Liebe ich meinen Beruf wirklich? Wenn ja, ist es nämlich egal, ob ich mit einem Film eine Million Dollar verdiene, 20 Millionen oder gar nichts – wie jetzt bei „Investigating Sex“. Im Gegenteil, in den Film habe ich sogar eigenes Geld investiert.

SPIEGEL: Auch der deutsche Steuerzahler hat die 18-Millionen-Mark-Produktion gefördert; deshalb wurde in Deutschland gefilmt. Was ist der Unterschied zwischen einem Dreh in Hollywood und einem in Deutschland?

Nolte: Der größte Unterschied ist, dass in Hollywood kaum noch Filme gedreht werden. Es gibt dort nur noch ein paar BüroHeinis und einige Fernsehshows, aber selbst die werden selten.

SPIEGEL: Bleibt immerhin noch die Oscar-Verleihung.

Nolte: Eine furchtbar verlogene Veranstaltung. „Der beste Film“? Ich bitte Sie, was soll das sein?

SPIEGEL: Wie steht es mit dem „besten Schauspieler“? Sie waren zweimal nominiert, 1999 für „Der Gejagte“.

Nolte: Ja, lächerlich. Wenn bei einem großen Studio 50 Academy-Mitglieder arbeiten – wofür werden die wohl stimmen? Für den kleinen Independent-Film? Für das Meisterwerk aus Portugal? Nein, sie stimmen natürlich für ihren eigenen Film.

SPIEGEL: Dass die Branche korrupt ist, gilt nicht gerade als neue Erkenntnis.

Nolte: Aber es wird immer schlimmer, es gibt immer weniger unabhängige Regisseure, und es geht nur noch um Geld. Auch deshalb werden die meisten so genannten Hollywood-Filme heute in Kanada ge-

dreht – der kanadische Dollar steht nämlich zurzeit sehr günstig. 1996 war ich mit Alan Rudolph in der Nähe von Montreal auf Drehortsuche für „Afterglow“. Auf einmal kamen wir an ein Film-Set: riesige Trucks für die Ausrüstung und viele schwarze Busse. Wir haben gefragt, was die Busse hier sollen. Man hat uns erklärt: Also, der erste Bus ist für die Kindermädchen. Der zweite ist das Fitness-Studio. Und im dritten Bus saßen ein paar Schauspieler. Alan hat gefragt: Was

macht ihr, wenn plötzlich die Busse im Bild sind? Das darf nicht passieren, hieß es – weil es vier Tage dauern würde, um die ganzen Ausrüstung an eine andere Stelle zu bringen.

SPIEGEL: Welcher Film war das?

Nolte: Das darf ich natürlich nicht sagen. Nur so viel: Bruce Willis und Richard Gere haben mitgespielt, und der einzige gemeinsame Film der beiden heißt „Der Schakal“. Ein Riesenflop.

SPIEGEL: Dieses Schicksal teilt „Der Schakal“ mit den Filmen, die Sie mit Alan Rudolph gedreht haben.

Nolte: Na und? Immerhin waren das Filme für ein Publikum, das heute von den Studios ansonsten fast komplett ignoriert wird: Leute über 25 Jahre. Stattdessen dominieren diese Shows für Kids, bei denen jede Szene vor dem Start in irgendeinem Einkaufszentrum getestet wird – und die Zuschauer auf Skateboards kommen.

SPIEGEL: Mit solchen Sprüchen werden Sie die Studiobosse kaum beeindrucken.

Nolte: Ich kenne den Dreamworks-Mitbegründer Jeffrey Katzenberg ganz gut; ich kannte ihn schon, als er noch Assistent war und den Leuten Kaffee geholt hat. Einmal haben wir uns unterhalten, ob man nicht gemeinsam einen Film machen sollte. Er hat mir eine Liste gezeigt mit den Filmen, die er produziert hatte. Ich habe ihm meine Liste gezeigt, und da hat er gesagt: Das sind für mich alles Ameisenfresserfilme. Katzenberg bezeichnet jeden Film, der nicht wahnsinnig viel Geld verspricht, als Ameisenfresserfilm – weil Ameisenfresser sich nun mal sehr mühsam ernähren müssen, von sehr kleinen Portionen. Katzenberg ist mehr der Elefantenrüssel-Typ. „Investigating Sex“ wird bestimmt ein Ameisenfresserfilm.

SPIEGEL: Eigentlich wollten wir auch über Ihren neuen Film „Simpatico“ reden, der soeben in Deutschland angelaufen ist. Was sollten die Zuschauer über diesen Film wissen?

Nolte: Dass es natürlich der beste ist, in dem ich je mitgespielt habe.

SPIEGEL: Mit Verlaub, aber da wüssten wir ein paar andere.

Nolte: Vermutlich haben Sie Recht. Manchmal rede ich wirklich ziemlichen Unsinn.

SPIEGEL: Mr. Nolte, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



G. WESTRICH

SCHWIMMEN

Darwinismus im Wasser

Sechs Athleten aus vier Nationen bereiten sich in Hamburg gemeinsam auf Olympia vor. Bislang war Sandra Völker der Star der Trainingsgruppe. Doch jetzt ist Unvorhergesehenes passiert: Die Schwedin Therese Alshammar ist zu schnell und zu schön.



L. PERENYI / SPORT PHOTO

Erst neulich brachte die einzige Frau in der vitalen Kommune wieder viermal Edelmetall nach Hause. Therese Alshammar, 22, hatte vorvergangene Woche bei der Schwimm-Europameisterschaft in Helsinki mächtig abgeräumt. Seither ist die Jüngste der Star in der WG.

In ihrer Heimat zählt Alshammar schon länger zur Prominenz, was freilich vorrangig an ihren anatomischen Qualitäten lag: 1998 wurde sie zur „erotischsten Frau Schwedens“ gekürt.

Inzwischen weiß Therese Alshammar nicht nur als Beauty zu überzeugen, auch im Wasser hat sie internationale Klasse. Ebenso wie ihre Mitbewohner Nowakowski und die beiden Engländer Mark Foster, 30, und Neil Willey, 23, will sie im September in Sydney die olympische Konkurrenz aufmischen.

Die vier Wohngenossern gehören, zusammen mit der Hamburgerin Sandra Völker, 26, und der für Neuseeland startenden Deutschen Vivienne Rignall, 26, zum Profiteam des Honorartrainers Dirk Lange. Seit vergangenem September trainiert die Riege zusammen. Doch schon jetzt gilt die Gruppe vom Hamburger Dulsbergbad in der internationalen Schwimmszene als Dream-Team.

Dabei wurde die bunte Truppe anfangs noch verlacht. Denn angeschlossen hatte sie sich einem Mann, der manchmal redet wie der Motivationskünstler Jürgen Höller („Erfolg kommt zu dem, der ihn wirklich will“) und dabei ein Gesicht macht wie amerikanische Fernsehprediger. Jahrelang galt der gelernte Bankkaufmann Dirk Lange deshalb in der Trainerzunft als Scharlatan.

Seit der Kurzbahn-Weltmeisterschaft im vergangenen März genießt der ehemalige Leistungsschwimmer nun eher den Ruf eines Wunderheilers. Beim ersten großen Auftritt räumten seine Schützlinge so viele Medaillen ab, dass sie, wären sie als Nationalteam angetreten, Platz zwei in der Länderwertung belegt hätten.

Mit dem Aufbau seiner Mannschaft hat sich Lange den Traum verwirklicht, frei von lästigem Verbandshickhack und Funktionärsgerede, ein Team auf Topniveau zu hieven. Bezahlt wird er von den Sportlern monatlich. An Siebprämiern und Sponsorengeldern ist er beteiligt.

Schwimmerin Alshammar: Musterschülerin außer Kontrolle

Auf seine Wohngemeinschaft ist der gelernte Bankkaufmann Björn Nowakowski, 26, richtig stolz. 80 Quadratmeter, vierter Stock in einem Backsteinhaus in Hamburg-Wandsbek. Moderne Küche, nagelneue Auslegeware, 1500 Mark warm. „Da kann man nicht meckern.“

Zumal es ja auch mit den Mitbewohnern prima klappt. Das Bad ist immer tippopp geputzt. In der Speisekammer ist stets ge-

nug Vorrat an Energiefutter der Sorte „Eisen, Kräuter, Kraft“. Und jeden Tag gehen die Kommunarden gemeinsam zum Sport.

Die Früchte des Trainings sind im Badezimmer zu besichtigen. Dort haben die Mieter, gleich rechts neben dem Klosett, Nägel in die Wand gehauen und eine kleine Auswahl errungener Goldmedaillen aufgehängt. „Wir haben ja genug“, sagt Nowakowski.



L. PERENYI / SPORT PHOTO

Weltmeisterin Völker (M.): „Ruhig mal gegenseitig zerstören“

Zuletzt erwies sich der Job als einträgliches Geschäft. Sandra Völker dominiert seit Jahren die deutsche Schwimmszene. Shootingstar Alshammar krault in der hanseatischen Auswahl auf der Kurzbahn. Dass sich mit dem Engländer Mark Foster jener Athlet von Lange für die Olympischen Spiele in Sydney fit machen lässt, der dem russischen Wunderschwimmer Alexander Popow gefährlich werden kann, zeigt, wie weit sich die Philosophie des Glatzkopfes herumgesprochen hat. Lange kann sich vor Anfragen deutscher Schwimmer kaum mehr retten.

Dass der Schwimmcoach in seiner Trainingsmethodik mit herkömmlichen Lehrmeinungen bricht, scheint die Bewerber eher anzuziehen als abzuschrecken. Vor allem Übungsleiter aus dem Osten schwören noch heute darauf, dass Spitzenleistungen im Schwimmen, egal ob auf Kurz-

oder Langstrecke, nur durch hartes Ausdauertraining möglich sind. Als Schüler einer DDR-Sportschule musste Björn Nowakowski miterleben, was das heißt. Bis zu hundert Kilometer keulen die Athleten der alten Trainergarde pro Woche durchs Wasser: „Ein Alptraum.“

Da hat es der junge Mann heute besser. Bei Lange kommt er mit einem Drittel des Pensums aus. Dafür stehen Nowakowski und Kollegen länger im Kraftraum, um Muskulatur aufzubauen. Das Konzept, das dahinter steckt, klingt simpel. Lange: „Ein 100-Meter-Sprinter läuft auch keinen Marathon.“

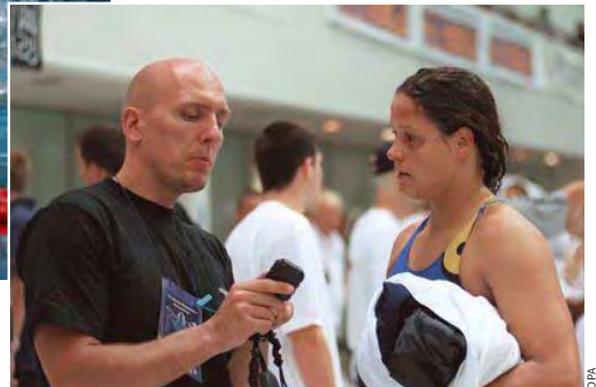
Dabei ist das Trainingscamp von Lange beileibe kein Vergnügungspark. Wer in dem elitären Zirkel bestehen will, braucht Nerven und ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein. Der Chef ist nämlich Darwinist. „Ich will“, sagt Lange, „dass meine Athleten einen Killerinstinkt entwickeln.“

* Bei den Schwimm-Weltmeisterschaften 1998 in Perth.

Wer die Anlagen dazu nicht mitbringt, wird vom Meister mental so lange „bearbeitet“, bis am Ende ein Sportler auf dem Startblock steht, „der sich gar nicht mehr vorstellen kann, zu verlieren“.

Psychospiele dieser Art sind nicht jedermanns Sache. Der irische Spitzenschwimmer Nick O'Hare verließ den Langeschen Motivationskreis schon nach kurzer Zeit. Der Schwimm-Guru weint O'Hare indes keine Träne nach: „Ich brauche Extremisten und keine Hosenscheißer.“

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass sich Lange einer Probandin annahm, die



DPA

Trainer Lange, Athletin Völker: *Lebenstraum verhaselt?*

zwischen einer Karriere als Model oder Schwimmsportlerin schwankte. Als die Schwedin Therese Alshammar im September vergangenen Jahres von der Universität von Nebraska nach Hamburg wechselte, galt das nachtaktive Geschöpf mit den blauen Augen als ein ziemlich verkrachtes Talent.

Mittlerweile pendelt Alshammar absturzfrei zwischen Freizeit und Training: Innerhalb von sechs Monaten verbesserte sie ihre Höchstleistungen um bis zu zwei Sekunden. Derzeit hält Alshammar zwei Weltrekorde auf der Kurzbahn, und in ihrer Heimat wird sie neuerdings nicht nur für ihre Maße vergöttert: Vergangene Woche wurde Alshammar in ihrem Geburtsort Stockholm zur „Sportlerin des Jahres“ gekürt.

Dass Lange das Starlet derart flott machte, versteht er als persönliches Meisterstück. Doch allmählich gerät die Erfolgskurve der Musterschwimmerin außer Kontrolle. Mal ganz abgesehen davon, dass sich Alshammar neuerdings mit exzessiven Shopping-Ausflügen vergnügt, die wahlweise im Kauf von schrägen Textilien oder pittoreskem Schuhwerk münden, droht die Hierarchie im Dream-Team aus den Fugen zu geraten.

Die Aufnahme Alshammars basierte ursprünglich auf Langes Plan, einen Sparringspartner für seine oft unterforderte Spitzenkraft Sandra Völker zu gewinnen. Dummerweise hat die Pacemakerin nun aber das Original abgehängt. Bei der EM in Helsinki nahm Alshammar der Kolle-

Mehr Leistung durch den Wunderheiler

Wie sich die Arbeit von Dirk Lange auf die Entwicklung seiner Schwimmer-Riege auswirkte

				
Therese Alshammar	Mark Foster	Björn Nowakowski	Sandra Völker	Vivienne Rignall
100-m-Freistil	50-m-Freistil	100-m-Brust	100-m-Freistil	50-m-Freistil
vor dem Training: 55,9 Sek.	vorher: 22,9 Sek.	vorher: 1:04,1 Min.	vorher (1996): 57,8 Sek.	vorher: 27,2 Sek.
nach dem Training: 54,4 Sek.	nachher: 22,8 Sek.	nachher: 1:02,3 Min.	nachher: 54,7 Sek.	nachher: 25,8 Sek.

HERBERT EIDEL

gin Völker über 50 Meter Freistil eine Sekunde ab.

Seither ist das Hamburger Dulsbergbad Schauplatz einer Dreiecksbeziehung, die heftigen emotionalen Schwankungen unterliegt. Etwas holprig, aber im Kern zutreffend, titelte „Sport-Bild“: „Der Feind in meinem Becken.“

Alshammar versucht den pikanten Vorgang kleinzureden: „Wenn ich die Wahl hätte, würde ich mich nur von Sandra schlagen lassen.“ Die düpierte Vorzeigeschwimmerin indes schmolzt: „Ich muss das momentan akzeptieren.“

Verschärft wird die Situation allerdings durch eine PR-Kampagne Alshammars, die mitunter an das Erbfolge-Gefecht Feldbusch gegen Naddel erinnert. Mal entblößt die enthemmte Nixe für ein Foto ihre Rückenansicht, um Einblick auf einen über dem Gesäß eintätowierten Schriftzug zu gewähren („Diva“). Dann wieder lackiert sie sich die Fußnägel lila und posiert für ein Foto in silberfarbenen Hot Pants. „Bild“ hat sich schon entschieden, auf welcher Seite des Beckens man steht: „Therese, mit dir würden wir gerne baden gehen.“

Schon fühlt sich Völker an die unseligen Zeiten erinnert, da ihr das Glamourgirl Franziska van Almsick die Show stahl. Wieder so ein schrilles Girlie, wieder die alte Geschichte: Bei Völker klicken die Kameras nur, wenn sie einen neuen Rekord schwimmt. Bei Alshammar laufen schon die Auslöser heiß, wenn ihr nur der Träger des Badeanzugs verrutscht.

Neulich ließen sich die Rivalinnen zusammen fotografieren. Auf dem Bild legen die beiden die Hände ineinander.

Freundinnen? Nun ja, sagt Völker, Freundinnen sei vielleicht zu viel gesagt: „Wir respektieren einander und gehen freundschaftlich miteinander um.“ Nur: Wie soll man im Ernst mit jemandem befreundet sein, der sich anschickt, einem den Lebenstraum vom Olympiagold zu verhaugen? Längst gehört Alshammar, ebenso wie die Holländerin Inge de Bruijn, die im Athletenkreis wegen ihres schrankartigen Körperbaus „Ingo“ genannt wird, zum Favoritenkreis.

Der Mann, der an allem schuld ist, gießt derweil fleißig weiter Öl ins Feuer. Regelmäßig lässt Lange die beiden Kontrahentinnen im Training gegeneinander antreten. „Die sollen sich ruhig mal gegenseitig zerstören.“ Dass bei der einen oder anderen am Ende „schon mal die Tränen fließen“, gehöre zum Job: „So was macht nur härter.“

Tatsächlich versucht Lange mit der Reiztaktik noch mal das Maximum aus seinen Kandidatinnen rauszukitzeln. Denn in zwei Monaten kommt es zum Showdown in Sydney. Und dort darf eines auf keinen Fall passieren: dass keine von beiden gewinnt. Dann hätte ja auch Lange versagt.

GERHARD PFEIL

TOUR DE FRANCE

„Apokalyptischer Reiter“

Wenn sich die Profis über die mächtigen Berge der Pyrenäen und der Alpen quälen, kommt die Zeit der Auslese. Niemand ist dann so stark wie der US-Amerikaner Lance Armstrong.

Zur Demütigung des Deutschen reichten die drei letzten Kilometer vor dem Ziel.

Stundenlang hatten sich Lance Armstrong und Jan Ullrich bei der zwölften Etappe der Tour de France belauert, und plötzlich, auf der steilen Rampe hinauf zum kahlen Gipfel des Mont Ventoux, erhob sich der Mann im Gelben Trikot aus seinem Sattel und spurtete der Verfolgergruppe davon. Ullrich resignierte – er kam seinem härtesten Konkurrenten nicht mehr hinterher.

wenn sich vor den Fahrern die mächtigen Gebirge der Pyrenäen und der Alpen auftürmen, kommt die Zeit der Auslese – und niemand ist so stark wie Armstrong, der unerbittlich seine Muskeln spielen lässt.

Der Tour-Sieger des vergangenen Jahres verspürt sogar eine Art Befriedigung beim sturen Kraftakt. „Ich mag Herausforderungen wie diese“, sagt Armstrong, „vielleicht brauche ich sie sogar.“ Für andere wird die Rundfahrt zur Qual – ganz im Sin-



Nachzügler bei der Tour: Arbeitsteilung im „Autobus“

Wieder einmal hatte der US-Amerikaner dem Star des Teams Telekom eine Lektion erteilt. Schon bei der ersten Bergetappe in den Pyrenäen Anfang letzter Woche hatte Armstrong den erschöpften Mann aus Meringem um mehr als drei Minuten abgehängt.

Das Peloton war schockiert. Der Kletterspezialist Richard Virenque aus Frankreich mutmaßte, Armstrong sei an ihm „in einem Flugzeug vorbeigedüst“. Und „Le Figaro“ beschrieb nach dem verwegenen Auftritt gar Endzeitstimmung. „Wie ein apokalyptischer Reiter“ sei der Ami die nebelverhangenen Serpentina hochgeprescht.

Jedes Jahr, wenn die Straßen steil werden und die Luft dünn, belebt die Tour de France ihren Mythos aufs Neue. Denn

ne ihres Erfinders Henri Desgranges: „eine grausame Prüfung für Körper und Geist.“

Dass ein Sprinter wie Marcel Wüst, der Berge „total Scheiße“ findet, etwa beim Anstieg zum Col d'Aubisque auf den Texaner pro Kilometer eine Minute verliert, liegt jedoch nicht an dessen Einstellung – es ist vor allem eine Frage der körperlichen Beschaffenheit.

Kletterer sind meist kleiner und vor allem leichter als Sprinter. Der idealtypische Bergfahrer wiegt nur 69 Kilogramm, jedes zusätzliche Pfund kostet wertvolle Minuten. „Wer 80 Kilogramm schwer ist, hat keine Chance, über einen Pass zu kommen und vorne dabei zu sein“, sagt Tour-Arzt Pascal Rivat.

Nicht nur biologisch, auch physikalisch ist ein schmächtiger Fahrer wie der Italie-

ner Marco Pantani einem Muskelprotz wie dem Belgier Tom Steels am Berg überlegen. Denn ein Radsportler mit kurzen Beinen besitzt günstigere Hebel – das Treten fällt ihm leichter.

Das ist gleich doppelt ungerecht. Sprinter sind von Natur aus mit mehr kurzen Muskelfasern ausgestattet und besitzen mehr Schnellkraft. Bergfahrer indes haben mehr lange Muskelfasern, die für die Kraftausdauer entscheidend sind – und auf die kommt es im Steilen nun mal an. Die anaerobe Schwelle – ab diesem Punkt sind die Muskeln mit Sauerstoff unterversorgt – erreichen Kletterer später.

Armstrong, 28, sieht sich vor allem am Berg als eine perfekt justierte Maschine: „Wenn ich in guter Form bin, bewegt sich mein Körper fast nicht auf dem Rad – meine Beine ausgenommen, die wie automatische Kolben auf und runter stampfen.“

Seine Bestform hat der Ausnahme-Athlet erreicht, wenn sein Ruhepuls 32 bis 34 beträgt und bei einem sechsstündigen Rennen nicht über 128 geht. Der Anführer vom Team US Postal muss sich deshalb auch nicht vor Überanstrengung erbrechen, wenn er am Ende einer Etappe in weniger als einer Stunde fast 1100 Höhenmeter überwindet und dabei bis zu 115-mal pro Minute in die Pedale tritt.

Und so sah Armstrong bei der ersten Bergankunft in Lourdes-Hautacam aus, als habe er nur schnell einen Brief zur Post gebracht – er war, wie die Radprofis voller Bewunderung sagen, „mit dem Finger in der Nase“ die Kehrschleifen hochgefahren.

Das ist Armstrongs Privileg. Sébastien Hinault vom Team Crédit Agricole beispielsweise, der mehr als eine halbe Stunde später als der Amerikaner über den Zielstrich keucht, sieht auf dem Weg zum Mannschaftsbus aus, als habe man ihn gerade aus dreiwöchiger Geiselhaft entlassen. Der Rotz läuft ihm aus Mund und Nase, er hat dicke schwarze Ringe unter den Augen und stolpert mehr, als dass er geht.

Dass es der Franzose Hinault überhaupt bis zum Etappenende geschafft hat, verdankt er einer Solidargemeinschaft, die sich „Gruppetto“ oder „Autobus“ nennt.

Denn auch bei der Tour de France ist es wie im richtigen Leben: Wo Menschen in Not sind, rotten sie sich zusammen und helfen einander.

So fliehen die Letzten gemeinsam vor dem Besenwagen, der die Aussteiger von der Straße sammelt, und kämpfen gegen das Zeitlimit an. Schließlich sei es „grausam“, sagt der Kölner Marcel Wüst, „wenn du sechseinhalb Stunden gefahren bist, und

Denn schon auf ebener Strecke, so hat Alejandro Lucia von der Universität Madrid errechnet, verbraucht ein Fahrer im Windschatten eines etwa gleich großen Vordermanns 26 Prozent weniger Energie.

Armstrong kennt solche Probleme nicht. Niemals zuvor habe er solch gute Fitness-Werte gehabt, nicht einmal bei seinem Sieg im letzten Jahr, schwärmt sein Trainer Chris Carmichael.



Radprofis Pantani, Armstrong: „Finger in der Nase“

Mit einem zweiten Sieg bei der Tour wäre der Texaner der Konkurrenz vollends entrückt – schon jetzt gilt er in der Branche der Radsportler als Übermensch. Vor vier Jahren hatten Ärzte bei ihm Hodenkrebs diagnostiziert, und seine Überlebenschance lag, wie er selbst sagt, bei „nicht einmal 40 Prozent“.

Der Schwerkranken ließ sich operieren, unterzog sich anschließend einer Chemotherapie – und gewann, nachdem er sich wieder nach vorne gekämpft hatte, im letzten Jahr die härteste Radrundfahrt der Welt.

Seine Leidensgeschichte hat er in dem Buch „It's not about the bike“ beschrieben, das in den Vereinigten Staaten seit Wochen auf den Bestsellerlisten steht und mittlerweile in viele Sprachen übersetzt ist.

Vielleicht macht schon dieser eine Satz den Unterschied aus zu allen anderen seiner Zunft. „Ich möchte sterben, 100 Jahre alt, mit der amerikanischen Flagge auf dem Rücken und dem Stern von Texas auf dem Sturz-

helm, wenn ich gerade auf dem Rennrad mit 100 Sachen einen Alpenpass hinuntergerauscht bin.“

So mehrt Armstrong seinen Ruhm – und niemand, so scheint es, hält ihn dabei auf. Zwar könnten seine Widersacher am Dienstag noch einmal kontern. Doch nicht einmal Jan Ullrich glaubt, dass sie dem großen Favoriten mit einem Angriff bei der letzten Alpenetappe von Courchevel nach Morzine über fast 200 Kilometer den Triumph in Paris noch streitig machen.

Als Ullrich, mit fahlen Wangen und blauen Lippen, nach seiner Niederlage am Mont Ventoux den Unterschied zwischen ihm und Armstrong erläutern sollte, sagte er niedergeschlagen: „Lance fährt momentan in einer anderen Liga.“

MAIK GROSSEKATHÖFER

dann kommt so ein übergewichtiger Funktionär mit einer Zigarre in der Hand und sagt dir, dass du 30 Sekunden zu langsam warst.“

Zusammen schleppen sich die Nachzügler die Steigungen hoch, „immer voll an der Grenze“, so Wüst, „bis die Oberschenkel brennen“. Ein guter Fahrer erklimmt einen Berg mit 23 Stundenkilometern. Das „Gruppetto“ ist bescheidener: Tempo 15.

Bergab herrscht im „Autobus“ Arbeitsteilung, und jeder muss einmal ans Steuer. Die Fahrer wechseln ständig ihre Positionen, so dass immer ein anderer vorne im Wind fährt. Dadurch erhöht die Gruppe nicht nur die Geschwindigkeit, sondern spart gleichzeitig noch Kraft für den nächsten Anstieg.

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Brandstwierte 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln

Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachbestellung von SPIEGEL-Ausgaben

Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen

für Texte und Grafiken:

Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:

New York Times Syndication Sales, Paris

Telefon: (00331) 47421711 Fax: (00331) 47428044

für Fotos:

Telefon: (040) 3007-2869
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

DER SPIEGEL auf CD-Rom

Telefon: (040) 3007-2485 Fax: (040) 3007-2826
E-Mail: service@spiegel.de

Abonnenten-Service

SPIEGEL-Verlag, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg
Reise/Umzug/Ersatzheft
Telefon: (040) 411488

Auskunft zum Abonnement

Telefon: (040) 3007-2700 Fax: (040) 3007-3070

E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnenten-Service Schweiz:

DER SPIEGEL, Postfach, 6002 Luzern
Telefon: (041) 248 44 18 Fax: (041) 248 44 04
E-Mail: leaserservice@spds.ch

Abonnement für Blinde

Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259
E-Mail: info@blista.de

Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt
Frankfurt am Main

Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296
E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementspreise

Inland: zwölf Monate DM 260,-
Studenten Inland: zwölf Monate DM 182,-
Schweiz: zwölf Monate sfr 260,-
Europa: zwölf Monate DM 369,20
Außerhalb Europas: zwölf Monate DM 520,-
Halbjahresaufträge und befristete Abonnements
werden anteilig berechnet.

Abonnementsaufträge können innerhalb von 14 Tagen
ab Bestellung mit einer schriftlichen Mitteilung an den
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach
10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg.
Oder per Fax: (040) 3007-2898.

Ich bestelle den SPIEGEL frei Haus für DM 5,- pro
Ausgabe mit dem Recht, jederzeit zu kündigen.
Zusätzlich erhalte ich den kulturSPIEGEL, das
monatliche Programm-Magazin.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte
Hefte bekomme ich zurück.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL ab _____ an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich möchte wie folgt bezahlen:

- Zahlung nach Erhalt der Jahresrechnung
 Ermächtigung zum Bankeinzug
von 1/4-jährlich DM 65,-

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

Widerrufsrecht

Diesen Auftrag kann ich innerhalb von 14 Tagen
ab Bestellung schriftlich beim SPIEGEL-Verlag,
Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40,
20039 Hamburg, widerrufen. Zur Fristwahrung
genügt die rechtzeitige Absendung.

2. Unterschrift des neuen Abonnenten

SP20-002

DER SPIEGEL

Brandstwierte 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax-2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · SPIEGEL ONLINE www.spiegel.de · T-Online *SPIEGEL.#

HERAUSGEBER Rudolf Augstein

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust

STELLV. CHEFREDAKTEUR Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

DEUTSCHE POLITIK Leitung: Dr. Gerhard Spörl, Michael Schmidt-Klingenberg (stellv.). Redaktion: Karen Andresen, Stephan Burgdorff, Dietmar Hipp, Dr. Hans Michael Kloth, Julia Koch, Bernd Kühnl, Joachim Mohr, Hans-Ulrich Stoldt, Klaus Wiegrefe. Autoren, Reporter: Dr. Thomas Darnstädt, Hans-Joachim Noack, Hartmut Palmer, Berliner Büro Leitung: Jürgen Leinemann, Hajo Schumacher (stellv.). Redaktion: Petra Bornhöft, Susanne Fischer, Martina Hildebrandt, Jürgen Högrefe, Horand Knaup, Christoph Mestmacher, Alexander Neubacher, Dr. Gerd Rosenkranz, Harald Schumann, Alexander Szandar

DEUTSCHLAND Leitung: Jochen Bölsche, Clemens Höges, Ulrich Schwarz. Redaktion: Klaus Brinkbäumer, Annette Bruhns, Carsten Holm, Ulrich Jaeger, Sebastian Knauer, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Cordula Meyer, Thilo Thielke, Andreas Ulrich. Autoren, Reporter: Henryk M. Broder, Gisela Friedrichsen, Gerhard Mauz, Norbert F. Pözl, Bruno Schrep; Berliner Büro Leitung: Heiner Schimmler, Georg Mascolo (stellv.). Redaktion: Wolfgang Bayer, Stefan Berg, Dr. Carolin Emcke, Susanne Koelbl, Irina Repke, Dr. Rüdiger Scheidges, Peter Wensierski, Steffen Winter

WIRTSCHAFT Leitung: Armin Mahler, Gabor Steingart. Redaktion: Dr. Hermann Bött, Konstantin von Hammerstein, Dietmar Hawranek, Frank Hornig, Hans-Jürgen Jakobs, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusk, Thomas Tuma. Autor: Peter Bülke; Berliner Büro Leitung: Jan Fleischhauer (stellv.). Redaktion: Markus Dettmer, Oliver Gehrs, Christian Reiermann, Michael Sauga, Ulrich Schäfer

AUSLAND Leitung: Dr. Olaf Ihlau, Fritjof Meyer, Hans Hoyng (stellv.). Redaktion: Dieter Bednarz, Adel S. Elias, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Hans Hilscher, Joachim Hoelzgen, Siegesmund von Isemann, Reinhard Krumm, Claus Christian Malzahn, Dr. Christian Neef, Roland Schleicher, Helene Zuber. Autoren, Reporter: Dr. Erich Follath, Carlos Widmann, Erich Wiedemann

WISSENSCHAFT UND TECHNIK Leitung: Johann Grolle, Olaf Stampf (stellv.). Redaktion: Philip Bethge, Jörg Blech, Manfred Dworschak, Marco Evers, Beate Lakotta, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Christian Wüst. Autoren, Reporter: Dr. Hans Halter, Werner Harenberg

KULTUR UND GESELLSCHAFT Leitung: Wolfgang Höbel, Dr. Matthias Schreiber. Redaktion: Susanne Beyner, Anke Dirr, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterbug, Hauke Goss, Lothar Garris, Doja Hacker, Dr. Volker Hager, Dr. Jürgen Hohmeyer, Ansbart Kneip, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronsbien, Reinhard Mohr, Dr. Johannes Salkteubold, Peter Stolle, Dr. Rainer Traub, Klaus Umbach, Claudia Voigt, Susanne Weingarten, Marianne Wellershoff, Martin Wolf. Autoren, Reporter: Ariane Barth, Uwe Buse, Urs Jenny, Dirk Kurjuiweit, Dr. Jürgen Nefie, Rainer Schmidt, Cordt Schnibben, Alexander Smolczyk, Barbara Supp

SPORT Leitung: Alfred Weinzirl. Redaktion: Matthias Geyer, Maik Großekathöfer, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger

SERIE 21. JAHRHUNDERT Leitung: Jürgen Petermann, Dr. Jürgen Scriba (stellv.). Redaktion: Wolfram Bickerich, Klaus Franke, Christian Habbe, Rainer Paul, Katja Thimm, Gerald Traufetter

SONDERTHEMEN Dr. Rolf Rietzier; Dr. Walter Knips
SONDERTHEMEN GESTALTUNG Manfred Schniedenharn
PERSONALIEN Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau, Katharina Stegelmann

CHEF VOM DIENST Horst Beckmann, Thomas Schäfer, Karl-Heinz Körner (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Reinhold Bussmann, Dieter Gellrich, Hermann Harms, Bianca Huneukel, Anke Jensen, Rolf Jochum, Maika Kunze, Katharina Lüken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Gero Richter-Rethwisch, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirrka

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Josef Csallós, Christiane Gehner; Manuela Cramer, Rüdiger Heinrich, Peter Hendricks, Antje Klein, Matthias Krug, Claudia Menzel, Peer Peters, Dilia Regnier, Monika Rick, Sabine Sauer, Karin Weinberg, Anke Wellnitz. E-Mail bildred@spiegel.de

GRAFIK Martin Brinker, Ludger Bollen; Cornelia Baumermann, Renata Biendarra, Thomas Hammer, Tiina Hurme, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Rainer Sennewald, Wolfgang Busching, Sebastian Raulf; Christel Basillon-Pooch, Katrin Bollmann, Regine Braun, Volker Fensky, Ralf Geilhufe, Petra Gronau, Ria Henning, Barbara Rödiger, Andreas Salomon-Prym, Doris Wilhelm, Reinhilde Wurst

PRODUKTION Wolfgang Küster, Sabine Bodenhausen, Frank Schumann, Christiane Stauder, Petra Thormann, Michael Weiland

TITELBILD Stefan Kiefer; Thomas Bonnie, Oliver Peschke, Monika Zucht

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Friedrichstraße 79, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 203875-00, Fax 203875-23; Deutschland, Kultur und Gesellschaft Tel. (030) 203874-00, Fax 203874-12

BONN Heussallee 2-10, Pressehaus 1, 53113 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 26703-20

DRESDEN Andreas Wassermann, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönsch, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Andrea Stuppe, Karlplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

ERFURT Almut Hielscher, Löberwallgraben 8, 99096 Erfurt, Tel. (0361) 37470-0, Fax 37470-20

FRANKFURT AM MAIN Dietmar Pieper; Wolfgang Bittner, Felix Kurz, Wolfgang Johannes Reuter, Wilfried Voigt, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

HANNOVER Hans-Jörg Vehlewald, Osterstraße 3, 30159 Hannover, Tel. (0511) 36726-0, Fax 3672620

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Wolfgang Krach, Heiko Martens, Bettina Musall, Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 4180040, Fax 41800425

STUTTGART Jürgen Dahlkamp, Katharinenstraße 63a, 73728 Esslingen, Tel. (0711) 3509343, Fax 3509341

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BELGRAD Renate Flottau, Teodora Dražnjera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 669494, Fax 3670356

BRÜSSEL Dirk Koch; Winfried Didzoleit, Sylvia Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (0032) 2366108, Fax 2311436

ISTANBUL Bernhard Zand, Besaret Sokak No. 19/4, Ayazpaşa, 80040 Istanbul, Tel. (0090212) 2455185, Fax 2455211

JERUSALEM Annette Großbongardt, 16 Mevo Hamatim, Jerusalem Heights, Apt. 8, Jerusalem 94593, Tel. (009722) 6224538-9, Fax 6224540

JOHANNESBURG Birgit Schwarz, P. O. Box 2585, 44a, 7th Avenue, Parktown North, SA-Johannesburg 2193, Tel. (002711) 8806429, Fax 8806484

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 3604944, Fax 3607655

LONDON Christoph Pauly, Michael Sontheimer, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PU, Tel. (004420) 75206940, Fax 73798599

MOSKAU Jörg R. Mettke, Uwe Klufmann, 3. Choroschewskij Projed 3 W, Haus 1, 123007 Moskau, Tel. (007095) 9400502-04, Fax 9400506

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 4652118, Fax 4652739

NEW YORK Thomas Hüetlin, Mathias Müller von Blumencron, Alexander Osang, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 227583, Fax 3026258

PARIS Dr. Romain Leick, Helmut Sorge, 1, rue de Berri, 75008 Paris, Tel. (00331) 42561211, Fax 42561972

PEKING Andreas Lorenz, Ta Yuan Wai Jiao Ren Yuan Gong Yu 2-2-92, Peking 100600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65323543

PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. (004202) 24221524, Fax 24220138

RIO DE JANEIRO Matthias Matuschek, Jens Glusing, Avenida São Sebastião 157, Urca, 22291-070 Rio de Janeiro (RJ), Tel. (005521) 2751204, Fax 5426583

ROM Hans-Jürgen Schlamp, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Rafaela von Bredow, 3782 Cesar Chavez Street, San Francisco, CA 94110, Tel. (001415) 6437550, Fax 6437530

SINGAPUR Jürgen Kremb, 15, Fifth Avenue, Singapur 268779, Tel. (0065) 4677120, Fax 4675012

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Chigasaki-Minami 1-3-5, Tsuzuki-ku, Yokohama 224, Tel. (008145) 941-7200, Fax 941-8957

WARSAU Krzywkiego 4/1, 02-078 Warschau, Tel. (004822) 8251045, Fax 8258474

WASHINGTON Dr. Stefan Simons, Michaela Schießl, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

WIEN Walter Mayr, Herrengasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

DOKUMENTATION Dr. Dieter Gessner, Dr. Hauke Janssen; Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Sigrid Behrend, Dr. Helmut Bött, Dr. Britta Bügel, Lisa Busch, Heiko Buschke, Heinz Egleder, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Silke Geister, Dr. Sabine Giehle, Thorsten Hapke, Hartmut Heidler, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Gesa Höpner, Stephanie Hoffmann, Christa von Holtzapfel, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Michael Jürgens, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Peter Lakemeier, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Sigrid Lüttich, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Wolfhart Müller, Bernd MUSA, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Thorsten Oltmer, Andreas M. Peets, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Thomas Riedel, Constanze Sanders, Petra Santos, Andrea Sauerbie, Maximilian Schäfer, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Thomas Schmid, Andrea Schumann-Eckert, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Dr. Claudia Stodte, Peter Storz, Rainer Szimm, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Dr. Iris Timpe-Hamel, Hans-Jürgen Voigt, Carsten Voigt, Peter Wahle, Ursula Wamsler, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt

BÜRO DES HERAUSGEBERS Irma Nelles

INFORMATION Heinz P. Lohfeldt; Kirsten Wiedner, Peter Zobel
KOORDINATION Katrin Klocke
LESER-SERVICE Catherine Stockinger

SPIEGEL ONLINE (im Auftrag des SPIEGEL: a + i art and information GmbH & Co.)
Redaktion: Hans-Dieter Degler, Ulrich Booms

NACHRICHTENDIENSTE AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

Nachdruck und Angebot in Leserkreisen nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Vertrieb: Ove Saffe
Verantwortlich für Anzeigen: Christian Schlottau
Gültige Anzeigenpreise Nr. 54 vom 1. Januar 2000
Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20
Druck: Gruner Druck, Itzehoe

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck

MÄRKTE UND ERLÖSE Werner E. Klatten

GESCHÄFTSFÜHRUNG Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is \$310 per annum.
K.O.P.: German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Telephone: 1-800-457-4443, e-mail: info@glpn.com. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.

SAMSTAG, 8. 7.

SPEKTAKEL Eine Million Techno-Fans aus aller Welt toben sich auf der Love-Parade in Berlin aus. Eine 18-Jährige stirbt an Ecstasy.

BLAMAGE Ein zweiter Probeflug für das umstrittene Raketenabwehrsystem NMD scheitert in den USA.

SONNTAG, 9. 7.

ENTFÜHRUNG Islamische Extremisten kidnappen auf der philippinischen Insel Jolo ein französisches Fernsehteam.

AIDS Mit dem HI-Virus, so heißt es zur Eröffnung der 13. Welt-Aids-Konferenz in Durban, infizieren sich täglich 16 000 Menschen.

MONTAG, 10. 7.

KATASTROPHEN In der philippinischen Hauptstadt Manila verschüttet eine ab-rutschende Müllhalde ein Elendsviertel und tötet knapp 150 Menschen.

STAATSBESUCH Gegen die Politik von Irans Staatspräsident Mohammed Chata-mi demonstrieren in Berlin 7000 Men-schen. Die Sicherheitsmaßnahmen während des Besuchs kosten 9,9 Millio-nen Mark.

DIENSTAG, 11. 7.

WIEDERGUTMACHUNG Um Entschädigungs-forderungen durchzusetzen, schickt die griechische Justiz Gerichtsvollzieher auf das Gelände des Goethe-Instituts in Athen. Zuvor war Deutschland wegen ei-nes Massakers der SS in einem griechi-schen Dorf zu Zahlungen von rund 55 Millionen Mark verurteilt worden.

LEUNA-AFFÄRE Ein Ex-Manager des franzö-sischen Ölkonzerns Elf sagt aus, dass

beim Kauf der Leuna-Raffinerie 1992 insgesamt 77 Millionen Mark an Deutsch-land gezahlt worden seien.

ADEL Gegen Ernst August Prinz von Han-nover wird ein Strafbefehl über 1,2 Mil-lionen Mark erlassen, weil er einen Dis-cobesitzer niedergeschlagen haben soll.

MITTWOCH, 12. 7.

FORSCHUNG Erstmals bringt eine geklonte Kuh ein Kalb auf die Welt. Das Mutter-tier „Kaga Nr. 2“ säuge ihr Junges wie normale Artgenossinnen, teilen die japa-nischen Forscher mit.

WELTRAUM Mit zweijähriger Verspätung wird das russische Raumstationsmodul „Swesda“ („Stern“) ins All geschossen. Auf der Trägerrakete prangt das Werbe-banner der US-Förderfirma Pizza Hut.

BRUCHLANDUNG Weil der Sprit nicht reicht, muss ein Urlauber-Airbus nach dem Ausfall beider Triebwerke auf dem Weg von Kreta nach Hannover in Wien notlanden.

DONNERSTAG, 13. 7.

URTEIL Wegen des Brandanschlags auf die Erfurter Synagoge werden die beiden ju-gendlichen Hauptangeklagten zu mehr-jährigen Haftstrafen verurteilt.

FREITAG, 14. 7.

BUNDESRAT Die Länderkammer billigt die rotgrüne Steuerreform und stimmt der Erteilung von Green Cards zu.

NATIONALFEIER Mit dem größten Picknick der Geschichte feiern die Franzosen ihren Nationalfeiertag. An einer mehr als 600 Kilometer langen, rot-weißen Tisch-decke tafeln Millionen Gäste.

SPIEGEL TV

MONTAG
23.15 – 23.45 UHR SAT 1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Die Herren des Schreckens – Achterbahnen und ihre Konstrukteure
Hysterische Schreie, verzerrte Gesich-ter. Beinahe senkrecht stürzen die Pas-sagiere in den Abgrund, knapp 100 Me-ter tief und fast 150 Stundenkilometer schnell: „Millennium Force“, die größte



Achterbahn

Achterbahn der Welt, wurde konstruiert von dem Münchner Ingenieur Werner Stengel. Der Achterbahn-Konstrukteur gilt Enthusiasten als „Pate des organi-sierten Erbrechens“.

DONNERSTAG
22.05 – 23.00 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Einsatz unter Wasser – die Waffentaucher der Bundesmarine
Rund 40 Marineangehörige werden jedes Jahr im schleswig-holsteinischen Eckern-förde zu Minentauchern und Kampf-schwimmern ausgebildet. Ein Drit-tel der späteren Elitesoldaten scheitert an den strapa-ziosen Übungen, noch bevor der erste Monat vergan-gen ist.



Tauchlehrgang

SAMSTAG
VOX

SPIEGEL TV SPECIAL

entfällt

SONNTAG
22.20 – 23.05 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Kohl in der Klemme – neue Enthüllun-gen zu den schwarzen Kassen des Ex-Kanzlers; Klick Heil – der heimliche Auf-marsch deutscher Neonazis im Internet; Fahrschule für Sieger – die Motorrad-Kids vom Sachsenring.

Bürgerkriegs-flüchtlinge von den indonesi-schen Molukken versuchen von ei-nem überfüllten Boot auf eine Fähre zu klettern.



REUTERS

GESTORBEN

Heinz Schleußer, 64. Der Oberhausener erlebte eine sozialdemokratische Bilderbuchkarriere, er begann als Schlosser, wurde Betriebsrat, war IG-Metall-Bevollmächtigter – und dann Finanzminister. Seine Heimatstadt vertrat er 25 Jahre im Landtag. Johannes Rau holte als nordrhein-westfälischer Regierungschef den als „graue Maus“ verspotteten Hinterbänkler Schleußer in die Regierung, wo sich dieser schnell den Ruf der grauen Eminenz erwarb. „Einen erschreckend starken Finanzminister“ nannte Rau seinen Freund „Heinzi“. Ohne Abitur und Verwaltungserfahrung wurde Schleußer einer der mächtigsten Männer in der deutschen Sozialdemokratie. In seiner zwölfjährigen Amtszeit als NRW-Finanzminister hat er die Finanzpolitik der Bundes-SPD maßgeblich beeinflusst und auch an der jetzigen Steuerreform der Regierung mitgearbeitet. „Sachkompetenz, gepaart mit einnehmender Schlitzohrigkeit“ bescheinigt ihm Franz Müntefering. Bei der NRW-Flugaffäre verließ Schleußer sein politisches Gespür. Weil er entgegen eigener Aussagen doch von seiner Freundin im Charterjet der WestLB begleitet wurde, musste er im Januar dieses Jahres zurücktreten. Viel Zeit blieb ihm an der Adria nicht mehr für sein in Teilen selbst gebautes Boot. Heinz Schleußer starb am 12. Juli an Krebs.



SVEN SIMON

Lord Robert Runcie, 78. Er war ein ebenso beliebter wie umstrittener Führer der anglikanischen Kirche, gleichzeitig ein untypischer Gottesmann. Der Sohn eines nicht sonderlich religiösen Elektroingenieurs aus Liverpool hatte sich im Zweiten Weltkrieg – als er in Oxford Alte Geschichte und Literatur studierte – freiwillig zur kämpfenden Truppe gemeldet. Margaret Thatcher ernannte ihn 1980 zum Erzbischof von Canterbury, doch schnell reüssierte der charmante Intellektuelle zum wichtigsten Kritiker des unsozialen Thatcherismus. Die rechte Presse hasste und verfolgte Runcie, seit er bei einem Gedenkgottesdienst für die Gefallenen des Falklandkrieges statt Patriotismus Pazifismus gepredigt hatte. Zum Höhepunkt seiner Amtszeit wurde 1982 der Besuch von Johannes Paul II. – des ersten Papstes, der zu den abtrünnigen Anglikanern reiste. Robert Runcie starb am 11. Juli in St. Albans.



WOODLITH / CORBIS / PICTURE PRESS

Henri Gault, 70. Mit seinem gastronomischen Kompagnon Christian Millau propagierte er in den siebziger und achtziger Jahren gegen die schwere französische Traditionsküche den leichten, schlichten Stil der „Nouvelle Cuisine“. Über deren Auswüchse an Ästhetik und Sparsamkeit der Restaurantbesitzer mokierte er sich aber auch als Erster: „Große Teller, auf denen sich zwei Böhnchen duellieren“. Der Gourmand und Gourmet war Reporter bei „Paris-Presse“, „Paris Match“ und der rechtsradikalen „Minute“, bis er mit der von Millau koordinierten Herausgabe von gesammelten virtuosen Küchenreportagen Furore machte. 1969 gründeten die beiden das Fressjournal „Gault et Millau“, dem



1972 der gleichnamige Restaurantführer folgte – einzige echte Konkurrenz der Institution „Guide Michelin“. Der Ausstieg der Kochapostel aus der Redaktion bekam dem „Gault-Millau“ schlecht; der Ratgeber kam wegen vermeintlicher Nähe zu einigen Küchenchefs ins Gerede. Henri Gault starb am 9. Juli in Saint-Sulpice-en-Pareds in der Vendée.

Jan Karski, 86. Nach 55 Jahren kehrte er in das Land zurück, dass er 1942 voller Hass und Abscheu und unter Lebensgefahr durchreist hatte. Auf dem Weg von Warschau nach Paris durchquerte er Deutschland, im Gepäck einen versteckten Mikrofilm, der die Gräueltaten der Nazis in Polen dokumentierte. Als Kurier der polnischen Exilregierung war der Diplomat in das Warschauer Ghetto und ins Deportationslager Izbica eingeschleust worden. Von seiner Mission erfüllt, die Weltöffentlichkeit über die Verfolgung der Juden aufzuklären, reiste der in Lodz geborene Katholik weiter nach London und in die USA, wo er auch von US-Präsident Roosevelt empfangen wurde. Doch seine Hoffnung, die Alliierten zu konkreten Maßnahmen zur Rettung der Juden zu bewegen, wurde nicht erfüllt. Niemand glaubte ihm. Nach dem Krieg blieb Karski in den USA, wurde Professor für Osteuropakunde in Washington – und schwing 30 Jahre lang über das Thema Holocaust. Erst 1978 konnte ihn der Filmemacher Claude Lanzmann dazu bewegen, ein ausführliches Interview für die Dokumentation „Shoah“ zu geben. Bei seinem Deutschlandbesuch 1997, anlässlich des 52. Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, fasste der Augenzeuge des Holocaust seine schier unaussprechlichen Erlebnisse zusammen: „Ich habe furchtbare, furchtbare Dinge gesehen.“ Jan Karski starb am 13. Juli in Washington.

Reinhold Hemker, 55, Bundestagsabgeordneter der SPD, nimmt für sich in Anspruch, weltweit der schnellste aktive Politiker zu sein. In 12 Stunden 29 Minuten absolvierte der Pfarrer und Nebenerwerbslandwirt die Ironman-Distanz beim größten Triathlon der Welt im fränkischen Roth. Dabei musste der Steinfurter 3,8 Kilometer schwimmen, 180 Kilometer Radfahren und die Marathonstrecke von 42,195 Kilometer laufen. Hemker kam eher zufällig zu dem Extremsport – mit 50 fingen bei ihm die Kreislaufprobleme an, ein

Freund riet ihm zu Volksläufen, ein anderer brachte ihn zum Triathlon. Seinen gelegentlichen Laufpartnern, Ex-Bundesaußenminister Klaus Kinkel und NRW-Ministerpräsident Wolfgang Clement, ist er inzwischen weit voraus. Beim Training für den Ironman hörte er auch auf den Rat von PDS-Kollege Täve Schur. Die DDR-Radsportlegende sorgte sich bis zuletzt: „Junge, so fett kommst du nicht ins Ziel.“



Hemker

Chikage Ogi, 67, frisch gebackene Bauministerin im neuen japanischen Kabinett, machte kein Hehl aus ihrer mangelnden Amtsbefähigung. Als Ministerpräsident Yoshiro Mori ihr den Posten anbot, fragte sie: „Gibt es niemand anderen?“ Beim Amtsantritt vorletzte Woche bekannte sie: „Hier ist eine blutige Anfängerin ohne irgendwelche Kenntnisse.“ Und auf ihrer ersten Pressekonferenz beschrieb sie ihre



Japanisches Kabinett mit Chikage Ogi (r.)

Gefühle bei der Nachricht über ihren Aufstieg in den Kabinettsrang so: „Es bleibt die simple Frage: ‚Warum ich?‘“ Schlimmer noch. „Es war für mich ein wahnsinniger



SWNS

Schock, als wäre ich in einen Verkehrsunfall verwickelt worden.“

Christie Whitman, 53, republikanische Gouverneurin des US-Staates New Jersey, mochte sich dieser Tage nicht für ein kürzlich veröffentlichtes Foto rechtfertigen. Die Aufnahme von 1996 zeigt die grinsende Gouverneurin, die einen mit dem Gesicht zu Wand gestellten Schwarzen nächtens abtastet. Der junge Mann hatte sich allerdings nichts zu Schulden kommen lassen. Das erst jetzt bekannt gewordene Foto von einer Nachtpatrouille der Staatspolizei, an der die Gouverneurin teilnahm, um neue Einsichten in die Verbrechensbekämpfung zu gewinnen, empörte Demokraten und Bürgerrechtler. Doch die gemäßigte Republikanerin, die gegen rassistische Tendenzen im Polizeiapparat ankämpfte, sah keinen Grund des Bedau-

erns. „Ich muss mich für nichts entschuldigen“, denn, so die Politikerin sibyllinisch: „Das Foto hat keinerlei Bedeutung außerhalb des Kontextes, in dem es aufgenommen wurde.“

erns. „Ich muss mich für nichts entschuldigen“, denn, so die Politikerin sibyllinisch: „Das Foto hat keinerlei Bedeutung außerhalb des Kontextes, in dem es aufgenommen wurde.“



Hicks-Löbbecke; Prinz Harry (l.),

Natalie Hicks-Löbbecke, 22, deutsch-britische Studentin, hat die „Bild“-Zeitung in Aufregung versetzt. „Kann sie die neue Diana werden?“, fragte ahnungsvoll im Sommerloch das Blatt. Die attraktive Hicks-Löbbecke, Vater Major bei der britischen Armee, Mutter verwandt mit der Privatbankiersfamilie Löbbecke, war am Rande eines Polospiels mit **Prinz William**, 18, gesichtet und fotografiert worden. Die beiden standen angelehnt an den aufgeklappten Kofferraum eines VW Golf nebeneinan-



Whitman (1996)



Prinz William (r.)

der und quatschten und kicherten, „wie Freunde es tun“, so ein britischer Reporter. „Sie hatten viel Spaß.“ Bereits vorher ging es sorglos-spaßig zu, als der Prinz einem Polo spielenden Freund den Poloschläger wie eine Art Mikrofon ans Gesäß hielt und Bruder **Harry**, 15, mit einer Reitgerte spielerisch das Opfer der bubenhaften Kälberei bedrohte. Prinz William war zuletzt von der in- und ausländischen Boulevardpresse mit der amerikanischen Pop-Prinzessin **Britney Spears**, 18, verbandelt worden. Immerhin betrug der Altersunterschied da keine vier Jahre wie zu „Prinz Williams deutscher Liebe“ („Bild“).



Gabriel (r.)

Sigmar Gabriel, 40, fülliger Ministerpräsident von Niedersachsen, zeigte am vergangenen Mittwoch bei einer Radtour, dass man ihn nicht unterschätzen darf. Nicht nur schaffte der Mann die Tagesstrecke von 86 Kilometern durch die Lüneburger Heide, er fuhr auch noch beim Schlussspurt – auf einem gefedertem Sportrad – der ihn begleitenden Meute von Landtagsabgeordneten und Journalisten auf und da-

von. Am Ziel, beim Bier in einer Scheune auf Gut Nienbüll bei Bad Bevensen, ließ die Sportskanone dann die keuchend nach ihm eingetrudelten Abgeordneten wissen, dass „nur der Leistungswille zählt, sonst kommt man auch in der Politik nicht vorwärts“. Auch mit einer „Urinprobe“ erklärte Gabriel sich einverstanden – „solange es nicht der türkische Pavillon ist, das kommt bei uns in Norddeutschland nicht so gut an“.

Rolf Seelmann-Eggebert, 63, ARD-Experte für die höheren Stände, blickte bei einem subtilen Scharmützel zwischen Krone und Kirche im Vereinigten Königreich nicht mehr durch. Bei einer Feier zu Ehren von Queen Mum im Juni hatte der Erzbischof von Canterbury, George Carey, ein vor ihm stehendes Glas zum Toast ergriffen und musste sich prompt von der trinkfreudigen alten Dame rüffeln lassen: „Das ist mein Glas!“ (SPIEGEL 27/2000). Beim offiziellen Dank-Gottesdienst am vorigen Dienstag kam die Revanche. Millionen Fernsehzuschauer sahen zu, wie Queen Mum, zwischen der Königin und dem Herzog von Edinburgh platziert, der Laudatio des Erzbischofs lauschte, der von der Kanzel herab Lobenswertes aus fast einem Jahrhundert aufzählte – mittendrin fiel der Satz „Sie lieb mir sogar ihr Glas!“ Seelmann-Eggebert, dem der Ruf vorausleilt, er kenne bei königlichen Paraden selbst die Namen der Pferde, fand das geliebene Glas zwar bemerkenswert, konnte den Fernseh-

zuschauern aber nichts Erhellendes dazu berichten. Er kenne den Hintergrund der Geschichte nicht, gestand er nobel.

Jürgen Rüttgers, 49, CDU-Fraktionschef im Düsseldorfer Landtag, will sich den Urlaub in Südfrankreich nicht durch die Bererdigung des früheren Finanzministers Heinz Schleußer verderben lassen – und entschied letzte Woche, der Trauerfeier am kommenden Mittwoch fernzubleiben; außerdem handle es sich um eine „Beisetzung im engsten Familienkreis“. Eigentlich müsste sich Rüttgers durch seinen Vorstandskollegen Laurenz Meyer vertreten lassen. Der will zwar an der Trauerfeier teilnehmen, aber

nicht in der ersten Reihe. Meyer hatte Schleußer wegen der Flugaffäre angegriffen und hält es für taktlos, jetzt die Beileidswünsche seiner Fraktion überbringen zu müssen. An seiner Stelle soll jetzt die Fraktionsvize Regina van Dinkerhoff die CDU offiziell repräsentieren. Die SPD wird höchstrangig vertreten sein, Bundespräsident Johannes Rau will seinem „Heinzi“ die letzte Ehre erweisen.

Aus dem „Münchener Merkur“: „Der zweieinhalbjährige Lucas macht nicht den Fehler, den der kleine Rafael vor zwei Wochen in unserer Zeitung beim Erdbeerpflücken begangen hat.“

Gewinnen Sie eine Reise um die Welt Ihrer Wahl. Und jeden Monat einen Mövenpick Glace-Dipper.

Gewinnspiel von „Mövenpick“

Aus der „Schwäbischen Zeitung“: „Werner Single ist für die Abschaffung der Hundehalter: 95 Prozent der Probleme liegen nämlich am anderen Ende der Leine“, findet der Vorsitzende des Tierschutzvereins Tuttingen-Spaichingen.“

Aus der „Rhein-Hunsrück-Zeitung“: „Schüler, die heute nicht mehr in Deutschland wohnen, besuchen Emmelshausen aus Kanada, den USA, Österreich, Schweiz, Italien, Spanien und Bayern.“

WHO kämpft mit allen Mitteln gegen die Ausrottung der Kinderlähmung

Weltgesundheitsorganisation will in fünf Jahren die Welt für Polio-frei erklären

Aus der „Aachener Zeitung“

Aus der „Taunus Zeitung“: „Ausgewachsene Weibchen würden es auf ein ‚Jagdgewicht‘ von dreieinhalb bis vier Kilo bringen, männliche Exemplare auf 2,8 bis drei Kilo. Der ‚Junior‘ in den Armen des Falkner hat gerade mal 5200 Gramm Gewicht – Babyspeck eben.“

Aus dem „Münchener Merkur“: „Im Gegensatz zur Sozialhilfe soll auf den Rückgriff gegenüber unterhaltsverpflichteten Kindern der Eltern der Betroffenen aber verzichtet werden.“

Welche Sie hat Interesse, mit mir an die Nordsee zu reisen? Möchte mir am Platz eine Wohnung kaufen, um für immer lebhaft zu werden. Ich bin über 60 Jahre alt (Rentner)

Anzeige im „Boulevard Baden“

Aus der „Hessischen Allgemeinen“: „Das Leben macht manchmal müde“, haucht sie dann mit rollenden Konsonanten ins himmelblaue Sternenzelt und entführt en passant in die Paradiesgärten ihrer Erinnerung.“

Zitat

Die „Welt“ zum SPIEGEL-Bericht „Internet – Leicht verbranntes Geld“, wonach Wirtschaftsprüfer in einer Studie warnen, dass es viele der Internet-Werte am Neuen Markt bald nicht mehr geben wird (Nr. 27/2000):

Nur zwei Seiten bedrucktes Papier verlichten einen Wert von über 15 Milliarden DM ... Man verbreitet exklusiv die Inhalte der Studie im SPIEGEL in einer ohnehin wackligen Börsenphase im Sommerloch. Über die Themensetzungsmacht des Nachrichtenmagazins stürzen sich dann sämtliche Medien darauf, die versuchen, über eigene Todeslisten Ross und Reiter zu nennen.

Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 51/1998 „Affären – Rechtzeitig gewarnt“ über die Einflussnahme des sächsischen Justizministers Steffen Heitmann (CDU) auf Ermittlungen der Dresdner Staatsanwaltschaft gegen den früheren sächsischen Innenminister Heinz Eggert.

Im Juni 1997 hatte ein kurz darauf verurteilter Kinderschänder Vorwürfe gegen den Ex-Innenminister erhoben. Der Politiker soll Mitglieder des Dresdner Kinderschänderrings vor einer Polizeiaktion gewarnt haben. Eggert hat das bestritten. Im Februar 1998 wollte die Dresdner Staatsanwaltschaft gegen Eggert ein förmliches Ermittlungsverfahren einleiten. Nach Intervention Heitmanns kam es dazu nicht. Sachsens Datenschutzbeauftragter Thomas Giesen hat den Minister in seinem nun vorgestellten Tätigkeitsbericht gerügt. Hinter der „Anregung des Ministers“, der Generalstaatsanwalt habe dafür Sorge zu tragen, dass Ermittlungen gegen Eggert unterbleiben sollten, verberge sich ein „stringenter und kategorischer Vorgesetztenukas“; die vom Minister „vorgenommene Einflussnahme“ sei „aus Datenschutzgründen rechtswidrig“ gewesen.

... in Nr. 28/2000 „Rechtsextremisten – ‚Führer der Meute‘“ über einen Neonazi, der wegen Mordversuchs an einem Asylbewerber verurteilt wurde und als V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes bis zu tausend Mark monatlich kassierte.

Weil der Täter im Landesdienst als V-Mann unterwegs war, haben brandenburgische Landtagsabgeordnete Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) aufgefordert, dem Opfer des Rechtsextremisten die knapp 50 000 Mark Schmerzensgeld zu zahlen, zu der das Gericht den Täter vor Jahren bereits verurteilt hatte.